Kursbuch 26

Die Klassenkämpfe in Italien

Können wir aus den italienischen Klassenkämpfen lernen?
Die ökonomischen Widersprüche im Nachkriegs-Italien
Die politische Geschichte Italiens seit 1945
Die KPI – Aufbau und Führungsmethoden
Die Gewerkschaften und die Fiat-Kämpfe
Chronologie der Klassenkämpfe 1967 bis 1970
Die Häuserbesetzung in der Via Tibaldi
Die Massen, die Gewerkschaften und die politischen Avantgarden

Plakate, Comics, Fotos

Kursbuch Verlag/ Wagenbach 7 Mark

Kursbuch

Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger und Karl Markus Michel

Kursbuch 26 Dezember 1971

Herausgeber für dieses Heft: Peter Schneider

Die Klassenkämpfe in Italien

Peter Schneider, Können wir aus den italienischen Klassenkämpfen lernen? 1
Verzeichnis der Abkürzungen 4
Camillo Daneo, Die Entwicklung der ökonomischen Widersprüche im Nachkriegs-Italien 7
Dossier 1: Abriß der politischen Geschichte Italiens seit 1945 21
Lucio Magri/Filippo Maone, Die Kommunistische Partei Italiens – Aufbau und Führungsmethoden 34
Francesco Ciafaloni, Die Gewerkschaften und der Kampf der Arbeiter in Turin 51
Dossier 2: Chronologie der Kämpfe in Italien (1967–1970) 72
Dossier 3: Die Häuserbesetzung in der Via Tiabaldi (Mailand) 109
Peter Schneider, Die Massen, die Gewerkschaften und die politischen Avantgarden 135
Massimo Serafini, Die Einheit der revolutionären Linken herstellen 164
Literaturliste 186

Plakate, Comics, Fotos

Goethe-Institut e.V. Bibliothek Kur
ausgeschieden am: .....

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 5, im Einzelverkauf DM 7. Anschrift der Redaktion: Kursbuch Verlag/Wagenbach, 1 Berlin 31, Jenaer Straße 9, Telefon 2 13 16 06 ‹8 54 16 06›. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Verantwortlich für den Inhalt: Hans Magnus Enzensberger und Karl Markus Michel. Redaktion: Ingrid Karsunke. © 1972 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch das der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten. Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Diesem Heft liegen Prospekte der Verlage Suhrkamp und Wagenbach bei.

Peter Schneider
Können wir aus den italienischen Klassenkämpfen lernen?

»Einer *radikalen* deutschen Revolution scheint indessen eine Hauptschwierigkeit entgegenzustehen.
Die Revolutionen bedürfen nämlich eines *passiven* Elementes, einer *materiellen* Grundlage. Die Theorie wird in einem Volke immer nur so weit verwirklicht, als sie die Verwirklichung seiner Bedürfnisse ist. Wird nun dem ungeheuren Zwiespalt zwischen den Forderungen des deutschen Gedankens und den Antworten der deutschen Wirklichkeit derselbe Zwiespalt der bürgerlichen Gesellschaft mit dem Staat und mit sich selbst entsprechen? Werden die theoretischen Bedürfnisse unmittelbar praktische Bedürfnisse sein? Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen.
Aber Deutschland hat die Mittelstufen der politischen Emanzipation nicht gleichzeitig mit den modernen Völkern erklettert. Selbst die Stufen, die es theoretisch überwunden, hat es praktisch noch nicht erreicht. Wie sollte es mit einem *salto mortale* nicht über seine eignen Schranken hinwegsetzen, sondern zugleich über die Schranken der modernen Völker, über Schranken, die es in der Wirklichkeit als Befreiung von seinen wirklichen Schranken empfinden und erstreben muß? Eine radikale Revolution kann nur die Revolution radikaler Bedürfnisse sein, deren Voraussetzungen und Geburtsstätten eben zu fehlen scheinen.« (Karl Marx, Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, MEW Bd. 1, S. 386 f.)

Diese Fragen wurden vor 130 Jahren gestellt, und sie haben sich nicht erledigt. Die deutschen Theoretiker üben sich wieder einmal darin, alle Stufen der politischen Emanzipation im Kopf zu überspringen, die praktisch noch gar nicht erklettert sind. Ergriffen davon, daß ihre Gedanken endlich zur Wirklichkeit drängen, halten sie sich beide Ohren zu vor den Antworten der deutschen Wirklichkeit. Vor den Augen eines schweigenden Publikums formieren sich in schwindelerregender Höhe und kaum noch erkennbar Kopfartistengruppen zu Kaderorganisationen, die alle den Trick beherrschen, nie abzustürzen. Sieht man näher zu, merkt man warum. Die theoretischen Bedürfnisse, die da Saltos schlagen, bewegen sich über dem Boden der Vergangenheit. Im Parkett sitzt nicht das deutsche Proletariat, sondern die sprachlosen Büsten von Marx, Lenin, Stalin.

Verfolgt man die politische Diskussion in Italien, so fällt zunächst auf, daß sie sich auf viel »niedrigerem« Niveau abspielt. Obwohl es dort wirklich politische Massenbewegungen gibt, obwohl die Kämpfe der italienischen Arbeiter nicht nur »objektiv«, sondern in den Augen der Arbeiter selbst einen antikapitalistischen Charakter tragen – die entscheidenden theoretischen Fragen, die unsere Parteilinke längst beantwortet hat, sind dort entweder offen geblieben oder werden ganz anders beantwortet: Ist

Lenins Konzept der externen Avantgarde, die das Bewußtsein von außen in die Massen trägt, noch brauchbar? Was bedeuten die Prinzipien des demokratischen Zentralismus heute? Kann man sich vorstellen, daß eine straff organisierte Partei von Berufsrevolutionären den spätkapitalistischen Staatsapparat zerschlägt? Was bedeutet der Begriff des Proletariats im Spätkapitalismus?

Unverantwortlicher Leichtsinn der italienischen Linken, hörte ich gewisse Genossen dazu sagen, mit so einer kämpferischen Arbeiterklasse so dilettantisch umzugehen! Wären wir dort, konnte man sich dazudenken, wir würden schon eine Linie in die italienische Revolution bringen. »Schon jetzt«, schimpft Wolfgang Rieland in dem ›Trikont‹-Buch über Fiatstreiks italienische Arbeiter aus, die ihre Arbeit als ›ekelhaft, widerlich, als Sklaven- und Roboterarbeit‹ charakterisieren, »schon jetzt scheinen diese Arbeiter nicht mehr zu einer Anstrengung fähig zu sein, die sie über das Artikulieren eines allgemeinen Unmuts hinaus zur Erkenntnis ihrer objektiven Lage bringen könnte«.

Also erst einmal das richtige Bewußtsein her, bevor Unmut geäußert werden darf. In Wirklichkeit ist die Fähigkeit der italienischen Arbeiter, ihren Zorn erst einmal dort, wo er entsteht, direkt zu äußern, die Voraussetzung dafür, daß die sozialistische Theorie die Massen in Italien ergriffen hat. In Wirklichkeit verhindert der Zwang der deutschen Theoretiker, alle Stufen der politischen Emanzipation im Kopf zu nehmen, daß die theoretischen Bedürfnisse praktisch werden können. Gerade sind die deutschen Arbeiter bei offensiven Lohnforderungen angelangt, schon sind die Parteitheoretiker bei der Diktatur des Proletariats. Gerade bilden sich im Betrieb erste Ansätze autonomer Organisationsformen, schon erkennen die deutschen Theoretiker das unaufschiebbare proletarische Bedürfnis nach der kommunistischen Partei Deutschlands.

Jede Regung, jede Forderung bedeutet etwas ganz Anderes als das, was sie ausspricht; jedes praktische Bedürfnis wird solange interpretiert und umgemodelt, bis es die ausgehungerten theoretischen Bedürfnisse bestätigt. Eine Theorie aber, die sich, angewidert vom niedrigen Entwicklungsstand der praktischen Bedürfnisse in Deutschland, von diesen abwendet und die theoretischen einfach zu praktischen Bedürfnissen ernennt, verwirklicht am Ende nur ihren Ekel vor den praktischen Bedürfnissen. Indem sie jede wirkliche Bewegung in der Gesellschaft an einem proletarischen Standpunkt mißt, der natürlich um so reiner ist, je weniger ihn sich das wirkliche Proletariat zu eigen macht, verhindert sie gerade, daß sich vorerst kleinbürgerliche Bedürfnisse zu revolutionären weiterentwickeln können. Angesichts des organisierten Unglücks in Berlin genügt es längst nicht mehr, Marx' Hinweis auf den »ungeheuren Zwiespalt zwischen den Forderungen des deutschen Gedankens und den Ant-

worten der deutschen Wirklichkeit« zu zitieren. Längst ist es nicht mehr so, daß die deutschen Theoretiker immerhin denken, was glücklichere Völker dabei sind, zu tun. Sie denken nur noch, was glücklichere Völker einmal getan *haben*. Die Theorie wird so aus einer emanzipatorischen zur Destruktivkraft: sie zerstört die praktischen Bedürfnisse. Wenn einem bei jeder praktischen Initiative, beim Start einer Schülerzeitung, bei der Bekämpfung eines Meisters, bei der Entlarvung eines reaktionären Lehrers immer erst ein Bekenntnis darüber abverlangt wird, daß damit eigentlich etwas ganz Anderes gemeint sei, nämlich die »Diktatur des Proletariats und der Kampf gegen den Revisionismus«, wird man am Ende von jeder praktischen Aufgabe, die unterhalb dieser hohen Ziele liegt, die Finger lassen. Die Theorie tritt an die Stelle des bürgerlichen notorisch schlechten Gewissens. Noch ehe die praktischen Bedürfnisse in Aktion treten, müssen sie vor dem Beichtstuhl des »wissenschaftlichen Sozialismus« Abbitte dafür leisten, daß sie vorhanden sind. Noch ehe sie auf ihre objektiven Schranken stoßen, richten sie ihre eigenen Schranken auf. Auf dem unsichtbaren Terrain des ideologischen Klassenkampfes wiederholt sich so das Schauspiel der historischen Klassenauseinandersetzungen in Deutschland, die Marx so charakterisiert hat:

»Es ist jede Sphäre der bürgerlichen Gesellschaft (in Deutschland), die ihre Niederlage erlebt, bevor sie ihren Sieg gefeiert, ihre eigne Schranke entwickelt, bevor sie die ihr gegenüberstehende Schranke überwunden, ihr engherziges Wesen geltend macht, bevor sie ihr großmütiges Wesen geltend machen konnte, so daß selbst die Gelegenheit einer großen Rolle immer vorüber ist, bevor sie vorhanden war, so daß jede Klasse, sobald sie den Kampf mit der über ihr stehenden Klasse beginnt, in den Kampf mit der unter ihr stehenden verwickelt ist.« (Karl Marx, Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, a. a. O., S. 389)

Die Berliner Kaderlinke trägt gegenwärtig diesen lustlosesten aller Klassenkämpfe in den eigenen Reihen aus. Nur sind die Protagonisten dieses Kampfes nicht die wirklichen Bourgeois und die wirklichen Proletarier, sondern Leute, die sich gegenseitig nachweisen, daß sie mit dieser oder jener Äußerung, mit dieser oder jener Interpretation einer Tat, die sie selber gar nicht getan haben, den Standpunkt des Proletariats oder der Bourgeoisie ergriffen haben. Wenn aber die Deutschen immer wieder dazu neigen, die Revolution als philosophischen Traum statt als geschichtlichen Prozeß zu gebären, und Völker mit reicheren praktischen Bedürfnissen sich der deutschen Träume bemächtigen, um sie zu verwirklichen, so müssen umgekehrt die Deutschen von den neuen Lebens- und Kampfformen lernen, die in politisch fortgeschritteneren Ländern das Fundament der theoretischen Bedürfnisse bilden.

Verzeichnis der Abkürzungen

1. Parteien

DC (Democrazia cristiana) – 1943 als Nachfolgerin des 1919 entstandenen Partito popolare italiano gegründet; seit 1945 in der Regierung, stellte bisher immer den Ministerpräsidenten und den Innenminister (!); 1,5 Mill. Mitglieder, immer 38-42% der Wählerstimmen (1968: 39,1%; Regionalwahlen 1970: 37,2%); 9 verschiedene Strömungen innerhalb des Consilio nazionale, davon drei linke (ca. 20%).

ACLI (Associazioni cristiane dei lavoratori italiane) kathol. Massenorganisation (600 000 Mitgl.), die der DC als Instrument für die Durchdringung des Arbeitermilieus diente; gegründet von L. Labor, unter dessen Führung sie sich allmählich von der DC löste: auf dem ACLI-Kongreß 1969 Beschluß der Autonomie. 1970 Auflösung der von Labor geführten ACPOL (Associazione di cultura politica), Austritt Labors, der den MPL (Movimento politico dei lavoratori) gründet: Vereinigung von linksunabhängigen Katholiken u. Sozialisten. Gegenwärtiger Präsident der ACLI: Gabaglio. In letzter Zeit von der Kirche angegriffen (Einschaltung des Papstes) infolge der Auseinandersetzungen zwischen ACLI-Leitung und Tendenzen an der Basis, christlichen Glauben mit Klassenbewußtsein und antikapitalistischem Kampf zu verbinden.

MSI (Movimento sociale italiano) – 1946 gegründet (nach der Spaltung des 1945 entstandenen ›Fronte dell 'Uomo Qualunque‹ in Monarchisten und Neofaschisten). 1968: 4,5% = 1,5 Mill. Stimmen; Regionalwahlen 1970: 5,3%; starke Stimmengewinne bei den Kommunalwahlen 1971 (Sizilien: Anstieg von 7,2% (1970) auf 16,3%. Mit der Gewerkschaft CISNAL (4-500 000 Mitglieder) verbunden.

KPI = PCI (Partito communista italiano) – 1921 gegründet durch Abspaltung vom PSI; ab 1926 Illegalität und Emigration; 1929 Beginn der Stalinisierung. 1944 Rückkehr Togliattis, Aufnahme der KPI in die Regierung Badoglio: Beginn der Umgestaltung der KPI zu einer Massenpartei. Seit 1946 kontinuierlicher Zuwachs an Stimmen, Abnahme der Mitgliederzahl. 1,5 Mill. Mitglieder, 8,5 Mill. Wähler, 27,9% bei den Regionalwahlen 1970. Mehrheit in den Regionen: Emilia-Romagna, Toscana, Umbrien. Generalsekretär: L. Longo.

FGCI (Federazione giovanile communista italiana) – Jugendorganisation der KPI. Die Organisation umfaßte Mitte der fünfziger Jahre fast 400 000 Mitglieder, entwickelte sich von da an ständig zurück, bis sie 1968 einen Tiefstand von 125 000 Mitgliedern erreichte. Seit 1970 wieder starkes Anwachsen der FGCI. Zahlreiche, von den außerparlamentarischen Organisationen enttäuschte Jungarbeiter und Studenten sind seither in die FGCI eingetreten.

PSI (Partito socialista italiano) – 1892 gegründet; seitdem 11 Spaltungen und drei Einigungen; den Spaltungen liegen zwei Konzeptionen zugrunde: Maximalismus und Reformismus; 1966 Wiedervereinigung der Nenni-Sozialisten mit den Sozialdemokraten Saragats. 500 000 Mitglieder, Regionalwahlen 1970: 11%; z. Z. 61 Deputierte, 36 Senatoren, 6 Minister, 14 Unterstaatssekretäre.

PSIUP (Partito socialista italiano di unità proletaria) – 1964 gegründet, vorher linker Flügel der PSI. 180 000 Mitgl., Regionalwahlen 1970: 3,5%. Neben der KPI die einzige offizielle Arbeiterpartei; gegenwärtig Tendenz zur Auflösung: Mehrheit tendiert zu Anschluß an PSI oder KPI, linke Minderheit zu Anschluß an die außerparlamentarischen linken Organisationen (z. B. an Il Manifesto).

2. Gewerkschaften und gewerkschaftliche Organisationen

CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro) – Einheitsgewerkschaft Italiens, die schon vor dem Ende des Krieges durch die gemeinsame Initiative der drei wichtigsten antifaschistischen Parteien KPI, PSI, DC gegründet wurde. Wegen des beherrschenden Einflusses der KPI in der CGIL verfolgen die Unternehmer und die bürgerlichen Parteien eine Spaltungspolitik: 1949 spaltet sich die katholische Gewerkschaft CISL ab, 1950 die sozialdemokratische und republikanische UIL. Stärkste Gewerkschaft bleibt die kommunistische CGIL. Der Grad der gewerkschaftlichen Organisierung ist in Italien niedriger als in den anderen europäischen Ländern, in denen die Industrialisierung früher eingesetzt hat. Auch in den Industriesektoren, wo die Organisierung am stärksten ist (bei den Metallgewerkschaften 65%) bleibt sie hinter den vergleichbaren Zahlen Englands zurück. Seit 1968 wird von den drei Gewerkschaften unter Führung der CGIL die Bildung einer Einheitsgewerkschaft vorangetrieben.

CISL – 1949 gegründete, ursprünglich antikommunistische, gelbe Gewerkschaft mit Bindung an die DC. Aus den Arbeitskämpfen Ende der 50er Jahre und Anfang der 60er Jahre gehen neue militante CISL-Kader hervor, die mit dem traditionellen Antikommunismus ihrer Gewerkschaft brechen. Durch Konzentration auf die neuen Arbeiterschichten – Hilfsarbeiter, Techniker – gelingt es der CISL in einigen Industriegebieten (Mailand), ihre Mitgliederzahlen in den 60er Jahren zu vervielfachen. In den Kämpfen 68/69 bildet sich ein starker linker Flügel, der auf Loslösung von der DC hinarbeitet. In der CISL ähnlicher Prozeß wie in der ACLI: Versuch, Katholizismus und Marxismus zu verbinden.

UIL – 1950 gegründete sozialdemokratische Gewerkschaft, kleinste der drei Gewerkschaften.

FIOM – kommunistische Metallgewerkschaft, gehört zur CGIL.

FIM – katholische Metallgewerkschaft, gehört zur CISL.

UILM – sozialdemokratische Metallgewerkschaft, gehört zur UIL.

SIDA (Sindacato dell' automobile) – aus einer 1957 vollzogenen Spaltung der CISL hervorgegangene Gewerkschaft, die unter strikter Kontrolle der Fiat-Betriebsleitung stand. Hatte bei Fiat bis Mitte der 60er Jahre etwa 20 000 Mitglieder.

CI (Commissione interna) – Basisorganisation der Gewerkschaften im Betrieb. Die CI wird von allen Arbeitern eines Betriebes, gewerkschaftlich organisierten und nicht organisierten, gewählt. Ein Mitglied der CI repräsentiert gewöhnlich 250 Arbeiter. In einem 1943 abgeschlossenen Vertrag über die CI wird den Mitgliedern der CI ein fester Arbeitsplatz garantiert und das Recht, eine bestimmte Zahl der Arbeitsstunden auf gewerkschaftliche Aktivitäten zu verwenden. Die CI hat das Recht, die vertraglichen Abmachungen zu überwachen und betriebliche Vereinbarungen abzuschließen.

CAMERA DEL LAVORO – Sitz der drei Gewerkschaften CGIL, CISL, UIL.

3. Außerparlamentarische Gruppen

AOU (Assemblea Operia Unitaria) – einheitliche Arbeiterversammlung, die von militanten Fiatarbeitern, und von den Gruppen Potere operaio, Lotta continua und dem Circolo Lenin im Frühjahr 1969 ins Leben gerufen wurde. Auf dem Höhepunkt der Fiatkämpfe im Sommer 1969 trafen sich 700-800 Arbeiter regelmäßig in der AOU, und bestimmten wesentlich den Verlauf der Kämpfe. Im Herbst 1970 löste sich die AOU auf, s. a. die Charakterisierung durch einen Fiatarbeiter auf S. 156 f.

LOTTA CONTINUA – spontaneistische außerparlamentarische Gruppe. Starke Basis unter

den Schülern und Jungarbeitern hauptsächlich in Mailand und Turin. Theoretisiert die Autonomie des Kampfes und die direkte Aktion. Wichtige Initiatorfunktion bei den Fiatkämpfen und in den großen Betrieben Mailands, zuletzt bei der Häuserbesetzung in der Via Tibaldi. Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und den Delegierten.

IL MANIFESTO – durch Spaltung aus der KPI hervorgegangene außerparlamentarische Gruppe. Seit Juni 1969 gab die Linksopposition in der KPI die Zeitschrift *il Manifesto* heraus. Kritik an der internationalen Rolle der KPI unter Berufung auf die chinesische Kulturrevolution und den französischen Mai, vor allem aber am Verhältnis der KPI zu den Massenkämpfen von 68/69. Ende November 1969 Ausschluß der Gruppe wegen »Fraktionismus«. Der Ausschluß der ZK-Mitglieder Pintor, Rossanda, Magri, Natoli bewirkt Austritt einiger Sektionen der Parteibasis aus der Partei. Starke Basisgruppen von Il Manifesto in Bologna und Verbania. Seit Anfang 1971 gibt die Gruppe die Tageszeitung *Manifesto* heraus.

POTERE OPERAIO – spontaneistische außerparlamentarische Gruppe, hauptsächlich in Rom, Pisa und Porto Marghera (Venedig) vertreten. Hervorgegangen aus einer 1968 erfolgten Spaltung der Gruppe um die Zeitschrift *Classe Operaia*, die sich an den Theorien Trontis orientierte. Während der Kämpfe 68/69 verfolgte Potere operaio die Strategie, das System durch unerfüllbare Lohnforderungen in die Krise zu stürzen. Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Delegierten.

MARIO CAPANNA – Studentenführer an der staatlichen Universität in Mailand, die sich kritisch an der KPI orientiert. Potere operaio warf Capanna vor, der KPI als »linkes Feigenblatt« zu dienen.

Weitere Abkürzungen

CLN (Comitato di Liberazione Nazionale) – Nationales Befreiungskomitee. Wurde im Juli 1943 nach dem Sturz Mussolinis in Rom gebildet und umfaßte alle sechs antifaschistischen Parteien. Ziele: Wiederherstellung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit, Wiederaufbau der Wirtschaft. Das CLN versprach den Alliierten schon vor dem Ende des Krieges, alle Partisaneneinheiten zu entwaffnen, sobald Norditalien befreit sei. Im November 1945 wird de Gasperi (DC) Regierungschef des CLN.

CENTRO SINISTRA – Mitte-Linksregierung, Ende 1963 unter Führung von Aldo Moro gebildete Koalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikanern. Bezeichnet die Öffnung nach links nach dem Ende des Wirtschaftswunders und dem Scheitern der rechten Tambroni-Regierung. Leitet die Periode des relativen sozialen Friedens 1964-68 ein.

Italien hat den höchsten Anteil an staatskapitalistischen Unternehmen in Europa, die zum Teil zu Gruppen zusammengeschlossen sind wie IRI, ENI, ENEC.

IRI (Istituto per la ricostruzione industriale) – größter Staatsholding, kontrolliert 80% der Unternehmer mit öffentlicher Beteiligung (Hüttenindustrie, Maschinenbau, Werften, Telefon, RAI, Autobahnen, Speiseeis, Schiffahrt, Luftfahrt). Steht unter den 300 größten europäischen Unternehmen mit 3400 Milliarden Lire Umsatz an dritter Stelle nach Royal Dutch Petrol und Shell vor VW.

ENI (Ente nazionale idrocarburi) – ursprünglich Ölausbeutung, heute Energie (Gas, Uran), Chemie, Textil, Bergbau.

ENCE (Ente nazionale per l'energia elettrica) – staatliche Elektrizitätsgesellschaft.

LIRE – 1970 entsprachen 100 Lire ca. 58 Pfennig.

Camillo Daneo
Die Entwicklung der ökonomischen Widersprüche im Nachkriegs-Italien

Vorbemerkung

1. Nachdem der Krieg mit der Niederlage des Faschismus geendet hatte, war das Finanzsystem des italienischen Kapitalismus noch intakt, während sich die Produktionszentren (die Fabriken und die großen landwirtschaftlichen Betriebe) praktisch in den Händen der bewaffneten Industriearbeiter bzw. der anderen Lohnabhängigen befanden. Die Klassenwidersprüche innerhalb der italienischen Gesellschaft hatten sich so zugespitzt, daß sie jederzeit aufbrechen konnten. Auf der einen Seite gab es die aus Arbeitern, Bauern und Studenten bestehenden Partisanengruppen, deren Mehrheit sich für neue Formen der politischen Gegenmacht einsetzte (Befreiungskomitees in den Bezirken und Betrieben, Sturmbrigaden – »Brigate d'Assalto« –, die oft im Gegensatz zur politischen Führung der Bewegung standen); auf der anderen Seite gab es den in seinen Strukturen erschütterten Staatsapparat; er stand noch unter der Kontrolle von Regierungen, die sich auf die Volksfront der ›Resistenza‹ stützten: Kommunisten, Sozialisten, Christdemokraten, Liberale und Aktionisten. (Die Partito d'Azione war eine Partei, die aus der »Resistenza« hervorgegangen war und nur wenige Jahre nach dem Krieg existierte.)
Unter diesen Bedingungen – und ohne Einmischung von außen – hätten die Klassenauseinandersetzungen durchaus weitergeführt werden können, nämlich bis zur Überwindung der demokratischen Revolution und zur Errichtung einer sozialistischen Macht. Daß es nicht dazu kam, ist auf zwei Tatsachen zurückzuführen: die erste und wichtigste ist die Anwesenheit der englischen und amerikanischen Truppen in Italien (die englischen und amerikanischen Militärgouverneure hatten schon vor dem Ende des Krieges von den Parteien des CLN [Comitato di Liberazione Nazionale] das Versprechen erhalten, daß alle Partisaneneinheiten entwaffnet würden, sobald Norditalien befreit sei); das zweite wichtige Faktum ist die Entscheidung der KPI für die Volksfrontpolitik und ihre sich daraus ableitende Weigerung, die demokratische Revolution in eine sozialistische umzuwandeln. Diese Entscheidung – die zurückzuführen ist auf die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale von 1936, wo die Theorie der Volksfrontpolitik entwickelt und die daraus folgende Richtlinie, mit den bürgerlichen Regierungen zusammenzuarbeiten, aufgestellt wurde – enthielt sowohl taktische als auch strategische Elemente. Das taktische

Element bestand darin, daß Italien – wie bereits erwähnt – von den englischen und amerikanischen Truppen besetzt war und folglich unter dem politischen Einfluß der Alliierten stand. Das strategische Element leitete sich aus der Überzeugung der Führer der KPI ab (vor allem Togliatti), daß eine sozialistische Gesellschaft nur auf schmerzlosem und friedlichem Wege entstehen könne, über stufenweise Errungenschaften bis zu einer allmählichen Eroberung der Machtpositionen: mit einem Wort, auf dem reformistischen Weg.

2. Diese strategische Entscheidung der KPI (die mit der sozialistischen Partei verbündet war, welche die KPI damals, unmittelbar nach der Befreiung, sehr häufig von links überholte) hatte natürlich Folgen. Die schwerwiegendste war sicherlich ihr Einverständnis mit dem Wiederaufbau des ganzen bürgerlichen Staatsapparates: seinem Unterdrückungs- und Justizapparat wie auch seinen ökonomischen Strukturen – dem »Staatskapitalismus« –, der in Italien besonders ausgeprägt ist. Durch diese Entscheidung erlitten die Arbeiter, die kleinen Bauern und Landarbeiter und die Studenten eine Niederlage, noch ehe sie überhaupt kämpfen konnten.
Da es für die Arbeiter keine politische Alternative zur KPI gab und da sie außerdem überzeugt waren, daß der Reformismus der Kommunisten nur ein taktisches Manöver sei, um den Abzug der anglo-amerikanischen Truppen zu beschleunigen, überließen sie die besetzten Fabriken den alten Unternehmern und gaben einen Teil ihrer Waffen ab (den Rest versteckten sie in der Hoffnung auf eine »Gelegenheit«). Die Tagelöhner und kleinen Bauern waren sogar gezwungen, den Boden, den sie schon besetzt hatten, wieder zurückzugeben im Austausch gegen gewerkschaftliche Leistungen. Die Aufstände der Landarbeiter in Süditalien (die zwischen 1944 und 1946 sehr zahlreich waren) wurden vom Staatsapparat blutig niedergeschlagen, und das zu der Zeit, als die Kommunisten und Sozialisten in der Regierung saßen. In vielen Fabriken entstanden Verwaltungsräte (Consigli di gestione); für die Arbeiter waren das Keimformen einer sozialistischen Gegenmacht, während die Führer der KPI darin nur »Mit«-Verwaltungsorgane der Arbeiter sahen im Dienste des rascheren Aufschwungs der Produktivität. (Übrigens akzeptierten die Kapitalisten, die die Gefahr der von den Arbeitern und Technikern geleiteten Verwaltungsräte klar erkannten, noch nicht einmal eine Mitverwaltung.)
Eine weitere gleichzeitige Folge der taktischen und strategischen Entscheidungen der KPI war der rasche Wiederaufbau der Finanzmacht des italienischen Kapitalismus (später bezeichnete selbst Togliatti die Zeit von 1945 bis 1950 als die Jahre der »kapitalistischen Restauration«). Dieses System stützte sich auf eine kleine Gruppe von Holdings: Elettriche, IFI-

Fiat, Pirelli, Montecatini; dazu kam die mehrheitlich mit staatlichem Kapital arbeitende IRI (Eisen- und Schwermetallindustrie, Fernmeldewesen). Weniger umfangreiche, jedoch wichtige Konzentrationsprozesse fanden zur gleichen Zeit in der Textil- und Nahrungsmittelindustrie statt. Zwischen 1945 und 1950 konnten die Holdings nicht nur ihr nationales und internationales Finanzsystem wiederaufbauen – und zwar mit Hilfe des staatlichen und amerikanischen (Marshall-Plan-) Kapitals –, sondern es gelang ihnen auch, zumindest teilweise, die Arbeiterklasse auf gewerkschaftlicher Ebene zurückzuschlagen.
Die eigentliche Phase des Wiederaufbaus des italienischen Kapitalismus nach dem Krieg aber setzt mit dem Beginn der fünfziger Jahre ein.

Aufschwung des Kapitalismus und Kämpfe der Arbeiterklasse von 1951 bis 1961

Die Jahre zwischen 1951 und 1953 können als Vorstufe für den beinahe ununterbrochenen Aufschwung gelten, der bis 1963 dauert. In eben diesen drei Jahren – in dieser Zeit gibt es unter anderem die von den bürgerlichen Ökonomen »Koreakrise« genannten Spannungen auf dem Geld- und Rohstoffmarkt, hervorgerufen durch den amerikanischen Krieg in Korea und gefolgt von einer kurzfristigen Rezession – greift der kapitalistische Staatsapparat Italiens zu neuen sozialpolitischen Maßnahmen; auf die allgemeine Wiederaufnahme der Kämpfe der Landarbeiter antwortet er mit einer »kleinen« Agrarreform: ungefähr 800 000 Hektar wenig ertragreiches Land werden an kaum mehr als 100 000 Familien verteilt; er organisiert ein spezielles Unterstützungsprogramm für den Süden (die Cassa del Mezzogiorno); er vergibt großangelegte öffentliche Aufträge, besonders zur Unterstützung des Bauwesens (»Fanfani-Wohnungsplan«), und vor allem erleichtert er durch die Herabsetzung der Zinssätze, durch Exporthilfen, Steuererleichterungen usw. die private Investitionstätigkeit.
1951 betrug die Zahl der Erwerbstätigen in Italien etwa 21 Millionen: davon waren 8,6 Mio. in der Landwirtschaft beschäftigt, 6,41 Mio. in der Industrie und dem Transportwesen, 1,875 Mio. im Handel und 2,765 Mio. in den verschiedenen Dienstleistungsbereichen; darüberhinaus gab es 1,8 Mio. Arbeitslose. Die in der Landwirtschaft beschäftigte Bevölkerung setzte sich zusammen aus 1,47 Mio. Tagelöhnern, 2,415 Mio. kleinen Pächtern und Halbpächtern[1] und 4,755 Mio. Bauern. Von den in der Industrie Beschäftigten waren 2,3 Mio. Selbständige und kleine Handwerker, 700 000 arbeiteten in Handwerksbetrieben, 1,2 Mio. in Kleinbetrieben und 1,6 Mio. in Mittel- und Großbetrieben, 610 000 waren Trans-

1 Halbpächter sind Landarbeiter, die die Hälfte ihrer Produkte abgeben müssen.

portarbeiter. Ungefähr 70% der im Handel Tätigen waren selbständige Kleinhändler, ungefähr 50% der in den Dienstleistungsbereichen Beschäftigten waren Selbständige und kleine Gewerbetreibende. Im ganzen gesehen bestand also fast die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung aus den städtischen und ländlichen Mittelschichten, während die eigentliche Arbeiterklasse nur knapp 4,5 Mio. ausmachte (20%). Aus dieser zahlenmäßigen Schwäche der Arbeiterklasse – auch wenn sie in diesen Jahren rapide zunimmt – lassen sich viele Entwicklungen dieses Jahrzehnts erklären. Tatsächlich ist die kapitalistische Expansion der fünfziger Jahre durch zwei wesentliche Faktoren bestimmt: auf der einen Seite übte die Existenz von fast zwei Millionen Arbeitslosen einen direkten und indirekten Druck auf die Löhne aus; auf der anderen Seite bildeten die ländlichen Arbeitskräfte eine Reservearmee, die ständig für unqualifizierte Gelegenheitsarbeiten (Bauwesen, Nahrungsmittel- und Bekleidungsindustrie) zur Verfügung stand.

In den Jahren von 1949 bis 1953 führt die Arbeiterklasse permanent harte (wenn auch meist erfolglose) Kämpfe gegen die Umstrukturierungen und Demontagen in der Industrie; es ist ein Kampf gegen die kapitalistische Form der Produktion. Trotz der Niederlagen in diesen Kämpfen wächst die Zahl der Industriearbeiter ständig, hauptsächlich deshalb, weil gleichzeitig mit den Demontagen einiger Großbetriebe (Werften, Hüttenwerke, Textilindustrie) neue Klein- und Mittelbetriebe entstehen (Metallverarbeitung, Lebensmittel, Plastikstoffe usw.) und vor allem die Bauindustrie einen beträchtlichen Aufschwung erlebt. Im Vergleich zu 1951 ist das industrielle Bruttoprodukt (prodotto lordo nell'industria) 1955 – bei gleichbleibenden Marktpreisen – von 3400 auf 6500 Milliarden Lire angewachsen, speziell in der Bauindustrie von 800 auf 1300 Milliarden Lire. Die Gesamtinvestitionen der Industrie steigen in der gleichen Zeit von insgesamt 861 auf 1172 Milliarden Lire, die in der Bauindustrie von 512 auf 1091 Milliarden. Die Anzahl der in der Industrie Beschäftigten steigt um 852 000 (in der Landwirtschaft sinkt sie um 900 000). Der tarifliche Tageslohn (bezogen auf einen normalen Hilfsarbeiter) steigt von 975,5 auf 1134 Lire.

Die Wachstumsraten all dieser Daten sind in der folgenden Periode, zwischen 1956 und 1961, noch größer. Das industrielle Bruttoprodukt steigt von 4900 auf 7400 Milliarden, allein in der Bauindustrie von 1400 auf 1900 Milliarden. Die Anzahl der Beschäftigten wächst in der Industrie wiederum um 850 000, während sie in der Landwirtschaft um 1,35 Mio. sinkt. Der Tagestariflohn eines Hilfsarbeiters steigt von 1200,4 Lire auf 1459,8 Lire.

Den Verlauf dieser beiden Perioden, übersetzt in Indexzahlen, stellt die Tabelle 1 dar.

Tabelle 1
Die Entwicklung einiger ökonomischer Variablen

	Industrielles Bruttoprodukt	Industrielle Investitionen	Beschäftigungszahl i. d. Industr.	Tagestariflohn*
1951/1955	+ 32,8	+ 36,0	+14,6	+16,2
1956/1961	+ 51,2	+ 56,7	+12,4	+21,6
1951/1961	+116,4	+131,4	+31,7	+49,7

* In die Löhne eingeschlossen sind die automatischen Erhöhungen der »gleitenden Lohnskala«, die den Lebenskosten Rechnung trägt.

In dem Jahrzehnt zwischen 1951 und 1961 hat sich also das Bruttoprodukt in der Industrie mehr als verdoppelt, die Zahl der Beschäftigten ist um 32% gestiegen, die Nominallöhne um 50%. Wenn man allerdings die Löhne auf eine gleichbleibende Kaufkraft bezieht (so wie das industrielle Bruttoprodukt ja auch auf einen gleichbleibenden Geldwert bezogen wird), so beträgt die effektive Erhöhung nur 18%, ein durchschnittlicher Jahreszuwachs von 1,8% also. In diesen Zahlen liegt der Schlüssel für das, was später das »italienische Wirtschaftswunder« genannt werden wird.

Die Kapitalakkumulation in diesem Jahrzehnt – 1951 bis 1961 – vollzog sich außerordentlich rasch. Begünstigt durch das Überangebot an Arbeitskräften und die staatliche Unterstützung der Exportwirtschaft konnte der italienische Kapitalismus die Möglichkeiten des internationalen Marktes voll nutzen – was seit der Gründung der EWG (1958) zusätzlich erleichtert wurde –, indem er nämlich mit niedrigen Preisen kalkulierte, die durch den ständigen Druck auf die Löhne möglich waren. Die Gesamtinvestitionen hielten sich in diesem Jahrzehnt auf einem Mittelwert von etwas mehr als 25% des industriellen Bruttoprodukts. Sie wurden zu mindestens 70% durch Eigenfinanzierung der Unternehmen, durch Aufstocken des Kapitals, durch die Ausgabe von Obligationen, bei einem relativ schwachen Druck auf die Bankkredite getragen.

In der Zwischenzeit zeichnete sich in der Landwirtschaft immer mehr eine deutliche Spaltung ab: auf der einen Seite der Sektor der armen Bauern, deren einzige Investition die eigene Arbeitskraft war; auf der anderen Seite der Sektor der Großbauern und Agrarkapitalisten, deren Investitionen zu mehr als 40% aus staatlichen Subventionen bestanden. Dank dieser staatlichen Finanzierungshilfe konnten auch die Chemie- und Metallindustrie (Montecatini, Fiat, usw.) ihren inländischen Markt ausdehnen. Die Situation in der Landwirtschaft läßt sich in folgenden Zahlen zusammenfassen: Abnahme der dort Beschäftigten in diesem Jahrzehnt um 28%, Produktionszuwachs von 36%. Ein großer Teil der Grundrente

floß zur Finanzierung von Bau- und Bodenspekulationen in die städtischen Zentren, ebenso wurde ein Teil des in der Industrie akkumulierten Kapitals (abgesehen davon, daß auch dies teilweise ins Bauwesen investiert wurde) zur Finanzierung der ersten Ladenketten im Einzelhandel und der ersten Supermärkte (oft Warenhäuser) verwandt.
Das »Entwicklungsmodell« von 1951 bis 1961 ist das Modell eines sich entwickelnden Neokapitalismus, der die traditionellen Modelle nicht beseitigt, sondern sich ihnen überstülpt, indem er die besondere Lage auf dem Arbeitsmarkt ausnutzt.
In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre bewegen sich die italienische Arbeiterklasse, die Tagelöhner und Bauern in einer Art »strategischem Vakuum«. Während die dynamischsten Teile des kapitalistischen Lagers nicht nur ihr Kapital ständig vermehren, sondern sich darüberhinaus neue amerikanische Methoden der Produktion und der Arbeitsplatzgestaltung aneignen (von technischen Erfindungen bis hin zu »human relations«), während die christdemokratischen Regierungen – unter de Gasperi – diese Entwicklung politisch decken, verfolgen die linken Parteien (KPI und PSI, die damals noch verbündet waren) eine mehr politische als soziale Konfliktstrategie. Als politisch fortschrittliche Lösung propagieren sie eine mit Losungen wie »Friedensregierung«, »Öffnung nach links« usw. nicht näher bestimmte, von allen Klassen getragene Regierung. Der KPI – als stärkster linker Partei – fehlt nicht nur eine alternative politische Strategie zum Parlamentarismus, sondern sie hat auch keine Linie in der Wirtschaftspolitik, die dem Kampf der Arbeiterklasse eine Perspektive geben könnte. In denselben Jahren schlägt die linke Gewerkschaft, die CGIL, einen »Arbeitsplan« vor, der sich auf die haltlose These von Keynes stützt, daß man die Arbeitslosigkeit durch öffentliche Projekte, sozialen Wohnungsbau, Trockenlegung der Sümpfe und Ausbau der Energieversorgung beseitigen könne. Es werden also kapitalistische Maßnahmen zur Konjunkturbelebung vorgeschlagen an Stelle von radikalen Veränderungen in der Akkumulationsweise des Kapitals und der Verteilung der Einkommen. Aufgrund solcher Thesen werden für ein paar Jahre Arbeiter und Arbeitslose mobilisiert; man erhebt erfolglose und uneinheitliche Forderungen nach öffentlichen Projekten, die – wenn sie durchgeführt werden – nur wieder den kapitalistischen Interessen dienen: sie begünstigen, statt sie zu bekämpfen.
Die Arbeiter ihrerseits wählen periodisch ihre Vertreter (die Commissioni interne), die nur die bürokratische Aufgabe haben, die Einhaltung der von den Gewerkschaftsspitzen abgeschlossenen Tarifverträge zu überwachen. Die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Arbeiter ist so auf ein Minimum reduziert.
Erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre – als die KPI auf ihrem

VIII. Parteitag (1956) ihren demokratisch-parlamentarischen »italienischen Weg« zum Sozialismus zum offiziellen Parteiprogramm erklärt und auch die Mittelschichten zu den treibenden Kräften der vorgeblich sozialistischen Revolution zählt – gehen die Gewerkschaften daran, sich der neuen kapitalistischen Wirklichkeit anzupassen. In eben diesen Jahren erleidet die CGIL einen schweren Rückschlag bei Fiat, durch den der gewerkschaftliche Zentralismus in eine Krise gestürzt wird. Daraus entwickelt sich die Theorie der »artikulierten Strategie«, die sich mehr auf den einzelnen Betrieb richtet. (Die CISL hatte diese Strategie in Anlehnung an den amerikanischen Syndikalismus schon seit einigen Jahren praktiziert, allerdings mit der objektiven Funktion, die Arbeiter auf Betriebsebene zu spalten.) In den Jahren zwischen 1951 und 1961 findet ein allgemeiner Aufstand der Arbeiter zwar noch nicht statt, aber er kündigt sich bereits an. Das Anwachsen der Löhne ist stetiger als in der ersten Periode (die Anzahl der Beschäftigten allerdings steigt nicht); die Lohnentwicklung ist nicht mehr nur durch den Mechanismus der gleitenden Lohnskala und die wenigen, unzureichenden Tarifverträge bestimmt, sie bewegt sich nicht mehr so bürokratisch. Zwischen 1957 und 1961 z. B. werden ungefähr 2000 Abkommen auf betrieblicher Ebene geschlossen, die zum großen Teil auf spontane Kämpfe der Arbeiter zurückzuführen sind. Gegen Ende dieser Periode – zum ersten Mal ist die Zahl der Arbeitslosen unter eine Million gesunken – scheint die Arbeiterklasse wieder eine spontane, politisch bewußte Kampfbereitschaft entwickelt zu haben, was die Ereignisse von 1960 beweisen.

Das Jahr 1960 ist tatsächlich ein Jahr des politischen Aufschwungs, auch wenn er durch die KPI gebremst wird. In dieser Zeit wachsen die sozialen Spannungen, die sich nicht nur in der Kampfbereitschaft der Arbeiter, sondern auch in immer heftigeren Störungen des kapitalistischen Gleichgewichts bemerkbar machen: städtische Ballungszentren im »industriellen Dreieck« (Mailand-Turin-Genua); beschleunigter Zerfall Süditaliens in »Entwicklungszentren«, die ohne Rücksicht auf die bestehende soziale Struktur geschaffen werden; chaotisches Anwachsen der Landflucht usw. Und in dieser Zeit versucht die politische Mitte unter Führung der DC (Democrazia Cristiana) mit der Regierung Tambroni eine Wendung nach rechts durchzuführen, gestützt auch auf die Neofaschisten (MSI). Ihr Ziel ist es, durch eine autoritäre Regierung die sich verschärfenden Widersprüche »einzufrieren« und unter Ausnutzung der staatlichen Repressionen das kapitalistische System zu stabilisieren; aber dieses Manöver erzielt den gegenteiligen Effekt. Zum erstenmal seit 1948 kommt es zu einer einheitlichen spontanen Reaktion der Massen, an ihrer Spitze stehen die Arbeiter und Jugendlichen, die den offiziellen Organisationen die Führung entrissen haben. In Genua, Turin und überall in Süditalien kommt

es zu heftigen Auseinandersetzungen; es gibt Tote und Verwundete. Die Regierung der rechten Mitte aber muß zurücktreten.
Die Bourgeoisie muß zur Kenntnis nehmen, daß sie den direkten autoritären Weg in dieser Phase nicht mehr gehen kann. Zwei Jahre später wird sie den entgegengesetzten Weg (mit größerem Erfolg) einschlagen müssen: den der Koalition mit der sozialistischen Partei, die das Bündnis mit der KPI nicht mehr erneuert hat. So entsteht das sogenannte »Centro Sinistra«.

Das Jahrzehnt von 1961 bis 1970 – Kämpfe der Arbeiter, Krise des Reformismus

Zwischen 1961 und 1963 hält der kapitalistische Aufschwung in Italien weiter an, bis er schließlich an eine strukturelle Grenze stößt; was zunächst als Konjunkturkrise sichtbar wird, sind in Wirklichkeit die organischen Grenzen dieses Typus der Expansion. Allein in diesen drei Jahren steigt das industrielle Bruttoprodukt von 7400 auf 8300 Milliarden Lire; die industriellen Investitionen von 1642 auf 2496 Milliarden. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten wächst um 340 000 (während sie in der Landwirtschaft um 1,25 Mio. sinkt). Der Tageslohn eines Hilfsarbeiters erhöht sich von 1459,8 auf 1844,5 Lire. Im Gegensatz zur vorherigen Aufschwungsperiode, in der keine nennenswerte inflationäre Tendenz zu verzeichnen war, wird nun, in der Hochkonjunktur, die Stabilität der Finanzsituation durch eine starke inflationäre Entwicklung empfindlich gestört: die Verbraucherpreise steigen zwischen 1961 und 1963 um 15,1%. In der Tabelle 2 soll die Entwicklung der beschriebenen Phänomene gezeigt werden.

Tabelle 2
Entwicklung einiger ökonomischer Variablen

	Industrielles Bruttoprodukt	Industrielle Investitionen	Beschäftigte i. d. Industrie	Tageslohn
1961/1963	+17,5	+25,1	+4,5	+26,4

Das sind die Jahre, in denen man von nichts anderem als dem »Wirtschaftswunder« spricht. Bevor man sich damit genauer auseinandersetzt, ist es sinnvoll, die Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung der erwerbsfähigen Bevölkerung zu betrachten.
1961 war, im Vergleich zu den zehn Jahren davor, die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten auf 6,2 Mio. gesunken, in der Industrie und

im Transportwesen war die Beschäftigtenzahl dagegen auf 8,51 Mio. gestiegen, im Handel auf 2,5 Mio. und im Dienstleistungssektor auf 3,2 Mio.; die Zahl der Arbeitslosen schließlich war auf 710 000 gesunken. Die erwerbstätige Landbevölkerung bestand im einzelnen aus 1,3 Mio. Tagelöhnern und Landarbeitern, 1,5 Mio. Pächtern und Halbpächtern und 3,4 Mio. Bauern. In der Industrie und im Transportwesen gab es 2,55 Mio. Selbständige und Handwerker, 950 000 in Handwerksbetrieben Beschäftigte, 1,64 Mio. Beschäftigte in kleinen industriellen Betrieben, 2,5 Mio. in Mittel- und Großbetrieben und 860 000 Transportarbeiter. Von den im Handel Beschäftigten waren 65% kleine Kaufleute, und von den im Dienstleistungssektor Tätigen waren 50% Selbständige. Bei einer erwerbsfähigen Bevölkerung von nach wie vor 21 Mio. war also die eigentliche Arbeiterklasse in diesem letzten Jahrzehnt von 4,5 auf 6,2 Mio. gestiegen, d. h. von 20% auf 30% der erwerbstätigen Bevölkerung angewachsen. Dazu kommt, daß die neuen Arbeiterschichten – größtenteils zugewanderte ehemalige Tagelöhner aus dem Süden und gerade erst von den Berufsschulen entlassene Jungarbeiter – sich durch die Drohung der Arbeitslosigkeit und die Mahnung der Reformisten zur Zurückhaltung weniger einschüchtern lassen als die ältere Generation (und im Laufe der Jahre wird diese Tatsache immer wichtiger werden).

Der Zeitabschnitt zwischen 1961 und 1963, der den Apologeten des Kapitalismus als Beweis für das »Wirtschaftswunder« gilt, signalisiert in Wirklichkeit sein Ende. Während eines ganzen Jahrzehnts hatte eine Art forcierter Akkumulation stattgefunden, vor allem auf der Basis sinkender Preise, verstärkter Exportgeschäfte, zeitweiliger Einfrierung der Löhne sowie der Ausdehnung des inländischen Marktes, begünstigt durch die staatlichen Finanzierungshilfen (in der Landwirtschaft: chemische Düngemittel und Traktoren, im Wohnungs- und Straßenbau: Stahl und Zement). 1962 explodieren die Widersprüche mit einer Welle von Arbeitskämpfen, in denen hohe Lohnforderungen gestellt werden: allein 1962 fallen 182 Mio. Arbeitsstunden durch Streiks aus, mit denen die Industriearbeiter neue Tarifverträge erkämpfen, die eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 15% (1962/63) bzw. 17,5% (1963/64) bringen. Die nominelle Lohnerhöhung in dem Zeitraum von 1962 bis 1964 beträgt 34,2%, die Lohnquote (bezogen auf das industrielle Bruttoprodukt), die sich bis 1960 auf etwa 54% eingependelt hatte – springt auf 62%, während die Investitionsquote (bezogen auf das industrielle Bruttoprodukt) 1963 einen Höchststand von 28,6% erreicht.

Unter diesen Voraussstzungen zerstört die steigende Inflationsrate das Gleichgewicht im Finanzsystem. Auch für die italienische Wirtschaft gilt – was sich in entwickelteren kapitalistischen Systemen bereits gezeigt hat –, daß die kapitalistische Expansion die Inflation notwendigerweise mit sich

bringt, auf die dann die Finanzorgane – meistens zu spät – mit einer plötzlichen Erschwerung von Krediten und anderen deflationistischen Maßnahmen reagieren. So landet der abenteuerliche italienische Kapitalismus in der Rezession: mit einem Mal versiegt der Investitionsstrom, die Zahl der Beschäftigten wird gesenkt und die Produktion eingeschränkt. Zwischen 1963 und 1965 zeigt sich diese Kehrseite des »Wirtschaftswunders«: die Investitionen in der Industrie sinken um 35% (von 2496 Milliarden auf 1602 Milliarden), die Zahl der Arbeitsplätze verringert sich um 258 000 und die der Arbeitslosen vermehrt sich um 217 000. Das industrielle Bruttoprodukt jedoch wächst weiter an, weil es den Kapitalisten – wenn auch unter Schwierigkeiten – gelingt, die steigenden Kosten durch eine Intensivierung der Ausbeutung auszugleichen; allerdings erreicht sie nicht mehr den Stand der vorangegangenen Jahre: zwischen 1961 und 1963 stieg die Arbeitsproduktivität um 14,8%, zwischen 1963 und 1965 beträgt die Steigerung nur noch 5%.

Nachdem der Versuch des Finanzministers Vanoni, eine vorausplanende Wirtschaftspolitik durchzusetzen, in der Mitte der fünfziger Jahre gescheitert war, begannen die Regierungsparteien wie auch die Opposition jetzt, in der Periode zwischen 1961 und 1965, wieder über die Notwendigkeit einer Wirtschaftsplanung zu diskutieren. Zu erwähnen ist noch, daß die sozialistische Partei 1962 der Koalitionsregierung beigetreten war, dieser Regierung, die als Centro Sinistra bekannt wurde und die im Auftrag eines Teils der Kapitalistenklasse (eingeschlossen die Technokraten der großen staatlichen Unternehmen IRI und ENI) die neue Bewegung der Arbeiterklasse politisch integrieren sollte. Obwohl die KPI ihre Opposition erklärt, zeigt sie doch immer mehr Bereitschaft, mit dieser Regierung zusammenzuarbeiten. Eine wirtschaftliche Planung hätte praktisch die Aufgabe gehabt, Lohnerhöhungen jeweils unterhalb der durchschnittlichen Produktivitätsrate zu halten (Einkommenspolitik nach holländischem Muster), so daß ein kalkulierbarer Akkumulationsprozeß auf Kosten der Arbeiter möglich geworden wäre. Darüberhinaus hätten durch diese »Planungspolitik« auch die öffentlichen Ausgaben (die Mitte der 50er Jahre etwa 12% des nationalen Bruttoprodukts ausmachten) rationalisiert und die verschiedenen staatlichen Beteiligungen an der Industrie koordiniert werden können. (Allein in der Manufakturindustrie kamen 15% der Investitionen von der IRI oder ENI.) Schließlich muß erwähnt werden, daß die Holdinggesellschaften für Elektrizität nationalisiert wurden und eine staatliche Elektrizitätsgesellschaft – die ENEL – gegründet worden war. Wenn dies die Ziele der Regierungsparteien für die Wirtschaftsplanung waren, so unterscheiden sie sich kaum von denen, die die KPI unter dem Etikett »Demokratische Planung« anstrebte: von einer Einfrierung der Löhne wollte die KPI nichts hören,

aber sie war mit einer rationelleren Planung der kapitalistischen Entwicklung vollkommen einverstanden, solange diese mit »demokratischen« Mitteln durchgeführt wurde. Es gab langwierige Diskussionen, die verschiedensten Pläne wurden entwickelt (der für die Jahre 1966/70 wurde sogar vom Parlament angenommen), ohne daß sich dadurch etwas an den Grundstrukturen der italienischen Wirtschaft geändert hätte. Das einzige bedeutende Faktum in der ersten Hälfte der sechziger Jahre war die Verstaatlichung der Elektrizitätserzeugung, wobei an die Holdinggesellschaften ungeheure Entschädigungssummen gezahlt wurden, die diesen das Kapital für Investitionen in andere Sektoren (Chemie, Lebensmittelindustrie, Warenhäuser usw.) lieferte. Dabei veränderten, aber verstärkten sich auch die Beziehungen zwischen den mächtigen oligopolistischen Gruppen.

Diese Einkommenspolitik wurde jedoch von der Arbeiterklasse zurückgeschlagen, die gerade in jenen Jahren, als die Rezession Entlassungen und Kurzarbeit verursachte, eine immer stärkere, nicht mehr nur defensive Kampfbereitschaft entwickelte. Obwohl von den Gewerkschaften (unter denen sich eine vorläufige, manchmal paralysierende Aktionseinheit hergestellt hatte) die Interessen der Arbeiterklasse sehr schlecht vertreten wurden, obwohl auch die KPI ihre politische Aufgabe nicht erfüllte, sondern sich immer mehr auf das parlamentarische Geplänkel einließ und sich der verschwindend kleinen Gruppe der »linken« Christdemokraten für ein gemeinsames »demokratisches« Programm anbot, wurde zwischen 1964 und 1966 über 276 Millionen Arbeitsstunden gestreikt (1966 wird der Metalltarifvertrag erneuert); es tauchten, wenn auch noch sporadisch, neue von den Arbeitern selbst entwickelte Formen des Kampfes auf.

Wie schon erwähnt, scheint der italienische Kapitalismus – auch wenn sich das erst später herausstellen wird – im Jahr 1963 einen großen Teil seiner Entwicklungsmöglichkeiten erschöpft zu haben. Das wirtschaftliche Wachstum weist von Jahr zu Jahr mehr jene Schwankung zwischen Inflation und Rezession auf, die die Engländer »stop and go« genannt haben. Diese Schwankungen scheinen die ersten Symptome einer strukturellen Stagnation zu sein. Das Sinken der Wachstumsraten in der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion (Dienstleistungen ausgenommen), die Tendenz zur Stagnation bei den produktiven Investitionen und auf dem Arbeitsmarkt lassen sich in den Jahren zwischen 1963 und 1969 deutlich beobachten. Tabelle 3 vergleicht die Periode von 1957 bis 1963 mit der von 1963 bis 1969.

Auch die Investitionen im Wohnungsbau, die zwischen 1957 und 1963 um 58,5% gestiegen waren, haben zwischen 1963 und 1969 nur noch eine Steigerungsrate von 20,8% bei weiter fallender Tendenz. Der einzige Sektor, in dem sich die Investitionen mehr als verdoppelt haben (nämlich von

499 Milliarden auf 1290 Milliarden Lire), ist der Distributions- und Dienstleistungssektor, durch den allerdings der gesellschaftliche Reichtum nicht vermehrt wird. Diese Stagnationstendenz kann übrigens nicht auf mangelnde Akkumulation zurückgeführt werden. Sie hat tiefere Ursachen, die zu suchen sind in der wachsenden Neigung der Kapitalisten, die Masse der Profite in die Finanzspekulation zu stecken, und das sowohl im Inland als auch im Ausland, wo der Markt des Eurodollars viele Möglichkeiten für kurzfristige Kapitaltransaktionen bietet, die denen des »hot money« vor dem Krieg ähneln, oder aber sie stecken es in den tertiären Sektor, wo der gesellschaftliche Reichtum zwar absorbiert, aber nicht produziert wird.

Tabelle 3
Entwicklung einiger ökonomischer Variablen

	Indust. u. landw. Bruttoprodukt	Investitionen i. Landw. u. Indust.	Beschäftigte i. d. Indust.	Reallohn i. d. Industrie
1957/63	+45,7	+72,8	+13,4	+16,3
1963/69	+30,8	+ 8,3	+ 2,8	+34,2

Die »schleichende Krise« des italienischen Kapitalismus

Wie schon herausgearbeitet wurde, weist der italienische Kapitalismus in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre Symptome einer wirtschaftlichen Stagnation auf. Seit 1968 muß er jedoch mit einer sehr viel tieferen und weitgehenderen sozialen Krise fertigwerden als 1962 (damals ging es fast ausschließlich um tradeunionistische Auseinandersetzungen). Das Jahr 1968 ist auch in Italien das Jahr der Studentenrevolte, aber das Jahr 1969 ist das der Arbeiterklasse. Anläßlich der Erneuerung der Tarifverträge für die Metallarbeiter und andere Branchen entlädt sich eine Welle antikapitalistischer Kämpfe. Auch die Gewerkschaften werden davon überrascht und mitgerissen; ihr bürokratischer Apparat muß immer wieder die Flucht nach vorn ergreifen, wenn er nicht von den Arbeitermassen überrollt werden will. Die alten Commissioni interne der Gewerkschaft werden größtenteils ersetzt durch autonome Organisationsformen der Arbeiter, die nicht mehr im tariflichen Konflikt steckenbleiben, sondern dem Kampf eine politische Dimension geben (wenn diese auch oft verworren und widersprüchlich ist): es entstehen Abteilungs- und Werksdelegierte, durch die auf Betriebsebene dann die Arbeiterräte ins Leben gerufen werden. Zu den Forderungen nach Abschaffung der Lohnunterschiede kommen Forderungen nach autonomen Machtorganen im Betrieb: Selbstbe-

stimmung des Arbeitstempos, Kontrolle über die neuen Produktionstechniken, Überwindung der verschiedenen Lohngruppen und Abschaffung der Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten.
In diesem »heißen Herbst« 1969 geben sich die militanten Arbeiter nicht mit dem Abschluß neuer Tarifverträge zufrieden (durch die durchschnittlichen Lohnerhöhungen von 18 bis 20% und eine stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden), sondern setzen den Kampf auf nicht institutionalisierte Weise fort und zwar in Form der »Guerilla« in den einzelnen Abteilungen und Betrieben. Während die Kämpfe an einem Punkt zum Erlöschen kommen, flackern sie schon am nächsten wieder auf.

Die Revolution arbeitet mit Methode (Marx)

Die *ökonomische* Variable »Lohn« wird nicht nur immer weniger kalkulierbar, sondern nimmt darüberhinaus die objektiven Züge einer *politischen* Variablen an, die unabhängig von den Bestrebungen der traditionellen Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften und linke Parteien), ihnen sogar entgegengesetzt ist. 1969 erreicht die Zahl der gestreikten Arbeitsstunden 303 Millionen – die höchste Quote seit Kriegsende –, aber auch 1970, nachdem die Verträge bereits abgeschlossen sind, werden noch einmal 155 Mio. Stunden gestreikt. Allein 1969 entspricht der Arbeitsausfall durch Streiks bei Fiat der Produktion von zwei Monaten (280 000 Autos). Kapitalisten und Politiker beginnen, über den »dauernden Konfliktzustand« zu jammern.
Im Laufe des Jahres 1970 versuchen die Gewerkschaftszentralen die Kampfbereitschaft der Arbeiter in den Betrieben zu bremsen, zum einen, indem sie sie auf allgemeine Reformen (Gesundheitswesen, Bodenreform) abzulenken versuchen, und zum anderen, indem sie selbst teilweise die Kontrolle über die Delegierten und Arbeiterräte übernehmen. Zur gleichen Zeit schlägt sich die KPI auf die Seite der Verfechter einer »beding-

ten Wiederaufnahme der Produktion«. Sie tritt also auch dafür ein, dem System eine Atempause zu gönnen durch eine »reformerische« Belebung der Akkumulation und der kapitalistischen Produktivität. Damit bietet sie sich, und zwar sogar auf Regierungsebene, immer offener als Mitverwalter des Systems und als Verfechter der sozialen Kontrolle an. Die »Verteidigung der demokratischen Verfassung« (einer Verfassung übrigens, die nicht fortschrittlicher als die von Weimar ist) wird immer mehr zum Mittelpunkt der reformistischen Politik der KPI; die Kapitalisten dagegen benutzen beides, die gemäßigte Reformpolitik wie auch die Angst vor dem Neofaschismus und dem »blocco d'ordine« (›Notstandsregierung‹).

Tatsächlich hat das kapitalistische System nicht nur eine Panne erlitten, sondern es ist in eine Rezession geraten, der mit staatsinterventionistischen Maßnahmen nicht mehr zu begegnen ist (Finanzierungshilfen für die Betriebe, Steuererleichterungen, Kredit- und Zahlungserleichterungen). Das Finanzkapital im weitesten Sinn – Liquidität des Staates und der Banken – wird fast ausschließlich für spekulative Zwecke benutzt; es fungiert als Mittel der Aktienkonzentration über Finanzholdings, in denen sich Privat- und Staatskapital vereinigen (wie kürzlich im Fall des Chemiekonzerns Montedison-ENI).

Einerseits ist also die permanente Stagnation der italienischen Wirtschaft keine Stagnation im Hansenschen Sinn (Stagnation als Zeichen der »Reife« des Kapitalismus), sie ist vielmehr Ausdruck der gegenseitigen Abhängigkeit von ökonomischen und politischen Variablen in dem Sinn, daß die schleichende Wirtschaftskrise den Zerfall des gesamten politischen Apparates bewirkt. Andererseits hat sich aber in den Kämpfen der Arbeiter und der anderen Schichten des Volkes noch keine organisierte politische Alternative herausgebildet. Wenn auch die Bourgeoisie nicht mehr wie früher produzieren und herrschen kann, so ist es der Arbeiterklasse doch noch nicht gelungen, ihren Guerillakampf in eine revolutionäre Kraft zu verwandeln, die fähig wäre, das herrschende sozio-ökonomische System zu stürzen.

Und wenn es der Neuen Linken nicht gelingt, den Kämpfen rechtzeitig eine einheitliche organisatorische Form zu geben, so wird die Gefahr einer »autoritären« Lösung der Widersprüche und Klassenkämpfe akut werden, und zwar in absehbarer Zeit.

Dossier 1:
Abriß der politischen Geschichte Italiens seit 1945

Nach dem Sturz Mussolinis am 25. Juli 1943 und dem Waffenstillstand zwischen Italien und den Alliierten am 8. September wurde das »Nationale Befreiungskomitee« CLN – »Comitato di Liberazione Nationale« – in Rom gebildet. Es umfaßte alle sechs antifaschistischen Parteien und rief eine, wenn auch damals kaum funktionsfähige, »außerordentliche Regierung der CLN« ins Leben.

Legitimationsgrundlage dieser Regierung war die antifaschistische Tradition der sechs Parteien. Ihr Programm sah als wichtigste Ziele die Wiederherstellung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit und den Wiederaufbau der Wirtschaft vor. Hinter diesen allgemein gehaltenen Formulierungen verbarg sich die Etablierung einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und die Restauration einer kapitalistischen Wirtschaft. Besonders deutlich traten diese restaurativen Tendenzen hervor, nachdem de Gasperi – Parteiführer der Democrazia Cristiana (DC) – im November 1945 Regierungschef geworden war.

De Gasperis politische Konzeption war auf eine Wiederherstellung des vorfaschistischen Staates mit verjüngter Führungsschicht und auf eine enge Anlehnung an den Vatikan gerichtet. Zwar berief sich de Gasperi feierlich auf die Tradition des Befreiungskampfes in Oberitalien. Dennoch setzten sich unter seiner Führung die klerikalen und bürgerlich-konservativen Kräfte in der DC durch. Die Politik der DC zielte im wesentlichen darauf ab, die neue Herrschaftsstruktur, wie sie ansatzweise von den Volksorganen des Befreiungskomitees während der Partisanenkämpfe entwickelt worden war, wieder durch eine Beamtenstruktur im herkömmlichen Sinne zu ersetzen. In den Präfekturen wurden die Vertreter der regionalen Befreiungskomitees durch politische Verwaltungskomitees abgelöst.

Diese Entwicklung war alles andere als die Folge eigenmächtiger Entscheidungen der christdemokratischen und der konservativen Politiker. Sie war vielmehr der Ausdruck einer umfassenden Wiederherstellung der ökonomischen und gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen, einer Restauration, die vor allem von den ökonomischen Machtgruppen der USA vorangetrieben wurde.

Die Rückkehr der alten Industrieeigentümer in ihre früheren Machtpositionen wurde in der norditalienischen Industrie sehr schnell spürbar. Die

oberitalienischen Betriebe wurden seit der Befreiung von »Consigli di gestione« geleitet, die sich meist aus kommunistischen und sozialistischen Partisanen zusammensetzten. Es waren die gleichen Gruppen, die in den letzten Kriegswochen die Betriebsanlagen besetzt und erfolgreich gegen die deutscherseits geplante Vernichtung verteidigt hatten. Nach der Befreiung kamen die alten Unternehmer hinzu, so daß sich anfänglich eine paritätische Betriebsleitung durchsetzte – eine Art gesellschaftspolitische Konsequenz des gesamtnationalen Kompromisses zwischen Konservation und Evolution. Nach dem Regierungsantritt de Gasperis kam es aber nicht zur erhofften rechtlichen Sanktionierung dieses neuen Verhältnisses an der Produktionsbasis. Die Unternehmer, gestützt auf die alte Rechtsordnung und auf die neu erstandenen Machtorgane des Staates, begannen di Consigli di gestione zu sabotieren und also praktisch deren Auflösung einzuleiten.

Zugleich wurde die antifaschistische Säuberung gestoppt. Die Institution des »Hohen Kommissars für politische Säuberung« wurde abgeschafft. Anstelle der vom Volk erwarteten Bestrafung der durch den Faschismus kompromittierten Vertreter des Kapitals setzte eine Antipartisanen-Kampagne ein, die später, Anfang der 50er Jahre, in die berüchtigten Prozesse gegen ehemalige Partisanenführer einmünden sollte.

Daß die kommunistische Partei Italiens sich nicht an die Spitze des Widerstands gegen diese Rückentwicklung stellte, sondern den restaurativen Wiederbeginn ebenso moralisch beklagte wie auch tatsächlich duldete, wird verständlich, wenn man die widersprüchliche Lage der Partei und die daraus resultierende Strategie nach der Niederlage des Faschismus kurz beleuchtet:

Vom Kampf gegen den Nazifaschismus und von den Zielsetzungen der norditalienischen KP-Gruppen her bot sich der revolutionäre Weg an. In der Tat wollten die norditalienischen Partisanen den Bürgerkrieg konsequent bis zur Zerschlagung des städtischen Großbürgertums und der Agrarier fortsetzen. Da sie sich im Besitz von Waffen und Fabriken befanden, sahen sie nicht ein, warum sie beides wieder abliefern sollten. Man sprach damals vom »Nordwind«, vom »vento del Nord«, der die im befreiten Süditalien ausgehandelten Klassenkompromisse hinwegfegen sollte. Die KP-Führung verwarf diese Pläne aus zwei Gründen.

Erstens schienen sich diesen Plänen die tatsächlichen Machtverhältnisse entgegenzustellen: die Rückkehr des Kapitals vollzog sich hinter dem militärischen Schild der englischen und US-amerikanischen Besatzungstruppen: einer Übermacht also, der die Partisanen angeblich nicht gewachsen waren. Zweitens spielte – ähnlich wie im Fall des griechischen Bürgerkriegs – die rigorose Loyalität der von Stalin geleiteten kommunistischen Weltbewegung gegenüber den Abmachungen mit den Kriegsalliierten eine

Rolle. In diesem Sinne bestand Togliatti strikt auf der Restauration der bürgerlichen Demokratie.
So blieb nur der andere Weg übrig, auf dem zunächst die errungenen bürgerlichen Freiheiten gegen erneute auroritäre und faschistische Angriffe verteidigt werden sollten.
Strukturelle Reformen in Richtung Sozialismus wollte die KPI durch parlamentarische Mehrheiten erreichen. Von daher bestimmte sie die Aufgaben der CLN-Regierung: »Konservative Stagnation«, »neue reaktionäre Abenteuer« und »Katastrophen« sollten verhindert, eine »Reform der Gesellschaftsstruktur« eingeleitet werden.
Als die Democrazia Cristiana fundamentale Grundsätze des Befreiungskomitees preisgab, waren Kommunisten und Sozialisten unfähig, ihre Vorstellungen von »nationaler Erneuerung« gegen die immer stärkeren Restaurationstendenzen durchzusetzen. Dieses Zurückweichen der Kommunisten begründete Togliatti mit der Feststellung, zunächst müsse die »nationale Einheit und Unabhängigkeit« wiederhergestellt werden.
Nach der Niederlage des »Nordwinds« begannen die Kommunistische Partei und die Gewerkschaften, sich am Wiederaufbau des Landes zu beteiligen und damit an der Restauration des Kapitalismus mitzuwirken. Dies ergab sich unvermeidlich aus dem realen Widerspruch der italienischen Lage: eine völlig ruinierte Wirtschaft mußte ohne Umwälzung der Produktionsverhältnisse wieder auf die Beine kommen, sollte Italien nicht ökonomisch untergehen. Der Zwang zum (kapitalistischen) Wiederaufbau führte zur Gründung einer Einheitsgewerkschaft (CGIL), mit der die Unternehmer relativ leicht verhandeln konnten. Vor allem bei der Regelung der Massenentlassungen im Herbst 1945 zeigte sich der Vorteil einer solchen Organisationseinheit. Als ebenso vorteilhaft erwies sich die gewerkschaftliche Einheit bei der unmittelbaren Reorganisation der Produktion. So wurden ohne Schwierigkeit, sogar mit einem gewissen Wiederaufbau-Schwung, »Jugendbrigaden für die Produktionssteigerung« und »Gruppen freiwilliger Wiederaufbau-Helfer« gegründet. Die Gewerkschaften verzichten in dieser Periode notgedrungen auch auf allgemeine Lohnforderungen. Die von ihnen geforderte Gegenleistung: Verzicht auf Profite, drückte nur die Hilflosigkeit der eigenen widersprüchlichen Lage aus: will man nämlich die Wirtschaft kapitalistisch (also ohne Revolution) wiederaufbauen, so kann man unmöglich die Realisierung des Mehrwerts unterbinden – vor allem in einem Lande mit akutem Kapitalmangel wie Italien.
Gewiß hatte die CGIL die Perspektive einer grundlegenden Veränderung der italienischen Gesellschaft nicht aufgegeben. Und das war die andere Seite des Widerspruchs. Die Unternehmerpolitik wurde – vor allem in Fragen der Beschäftigung – zwar durch die Einheitsgewerkschaft begün-

stigt: ohne sie wäre es unmöglich gewesen, innerhalb eines Jahres 2 Millionen Arbeiter ohne politisch nennenswerte Konflikte zu entlassen. Zugleich aber sah man die mögliche Gefahr, die von einer einheitlich kommunistisch hegemonisierten Gewerkschaft ausgehen könnte. Daher betrieben die Unternehmer von Anfang an gegenüber den Gewerkschaften eine Politik, die auf die Spaltung hin tendierte, und die übrigens finanziell tatkräftig von den amerikanischen Gewerkschaften unterstützt wurde. Auch in dieser Hinsicht zeigte sich das Kapital einer gewerkschaftlichen Bewegung überlegen, die – aus welchen Gründen auch immer – gesellschaftspolitische Ziele auf dem Wege des friedlichen Kompromisses erreichen will.

Das gilt im erhöhten Maß auch für die allgemeine Politik der linken Parteien. Sie gingen von der Notwendigkeit aus, mit den restaurativen Kräften einen Kompromiß schließen zu müssen, und von dem Versuch, so viel günstige Ausgangspositionen wie möglich in einen solchen Verfassungskompromiß einzubauen. Zunächst hatten sie wohl die Hoffnung, durch eine Mehrheit die Kompromißachse nach links zu verschieben. Doch die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung 1964 brachten einen Sieg der restaurativen Kräfte. Die Christ-Demokraten stellten als stärkste Partei 207 Abgeordnete, nicht zuletzt ein Erfolg der rückhaltlosen Unterstützung der Katholischen Kirche. Die Sozialistische Partei errang 115, die KPI 104 Sitze. Trotz dieses ungünstigen Ergebnisses änderten KPI und PSI ihre bisherige Politik nicht. Sie mußten den eingeschlagenen Weg nunmehr einhalten und ihren politischen Anspruch darauf reduzieren, weiterhin an der Koalitionsregierung beteiligt zu bleiben.

In den darauffolgenden Monaten verstärkte sich der reaktionäre Einfluß in den bürgerlichen Parteien, nicht zuletzt durch die für Italien relativ ungünstigen Bedingungen des Pariser Friedensvertrages von 1946: Verlust aller Kolonien, Verlust eines Teils von Triest an Jugoslawien, Reparationszahlungen an Griechenland.

Die reaktionären Kräfte drängten nun auf einen engen Anschluß an die USA. Es war die Zeit der Truman-Rede und des Marshallplans. Diese Entwicklung blieb bekanntlich nicht auf Italien beschränkt. Mit erstaunlicher Gleichzeitigkeit vollzog sich im ganzen Westeuropa die Anpassung der politischen Kräftekonstellation an den Prozeß der kapitalistischen Rekonstruktion. Und das bedeutete, daß allen moralischen Parolen des Widerstands zum Trotz die antifaschistischen Koalitionen überall zerbrachen und die Periode der rein bürgerlichen, meist rechts orientierten Regierungen begann.

In Italien führte diese Anpassung der Politik an die Ökonomie 1947 zum Ausschluß der Kommunisten und der Sozialisten aus der Regierung. Damit war aber der Weg zu dem von der KPI erhofften großen Reform-

kompromiß versperrt. Und die Ende 1947 erfolgte Verabschiedung der neuen italienischen Verfassung (des sichtbaren Ausdrucks des Klassenkompromisses) markierte nicht mehr den Einbau der Linken in den Wiederaufbau des Staats. Denn die Verfassung war von der tatsächlichen Entwicklung schon überholt worden. Togliattis Schlußrede in der Verfassunggebenden Nationalversammlung betonte noch einmal den fortschrittlichen Charakter der neuen Staatsordnung, mutet heute aber nur noch wie die Rede eines Träumers an – oder wie ungewollter Hohn:

»Unsere Verfassung ist noch keine sozialistische Verfassung, aber gerade weil sie der Ausdruck einer breiten Einheits- und Erneuerungsbewegung ist, unterscheidet sie sich wesentlich von den anderen bürgerlichen Verfassungen. Durch ihre politischen und sozialen Besonderheiten bildet sie eine wirksame Grundlage für die Entwicklung der italienischen Gesellschaft auf dem Wege, der zum Sozialismus führt.«

Togliatti hatte – wie schon häufig vor und nach ihm Politiker der revisionistisch-reformistischen Linken – sich am Wortlaut der Verfassungsnormen orientiert. Die neue italienische Verfassung weicht indessen eben nur in Einzelbestimmungen des normativen Teils vom Typus der bürgerlich-demokratischen Verfassung ab. Es sind darin tatsächlich einige Programmpunkte der ehemaligen Befreiungsbewegung und selbst die Perspektive eines Einbaus der Arbeiterklasse in das Herrschaftssystem enthalten.
So heißt es zum Beispiel: »Italien ist eine demokratische, auf Arbeit gegründete Republik. Die Staatsgewalt *gehört* dem Volk« (Art. 1,1). Oder noch entschiedener: »Die Republik hat die Aufgabe, alle ökonomischen und gesellschaftlichen Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die durch die tatsächliche Einschränkung der Freiheit und der Gleichheit der Bürger die volle Entwicklung der Persönlichkeit und die wirksame Beteiligung aller Werktätigen an der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Organisation des Landes verhindern« (Art. 3, 2). Überdies wurde das Recht auf Arbeit anerkannt, die Planung der Wirtschaft als Staatsaufgabe verfassungsrechtlich verankert, die Möglichkeit der Sozialisierung eingeräumt. Darauf bezog sich Togliatti. Unberücksichtigt blieben bei seiner Lobhymne die konkreten Bestimmungen der Verfassung, nämlich die Regelung des eigentlichen Herrschaftsmechanismus des Staats, die den totalen bürgerlichen Herrschaftsanspruch wieder herstellen und sanktionieren. Die tatsächliche Entwicklung der italienischen Politik und die Verurteilung der KPI zur politischen Ohnmacht vollzogen sich genau in der Perspektive der Funktionsfähigkeit dieser Mechanismen.
Schon bei den ersten Parlamentswahlen im April 1948 und bei der darauf folgenden ersten »normalen« Regierungsbildung zeigte sich, daß die handfesten Interessen der herrschenden Klasse mächtiger waren als die Normbestimmungen der Verfassung.

Diese Parlamentswahlen standen außenpolitisch im Zeichen des beginnenden Kalten Kriegs zwischen den USA und der UdSSR; innenpolitisch im Zeichen verschärfter Klassenkämpfe, die sich in weiten Streikbewegungen und in Landbesetzungen äußerten. Beide Aspekte, dazu noch der Sieg der Prager kommunistischen Arbeiter über die bürgerliche Regierung der CSR, begünstigten die antikommunistische Propaganda der rechten Parteien und der Democrazia Cristiana. Der Wahlkampf selbst entsprach keineswegs der üblichen Abhaltung von Schaukämpfen rivalisierender politischer Gruppen. Von beiden Seiten wurde der Wahlgang als zwar rechtlich geregelte, dennoch endgültige Austragung eines letzten gesellschaftlichen Gefechts vorgestellt. Dabei spielte die DC zum ersten Mal seit der Befreiung ihre ganzen Machtmittel und ihre Erpressungsmöglichkeiten aus: von der Mobilisierung der Klientelen im Süden, über die handfeste Androhung, berufliche Existenzen zu zerstören, bis zur offenen Bestechung. Die katholische Hierarchie intervenierte ebenso massiv in den Wahlkampf, Industrie und Agrarier geizten nicht mit finanzieller Unterstützung. Dem gegenüber agierten die kommunistische und die sozialistische Partei mit ebenso zündenden wie ohnmächtigen moralischen Parolen.

Der Wahlausgang entsprach der Machtlage: die DC errang mit 306 Sitzen die absolute Mehrheit; die KPI und der PSI erhielten nur 31,7% der Stimmen und 183 Parlamentsmandate. Dieser Wahlsieg der DC gab das Startzeichen für die Konsolidierung des Kapitalismus in Italien.

Als Kommunisten und Sozialisten ihren Einfluß auf staatliche Entscheidungen und Weichenstellungen verloren hatten, verlagerten sie ihre Agitation und politische Aktivität unter den arbeitenden Massen von der institutionellen und parlamentarischen Ebene auf die des Betriebes. Sie schufen Betriebszellen und organisierten eine Reihe von Massenstreiks. Den vorläufigen Höhepunkt dieser Aktivität bildeten die gewaltigen und blutigen Protestaktionen 1948, ausgelöst durch das Attentat eines Neofaschisten auf Togliatti. De Gasperi und sein Innenminister Scelba gingen mit einem riesigen Polizeiaufgebot gegen die Streikenden und Demonstranten vor. Sie drohten, die CGIL gewaltsam aufzulösen, falls die Streiks nicht friedlich beigelegt würden. Trotz der revolutionären Bereitschaft der Arbeiter gab die Parteiführung der KPI nach und forderte zur Wiederaufnahme der Arbeit auf.

Das Verhältnis zwischen der Linken und den konservativen Parteien polarisierte sich in den folgenden Jahren weiter. Dazu trug vor allem die Entscheidung der Regierung bei, der NATO beizutreten. Es erwies sich, daß Togliattis Politik der Unterordnung sozialistischer Forderungen unter die »Einheit der Nation« in eine Sackgasse geführt hatte.

Auch in Süditalien zahlte sich diese Haltung nicht aus: Von 1947 an hat-

ten massive Volksaufstände im Süden für eine gewaltsame Veränderung der Eigentumsstruktur eingesetzt. Dort herrschten Großgrundbesitz und ein veraltetes Pachtsystem, vielfach durch ein parasitäres Zwischenpachtsystem untergliedert.
Die KPI stellte sich hinter Landbesetzungen im Verlauf der Aufstände. Aber durch die Unterstützung des Aufbaus der italienischen Wirtschaft, besonders der Industrie im Norden, waren ihr weitgehend die Hände gebunden. Die KPI war nicht im Stande, eine militante Klassensolidarität zwischen den landlosen, revoltierenden Bauernmassen im Süden und dem oberitalienischen Industrieproletariat herzustellen, wie Gramsci sie schon 1927 entworfen hatte. Außerdem schlug die KPI in der Landwirtschaftspolitik einen falschen Weg ein: sie wollte landwirtschaftliche Kleinbetriebe schaffen und verstand es dabei nicht, den süditalienischen Massen die Perspektive der Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf dem Wege über landwirtschaftliche Genossenschaften zu vermitteln.
Die Erfolge der Bourgeoisie stärkten auch die katholischen und sozialdemokratischen Kräfte innerhalb der Einheitsgewerkschaft CGIL. Die Versuche der Unternehmer, den geschlossenen gewerkschaftlichen Block zu zersetzen, hatten 1949 mit der Abspaltung der katholischen Gewerkschaft CISL, 1950 der sozialdemokratischen und republikanischen UIL Erfolge. Die CISL verfolgte von Anfang an einen klaren Kurs der antikommunistischen Opposition und des guten Einvernehmens mit dem Kapital. Sie entwickelte eine Strategie der betriebsnahen Tarifpolitik.
Infolge der Schwächung und Spaltung der Gewerkschaften stärkte sich die Machtposition der Industriellen. Sie konnten ohne nennenswerten Widerstand eine Produktivitätssteigerung durch Intensivierung der Arbeit durchsetzen. Das kommt im Tarifvertrag für die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie von 1948 zum Ausdruck: statt Lohnerhöhungen brachte er die Einführung von Prämien für Mehrarbeit in Form von Leistungszulagen. Gegen die zunehmende Ausbeutung entwickelten nun aber die Arbeiter spontan eine neue Form des Arbeitskampfes, die sogenannte »non-collaborazione«, die »Nicht-Zusammenarbeit«, d. h. eine Strategie der Produktionsverlangsamung, der Weigerung, sich dem mörderischen Arbeitstempo zu unterwerfen. Die »non-collaborazione« gefährdete die Profite der Unternehmer in hohem Maß. Jetzt zeigte sich, wie weit die Komplizenschaft von Staat und Kapital gegen die Lohnabhängigen schon gediehen war: Die Regierung brachte einen Gesetzentwurf durch, der die »non-collaborazione« zur strafbaren Handlung erklärte. Die kommunistische CGIL wurde mehr und mehr in eine defensive Position gedrängt. Gegen sie richteten sich vor allem die Angriffe des Staates und des Kapitals. Es kam zu Entlassungen ihrer Funktionäre,

besonders der ehemaligen Partisanen bei Fiat, zur Aufhebung der Sonderrechte von Betriebsmitgliedern und zur Schließung der Gewerkschaftsbüros durch die Polizei.
Bei dieser Kampagne gegen die Kommunisten fehlte es nicht an massiven Eingriffen der USA in die italienische Politik. In Zeiten einer erhöhten Abhängigkeit der Beschäftigung von Exportaufträgen verlangte die amerikanische Botschaft ausdrücklich und ohne Rücksicht auf diplomatische Gepflogenheiten oder UN-Bestimmungen die Ablösung der CGIL-beherrschten Betriebsräte als Bedingung für Auftragsvergabe.
Im Betrieb geriet die CGIL in Schwierigkeiten, sich von der katholischen CISL abzugrenzen. Zwar kritisierte sie deren Politik als »Legalisierung der Ausbeutung«, vermochte aber nicht, eine wirkliche Alternative zu formulieren. Sie war in ihren eigenen Legalitätsvorstellungen befangen und konnte sich in den Betrieben nicht von den politischen, auf Parlamentskompromisse zielenden Tendenzen der KPI frei machen. Von der Basis her bedingt, begann freilich gerade deshalb die Forderung einer »Linksautonomie« gegenüber der Partei sich zu artikulieren.
Der schwindende Einfluß der CGIL in den Betrieben stand aber auch in engem Zusammenhang mit der Veränderung der Klassenstruktur des italienischen Proletariats.
Die Veränderungen in der Organisation der Arbeit bei den großen Konzernbetrieben hatten zur Folge, daß die Bedeutung der überkommenen Berufs- und Ausbildungsstruktur der Arbeiter zurückging und die alte Fabrikhierarchie sich auflöste. Anstelle des Facharbeiters, der immer die Basis der kommunistischen Gewerkschaften gebildet hatte und durch seine Vormachtstellung im Produktionsprozeß auch maßgeblich die Politik der CGIL bestimmte, traten der »Massenarbeiter«, der jederzeit austauschbar an jedem Punkt des Arbeitsprozesses eingesetzt werden kann, und der dequalifizierte Techniker, der ebenso beliebig austauschbar ist und mit fließbandähnlichen Arbeitsoperationen beschäftigt wird. Massenarbeiter und Techniker lagen aber vorläufig noch außerhalb der Organisationsperspektive der CGIL: die ersteren wegen der mangelnden Qualifikation; die letzteren, weil sie immer noch als externe Verbündete des Proletariats oder gar als Klassengegner angesehen wurden.
Die gewaltige Produktionssteigerung der italienischen Industrie in der Phase der wirtschaftlichen Expansion wurde in erster Linie von den neu eingestellten Arbeitskräften aus dem Süden getragen. Die Mehrzahl von ihnen hatte keinen festen Wohnsitz und konnte deshalb nur ein illegales Arbeitsverhältnis eingehen. Die Unternehmer nützten diese Notlage aus. Sie zahlten den betreffenden Arbeitern Löhne weit unter Tarif und drückten sich vor den Sozialleistungen. Damit konnten die Kapitalisten die süditalienischen Arbeiter als wirksames Druckmittel gegen die Lohnforde-

rungen der organisierten Arbeiter einsetzen. In den Jahren 1958 bis 1962 wurden arbeitslose Süditaliener häufig als Streikbrecher angeworben.
Der Konjunkturrückschlag während dieser Jahre traf die Arbeiterbevölkerung sehr hart. Die Lohnerhöhungen hielten nicht Schritt mit den steigenden Lebenshaltungskosten. Die Arbeiter äußerten ihre Unzufriedenheit immer häufiger in Arbeitskämpfen, die oft der Kontrolle der kommunistischen CGIL und der anderen Gewerkschaften entglitten. Die Streiks nahmen ein solches Ausmaß an, daß die Zahl der gestreikten Stunden 1959 doppelt so hoch war wie die jährliche Durchschnittsrate der Streikstunden der gesamten 50er Jahre.
Nach einer langen Regierungskrise drängten die ökonomischen Führungsgruppen im Lande, aber auch die gesamte politische Rechte zu einer autoritären Lösung. Im Sommer 1960 kam es zum ersten ernsthaft vorbereiteten Versuch der Machtergreifung seitens einer konservativ-neofaschistischen Koalition. Unter dem Vorwand schwerer Ausschreitungen bei antifaschistischen Demonstrationen in Genua versuchte der DC-Politiker Tambroni einen kalten Staatsstreich. Vorsorglich waren Reserveoffiziere einberufen, Armeeinheiten alarmiert worden. Die sogenannte Straße reagierte aber umgehend: in allen großen italienischen Städten fanden riesige Arbeiterdemonstrationen statt, an denen sich auch die katholische Arbeiterschaft beteiligte. Zwar schoß die Polizei häufig in die Demonstranten (in Reggio Emilia gab es 14 Tote), aber die demokratische Straße siegte am Ende gegen die autoritären Volksvertreter. Tambroni mußte demissionieren. Der Weg nach Rechts war versperrt.
Als einzige Alternative blieb die Mitte-Links-Regierung übrig. Schon nach den Wahlen von 1958 versuchte eine beträchtliche Fraktion innerhalb der PSI das Aktionsbündnis mit der KPI zu lockern und eine Kooperation mit der DC anzustreben. Als Bündnispartner in der DC boten sich die reformistischen Kräfte an. Diese immer stärker werdende Fraktion strebte eine Reformpolitik und Modernisierung der italienischen Wirtschaft an, vor allem im Hinblick auf die zunehmende Integration Italiens in die EWG. Dazu mußte die DC weite Kreise der Industriearbeiterschaft und vor allem einen großen Teil der organisierten Arbeiter für ihr Reformprogramm gewinnen. Das wollte sie durch Aufnahme des PSI in die Regierung erreichen. Im März 1962 wurde mit parlamentarischer Unterstützung, aber noch ohne Regierungsbeteiligung der PSI eine Dreiparteienregierung aus Christdemokraten, Republikanern und Sozialdemokraten unter Fanfani gebildet. Ihr Programm nahm in einigen Punkten die Konzeption der späteren Mitte-Links-Regierung unter Moro vorweg. Hierzu gehörte die Verstaatlichung der Energiewirtschaft.
Bei den Parlamentswahlen von 1963 erhöhte die KPI ihren Stimmenanteil von 22,7 auf 25,3%, während die Parteien der linken Mitte von

62,7 auf 59,6% zurückgingen. Ende 1963 wurde unter Führung von Aldo Moro die Mitte-Links-Regierung aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Republikanern gebildet. Das Regierungsprogramm enthielt folgende zentrale Punkte:

- Realisierung der Autonomie der Regionen
- Abschaffung der faschistischen Gesetze
- Reform der veralteten und ineffizienten staatlichen Verwaltung und eine durchgreifende Bildungsreform
- Aufstellung eines Wirtschaftsplanes
- Reform des Steuersystems
- Stop der Bodenspekulation
- Sofortmaßnahmen zur Überwindung der immer fühlbarer werdenden Wirtschaftskrise.

Dieses Reformprogramm zwang die KPI zum Überdenken einiger ihrer Positionen. In vielen Punkten lief es praktisch auf die Akzeptierung von Forderungen hinaus, welche die KPI seit Jahren gestellt hatte. Durch den Regierungseintritt der PSI mußte auch das Verhältnis zur ehemaligen Bruderpartei neu bestimmt werden. Trotz des »Verrats« bemühte sich die KPI weiterhin um eine gemeinsame Politik mit der PSI auf gewerkschaftlicher und kommunaler Ebene. Die Zugeständnisse, mit denen sich die KPI dieses Bündnis erkaufte, stärkten die Vertreter der konsequent-reformistischen Positionen, besonders den rechten Flügel um Amendola.
Die Konstituierung der Mitte-Links-Regierung fällt zusammen mit dem Ende des Italienischen »Wirtschaftswunders« und dem Anfang der schweren Wirtschaftskrise 1963/64. Vor Ausbruch der Rezession kennzeichneten folgende Faktoren die Wirtschaft:

- die Ungleichheit zwischen dem Exportsektor und den auf den Binnenmarkt gerichteten Bereichen
- Überproduktion von Konsumgütern bei gleichzeitigen Rückgang des Exportes und bei Unfähigkeit des Binnenmarktes, die Explosion zu absorbieren auf Grund
- eines wesentlich unter EWG-Durchschnitt liegenden Lohnniveaus
- eine starke Konzentrationsbewegung in der Industrie, vor allem der Chemie- und Metallindustrie.

Anfang der 60er Jahre war die Wiederaufbauperiode im Weltmaßstab beendet. Die stürmische Nachfrage nach Investitionsgütern während der Nachkriegsjahre ging in dem Maße zurück, wie die Produktionsanlagen in den einzelnen Ländern wieder aufgebaut wurden.
Die Krise von 1963/64 führte zu einem schlagartigen Stop der öffentlichen Ausgaben für den Süden: die Investitionen der staatlichen Industrien wurden fast gänzlich vom Bau des Stahlwerks Tarent geschluckt. Nur ein geringer Teil der Ausgaben wurde für die Förderung der Infrastruktur bereitgestellt; auch die staatlichen Betriebe der Petrochemie (ENI) waren gezwungen, ihre Investitionen im Süden drastisch zu reduzieren.

Die Mitte-Links-Regierung bescherte Italien zwischen 1964 und 1968 eine Periode des relativen sozialen Friedens. Wir fassen die wichtigsten politischen Ereignisse kurz zusammen:
1964 der Tod Togliattis, dessen Nachfolge Luigi Longo antrat. Die reformistischen Kräfte in der Partei um Amendola setzen sich langsam aber stetig durch und entwickeln ihre Konzeption der »Regierung aller demokratischen Kräfte«. Im gleichen Jahr ereignet sich die SIFAR-Affäre. SIFAR ist eine italienische Geheimdienstorganisation. Die Hauptfigur der Affäre ist der General de Lorenzo. Mit Hilfe rechter Kreise des Militärs und der politischen Rechten hatte er einen sehr genau geplanten Staatsstreich vorbereitet, der jedoch kurz vor seiner Ausführung aufgedeckt wurde.
1966 kam es zum ersten Versuch der KPI, parlamentarisch-politisch und ohne Verbindung mit realen gesellschaftlichen Konflikten eine Linkswendung in Italien herbeizuführen. Sie stimmte bei der Präsidentenwahl einem taktischen Bündnis mit den Sozialisten und den Sozialdemokraten zu und trug so zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Saragat (eines der entschiedensten Antikommunisten des Landes) zum Staatspräsidenten bei. Der parlamentarische Virtuosenakt blieb naturgemäß ohne Folgen.
1967 als Auftakt der Kämpfe der kommenden Jahre der Beginn der Studentenbewegung in den oberitalienischen Universitätsstädten und in Rom.
Nach den Wahlen von 1968 und vor Ausbruch der Massenstreiks 1969 bieten die beiden großen Parteien – Christdemokraten und Kommunisten – *dieses* Bild:
Die DC, die trotz ihrer innerparteilichen Zersplitterung immer noch die stärkste Partei in Italien ist, läßt sich in drei Flügel unterteilen:
Der *traditionalistisch-gemäßigte* Flügel um Rumor ist eng mit dem Vatikan verbunden. Rumor leitet die Krise der »Wohlstandsgesellschaft« aus dem Zerfall der traditionellen Familienstruktur, dem Bedeutungsverlust des Handwerks und der schwindenden Bedeutung der Kirchengemeinde als effektiver politischer und ökonomischer Grundeinheit der italienischen Gesellschaft her. Dieser Flügel stützt sich vor allem auf den Mittelstand und die weiblichen Wähler.
Der *linke* Flügel um Donat-Cattin und die CISL beruft sich auf die Tradition des katholischen Genossenschaftswesens und der katholischen Gewerkschaftsbewegung vor dem Faschismus. Auf seinem Programm stehen durchgreifende Sozialreformen. Zu deren Durchsetzung will er sowohl mit den Kommunisten als auch mit den progressiven Elementen des Monopolkapitals zusammenarbeiten.
Zwischen diesen beiden Flügeln das *Zentrum*, dessen Exponent Moro ist.

Er versucht, die widersprüchlichen Tendenzen der beiden extremen Flügel miteinander zu vereinbaren.
Die Strategie der kommunistischen Partei zieht eine Regierung der demokratischen Kräfte vor. Sie soll den linken Flügel der DC, die Sozialisten und den PSIUP umfassen und sich auf die Einheit der drei Gewerkschaftsorganisationen stützen. Dies setzt voraus, daß es der KPI gelingt, den linken Flügel der DC von der Gesamtpartei zu lösen. Das erscheint unrealistisch, obschon in den letzten zwei Jahren zwischen diesem Flügel und der Partei immer stärkere Spannungen aufgetreten sind. Diese Regierung wäre Ausdruck des antimonopolistischen Kampfes. Um die mittleren und kleinen Kapitalisten in das antimonopolistische Bündnis mit einzubeziehen, fordert die KPI kreditpolitische Maßnahmen zur Stärkung der mittleren und kleinen Betriebe. Ihr Programm der Strukturreform will das Bildungswesen modernisieren und demokratisieren und das öffentliche Verkehrswesen verbessern. An sozialen Sofortmaßnahmen fordert sie den Nulltarif im Berufsverkehr, den Stop der Bodenspekulation, die Senkung der Mieten, die Erhöhung der Lohnsteuerfreigrenze und die Förderung des sozialen Wohnungsbaus.
Allen diesen Forderungen ist gemeinsam, daß sie in keiner Weise den Akkumulationsmechanismus angreifen. Ja im Gegenteil: in der gegebenen Situation entsprechen diese Forderungen den Interessen des Monopolkapitals, insofern nämlich, als sie dazu dienen, den Kämpfen in den Betrieben die Spitze abzubrechen. Der Staat wird in dieser Konzeption zum Instrument für die Umverteilung der sozialen Kosten gemacht, ohne daß das Kapital selbst die Kosten für die notwendige Verbesserung der Infrastruktur tragen muß.
Parallel zu der Entfaltung der Klassenkämpfe im Norden seit 1968 kam es im Süden in letzter Zeit zu einer Verschärfung der allgemeinen, aus sozialer Unzufriedenheit entstehenden Konfliktsituation. Mehrfach hat es schon Volksausbrüche gegeben, die zuweilen lokalpolitisch motiviert sind (wie beim Volksaufstand in Reggio Calabria), zuweilen sich aus nichtigem Anlaß ergeben und als Gradmesser für die Unerträglichkeit der Spannung gelten können. Scheiterte im Norden die traditionelle Organisation des Proletariats gegenüber den neuen Kampf- und Organisationsformen in den Betrieben, so zeigten sich die KPI und der PSIUP auch im Süden unfähig, die unmittelbaren Volksausbrüche politisch zu artikulieren. Die Folge davon war eine Zunahme des politischen Einflusses rechter Gruppen und Parteien. Daß bei den letzten Regional- und Kommunalwahlen in Süditalien der MSI, die altfaschistische Partei, einen großen Erfolg erzielte, hat allerdings auch andere, nicht minder wichtige Gründe. Die Reformpolitik der kommunistischen Partei zerbricht am oben erwähnten, unlösbaren Widerspruch: auf der einen Seite dient sie

als Modernisierungspolitik den langfristigen Interessen des Monopolkapitals; auf der anderen Seite setzt sie auf ein Bündnis des Proletariats mit dem kleinen und mittleren Kapital. Sobald aber eine Reformpolitik *möglich* zu werden scheint, tritt das Klasseninteresse der kleinen Kapitale wieder hervor, die sich gegen soziale Reformen durch eine Umorientierung in Richtung auf den Faschismus zur Wehr setzen. Der Rechtsrutsch dieser Wählerschichten in Süditalien bestätigt so nach 50 Jahren die bittere Erfahrung, die der Reformismus nach dem Ersten Weltkrieg machen mußte: konsequente *revolutionäre* Politik *kann* Zwischenschichten gewinnen und so die Etablierung autoritärer Machtsysteme unmöglich machen; *reformistische* Politik dagegen treibt die Konterrevolution mit Leichtigkeit voran und kann zum Faschismus führen.

Anders aber müssen die konkreten Chancen eines neuen Faschismus als die des alten beurteilt werden. Wählerverschiebungen im Süden spielen hier nicht die wesentliche Rolle, die man ihnen gerne zuspricht. Es handelt sich dabei nämlich nicht um eine endgültige Rechtsorientierung, sondern um die Folge einer spezifischen Politik, die in diesem Umschwung der abhängigen Massen nur ihren vorläufigen Ausdruck findet. Es kommt noch hinzu, daß durch die letzten Kampfjahre in den Industriegebieten Italiens eine Arbeiterklasse emporgewachsen ist, die bei aller politischen Unsicherheit als gesicherte Kraft gegen faschistische Versuche fest steht. Faschisten und Konservative mögen also prekäre Wahlerfolge einheimsen. Der KPI-Reformismus wird vermutlich in Italien die Massen nicht so weit entpolitisieren, daß die durch den gleichen Reformismus politisierten und alarmierten sozialen Gruppen die Macht im Lande erringen könnten.

LIEFERBAR:
Nr. 38/Okt. '71: Die Aktualität Karl Korschs / Karl Korsch: Ein undogmatischer Zugang zum Marxismus / Mit Beiträgen von Jürgen Seifert, Oskar Negt, Gian Enrico Rusconi und Guiseppe Vacca / Klassenkämpfe in Spanien / Hans Christian Harten: Kritik der politischen Ökonomie als System? / Vom antikapitalistischen Studenten zum staatskapitalistischen Beamten
Nr. 37/Juni '71: Technische Intelligenz und kapitalistische Arbeitsteilung / Nikolaus Becker: Organisation geistiger Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozeß / Wolfgang Essbach: Kritik der wissenschaftlichen Studentenbewegung / Samuel H. Schirmbeck: Revolutionäres Bauerntheater in Westfrankreich / Streik bei Conti
Nr. 36/April '71: Kritik an der KPD/AO / Nikolaus Becker: Zur Organisation geistiger Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozeß – Tendenzen der reellen Subsumtion (1. Teil) Helmut Reinicke: Ware und Dialektik – Zur Konstitution des bürgerlichen Bewußtseins bei Sohn-Rethel
Nr. 35/Feb. '71: Fritz Kramer: Bemerkungen zur politischen Bedeutung der sozialistischen Studenten / Richard Vahrenkamp: Entwicklungstendenzen des industriellen Arbeitsprozesses Materialien zur spanischen Revolution I, Hrsg. und komment. von Erich Gerlach
Nr. 34/Dez. '70: Septemberstreiks 1969 Nr. 33/Okt. '70: Streiks und Arbeiterbewußtsein

Einzelpreis 0,50 DM; Abo. 3,50
Zu beziehen durch pol. Buchläden
oder durch die Redaktion:
34 Göttingen, Leonard-Nelson-Str. 29

POLITIKON

Lucio Magri/Filippo Maone
Die Kommunistische Partei Italiens – Aufbau und Führungsmethoden

Material für eine Diskussion über Partei und Bewegung

Eine Diskussion über die Organisationsprobleme und die Prinzipien, von denen sie geleitet werden – das sogenannte Parteikonzept –, ist besonders schwierig. Viele Kommunisten haben in den letzten Jahren die Überzeugung gewonnen, daß der historischen Situation entsprechend die Probleme gründlich neu überdacht werden müssen; doch dieses Bewußtsein nimmt immer mehr ab und die KPI-Genossen treffen weniger mutige Entscheidungen, wenn sie von ideologischen zu politischen und von politischen zu organisatorischen Fragen übergehen.

Die meisten äußern die Sorge, daß die einheitliche, disziplinierte und kampfbereite Partei, wie sie sich in einem langen historischen Prozeß entwickelt hat und wie sie wegen der Härte des Klassenkonflikts gebraucht wird, für abenteuerliche Experimente aufs Spiel gesetzt werden könnte. Und das ist für jeden ernsthaften KPI-Genossen eine der größten Barrieren; gewöhnlich begründen sie ihre Sorge mit diesem Argument: wir wollen über alles diskutieren, aber bitte innerhalb des traditionellen Rahmens, denn die Regeln, die das Leben der Partei bestimmen, die ändert man nicht.

Es ist eine Sorge, die man erklären und auch rechtfertigen kann. Erklären, weil in der Partei, wie in jeder Institution, die etablierten Funktionäre bei jeder einschneidenden Veränderung ihre Positionen und Gewohnheiten bedroht sehen. Solange man über die Diktatur des Proletariats diskutiert oder über das Wesen des Sozialismus in der Sowjetunion, in Ordnung; aber spielen wir nicht mit ernsten Sachen. Rechtfertigen kann man diese Sorge mit dem Hinweis auf die Mehrzahl der Parteimitglieder, die eher eine richtige Politik improvisieren können als eine richtige Organisation. Und überhaupt könne eine Organisation viel leichter zersetzt werden und runterkommen. Sie sei die Frucht eines langen theoretischen Erfahrungsprozesses, des geduldigen Aufbaus von erprobten Kadern und habe im Laufe der Jahre das Vertrauen von Millionen Menschen gewonnen. Wer sie heute zur Diskussion stellt, riskiert – auf der Suche nach etwas Besserem –, auf Jahre hinaus das Ergebnis des Kampfes aufs Spiel zu setzen.

Diese vorsorgliche Klugheit beruft sich auf eine Voraussetzung, die erst noch geprüft werden muß: ist die Organisation im aktuellen Zustand diese einheitliche, wirksame und kämpferische Avantgarde, die man er-

halten will? Und wenn nicht, handelt es sich dann nur um eine Verspätung, um ein Nachhinken der Praxis hinter dem Modell, oder ist es das Modell selbst, das man diskutieren und verändern muß?

1. Partei und Avantgarde

Die Kommunistische Partei Italiens hatte 1954 2,14 Mio. Mitglieder. Nach fünfzehn Jahren intensiver Entwicklung des Landes sind es heute ungefähr anderthalb Millionen, trotz der starken Verschiebung der Wählerstimmen nach links.
Diese bemerkenswerte und vor allem ständige Abnahme hat gewiß ihre Bedeutung, sagt aber an sich noch nichts aus. In der Zahl von zwei Millionen Kommunisten der fünfziger Jahre spiegelte sich eine Ausnahmebedingung der Politik Italiens wieder: im kalten Krieg zwischen Kommunismus und Antikommunismus war es selbstverständlich, daß man Mitglied der Kommunistischen Partei wurde, weil man sich auf eine der beiden Seiten des Kampfes zwischen Reaktion und Fortschritt schlagen mußte. Dem entsprach nicht zufällig eine ebenso starke Mobilisierung der gegnerischen Seite; die gesamte Gesellschaft schien vertikal in zwei feindliche politische Armeen gespalten zu sein. Diese Spaltung reflektierte die Dynamik der sozialen und politischen Kräfte, aber sie fror sie auch ein.
Der verminderte organisatorische Einfluß der Partei und überhaupt der Parteien auf die Gesellschaft könnte jedoch auch eine positive Erscheinung sein; eine neue Möglichkeit der Initiative könnte sich einer organisierten Avantgarde eröffnen, die damit einen viel breiteren Spielraum gewönne und mit einer ganz andren und viel beweglicheren Dialektik politisch eingreifen könnte.
Entscheidender als die Quantität ist also die Qualität dieser Entwicklung, d. h. die Entfernung der Partei als Organisation von den neuen Avantgarden in einer Gesellschaft, die sich ungeheuer schnell verändert. Die verfügbaren Daten für die Lösung des Problems sind ziemlich lückenhaft und nicht immer zuverlässig. Doch in einigen wesentlichen Punkten, die alle in eine Richtung zeigen, stimmen sie überein: der organisatorische Einfluß der Partei nimmt in den Zentren der Klassenauseinandersetzungen und bei den Avantgarden der Gesellschaft immer mehr ab.
Vor allem in den Großstädten und in den Gebieten, in denen es starke wirtschaftliche und gesellschaftliche Spannungen gibt, hat der organisatorische Einfluß der KPI abgenommen. In dem nördlichen Industrie-Dreieck Bologna-Mailand-Turin ist die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder in der Zeit von 1946 bis 1968 von 559 352 auf 319 596 gesunken, d. h. von 33,4% auf 21,4% der Gesamtmitgliederzahl. In den Großstädten, wo der Zustrom der Einwanderer am größten war, hat sich die Zahl der

Kommunisten von 324 633 im Jahr 1956 auf 202 640 im Jahr 1968 verringert; diese Verringerung (37,6%) liegt prozentual weit über dem nationalen Durchschnitt (26,2%).
Auch das Absinken der organisierten Arbeiter gibt einen alarmierenden Hinweis auf das Verhältnis zwischen Partei und Arbeiterklasse. Die Zahl der Arbeiter in der kommunistischen Partei betrug 1954 856 314 und ist heute auf 617 039 zusammengeschrumpft, und nur etwa die Hälfte davon arbeiten in der Industrie – trotz der ungeheuren Zunahme der Industriearbeiter. Der Prozentsatz der organisierten Arbeiter ist im Laufe der Zeit zwar fast konstant geblieben, derjenige des Landproletariats – wegen der Abwanderung aus der Landwirtschaft – jedoch rapide gesunken. Spürbar verändert hat sich das Verhältnis zwischen der organisierten aktiven Bevölkerung und den Randschichten (Hausfrauen, Rentner). Dazu kommt, daß die meisten der in der KPI organisierten Arbeiter fast nur noch in den lokalen Organisationen aktiv arbeiten, statt in den Betriebsorganisationen, die immer kleiner werden und auf einer sehr niedrigen Stufe ihrer Entwicklung stehen bleiben.

Soziale Zusammensetzung der Mitglieder

	Arbeiter[1]	in %	Landarbeiter	in %	Halbpächter	in %
1951	874 936	41,7	390 394	18,6	317 905	15,2
1954	856 314	39,9	382 257	17,8	346 544	16,2
1960	671 252	37,4	277 461	15,4	322 488	18,0
1964	658 014	40,1	180 368	11,0	239 623	14,6
1967	617 039	40,2	159 719	10,4	190 106	12,4

	technische Angestellte u. Intellektuelle	in %	Handwerker u. Kleingewerbetreibende	in %	Studenten[2]	in %
1951	99 040	4,7	63 585	3,1	7854	0,4
1954	112 063	5,2	58 836	2,7	6252	0,3
1960	105 815	5,9	44 246	2,5	5941	0,3
1964	105 803	6,4	50 633	3,1	6575	0,4
1967	100 866	6,5	50 674	3,3	8977	0,6

1 Aus den Daten von etwa fünfzig Verbänden nach einer Untersuchung, die jahrelang durchgeführt worden ist, ergibt sich, daß von diesen Arbeitern nur etwa 50% in der Industrie beschäftigt sind.
2 Es handelt sich um Studenten, die Mitglied der Partei sind; man muß dabei bedenken, daß die Mehrzahl der Studenten in den betreffenden Jahren nur Mitglieder des Jugendverbandes war.

	Hausfrauen u. Hausangestellte	in %	Rentner u. a.	in %	Insgesamt	in %
1951	269 758	12,8	74 458	3,5	2 097 830	100
1954	289 148	13,5	93 903	4,4	2 145 317	100
1960	252 818	14,1	112 955	6,3	1 792 976	100
1964	216 202	13,2	183 996	11,2	1 641 244[3]	100
1967	196 237	12,8	211 087	13,8	1 534 705[3]	100

3 In der Gesamtsumme von 1964 und 1967 fehlen die Mitglieder, die im Ausland arbeiten (4096 bzw. 4300); es sind fast nur Arbeiter.

Mit den gestörten Beziehungen zwischen der Partei und ihrer Jugendorganisation (FGCI) haben sich schon viele beschäftigt. Das Maß der Schwierigkeiten läßt sich schon an den Zahlen ablesen: von 358 126 im Jahr 1956 sank die Mitgliederzahl kontinuierlich bis auf 125 438 im Jahr 1968 – für 1969 steht die Zahl der Neueingeschriebenen zwar noch nicht fest, es scheint sich aber ein noch schärferer Rückgang abzuzeichnen. Unterteilt man die Partei nach Altersklassen, wird diese Entwicklung noch deutlicher. Eine interne Information an die Kader, 1967, besagte, daß 80,5% der Parteimitglieder älter als 30 Jahre waren, 30,9% waren über 50 Jahre.

Eine ähnlich ernste Abnahme der kommunistischen Organisation in den vitalen Zentren der Gesellschaft zwischen 1954 und 1960 erklärt sich aus der zunehmenden politischen und sozialen Integration in diesen Jahren, die vor allem die Avantgarden und die Jugendlichen betraf, also die Gruppen, die am engsten an die wirtschaftliche Entwicklung und an die gesellschaftliche Reorganisation gebunden sind. Diese Tendenz hat sich, statt umzuschlagen, in den darauffolgenden Jahren fortgesetzt, auch noch in den letzten Jahren, als die Politisierung und der Widerstand unter den Jugendlichen, Intellektuellen und in der Arbeiterklasse ungeheuer anwuchsen.

Aus alledem den Schluß zu ziehen, daß die kommunistische Partei in diesen letzten Jahren ihren politischen Einfluß verloren habe oder an den Rand der Klassenauseinandersetzungen gedrängt worden sei, wäre voreilig. Dagegen spricht eine Reihe von anderen ebenso bedeutsamen Tatsachen: der steigende Wahlerfolg, die Teilnahme der Kommunisten an fast allen großen Kampfbewegungen, das Gewicht ihrer Positionen in den Auseinandersetzungen, die von den revolutionären Massen ausgelöst wurden. Nur äußert sich ihr unveränderter und in vieler Hinsicht wachsender Einfluß in immer vermittelteren Formen und ihre Instrumente

werden immer indirekter. In vielen Bereichen der wirklichen Bewegung ist die Partei nur noch eine zusätzliche Kraft: sie ist nicht mehr die Avantgarde der Bewegung.

Über die Gründe dieser Entwicklung kann man lange diskutieren – wir werden gleich darauf zurückkommen –, eindeutig sind dagegen ihre Konsequenzen. Für eine Partei, die gestützt auf soziale und politische Massenkämpfe nicht nur reformistische Ziele durchsetzen, sondern gleichzeitig die Krise des Systems verschärfen will, ist die enge Verbindung mit den Avantgarden der Gesellschaft und die feste organisatorische Verankerung in den Schlüsselpunkten des Systems unerläßlich. Das bedeutet natürlich nicht, daß die Partei nicht auch ohne diese feste Verbindung zu den Avantgarden überleben bzw. sogar zahlenmäßig zunehmen könnte. Allerdings wird sie das mit einer anderen Konzeption machen, das heißt, eine neue Rolle übernehmen: sie wird zu einer großen Wählerpartei, die die Proteste und Forderungen eines breiten Spektrums von sozialen Gruppen aufgreift und diese auf institutioneller Ebene vertritt; das heißt sie wird zu einer großen demokratischen und reformistischen Kraft. Wenn also die organisatorische Schwächung der kommunistischen Partei in den Avantgardebereichen und am Arbeitsplatz nicht aufgehalten und umgekehrt wird, wird diese Partei nicht nur ihre politische Initiativkraft verlieren, sondern sie wird auch radikal ihr Erscheinungsbild verändern. Mit der Zeit wird sich das Kräfteverhältnis zwischen den Schichten, die die Partei organisatorisch und bei den Wahlen sammelt, ändern: das Gewicht der korporativen Interessen und der schwankenden Schichten wird zunehmen, und die Arbeiter, die nur noch als einzelne, und zwar außerhalb ihrer Betriebe organisiert sind, werden ihren Klassenstandpunkt nur noch schwach vertreten können. Gleichzeitig werden außerhalb der Partei und oft gegen sie die gesellschaftlichen und ideellen revolutionären Kräfte wachsen, die nun ihrem Einfluß entzogen sind; sie werden ihre Einheit bedrohen, sie auf immer gemäßigtere Positionen zurückwerfen, die die Partei durch bloßen Verbalradikalismus verdeckt.

Nehmen wir das als Ausgangspunkt für eine ernste und realistische Diskussion. Den Charakter der kommunistischen Partei als organisierte Avantgarde, ihr Verhältnis zu den Arbeitern, Studenten und Intellektuellen, ihre Führungsrolle in den konkreten Klassenauseinandersetzungen gilt es heute nicht zu verteidigen, er muß erst aufgebaut werden.

2. *Wie die Organisation arbeitet*

Das gestörte Verhältnis der Partei zu den gesellschaftlichen Avantgarden hat tiefwurzelnde politische Ursachen. Der Widerspruch zwischen politi-

scher Linie und Organisation hat seinen Ursprung in den Fehlern der Vergangenheit, hinsichtlich der politischen Linie und der Aktivitäten der Partei. Und sicherlich muß man die Wurzeln der Unfähigkeit der Partei, ihre aktuelle Strategie direkt und konsequent organisatorisch umzusetzen, in ihren verborgenen Widersprüchen suchen, nämlich in ihrem Nachhinken hinter den gesellschaftlichen Bewegungen und in der fehlerhaften Einschätzung ihrer Avantgarden.

Doch offensichtlich gibt es auch organisatorische Ursachen für dieses gestörte Verhältnis; allerdings nicht in dem banalen Sinn, daß der Partei die entsprechenden technisch-organisatorischen Instrumente fehlten, um eine feste Verbindung mit den gesellschaftlichen Avantgarden herzustellen. Der gesamte Aufbau der Partei, ihre Arbeitsmethoden, die Prinzipien, nach denen ihr internes Leben abläuft, sind für die Aufgaben der Bewegung ungeeignet und taugen nicht einmal dazu, die eigene politische Linie durchzusetzen.

Wir müssen vor allem analysieren, wie und nach welchen Organisationsprinzipien die Partei arbeitet. Es ist bekannt, daß der Aktivismus und die Zahl der Aktivisten in den letzten Jahren allgemein abgenommen haben: immer kärglicher ist die aktive Teilnahme an der Arbeit in den Sektionen geworden, die Aktivisten sind überaltert, sie sind auch weniger geworden, und eine allgemeine Arbeitsunlust breitet sich aus. Die Tugenden, mit denen die Partei in den fünfziger Jahren aufgebaut worden ist, haben sich verbraucht. Aber auch hier sind die quantitativen Erscheinungen nicht allein ausschlaggebend. Der traditionelle Aktivismus könnte sich verlagert haben, bzw. durch etwas anderes ersetzt worden sein, nämlich durch neue militante Kader, deren Aktivität mehr nach außen gerichtet wäre. Diese Kader würden ihre Kraft mehr auf die Beeinflussung der Kämpfe, auf die Entwicklung politischer Initiativen wenden und weniger auf die Routinearbeit in der Partei. Aber wächst denn diese neue Militanz? Wächst sie schnell genug und auch in die Breite? Und ist die Struktur der Partei geeignet, ihre Entwicklnug voranzutreiben, sie zu koordinieren und sie anzuleiten?

Die Grundorganisation, auf die sich der gesamte Parteiaufbau stützt, ist auch heute noch die Bezirksgruppe; in ihr sammeln sich die Mitglieder eines Viertels oder einer Gemeinde. Zellen und Sektionen, die die Leute am Arbeitsplatz organisieren, gibt es in den Betrieben kaum, geschweige denn in anderen Bereichen des produktiven Lebens. Es gab auch andere Organisationsversuche; man bildete Gruppen aus Mitgliedern derselben sozialen Schicht, oder aus Leuten, die an einer bestimmten Kampfbewegung teilgenommen hatten; aber diese Organisationsversuche blieben beiläufig, das Engagement fehlte, und deshalb kam auch nicht viel dabei heraus.

Die Bezirksgruppe entspricht nun aber völlig einem Typus des Kampfes, wie wir ihn teilweise aus den fünfziger Jahren kennen, eines Kampfes, der auf zwei Ebenen geführt wird: Gewinnung von Wählerstimmen und Vorbereitung des Aufstandes. Diese Politik stellt die Partei vor allem vor die Aufgabe, Propaganda zu machen, Kader zu bilden und die elementarsten Interessen zu vertreten. Die Bezirksgruppe kann auch mal eine Massenbewegung organisieren, aber nur in Ausnahmesituationen, als Antwort auf große Ereignisse; meist, indem sie sich an eine nicht näher bestimmte »Bevölkerung« wendet. Aber wenn die politische und gesellschaftliche Situation sich verändert; wenn die Partei vor der Aufgabe steht, die spezifischen Kampfbewegungen voranzutreiben und zu lenken (den Kampf der Arbeiter oder Studenten); wenn die allgemeinen gesellschaftlichen Probleme (Mezzogiorno, Stadt, antiimperialistischer Kampf) ihren verschwommenen »Volkscharakter« verlieren und einen präzisen Klasseninhalt bekommen; wenn sie zum Schnittpunkt der Kämpfe ganz verschiedener gesellschaftlicher Avantgarden werden (Arbeiter/Studenten, Arbeiter/Bauern) – dann zeigt sich die völlige Unfähigkeit der Bezirksgruppe, den realen Klassenkampf zu vertreten und zu führen.

Wie große Anstrengungen auch gemacht worden sind, die Sektionen der Partei haben es nie geschafft, die Betriebs- und Schulprobleme ihres Bezirkes in den Mittelpunkt ihrer Arbeit zu stellen und daraus eine wirkliche Bewegung zu machen. Sie sind in erster Linie mit Routinearbeit beschäftigt (Mitgliederaufnahme, Geldsammlungen, Verteilen der Zeitung). In den kleinen Städten, vor allem in den roten Zonen, kommt noch die Arbeit und Vertretung in den Kommunalverwaltungen hinzu; in den großen Städten eine verstärkte Aktivität im politisch-kulturellen Bereich. Diese Routinearbeit wird nur unterbrochen von den Wahlkampagnen, die allerdings den Charakter einer umfassenden Mobilisierung, den sie noch in den fünfziger Jahren hatten, verloren haben; außerdem durch große politische Ereignisse (CSSR, Frage der Einheitspartei, französischer Mai), die zwar an der Basis heftig diskutiert werden, doch es sind eben Diskussionen über Ereignisse, die geschehen *sind*, und gerade nicht über Ereignisse, die man geschehen *macht*. Diese Diskussionen laufen getrennt von der üblichen Arbeit und führen daher zu keinen Entschlüssen. Abgeschnitten von der unmittelbaren Erfahrung der Basis werden sie leicht zum Herrschaftsmittel der Intellektuellen und der Führer. Was sich herausbildet ist, daß die Bezirksgruppe zwar die *einzige* Basisorganisation ist, weil sich die Mitglieder nur hier sammeln und treffen können; andererseits ist sie aber nicht die *wirkliche* Basisorganisation, weil die Partei gezwungen ist, viele andere weniger bestimmte Instrumente zu benutzen, um in die gesellschaftliche Wirklichkeit einzugreifen.

Organisationen der Partei in den Betrieben und an den Arbeitsplätzen[1]

	1956	1959	1960	1961	1962	1964	1965	1966	1967
Sektionen für Fabriken und Unternehmen						97	174	123	209
Sektionen für Abteilungen						56	55	58	56
Zellen in den Betrieben und Werkstätten						3486	3436	2847	2513
Zellen in anderen Unternehmen						793	744	548	500
Zellen in den Abteilungen						787	746	763	806
Gesamtzahl der Zellen	10732	7079	6282	6692	5917	5066	4926	4158	3819

1 Für die Jahre vor 1964 gibt es nur die Gesamtzahlen der Zellen an den Arbeitsplätzen. Als die Fabrik-Sektionen gegründet wurden, sind einige Zellen darin aufgegangen.

Die gleichen Grenzen kehren, wenn auch in anderer Form und in anderem Maßstab, auf einer höheren Ebene der Organisation wieder: in den übergeordneten Verbänden. Auch hier wird die Arbeitskraft von der Verwaltung des eigenen Apparates voll in Anspruch genommen; die sorgfältige und zeitraubende Bearbeitung der Neuaufnahmen und die Zeitungsproduktion absorbieren für viele Monate alle Energien; dazu kommt das oft schwierige Problem der Kaderbildung und die anspruchslose aber zeitraubende Verwaltung der Parteifinanzen.

Was an Zeit und Energie noch übrigbleibt, geht drauf für die Leitung der kommunistischen Politik in den Lokalverwaltungen, für die zahlreichen Wahlkampagnen, für die Kaderarbeit in den Massenorganisationen und schließlich für die Orientierung des aktiven Kaders über die Haltung der Partei zu den politischen Ereignissen. Wenn wir den Terminkalender eines einflußreichen Parteimitglieds betrachten, werden wir finden, daß die Arbeit an einer Kampfplattform, am Aufbau einer Bewegung und ihrer taktischen Führung Randbeschäftigungen sind. Sie bleiben den Gewerkschaften überlassen, wenn auch unter der allgemeinen »Oberleitung« der Partei. So entwickelt sich auf nationaler Ebene eine doppelte gefährliche Tendenz: auf der einen Seite neigen die »starken« Verbände, wo die Kommunisten die lokale Macht und die entscheidenden Instrumente (die

Genossenschaften, die Casa del Popolo, die kulturellen Organisationen) in Händen haben, dazu, noch stärker zu werden; zwar dehnen sie ihren Einfluß immer mehr aus, aber eben als Führer der *bestehenden* Gesellschaft; diese Verbände sind zwar eine demokratische und progressive Kraft, aber eben nur *eine* Institution in einem ausbalancierten System. Auf der andern Seite werden die »schwachen« Organisationen noch schwächer; sie ziehen sich auf sich selbst zurück und sondern sich dadurch vom gesellschaftlichen Leben ab. Im Laufe einer längeren Periode bekommt die Partei durch derartige Arbeitsmethoden an jedem Ort ein anderes organisatorisches Gesicht, das die allgemeine politische Linie nur noch ungefähr widerspiegelt; diese Verhältnisse bestimmen auch den Charakter der mittleren Führungsgruppen: die wirkliche Bedeutung der Funktionäre wächst; sie sind »Berufsrevolutionäre«, die im konkreten Fall kommunale Berufsräte, Berufsgewerkschaftler, Berufsgenossenschaftler, Berufsparlamentarier werden; gewählt werden sie vor allem auf Grund ihrer Arbeit in der Propaganda und der Organisation. Daraus folgt eine ständige Gefahr der Bürokratisierung und der Anpassung an das Establishment, die auf der mittleren Ebene stärker ist als auf jeder anderen.

Der größte Teil der politischen Planung und der nach außen gerichteten politischen Aktivität, also auch die Beziehungen zu konkreten Kämpfen, bleibt daher direkt der Zentrale der Partei überlassen, die diese Aufgaben durch die Arbeit in den Zeitungen und durch den Einsatz des zentralen Apparates erledigt.

Aber mit welcher Arbeitsmethode, mit welchen organisatorischen Instrumenten macht sie das?

Im Grunde ist die Zentrale der Partei dafür ausgerüstet, drei große Problembereiche in Angriff zu nehmen und zu bewältigen: die Aufstellung von Kadern, durch die sich die Zentrale auf allen Ebenen einen möglichst großen Einfluß sichert; die Entwicklung der allgemeinen politischen Linie, verstanden als Beurteilung und Stellungnahme zu den großen politischen Ereignissen; die Leitung der parlamentarischen Arbeit. Zur Lösung dieser Probleme reichen die bestehenden Strukturen aus, auch in ihrer Rückständigkeit und Unvollkommenheit. Dagegen greift die Zentrale in die Entwicklung und Leitung der Kämpfe ganz indirekt ein, nämlich mit programmatischen Plattformen, die oft Gesetzesvorschlägen gleichen, durch Versammlungen und durch ihre propagandistische Arbeit. Der Schritt von der Bestimmung der allgemeinen Linie zur Organisierung eines Kampfes oder die Information und Reflexion über eine Kampferfahrung wird nicht getan; dafür fehlen die praktischen Instrumente, die organisatorischen Traditionen, die Kader und die effektive Macht. Dadurch fällt die Bewegung – auch im nationalen Maßstab – schließlich den Gewerkschaften in die Hände: die politische und theoretische Polemik der KPI gegen den

»Pansyndikalismus« endet so in einer Praxis, die fast alle Kämpfe für Reformen den Gewerkschaften überläßt.

3. Der demokratische Zentralismus

Eine weitere entscheidende Ursache für die organisatorischen Schwierigkeiten und für die Trennung der Partei von den gesellschaftlichen Avantgarden sind der Mechanismus der Machtverteilung und die Regeln des internen Lebens der Partei.
Bekanntlich wird das Leben der kommunistischen Partei von den Prinzipien des demokratischen Zentralismus bestimmt. Es gibt Befürworter und heftige Gegner dieses Prinzips, aber in einem Punkt scheinen sich alle einig zu sein: daß der demokratische Zentralismus eine klare und fest umrissene Sache sei. In Wirklichkeit muß man zunächst herausstellen, wie die geschriebenen und ungeschriebenen Regeln des demokratischen Zentralismus aussehen und wie sie konkret gehandhabt werden. Deswegen kommt es darauf an, sie von der Undurchsichtigkeit zu befreien, die sie durch jahrzehntelange ideologische Querelen angenommen haben.
Wenn man mit dem demokratischen Zentralismus nur ein dauerndes Gleichgewicht zwischen Demokratie und Zentralismus bezwecken würde – die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit; die Disziplin in der Aktion nach freier Diskussion; den Kampf gegen Bürokratismus und Individualismus; die Verurteilung der Fraktionsbildung und der Lähmung durch interne Auseinandersetzungen –, dann könnte man leicht damit einverstanden sein, daß jede Massenpartei, wenn sie als wirksamer politischer Organismus überleben will, diese Regeln in irgendeiner Form anwenden muß. Zu dieser sehr allgemeinen Bestimmung hat Gramsci in seinen Anmerkungen über Machiavelli einen Beitrag geleistet; diese Anmerkungen bezogen sich allerdings mehr auf die Frage der modernen Partei im allgemeinen als auf eine genaue theoretische und praktische Definition eines bestimmten revolutionären Parteitypus; die Anmerkungen geben eine allgemeine »Richtung« an, sie entwickeln kein organisatorisches Modell.
Lenin hat dieses Problem – wie immer – sehr präzis dargelegt. Aus einer bestimmten allgemeinen Theorie über die Partei – als Trägerin des revolutionären Bewußtseins »von außen«, das von der »Wissenschaft der gesellschaftlichen Entwicklung« geleitet und durch einen harten Kern von Berufsrevolutionären gewährleistet wird – hat er ein genaues System von organisatorischen Regeln abgeleitet, die den demokratischen Zentralismus bilden. Diese Regeln sind später aus ihrem ursprünglichen historischen Kontext gelöst und in ihrer zentralistischsten Form verallgemeinert wor-

den. Und in dieser Interpretation haben sie die Tradition der Parteien der III. Internationale entscheidend geprägt. Von diesen Regeln muß die Diskussion ausgehen.
Im wesentlichen handelt es sich um zwei Grundregeln. Vor allem ist die Existenz einer Führungsgruppe wichtig, die sich historisch durch die Methode der Kooptation bildet und die als Vermittler zwischen der unmittelbaren Erfahrung der Klasse und der revolutionären Tradition auftritt. In zweiter Hinsicht wird der gemeinsame politische Wille durch eine freie Diskussion hergestellt, die in den verschiedenen Gruppen und Sektionen der Partei allerdings grundsätzlich von oben nach unten geführt wird.
Hier ist sicher nicht der richtige Ort, einen großen Skandal um diese Prinzipien zu machen und ihnen die Liquidation der internen Diskussion oder die Vorherrschaft einer Oligarchie nachzuweisen. Wichtig ist heute die Frage, wie diese Prinzipien angesichts einer veränderten historischen Situation funktionieren können und wie sie wirklich funktionieren; nämlich in einer Massenpartei des Spätkapitalismus.
Es springt sofort ins Auge, wie bestimmte innerparteiliche Mechanismen ganz verschieden angewandt werden können: wenn sie in einer Kaderpartei mit hohem intellektuellen Niveau rigoros angewandt werden, wie z. B. in der bolschewistischen Partei, die im Untergrund gearbeitet hat und deren Strategie auf den Aufstand und die schnelle Machtübernahme gerichtet war, erfüllen sie ihren historischen Zweck. Ganz anders wirken sich diese Mechanismen aus, wenn eine Massenpartei sie anwendet, die die staatliche Macht ausübt, wie die stalinistische Partei; oder eine Massenpartei, die in der Legalität arbeitet, große Reformbewegungen durchführt und eine Strategie des friedlichen und langsamen Übergangs zum Sozialismus verfolgt, wie die kommunistische Partei Italiens.
Diesen Unterschied kann man an einigen Beispielen ablesen. Die dauernde Konzentration der Macht in den Händen einer Minderheit von Funktionären bedeutet eine viel ernstere Gefahr der Bürokratisierung und der Verbürgerlichung, wenn diese Minderheit über die Hebel der Staatsmacht verfügen kann oder in irgendeiner Weise an der Arbeit in den bürgerlichen Institutionen beteiligt ist; sie gerät dann leicht in die Gefahr, das Bedürfnis der Massen nach der Revolution für ihre Einzelinteressen und Privilegien zu opfern, statt ihre Aufgabe als revolutionäres Korrektiv gegen den Tradeunionismus der Massen zu erfüllen. Schließlich: die Partei Lenins war vierzehn Jahre alt, als die Revolution stattfand, während die KPI bereits fünfzig Jahre alt ist und noch immer nicht an der Macht ist. Liegt es nicht auf der Hand, wie leicht die interne Hierarchie allein durch dieses bloße Faktum sich festigen kann und wie gefährlich die Mechanismen sein können, die sie aufrechterhalten? Und weiter: an den Kongres-

sen der bolschewistischen Partei nahmen einige Dutzend Kader teil, die sich untereinander kannten und die Politik der Partei ständig aktiv mitbestimmten. Der Kongreß war also ein Ort, an dem wirkliche Entscheidungen getroffen wurden, ohne daß schon vorher eine öffentliche Diskussion über die Linie und über die Verteilung der Funktionen geführt worden wäre. Kann man aber dasselbe von einer Partei mit Millionen Mitgliedern behaupten oder von einem Kongreß, der eher den Charakter einer Demonstration hat?

Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren, aber die Schlußfolgerung bliebe dieselbe: eine rigorose Anwendung der Prinzipien, die die leninistische Partei bestimmten, in einer ganz veränderten Umwelt unter anderen historischen Bedingungen ist unmöglich; dabei kehren sie notgedrungen ihre ursprüngliche Bedeutung um und bewirken, wie es in vielen Ländern geschehen ist, einen Rückfall in die Bürokratie; und dabei wird der Klassencharakter der Partei verraten.

Die Erarbeitung der Linie ist in der KPI ein ziemlich komplizierter Prozeß. Das formale Schema, nach dem die Linie vom Kongreß festgelegt und vom Zentralkomitee ausgeführt werden soll, ist hier wie in jeder anderen Massenpartei eine reine Fiktion. Zwar findet im Kongreß eine Diskussion und Konsultation der Mitglieder statt, aber die Grenzen der Diskussion sind bereits vorher abgesteckt; nicht nur, weil dem Kongreß ein vorher erarbeitetes Dokument mit einer fertigen Plattform vorgelegt wird, dieses Dokument ist bereits das Ergebnis einer vorher hergestellten politischen Übereinkunft der gesamten Führungsgruppe, das den Mitgliedern als »die Linie« der Partei präsentiert wird; und diese Linie gilt es zu verteidigen. Als einzelner kann natürlich jeder in seiner Sektion oder vor dem Kongreß seine Ablehnung vortragen, aber die Partei als ganze ist verpflichtet, sich die »Linie« anzueignen. So bleibt auf jeder Stufe das Recht des einzelnen aktiven Mitglieds, seine abweichende Meinung zu äußern und Gegenvorschläge zu machen, völlig abstrakt: es gibt durchaus Stimmen und Meinungen, denen man zuhört, aber die schon getroffenen Entscheidungen können sie in keinem Fall praktisch verändern. Dieser Mechanismus ist das Ergebnis von geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen; außer Zweifel steht seine praktische Wirksamkeit. In den letzten fünfundzwanzig Jahren hat nicht ein einziger Parteikongreß die politischen Beschlüsse, die bereits vor der Diskussion von der Führungsgruppe gefaßt wurden, auch nur im geringsten verändert.

Ebenso kann auch das Zentralkomitee seine Aufgaben als Führungsorgan nur sehr eingeschränkt wahrnehmen. Das Zentralkomitee als Vertretung fast aller wichtigen Organisationen der verschiedenen Generationen, der verschiedenen Bereiche der Bewegung, der verschiedenen Meinungen und Überzeugungen besteht aus fast zweihundert Personen, die sich 45mal im

Jahr zwei Tage lang treffen, um über allgemeine Themen zu diskutieren. Das Prinzip der Einheit zwischen Diskussion und Führung ist praktisch beseitigt, und das Zentralkomitee wird eine Art Parlament, aus dem heraus sich die Führungsgremien bilden – das Politbüro, das Sekretariat, die Direktion –, die nicht mehr als ausführende Gremien der allgemeinen Führung der Partei fungieren, sondern als die eigentlichen politischen Führungsorgane in und über dem Zentralkomitee; sie fühlen sich untereinander durch die Solidarität der Tat verbunden und präsentieren dem Zentralkomitee vorher abgesprochene Entscheidungen, sogar über die Fragen seiner eigenen Kompetenz; und damit ist die Fraktionierung perfekt.
Die grundlegenden politischen Entscheidungen werden also von einer Führungsgruppe getroffen, die sehr klein ist und sehr viel Macht hat; durch das Parteistatut und die Art der Organisierung verfügt sie über alle Instrumente, um die eigenen Entscheidungen als die Entscheidungen der Gesamtpartei hinzustellen.
Das alles heißt aber nicht, daß die Führungsgruppe selbst nicht kollegial arbeitet: intern führt sie eine wirkliche Diskussion und einen kontinuierlichen Meinungsaustausch und das nicht nur aus Gleichgültigkeit und formaler Toleranz, sondern mit dem guten Willen, neue Ideen und Vorschläge dem ganzen Parteikörper anzupassen und zu vermitteln.
Die Trennung zwischen Diskussion und Macht führt zur intellektualistischen Korrumpierung der Debatten; die einfachen Militanten können sich kaum an der Diskussion beteiligen und dadurch bildet sich in der Partei eine Kluft aus zwischen solchen, die schweigend anderer Meinung sind, und solchen, die diskutieren. Aber was schwerer als alles andere wiegt, ist die Tatsache, daß die Methode der politischen Strategiebildung, die in relativ ruhigen Phasen und Perioden des Klassenkampfes durchaus funktioniert, sich als absolut unzureichend erweist bei einer unvorhergesehenen Beschleunigung des Klassenkampfes, wenn es gerade auf weitreichende Entscheidungen und radikale Veränderungen ankommt.

4. Wahl und Arbeit der Kader

Die Auswahl der führenden Kader und ihre Beförderung wird in der KPI grundsätzlich – wenn auch nicht ausschließlich – nach dem Mechanismus der Kooptation gehandhabt. Ein Zusammenhang von ungeschriebenen »Gesetzen« und Gewohnheiten bestimmt die Vorgangsweise: eine nur formale Zusammenstellung von Auswahlkommissionen, die aus früheren Führungsgruppen bestehen; die Blockwahlen auf geschlossenen Listen; der Eingriff der höheren Instanzen in die Wahl der Verantwortlichen für

die niederen Instanzen; die Macht der Exekutivgremien über die, die durch direkte Wahl entstanden sind. Die hohe Zahl wichtiger Funktionen – Zeitung, zentraler Apparat, Schulungszentren – werden nicht durch genau festgelegte Statuten geregelt, sondern sind direkt der freien Verfügung der zentralen Führungsgruppe unterstellt.

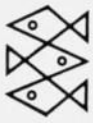
Jeder Kader ist also in seiner Bestätigung mehr von dem Urteil des übergeordneten Gremiums abhängig als von dem seiner eigenen Gruppe; deshalb ist er nicht nur bemüht, einen politischen Konflikt mit den höheren Instanzen zu vermeiden, sondern scheut überhaupt Initiativen, die auf einen Irrtum oder Mißerfolg hinauslaufen könnten. Eine gewisse politische Freiheit kann ein Kader nur dadurch gewinnen, daß er in die nationale Führungsgruppe aufsteigt oder indem er sich außerhalb der Partei eine hohe gesellschaftliche Stellung verschafft. So entsteht das Paradox, daß innerhalb der Zentrale mehr politisch-organisatorische Erfindungsgabe und schöpferische Phantasie entwickelt wird als am Rand der Organisation. Da die eigentliche – nationale – Führungsgruppe relativ klein ist, erscheint vielen Kadern die »Beförderung« nicht als eine politische Auszeichnung, sondern als eine gesellschaftliche Beförderung, an deren Spitze die Wahl ins Parlament steht. Die Aussicht auf eine solche zusätzliche Karriere bestimmt dann die Anstrengungen und die Autonomie der Kader auf lokaler Ebene, und mit der Zeit entwickelt sich daraus ein kompliziertes Gleichgewicht zwischen ihren lokalen politischen Aufgaben und ihrem Karrierismus.

Aus alledem ergibt sich nicht so sehr ein Mangel an Demokratie, eine Beschränkung der Rechte der »Minderheit«, sondern vor allem eine strukturelle Unfähigkeit der Führungsgruppen, die Aufgaben des gegenwärtigen Kampfes zu bewältigen. Dieser Kampf erfordert nämlich heute mehr denn je ein Höchstmaß an Initiative, an Phantasie, an Kontakt mit den Massen und an Kommunikation. Diese Mängel, das muß klar werden, betreffen nicht nur die tatsächlichen Führungsgruppen, sondern auch die möglichen, die sich zu tatsächlichen Führern entwickeln können, weil sie durch die Methode der Kooptation ausgeschaltet werden. Dem Bürokraten steht dann nur noch der ewige Kritiker gegenüber, der ebenso unsicher und schwankend wie der erstere starr ist; und wenn jener durch seinen Intellektualismus unfähig ist, die Massen zu führen, so ist es dieser wegen seiner Gleichgültigkeit und konservativen Einstellung.

Diese Analyse, die wir für objektiv halten, soll dazu dienen, die Fragen, von denen wir ausgegangen sind, zu lösen. Die Vorstellung, die die kommunistische Partei heute von sich selbst hat, erscheint in vieler Hinsicht von Ideologie verzerrt. Es gibt keine Übereinstimmung zwischen der Partei, wie sie wirklich ist, und dem leninistischen Modell. Und der Sachverhalt kann nicht weiter verwundern, da wir uns einer ganz anderen politi-

schen Formation gegenüber sehen, einer Massenpartei, die eine neue Strategie hat. Aber auch zwischen der Partei und der Strategie, die sie verfolgen will, fehlt die Kohärenz. Der Wunsch der Partei, um jeden Preis den Charakter einer einheitlichen und schlagkräftigen Organisation zu bewahren – als kampffähige Avantgarde, die die großen demokratischen und sozialistischen Massenkämpfe hervorbringen und führen kann –, hat seine reale Grundlage verloren, weil sie aufgehört hat, die Avantgarde der wirklichen gesellschaftlichen Bewegung zu sein.

Fischer
Taschenbuch
Verlag



Start einer neuen Reihe:

Texte zur politischen Theorie und Praxis

Die Reihe

Texte zur politischen Theorie und Praxis

herausgegeben von Hans-Eckehard Bahr, Wilfried Gottschalch, Klaus Holzkamp, Urs Jaeggi, Rudolf Wiethölter

sammelt Beiträge zur Bildung politischer Theorie und Reflexion politischer Praxis.

Autoren und Herausgeber gehen davon aus, daß Wissenschaft von der Gesellschaft neuer, selbstkritischer und differenzierter Entwürfe bedarf, wenn sie ihren emanzipatorischen Anspruch erfüllen soll.

Die Reihe bringt Analysen aus Soziologie, Politologie, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Rechtswissenschaft und Ökonomie.

Wilfried Gottschalch/Marina Neumann-Schönwetter Gunther Soukup
Sozialisationsforschung. Materialien, Probleme, Kritik. Bd. 6503. DM 3,80

Jutta Menschik
Gleichberechtigung oder Emanzipation?
Die Frau im Erwerbsleben der BRD.
Bd. 6507. DM 3,80

Karl Heinz Hörning (Hg.)
Der »neue« Arbeiter
Zum Wandel sozialer Schichtstrukturen.
Bd. 6502. DM 5,80

Klaus Holzkamp
Kritische Psychologie
Vorbereitende Arbeiten
Bd. 6505. DM 4,80 (Feb. '72)

Texte zur politischen Theorie und Praxis

Arbeiterbewegung

Theorie und Geschichte

Lucio Colletti

Bernstein und der Marxismus der Zweiten Internationale
Aus dem Italienischen von Heimke Baratta
1971, 78 Seiten, kartoniert 9,– DM

Frank Deppe

Verschwörung, Aufstand und Revolution
Auguste Blanqui und das Problem der sozialen Revolution
1970, 308 Seiten, kartoniert 17,– DM

Henryk Grossmann
Carl Grünberg

Anarchismus, Bolschewismus, Sozialismus
Aufsätze aus dem »Wörterbuch der Volkswirtschaft«
Herausgegeben von Claudio Pozzoli
1971, 342 Seiten, kartoniert 18,– DM

Die Massenstreikdebatte
Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky, Anton Pannekoek
Herausgegeben und eingeleitet von Antonia Grunenberg
1970, 416 Seiten, kartoniert 20,– DM

Christian Riechers

Antonio Gramsci
Marxismus in Italien
1970, 256 Seiten, kartoniert 15,– DM

Rudolf Schlesinger

Die Kolonialfrage in der Kommunistischen Internationale
1970, 128 Seiten, kartoniert 10,– DM

Europäische Verlagsanstalt

Sammlung Luchterhand

Hannes Heer: Burgfrieden oder Klassenkampf
Zur Politik der demokratischen Gewerkschaften 1930–1933.
Band 22. 239 Seiten, DM 7,80

Hans G Helms/Jörn Janssen (Hrsg.): Kapitalistischer Städtebau
Analysen von L. Burckhardt, H. G Helms, J. Janssen,
C. Kirschenmann, K. Krauß, P. Neitzke, J. Schlandt, Ungekürzte
Sonderausgabe. Band 29. 209 Seiten. DM 7,80

Eric J. Hobwbawm: Sozialrebellen
Archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert
Deutsch von Renate Müller-Isenburg und C. Barry Hyams. Band 16.
284 Seiten. DM 9,80

Rosa Luxemburg: Internationalismus und Klassenkampf
Die polnischen Schriften. Herausgegeben und eingeleitet von
Jürgen Hentze. Band 41. 385 Seiten. DM 9,80

Jean-Paul Sartre: Der Intellektuelle und die Revolution
Aus dem Französischen von Irma Reblitz. Band 30. 150 Seiten.
DM 7,80

Soziologische Texte

Paul A. Baran: Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums
Aus dem Amerikanischen von Christel Klose und Gottfried Frenzel.
ST 42. 476 Seiten, Leinen DM 36,–, Studienausgabe DM 26,–

Hans Kilian: Das enteignete Bewußtsein
Zur dialektischen Sozialpsychologie
ST 74, 434 Seiten. Leinen DM 44,–, Studienausgabe DM 36,–

Leo Kofler: Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft
Versuch einer verstehenden Deutung der Neuzeit.
ST 38. 696 Seiten, Leinen DM 39,–, Studienausgabe DM 32,–

Vittorio Lanternari: Religiöse Freiheits- und Heilsbewegungen unterdrückter Völker
ST 33. 540 Seiten, Leinen DM 38,–, Studienausgabe DM 29,–

Arnhelm Neusüss: Utopie
Begriff und Phänomen des Utopischen
ST 44. 526 Seiten, Leinen DM 44,–, Studienausgabe DM 28,–

K. H. Tjaden: Soziale Systeme
ST 68. 497 Seiten, Leinen DM 40,–, Studienausgabe DM 30,–

Luchterhand

Francesco Ciafaloni
Die Gewerkschaften und der Kampf der Arbeiter in Turin

Folgende Punkte sind bei der Analyse der Arbeitskämpfe in den letzten zwei Jahren zu untersuchen: 1. die objektiven gesellschaftlichen Ursachen, die zu trennen sind von den organisatorischen und politischen Faktoren; 2. Vorgehen und Strategie der bei Fiat aktiven politischen Gruppierungen (Gewerkschaften, politische Parteien, Studenten, außerparlamentarische Gruppen); 3. der Einfluß des politischen Klimas in Italien und Europa. Mit politischem Klima meine ich nicht die ökonomischen Faktoren, die in Punkt 1 gehören, sondern die ideologischen und institutionellen Kräfte, also z. B. den Einfluß der Studentenbewegung oder des französischen Mai oder den Sturz der Regierung Rumor – und nicht die Inflation in den USA oder die Rezession in Italien.

Es mag zunächst überraschen, daß zwei so verschiedene Organisationen wie eine außerparlamentarische Gruppe, zum Beispiel Lotta continua, und eine große Gewerkschaft, zum Beispiel die FIOM, in einem Atemzug genannt werden. Es ist aber durchaus gerechtfertigt, weil die organisatorische und finanzielle Struktur der Gewerkschaft in Italien, und speziell in Turin, sich nicht grundsätzlich von der der außerparlamentarischen Gruppen unterscheidet; soviel mehr technische und finanzielle Mittel, soviel mehr Kader und Aktivisten hat die Gewerkschaft nicht, daß sie grundsätzlich anders arbeiten könnte als die außerparlamentarischen Gruppen. Vor allem hat die Gewerkschaft überhaupt keine Handhabe, um den Arbeitern ihre Entscheidungen aufzuzwingen oder Druck auf sie auszuüben. Die Mechanismen, die die Arbeiter dazu bringen, sich der Gewerkschaft oder einer anderen politischen Organisation anzuschließen, sind nicht grundsätzlich verschieden: in beiden Fällen läuft es auf eine politische Entscheidung hinaus. Da es keine Streikkassen noch sonst einen Schutz speziell für die Mitglieder gibt, setzen die Arbeiter bei den gewerkschaftlichen Streiks ebensoviel aufs Spiel wie bei den spontanen Streiks; tatsächlich werden gleichermaßen Mitglieder und Nichtmitglieder von den Vergeltungsmaßnahmen der Unternehmer – Entlassungen und Versetzungen – betroffen. Die einzige Machtquelle der Gewerkschaft, die sie wesentlich von den anderen Gruppen unterscheidet, besteht in ihrem Recht, Streiks auszurufen und Verträge abzuschließen, die dann auch handgreifliche betriebliche und finanzielle Ergebnisse haben. Das heißt, ihre Macht-

position besteht darin, daß sie von den Kapitalisten und dem Staat als Vertreter der Arbeiter anerkannt wird. Das macht zwar die Stärke der Gewerkschaft, zugleich aber auch ihre Widersprüchlichkeit aus. Einerseits ist die Gewerkschaft stark, weil die Arbeiter sie als ihren Vertreter anerkennen und ihren Anweisungen folgen; sie ist aber auch deswegen stark, weil die Kapitalisten und der Staat mit ihr und nicht mit den anderen Gruppen verhandeln, was allerdings auch bedeutet, daß sie von ihr die Garantie für die Einhaltung der Verträge verlangen.
Die Gewerkschaften in Italien, jedenfalls soweit sie diesen Namen verdienen, haben sich nie auf einen Waffenstillstand in Lohnfragen eingelassen; sie haben sich stets das Recht auf gesonderte betriebliche Vereinbarungen offengehalten, das heißt, sie haben dort, wo das Kräfteverhältnis es erlaubte, auf Betriebsebene Streiks ausgerufen, um für diesen Betrieb bessere Bedingungen zu erkämpfen als sie in den nationalen Tarifverträgen festgelegt sind; oder sie haben – und zwar vor Ablauf der alten Tarifverträge – aus günstigen betrieblichen Vereinbarungen nationale Forderungen gemacht. Das alles schließt aber nicht aus, daß die Gewerkschaften gleichzeitig eine systemstabilisierende Funktion haben und die Forderungen der Arbeiter in die »erlaubten« Kanäle leiten.

Die objektiven gesellschaftlichen Ursachen

Die Fiat-Kämpfe der letzten drei Jahre haben tiefgehende gesellschaftliche Ursachen; einige gelten für ganz Italien oder sogar ganz Europa, andere nur für die Großbetriebe oder nur für Fiat.
Die wichtigsten Ursachen sind, ganz schematisch aufgezählt, folgende: 1. die schnelle industrielle Entwicklung im Norden, die Anfang der fünfziger Jahre eingesetzt und in den sechziger Jahren ihren Höhepunkt erreicht hat. Diese Entwicklung bewirkte, daß massenhaft Arbeitskräfte vom Süden in den Norden und vom Osten in den Westen strömten. Durch einen allgemeinen Investitionsstop kommt diese Entwicklung 1963 zum Stillstand, genau in dem Jahr, als die Mitte-Links-Koalition an die Regierung gelangt. Einige Industriezweige, wie zum Beispiel die Elektro- und die Automobilindustrie erholen sich zwar nach kurzer Stagnation; aber das sind Industriezweige, die vor allem einen großen Bedarf an *nichtqualifizierten* Arbeitskräften haben. Bei Fiat zum Beispiel gehören bei Beginn der Kämpfe etwa 70% der Arbeiter in die dritte Lohnkategorie. Die zugezogenen Arbeiter konzentrieren sich in völlig übervölkerten Städten, die mit ihren Dienstleistungen nicht mehr nachkommen. Es sind junge Arbeiter, die keine Erfahrungen mit der Gewerkschaft haben und auch sonst keiner politischen Organisation angehören; sie haben meistens

keine Familie, aber viele von ihnen haben schon einmal im Ausland gearbeitet und zwar unter besseren Bedingungen als jetzt in Turin. Hier müssen sie härter arbeiten und werden, gemessen am europäischen Durchschnitt, schlechter bezahlt, auch nach den Lohnerhöhungen zu Beginn der sechziger Jahre. So wächst in allen Industriegebieten Italiens ein latentes Kampfpotential heran.

In den sechziger Jahren sind die großen Industriebetriebe politisch überhaupt noch nicht strukturiert. Zwar sind die KPI und die Gewerkschaft in den älteren und kleineren Betrieben verankert, aber in den großen Elektroindustrien oder überhaupt in den Betrieben mit rapide steigender Beschäftigtenzahl gibt es keine funktionierende politische Arbeit; so zum Beispiel bei Fiat mit seinen 180 000 Beschäftigten, die fast alle in Turin konzentriert sind. Und selbst heute steht eine solche organisierte politische Arbeit noch völlig am Anfang.

Im allgemeinen kann man sagen, daß die Gewerkschaften und die KPI, die übrigens die einzige Partei ist, die in den Arbeiterbezirken wirklich verankert war, es geschafft haben, einen Stamm von Aktivisten in den alten Arbeitervierteln aufzubauen; außerdem haben sie natürlich eine wirkliche organisatorische und finanzielle Basis in den roten Gebieten (Emilia und Toscana). Aber sie haben es nie geschafft, in den Großbetrieben und den neuentstandenen Vierteln der Immigranten aus dem Süden Fuß zu fassen. Die politischen Strukturen, die in dem trägen gesellschaftlichen Gebilde der traditionellen Viertel oder in den Kleinbetrieben ein gewisses Gewicht behalten konnten, erweisen sich als unbrauchbar in den neuen Massen-Wohngebieten und den Großbetrieben.

Vor allem bei Fiat hatte die Unternehmensspitze schon zu Beginn der fünfziger Jahre die Arbeitskämpfe für sich entscheiden können. Gewerkschaftler und Kommunisten wurden sang- und klanglos aus dem Betrieb geworfen. Nach der gewerkschaftlichen Spaltung von 1948, aus der die damals noch gelbe Gewerkschaft, die CISL, entstand, ging die Fiat-Leitung, 1957, nach einer erneuten Spaltung der CISL, daran, eine eigene Betriebsgewerkschaft aufzubauen und zu finanzieren, die SIDA (Sindacato del' automobile), die unter strikter Kontrolle der Fiat-Betriebsleitung stand. Auf der einen Seite bekamen die Arbeiter dadurch sicherere Arbeitsplätze und, gemessen am nationalen Durchschnitt, höhere Löhne – allerdings waren die Löhne noch immer sehr viel niedriger als in der übrigen europäischen Automobilindustrie; auf der anderen Seite wurden die Kommunisten jedoch mit äußerster Härte unterdrückt: alle kommunistischen Aktivisten, die die Streiks in den vierziger Jahren geführt hatten, wurden isoliert oder gekündigt; die Mitglieder des Betriebsrats wurden entweder entlassen oder hatten nichts mehr zu sagen, und die Commissione Interna wurde zu einer reinen Farce: etwa 20 Mitglieder bei Mirafiori für 60 000

Arbeiter. In den Jahren von 1955 bis 1968 gab es bei Fiat nur einen einzigen kurzen und heftigen Kampf, und zwar 1962, auf der Höhe des italienischen Booms. – Kurz, damals war Fiat noch das Paradies der Unternehmer: keine Streiks, niedrige Löhne für Techniker, Arbeiter und mittlere Angestellte, militärischer Gehorsam, höchstes Arbeitstempo, strengste Organisation der Produktion, Konzentration der Produktion auf engstem Raum. Praktisch spielte sich die gesamte Produktion bei Fiat auf einer Fläche von 10 Quadratkilometern um Mirafiori herum ab, von den Stahlhütten bis zum Endprodukt, einschließlich der Plastikteile und des gesamten Zubehörs. Fiat hatte die kürzesten Lagerzeiten der Welt, eine auf industriellem Gebiet beneidenswerte Effektivität in einer Stadt, die auch heute noch völlig von dem Fiat-Direktor Agnelli beherrscht wird; auch die einzige Zeitung, die wirklich gelesen wird (auch von den Arbeitern), die *Stampa*, gehört Agnelli; die Arbeiter sind auf engstem Raum konzentriert: bei Mirafiori arbeiten auf etwas mehr als 4 qkm 60 000 Arbeiter; die Wohnungssituation ist katastrophal; der Betrieb selbst ist in seiner Entscheidungsstruktur völlig veraltet, rigide zentralisiert und patriarchalisch verwaltet.

Bei Fiat konzentrierte sich eine Masse von Hilfsarbeitern, die praktisch ohne gewerkschaftliche Vertretung blieb, und das in einer Stadt, die immer mehr einem riesigen Schlafsaal glich. Während in den drei Metallgewerkschaften, die diesen Namen wirklich verdienen, nämlich in der FIOM, die zur CGIL, in der FIM, die zur CISL, und in der UILM, die zur UIL gehört, auf nationaler Ebene etwa 65% der italienischen Metallarbeiter organisiert sind, kamen bei Fiat nur ein paar Tausend gewerkschaftlich Organisierter auf 180 000 Arbeiter, also nur etwa 5%, eher noch weniger; die SIDA dagegen hatte etwa 20 000 Mitglieder. Die einzigen Abteilungen, in denen es eine funktionierende gewerkschaftliche Organisation gab, waren auch bei Fiat wieder die ältesten Abteilungen, z. B. die Eisenhütten, während die neueren Abteilungen, in denen vorwiegend junge Arbeitskräfte aus dem Süden beschäftigt werden, von der Gewerkschaft gar nicht erreicht wurden. Es gab also eine riesige Masse von Hilfsarbeitern, ohne jede Struktur, ohne Führung, schlecht behandelt, unterbezahlt, bereit zu rebellieren, ohne daß eine Möglichkeit bestand, ihre Revolte in einen der traditionellen institutionellen Kanäle zu leiten: Die Kommunistische Sektion bei Mirafiori hatte nicht einmal 150 Mitglieder.

Erst kurz bevor die großen Kämpfe bei Fiat ausbrachen, versuchten die politischen Kräfte, sich der neuen Situation anzupassen. Die FIOM, die die Streiks in den vierziger und zu Beginn der fünfziger Jahre organisiert und geführt hatte, probierte neue taktische Methoden aus und schien am Vorabend der Kämpfe diejenige Organisation zu sein, die am ehesten

bereit war, mit den Kapitalisten zu verhandeln; die FIM hatte die Entwicklung der linken katholischen Arbeiterschaft mitgemacht und war aus einer gelben Gewerkschaft zu einer Organisation der Linken geworden; in ihr gab es kämpferische und intelligente Aktivisten und ausgezeichnete Arbeiterkader mit einer außergewöhnlichen Offenheit für jede Initiative von unten. Außerdem gab es noch eine sozialistische Gruppe bei Fiat, die Untersuchungs- und Schulungsarbeit machte, und eine Zeitschrift, die *Quaderni rossi* herausgab. Sie war 1962 aus dem einzigen Kampf bei Fiat entstanden und wollte eine autonome Arbeiterorganisation aufbauen. Aus dieser Gruppe kommen einige der bekanntesten Kader der beiden größten außerparlamentarischen Gruppen, »Lotta continua« und »Potere operaio«.
Ähnlich wie die Gruppe der »Quaderni« war eine weitere Arbeitsgruppe entstanden, die dem Turiner Verband der PSIUP angehörte und sich als eine der aktivsten Gruppen bei der Vorbereitung der Kämpfe herausstellte; die nationale Organisation ihrer Partei hat sie dabei allerdings nicht unterstützt.

Die politischen Zentren

Die wichtigsten politischen Kräfte haben wir damit vorgestellt; gehen wir jetzt noch genauer auf ihre lokale und nationale Organisationsstruktur und ihre allgemeine politische Linie ein.
Die KPI hat in Turin keine starke Basis mehr. Während der Kämpfe hat sie sich darauf beschränkt, ihre Kader zur Propaganda und als Streikposten zu mobilisieren. Sie hat natürlich immer ein Gewicht durch die CGIL, deren Führer fast alle in der Partei sind; allerdings fühlen sie sich in erster Linie der Gewerkschaft und nicht der Partei verpflichtet. Auf dem Höhepunkt der Kämpfe hat die KPI etwa dreißig Delegierte organisiert; und solange der Delegiertenrat funktionierte, hatte sie dadurch einen ziemlichen Einfluß auf seine Politik. Im Lauf der Kämpfe ist die Jugendorganisation der Kämpfe jedoch immer mehr zusammengeschrumpft; die meisten Mitglieder hat sie an die Studentenbewegung verloren. Später, als die Studentenbewegung abebbte, sind freilich viele Mitglieder wieder in die Partei zurückgekehrt und auch neue dazugekommen. Gegenüber dem Kampf der Arbeiter hat die KPI folgende Haltung eingenommen. Sie hat den gewerkschaftlichen Kampf und die Auseinandersetzungen um die Tarifverträge unterstützt, aber alle Gewaltanwendungen und Kämpfe *nach* den Vertragsabschlüssen scharf verurteilt. Statt die politischen Konsequenzen aus den Kämpfen zu ziehen und die Reaktion der politischen Rechten und der Mittelschichten auf die Arbeiter-

offensive zu kontern, hat sie für die Wiederaufnahme der Produktion plädiert und von rechts Druck auf die Gewerkschaften ausgeübt.
Die PSIUP hat weder die institutionelle Macht wie die KPI noch einen vergleichbaren Wahlerfolg. Sie vertritt nur 1,5% der Italiener, während die KPI etwa 27% der Wählerstimmen bekommt. Aber die PSIUP hat ihren Einfluß durch eine ähnliche Basisarbeit geltend gemacht, wie sie die Studenten oder die außerparlamentarischen Gruppen durchgeführt haben. Unterschieden hat sie sich von den außerparlamentarischen Gruppen vor allem durch ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften – viele ihrer Mitglieder sind in der FIOM oder FIM –, was von den außerparlamentarischen Gruppen ebenso kritisiert wurde wie ihre Haltung gegenüber den Delegierten. Tatsächlich kamen viele Delegierte aus der PSIUP-Gruppe. Auf dem Höhepunkt der Delegiertenbewegung gehörten sie zu den aktivsten Kräften und haben es oft geschafft, der KPI-Gruppe oder der Gewerkschaftsspitze die Initiative zu entreißen.
Wir sagten schon, daß die Metallgewerkschaften FIOM und FIM zwar große organisatorische Bedeutung in ganz Italien und auch in Turin haben, aber eben nicht bei Fiat. Organisatorisches Gewicht bedeutet allerdings nicht, daß es einen starken organisatorischen Apparat gibt. In Zahlen: in Turin verdienen die Gewerkschaftssekretäre etwa 160 000 Lire im Monat; das sind 40 000 Lire mehr als ein ungelernter Arbeiter und weit weniger als ein Facharbeiter verdient. Insgesamt gibt es nicht mehr als ein paar Dutzend bezahlte Funktionäre. Der Gesamtetat für sämtliche Gewerkschaftsaktivitäten in einer Stadt von 1,3 Mio. Einwohnern beträgt bei der CGIL 500 Mio. Lire, bei der CISL etwa die Hälfte.
In den Kämpfen haben die FIOM und die FIM verschiedene Positionen eingenommen. Zunächst haben sie gemeinsam breitangelegte wenn auch oberflächliche Umfragen unter den Arbeitern durchgeführt; aus den Antworten wurde das Kampfpotential, das sich 1968 bis 1971 verwirklichte, bereits sichtbar. Bis zum Frühjahr 1969 haben beide sehr vorsichtig taktiert und eher versucht, die Kämpfe zu bremsen. Vom Herbst 1969 bis zum Juli 1970 haben sie dann mit den Kämpfen Schritt gehalten und wenn man großzügig ist, kann man sogar sagen, daß sie sie geführt haben. In dieser Phase war die FIOM die vorsichtigere und wollte die Konkurrenz mit den Gruppen nicht aufnehmen. Die FIM dagegen hat es vorzogen, sich den Gruppen zu stellen und hat sich den aus den Kämpfen entstandenen Arbeiteravantgarden weit geöffnet. Den größten Mitgliederzuwachs hat aber am Ende die FIOM gehabt, was die FIM wieder etwas in die Defensive gedrängt hat. Als die Kämpfe nachließen, sind dann beide Gewerkschaften für die Normalisierung eingetreten, wobei es allerdings Widersprüche zwischen den radikaleren regionalen Sektionen und der gemäßigteren nationalen Gewerkschaftsspitze gab. Insgesamt ha-

ben die zwei Kampfjahre für die Gewerkschaften einen ungeheuren Aufschwung gebracht; neue Kader haben sich entwickelt und die Demokratie in der Gewerkschaft ist gestärkt worden; allerdings ist der Funktionärsapparat, der die entscheidenden Beschlüsse faßt, nicht angetastet worden.

Das politische Klima zu Beginn der Kämpfe

Der Auslöser für die Kämpfe bei Fiat ist der Streik für die Renten im Frühjahr 1968. Zu dieser Zeit ist die Studentenbewegung auf ihrem Höhepunkt angelangt. Den Arbeitern wird von den Studenten, die massenhaft vor den Werktoren erscheinen, auch wenn sie noch sehr wenig über den Betrieb und die Probleme der Arbeiter wissen, das Modell eines heftigen, zum Teil sogar gewaltsamen und illegalen Kampfes vorgestellt. Der Streik für die Renten hat einen unerwarteten Erfolg und führt zu einer unmittelbaren Solidarisierung zwischen den militanten Arbeitern und den Studenten. Die neuen Avantgarden arbeiten zunächst, wenn auch unter Schwierigkeiten, mit der Gewerkschaft zusammen; der Bruch folgt dann, als die Gewerkschaft eine betriebliche Vereinbarung unterzeichnet, obwohl die Kämpfe gerade erst begonnen haben und die Ergebnisse einer Umfrage über die Forderungen der Arbeiter und die Kampfmethoden, die von Studenten und Gewerkschaftlern gemeinsam durchgeführt worden ist, noch gar nicht bekannt sind. In Wirklichkeit zerbricht die Zusammenarbeit aber nicht an einer einmaligen Frage, sondern an einer Reihe von erbitterten, teilweise sogar handgreiflichen Auseinandersetzungen vor den Betriebstoren; vor allem an der unterschiedlichen Einstellung zur Frage der Gewaltanwendung, als Antwort auf den Terror der Polizei.
Die Gewerkschaftler verlegen sich bei den Kämpfen vor allem aufs Vermitteln und wollen beide Seiten befrieden; die Studenten und die neuen Gruppen betonen immer die Seite des Kampfes. So beginnt eine Serie von Beschuldigungen und Gegenbeschuldigungen, die bis heute nicht abgeschlossen ist.
Heute, im Abstand von drei Jahren, muß klar hervorgehoben werden: 1. Der Ausbruch der Kämpfe und die Kampfformen sind von keiner Organisation oder Gruppe geführt worden. 2. Die neuen Gruppen und auch einige Gewerkschaftler haben die Kämpfe zwar vorhergesehen, aber sie haben sie nicht ausgelöst. 3. Die Gewaltsamkeit, mit der die Kämpfe sich entwickelten, hatte soziale Ursachen und geht nicht auf die Entscheidung einer Gruppe zurück. Übrigens war es mit der Gewalttätigkeit nicht so weit her, wie die bürgerliche Presse es darstellt: in den drei Kampfjahren der 180 000 Fiatarbeiter, mit Demonstrationen, Straßenschlachten mit der

Polizei etc., hat es eigentlich kaum Verletzte gegeben und kaum individuelle Gewaltakte, und wenn so etwas vorkam, dann seitens faschistischer Schläger gegen Streikposten. 4. Von Anfang an hat sich aber eine Dialektik zwischen den spontanen Arbeiteravantgarden und den organisierten politischen Gruppen gebildet.
Die spontanen Führer der Demonstrationen, ob sie nun schon politische oder gewerkschaftliche Erfahrungen hatten, oder ob sie zum erstenmal an Kämpfen teilnahmen, haben eine permanente Diskussion mit den Gruppen geführt, vor den Fabriktoren, bei gemeinsamen Aktionen von Arbeitern und Studenten, in den Gewerkschaften usw. Daraus sind allmählich organisatorische Übergangsformen entstanden, z. B. das CUB von Fiat, die zwar nicht ausreichen, aber ein realer Faktor sind. Die Geschichte der Fiat-Kämpfe ist auch die Geschichte dieser sich entwickelnden organisierten Avantgarde.

Die Chronik der Kämpfe

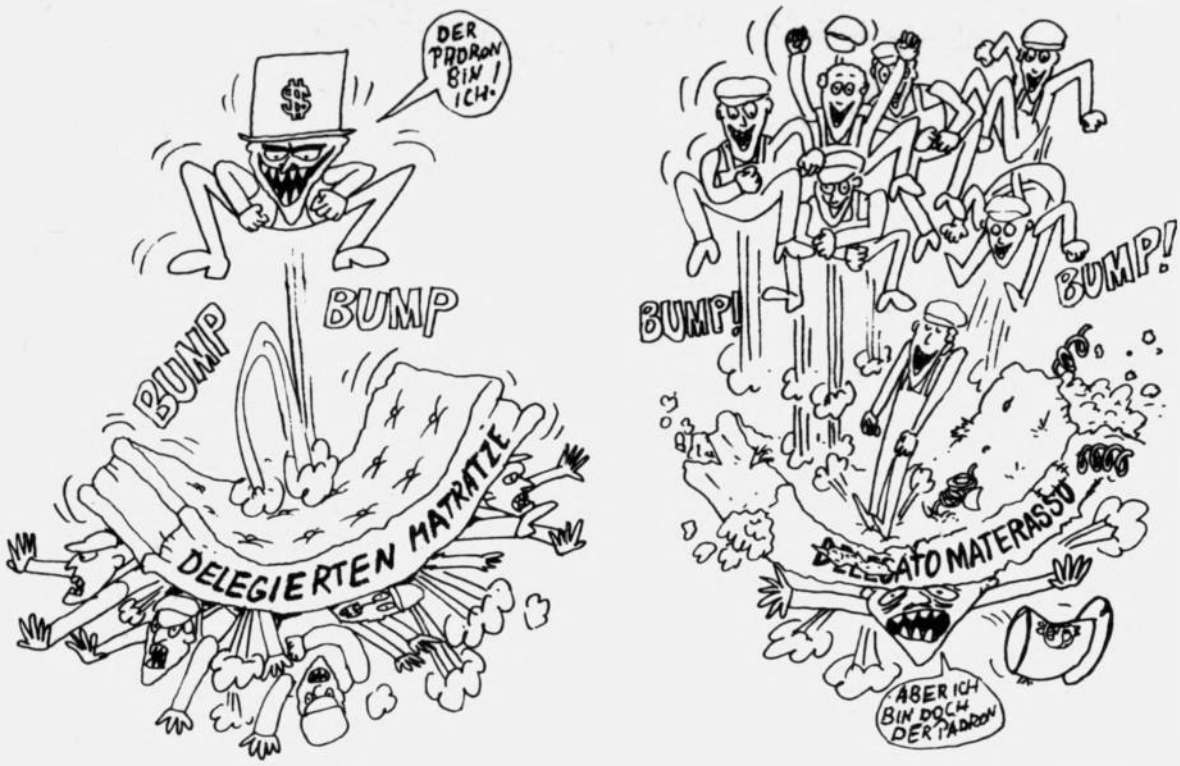
Während die Studentenbewegung im Herbst 1968 ihren Höhepunkt schon überschritten hat und in ganz Italien das Echo auf den französischen Mai sich ausbreitet, stagnieren die Kämpfe bei Fiat; nur bei Lancia, das vor der Fusion mit Fiat steht, kommt es zu einigen heftigen Auseinandersetzungen. Die Arbeiter befürchten eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, eine Erhöhung des Arbeitstempos und eine Verschärfung der Arbeitsdisziplin. Als die Streiks dann beginnen, greifen die Studentengruppen ein und sorgen für eine schnelle Radikalisierung. Zum erstenmal übernehmen die Studenten eine wirkliche Führungsrolle und zum erstenmal wird die Methode der täglichen kollektiven Diskussion zwischen Arbeitern und Studenten angewendet, die in den folgenden Kampfjahren fortgesetzt wird. Die Gewerkschaften gewinnen erst in der Schlußphase dieses Kampfes wieder an Einfluß, allerdings nicht auf Kosten der Gruppen; dasselbe gilt für alle folgenden Kämpfe.
Im Frühjahr 1969, einige Monate vor der Tarifrunde über einen neuen Vertrag für die Metallarbeiter, ist die Lage bei Fiat zum Zerreißen gespannt. Das sichtbare Problem sind die Löhne, aber die Arbeiter beginnen auch schon, das ganze System der Arbeit im Betrieb anzugreifen. Ihre Forderungen betreffen nicht nur die Löhne, sondern die Lohnstufen, das Arbeitstempo und die Art der politischen und gewerkschaftlichen Vertretung. Es beginnen spontane Streiks, in denen die einzelnen Abteilungen abwechselnd die Arbeit niederlegen. Zunächst streiken die Arbeiter an den Montagebändern, dann breitet sich der Streik auf die ganze Fabrik aus, bis hin zu den Schlosserwerkstätten. Die Studentengruppen haben guten

Kontakt zu den Arbeitern, die gemeinsamen Diskussionen werden wieder aufgenommen, und zu den wöchentlichen Versammlungen kommen nicht weniger als 700 bis 800 Arbeiter. Diese Versammlung wird zu dem Ort, an dem die wesentlichen Entscheidungen gefällt werden, und zum Mittelpunkt der Aktivität der Gruppen. Zunächst ist die Gewerkschaft von all dem völlig ausgeschlossen: sie will bei Fiat keine Lohnkämpfe auslösen, die dazu führen könnten, daß es noch vor Abschluß der Tarifverträge der Metallarbeiter zu einer separaten betrieblichen Vereinbarung kommt. Den ganzen Sommer hindurch, auch als die Kämpfe schon zurückgehen, ist die Arbeiter-Studentenversammlung das eigentliche Führungsorgan des Kampfes. Es kommt zu den gewaltätigen Straßenschlachten mit der Polizei auf dem Corso Traiano mitten in einem Viertel, in dem Fiatarbeiter wohnen, direkt gegenüber von Mirafiori. Und es kommt zu einer Spaltung der Arbeiter-Studentenversammlung. Lotta continua bricht mit Potere operaio. Das ist praktisch der Beginn der beiden Gruppen. Zwar wird durch die Einheit der militanten Arbeiter und dadurch, daß es keine andere Möglichkeit gibt, als mit aller Kraft weiterzukämpfen, die Spaltung überdeckt, doch man muß von nun an von Arbeitern sprechen, die zu Lotta continua gehören, und von solchen, die bei Potere operaio arbeiten, von Arbeitern der FIOM und der FIM.

Die Gewerkschaften bereiten sich den ganzen Sommer hindurch auf die Tarifauseinandersetzungen vor und sind diesmal für den Herbst gut gerüstet. Das heißt allerdings nicht, daß sich die Organisationsstruktur geändert hätte, sondern es heißt, daß sie ihre Kontakte zur Basis verstärkt haben und bereit sind, auf die Forderungen der Arbeiter einzugehen und ihre Kampfformen zu akzeptieren. Im Sommer hatten sie noch keine klare Strategie und die Delegierten erschienen ihnen als eine Notlösung. Nun, nach den vielen Versammlungen der Arbeiter, beschließen sie, den Kampf der Arbeiter gegen die Lohndifferenzen und das System der Arbeit zu ihrer Sache zu machen und die Delegierten nicht nur als eine vorübergehende Bewegung anzusehen, sondern sie als erneuerndes Element in die Gewerkschaftsorganisation einzubauen, und zwar hauptsächlich in den großen Betrieben.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Haltung der verschiedenen Gruppen zu der Delegiertenbewegung zu untersuchen; dieses Verhältnis ist bis heute noch nicht geklärt, obwohl es einer der Schlüssel ist für das Verhältnis zwischen den Arbeiteravantgarden und den Gewerkschaften.

Die im Herbst 1969 entstandenen Arbeiterdelegierten sind niemals als Institution von der Betriebsleitung anerkannt und nie durch einen Vertrag oder ein Statut institutionell bestätigt worden. Die Delegierten sind aktive Arbeiter, natürliche Führer; sie werden gewählt auf Vorschlag der Gewerkschaften, entweder durch Akklamation, Handheben oder durch



Stimmzettel, und sie sollen, zumindest im Prinzip, jeder eine zusammenhängende Arbeitergruppe repräsentieren (d. h. Gruppen, die dieselbe Arbeit machen, ähnliche Probleme und Interessen haben, in der Fabrik in täglichem Kontakt miteinander stehen, sich namentlich kennen usw.). Die Wahl der Delegierten erfolgt unabhängig davon, ob sie Gewerkschaftsmitglieder sind oder nicht, die Parteien und Gewerkschaften geben keine gesonderten Wahlzettel aus. Manchmal gibt es allerdings mehrere Delegierte für eine Gruppe, einen aus jeder Gewerkschaft. Natürlich versuchen die aktiven Gewerkschaftsmitglieder, Druck auszuüben und Propaganda dafür zu machen, daß eine Person ihres Vertrauens gewählt wird. Dennoch sind schließlich im Delegiertenrat, als er seine Arbeit aufnimmt, von mehreren Hundert Delegierten (etwa 450 bei Mirafiori, dem größten Turiner Fiat-Betrieb) nur 30% Mitglieder einer Gewerkschaft.

Es gibt eine Fraktion in der FIM und in der FIOM, die die Delegierten als eine von den Gewerkschaften unabhängige Basisorganisation ansieht, die sich autonom organisieren und Entscheidungen treffen kann; sie sollen von Parteien und Gewerkschaften unterstützt werden, aber selbst keinen Einfluß in diesen Organisationen haben. Die Delegierten vertreten einzelne Gruppen von Arbeitern, die Gewerkschaften die unmittelbaren Interessen der ganzen Arbeiterklasse. Kommt es zu Widersprüchen zwischen diesen beiden Ebenen, so heißt das, daß entweder die Interessen der Gruppe nicht mit denen der Klasse identisch sind (etwa wenn die Delegierten korporative oder Einzelinteressen durchsetzen wollen), oder daß die Gewerkschaften nicht mehr die Interessen der Klasse vertreten.

Eine andere Fraktion der FIOM und FIM ist der Meinung, daß die De-

legierten allgemeine gewerkschaftliche und politische Interessen der Arbeiter vertreten und daß eventuelle korporative Positionen durch gemeinsame Diskussionen überwunden werden. Die Delegierten sind also die natürliche und einheitliche Organisationsstruktur der zukünftigen Einheitsgewerkschaft, eine Organisation, die von traditionellen Parteien-Interessen unabhängig ist.

Die erste der beiden Positionen anerkennt formal die Autonomie der Delegierten (in der Tat stellt sie es Parteien oder anderen politischen Gruppen frei, ihre eigenen Delegiertengruppen zu organisieren), billigt ihnen aber keine Entscheidungsgewalt zu; die zweite Position will die Delegiertenräte näher an die Gewerkschaften binden, und scheint auf eine möglichst einheitliche Organisation abzuzielen, durch die die Hierarchie in der Gewerkschaft abgebaut werden soll. Die erste Position wird vor allem von der Linken in der FIOM vertreten, die zweite von der Linken in der FIM (die eher dazu neigt, die Gewerkschaften als eine Organisation zu betrachten, die sich auch politisch betätigt).

Die KPI dagegen versucht eine eigene Delegiertengruppe aufzubauen (die dann eine der größten sein wird), sie unterstützt grundsätzlich nur Forderungen der offiziellen Organisation und wendet sich aus Furcht, daß die spontanen Streiks zu Gewalttätigkeiten führen könnten, gegen jede Initiative von außen.

Die außerparlamentarischen Gruppen sind mit Ausnahme Einzelner gegen die Delegierten, und deshalb auch in ihnen nicht vertreten. Offiziell rechtfertigen sie das damit, daß die Delegierten auch wieder nur eine Form der Vertretung darstellen und der Arbeiterautonomie widersprechen. Jeder Arbeiter kann und soll sich selbst in der Fabrik vertreten. In Wirklichkeit geht es allerdings weniger um die Arbeiterautonomie, sondern sie fürchten, daß die Gewerkschaften wieder die Übermacht gewinnen. Die Gruppen gehen davon aus, daß es möglich ist, eine gleichzeitig politische und gewerkschaftliche Arbeiterorganisation zu gründen, die vom Delegiertenrat unabhängig und mehr als dieser mit den Arbeitermassen verbunden ist.

Im Herbst 1969 wird der Beginn des Kampfes vom Unternehmer und nicht von den Arbeitern oder den Gewerkschaften bestimmt. Als eine Abteilung die Arbeit niederlegt, was zwar die Produktion nur geringfügig behindert, aber die artikulierten Streiks vom Juni und Juli sofort in Erinnerung bringt, reagiert Agnelli mit der Aussperrung aller Arbeiter, die in den von dieser Abteilung abhängigen Werkstätten arbeiten. Damit wendet Agnelli eine Technik der artikulierten Aussperrungen an, als Antwort auf die artikulierten Streiks, und er wird diese in den folgenden Kämpfen immer weiter verfeinern. Zehntausende von Arbeitern werden also ausgesperrt, bleiben ohne Lohn, und das alles wegen einer Forderung,

Goethe Institut

die gar nicht die ihre ist, und wegen eines Streiks, den sie gar nicht beschlossen haben. Trotz der hohen Kampfbereitschaft im Herbst 1969 erweist sich diese neue Unternehmer-Taktik als sehr erfolgreich; sie bewirkt, daß die Arbeiter – zumindest tendenziell – gespalten werden, und sie führt dazu, daß die Gewerkschaften beschließen, den Streik abzubrechen; zu einer geschlossenen Reaktion der Arbeiter, z. B. zu einem Streik des gesamten Betriebs, kommt es nicht. Die Vielfalt der Gruppen und politischen Strömungen, die die Bewegung 1969 und 1970 so unschlagbar macht, ist gleichzeitig ihre Schwäche, weil es keine einheitliche Strategie gibt (manchmal noch nicht einmal eine einheitliche Taktik). Den ganzen Herbst hindurch werden artikulierte Streiks durchgeführt, so daß permanent gestreikt wird, wenn auch jeweils nur wenige Stunden in wenigen Abteilungen. Auf diese Weise können die Arbeiter die Streiks länger durchhalten, da sie, wie gesagt, keine Streikkasse haben. Deshalb versuchen zumindest die Gewerkschaften und die Delegiertenräte den völligen Produktionsstop zu verhindern, und zwar dadurch, daß sie nur bestimmte Abteilungen oder Arbeiter, die Schlüsselfunktionen innerhalb der Produktion ausüben (z. B. Materialzulieferer), die Arbeit niederlegen lassen, damit die Aussperrungen vermieden werden.

Anfang September provoziert Agnelli die Vorverlegung der Tarifauseinandersetzungen (eigentlich laufen die Tarifverträge erst Ende des Jahres ab), weil er nicht zuerst die wilden und anschließend die gewerkschaftlich organisierten Streiks in seinem Betrieb haben will. Die Gewerkschaften haben keine andere Wahl, als den Kampf aufzunehmen, und fordern alle Metallarbeiter auf, für den Abschluß der Tarifverträge in den Streik zu treten. Von nun an bis zum Frühjahr 1970 erweisen sie sich als eine wirklich mobilisierende Kraft (wenn auch stets in institutionellem Rahmen) und übernehmen die Führung der Kämpfe, eine Funktion, die bisher die außerparlamentarischen Gruppen innehatten. Wenn wir von Führung sprechen, dann heißt das nicht bewußte und geplante Führung. Die Arbeiter streiken, wann sie wollen, mal ein bißchen mehr, mal ein bißchen weniger als vorgesehen. Mit Führung will ich sagen, daß bei all den Streikposten, Versammlungen, Demonstrationen, Flugblättern, Anweisungen, Polemiken und der Fülle von Zielvorstellungen, vom Tarifvertrag bis zur Revolution, hauptsächlich die Anweisungen der Gewerkschaft befolgt werden; im Grunde streiken die Arbeiter wegen der Tarifauseinandersetzungen, und jedesmal, wenn es zu einem Zusammenstoß zwischen den außerparlamentarischen Gruppen und den Gewerkschaften oder dem Delegiertenrat kommt, sind die Gruppen die Verlierer. Die eklatantesten Fälle sind zwei Besetzungen, die Lotta continua bei Fiat-Mirafiori zu initiieren versucht: sie scheitern, ebenso wie der Plan, Anfang November eine Demonstration zur Automobilausstellung zu machen. Die Gewerk-

schaften sind dagegen, weil sie sich vor Auseinandersetzungen mit der Polizei fürchten und die Führung der immer radikaler werdenden Kämpfe nicht den Gruppen überlassen wollen. Der Delegiertenrat war zwar zum Teil für die Demonstration, aber ganz und gar gegen einen Zusammenstoß mit der Polizei; und der wäre bei den vielen Fensterscheiben, der Ansammlung von Luxusmodellen, dem aggressiven Polizeiaufgebot und bei der Wut der Arbeiter unvermeidlich gewesen. Deshalb willigte der Delegiertenrat in den Vorschlag ein, vor dem Autosalon nur Streikposten aufzustellen, und zwar für die Dauer der Ausstellung. Einige Hundert streikende Arbeiter sollten in ihrer Arbeitskleidung schichtweise Streikposten stehen. Die Streikposten selber würden dann eine Art Demonstration darstellen, und der Zusammenstoß mit der Polizei könnte vermieden werden. Wie immer man die Entscheidung des Delegiertenrats beurteilen mag, klar ist jedenfalls, wem die Arbeiter gefolgt sind. In einigen Abteilungen hat allerdings die Gruppe Lotta continua, die gute politische Arbeit leistet, die Führung übernommen. Vor allem haben die Jungarbeiter – von welcher politischen Ausrichtung auch immer – eine wichtige Avantgardefunktion: sie haben radikalere Vorstellungen vom Kampf und weniger Respekt vor den Institutionen, der Hierarchie und der Organisation der alten Kader. Es ist sehr die Frage, ob die Masse der Arbeiter sich überhaupt um die Polemiken in den Gruppen, zwischen den Gruppen und dem Delegiertenrat, zwischen dem Delegiertenrat und den Gewerkschaften kümmert. Sie setzen ihren Kampf fort, der zwar nicht die »Revolution« ist, wie man weiter unten sehen wird, sich aber auch nicht an den Rahmen hält, den die Gewerkschaften und Parteien setzen.

Während des ganzen Kampfes treten viele Arbeiter den Gewerkschaften bei, der FIOM mehr als der FIM, und auch die Gruppen haben großen Zulauf. Die KPI holt einige Delegierte ins Zentralkomitee auf die Plätze der Genossen vom »Manifesto«, die gerade aus der KPI ausgeschlossen worden sind. Auf Betriebsebene hat die ganze Sache allerdings keinerlei Bedeutung.

Die einzigen, die wirklich Einfluß auf die Kämpfe haben, sind die bewußten militanten Arbeiter, die betriebsinterne Avantgarde, die aus Delegierten, Mitgliedern der außerparlamentarischen Gruppen und Gewerkschaftlerin besteht. Wenn wir bewußt sagen, meinen wir damit ein taktisches und nicht ein strategisches Bewußtsein. Die militanten Arbeiter identifizieren sich mit dem Kampf; einige sehen ihren Kampf dabei schon als einen Teil eines allgemeinen Kampfes gegen den Kapitalismus und den Staat, andere kommen noch nicht über einen anarchistischen Protest hinaus. Keiner der Arbeiterführer sieht objektive Grenzen für den Kampf darin, daß weiterproduziert werden muß, daß ein gewisses Niveau an Produktivität erhalten bleiben und daß das Bündnis mit den Angestellten,

mit Teilen der Mittelschichten hergestellt werden muß. Daher ist die Art, wie sie die Streiks von einem Tag auf den anderen führen, aggressiv und wirkungsvoll; ihr Kampf findet wirklich statt, es bleibt nicht bei der guten

Absicht. Der Delegiertenrat bestimmt wirklich, wie und wann gestreikt wird. Und wenn einige Arbeitergruppen den Beschlüssen des Delegiertenrats nicht folgen, dann tun sie es von sich aus; darin macht sich der Einfluß der Gruppen bemerkbar; allerdings äußert sich dieser Einfluß mehr in allgemeiner Opposition und weniger in genauen Anweisungen: die Gruppe Lotta continua ist niemals imstande, einen bestimmten Streik für einen bestimmten Tag zu beschließen und durchzuführen; das, was sie kann, ist, *jeden* Streik voranzutreiben und zu radikalisieren.

Anders sieht es schon aus, wenn man von den grundsätzlichen Zielen oder der Strategie spricht, in die sich der Streik einfügen soll. Hierzu kann die Arbeiteravantgarde überhaupt nichts sagen, weder im Delegiertenrat noch außerhalb. Sicherlich, die Delegierten folgen den Gewerkschaften und streiken für den Tarifvertrag, während die Arbeiter von Lotta continua und von Potere operaio für die Revolution streiken; aber so wie einerseits der Delegiertenrat nicht in der Lage ist, Zeitpunkt und Taktik der Verhandlungen zu bestimmen und die politische Situation zu diskutieren, so haben andererseits die Arbeiter der Gruppen (und auch die Führer der

Gruppen) keine klaren Vorstellungen von den folgenden Schritten und von dem, was wirklich erreichbar ist. Natürlich gibt es einzelne zutreffende Analysen und natürlich wird theoretisch gearbeitet, wenn auch nicht sehr systematisch, und natürlich bleibt die theoretische Arbeit nicht ohne Einfluß auf die Arbeiter. Aber praktisch hat nur die Gewerkschaft eine klare, wenn auch sehr beschränkte strategische Perspektive; nur sie orientiert sich an der realen Machtsituation. Und fast widerspruchslos folgen auf die spontanen Streiks die Aktivitäten der Gewerkschaft. Es ist klar, die Gewerkschaft kann nicht kämpferischer sein als die Arbeiter selbst: sie ist radikal, wenn die Arbeiter es sind, sie hält sich zurück, wenn die Arbeiter sich zurückhalten oder wenn die Machtverhältnisse ungünstig sind – genau dafür ist sie ja da.

Als im Dezember der Druck der Arbeiter nachläßt und die Bewegung zurückgeht, tritt überall – im wahrsten Sinne des Wortes – die Reaktion auf den Plan; sie versucht, den politischen Einfluß der gesamten Linken, besonders der außerparlamentarischen Gruppen zu zerstören und die Zugeständnisse, die sie in den Betrieben machen mußte, mit Hilfe des Staatsapparates wieder rückgängig zu machen. Als im Herbst der Tarifvertrag der Metallarbeiter unterzeichnet werden soll, kommt es zu einer Reihe von Provokationen, die in der Presse und in der Öffentlichkeit zu einem Meinungsumschwung führen. Ein Polizist kommt bei einem Verkehrsunfall ums Leben und wird sofort zu einem Opfer der Linken erklärt; in der Banca Commerciale di Milano explodiert eine Bombe und tötet 14 Menschen; es gibt genügend Hinweise, technischer und politischer Art, die darauf schließen lassen, daß diese Bombe von der Rechten oder sogar vom »Staat« selbst gelegt worden ist; aber natürlich wird sie sofort den Anarchisten zugeschrieben. Ein pazifistischer Anarchist wird aus einem Fenster im dritten Stock des Polizeipräsidiums von Mailand gestoßen und stirbt. Die Manöver der Rechten sind zunächst noch nicht sehr erfolgreich, weil sie weder von der Großindustrie noch von der Mehrzahl der Vertreter der Regierungsparteien unterstützt werden; deshalb starten sie eine neue Offensive, die bis heute noch nicht abgeschlossen ist; während sie auf dem Land ihre ersten Erfolge haben, stoßen sie in den Großbetrieben, besonders in Turin, auf großen Widerstand. Die Tarifverträge werden unterzeichnet; es sind die günstigsten seit Kriegsende. (Die Unternehmerpresse jammert, daß die Lohnkosten um 25% gestiegen seien.) Die Organisationen der Arbeiter sind gewachsen, die Kader sind optimistisch, die Gruppen sehen keinen Grund zur Besorgnis, die gewerkschaftliche Linke ist obenauf.

Heute aber haben nicht nur die Gruppen keine strategische Perspektive, sondern auch die Gewerkschaften. Nachdem die Tarifverträge abgeschlossen sind und die Gewerkschaften ihre Rolle als Institution ausgespielt ha-

ben, sind sie gegenüber den noch immer kampfbereiten Arbeitern ratlos Sie stellen eine Reihe von allgemeinen Forderungen auf (die »Reformen«), die das Wohnungswesen, das Steuersystem, das Verkehrswesen betreffen. (Dagegen hatten die Reformstreiks im Herbst 1969 noch einen ganz anderen Sinn, nämlich die Solidarität der ganzen Arbeiterklasse mit den Metallarbeitern herzustellen.) Jetzt fallen die Forderungen weit zurück hinter das Bewußtsein, das die Arbeiter in den gerade abgeschlossenen Kämpfen entwickelt haben. Die Diskussionen im Delegiertenrat werden langweilig und bürokratisch. Etwa ab Frühjahr 1970 setzt ein Bürokratisierungsprozeß ein, der einige Kader in »Berufskader« verwandelt und andere in die Flucht treibt. Diese »Berufskader« erlernen die Sprache ihrer Organisation, identifizieren sich immer mehr mit ihr, nehmen an den Versammlungen des Delegiertenrats und der Gewerkschaften teil, die anderen gehen immer seltener zu den Versammlungen und bleiben schließlich zu Hause. Kaum ein Jahr nach Gründung des Delegiertenrats beträgt der prozentuale Anteil der Gewerkschaftsmitglieder 70%. Die Camera del Lavoro und die FIM in Turin schätzen die autonomen Arbeitergruppen zwar weiterhin als die wesentliche Triebkraft der Bewegung ein, aber sonst haben sie wenig vorzuschlagen. Ihre Forderungen, die Überstunden abzuschaffen und den Produktionsrhythmus zu verlangsamen, sind »defensive« Forderungen und lassen wenig Verhandlungsspielraum offen; die »Reformen« haben sowieso mit den Forderungen der Arbeiter wenig zu tun: ob diese Forderungen nun richtig oder falsch sind, sie können nur durch den etablierten politischen Apparat ausgearbeitet und realisiert werden. Die Streiks für die Reformen gehen immer schleppender voran und kosten die Arbeiter mehr als die Unternehmer. Dies wirkt sich auch auf die Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften aus; immer weniger Arbeiter treten ein.

Der einzige Feind der Unternehmer, der in dieser Situation noch übrigbleibt, ist das massenhafte Wegbleiben vom Arbeitsplatz. Die Zahl der Krankmeldungen steigt um 10%: die Arbeiter bleiben jetzt zu Hause, weil sie keine Lust haben oder weil sie erkältet sind, während sie vorher nur in schweren Krankheitsfällen zu Hause blieben. Die Produktion stagniert, es zeichnet sich die Produktionskrise ab, die zusammen mit der Investitionskrise zur gegenwärtigen Stagnation in der Wirtschaft Italiens geführt hat. Die Abwendung der Gewerkschaften von den Arbeitern scheint den Gruppen noch einmal neue Möglichkeiten zu eröffnen; sie agitieren heftig und scheinen die Oberhand zu bekommen. In Wahrheit sind es die Kapitalisten, die das Terrain zurückerobern. Die Gewerkschaften blasen einen bereits ausgerufenen Streik ab, wegen des Rücktritts der Regierung Rumor, die ihren Rücktritt ausdrücklich damit begründet, daß es unmöglich sei, ein Land zu regieren, in dem die gewerkschaftliche Anar-

chie herrscht. Außerdem haben sie Angst, einen weiteren Rechtsrutsch der Regierung und eine Verschärfung der Wirtschaftskrise zu provozieren. Auch die KPI betont in einer Stellungnahme, daß es notwendig sei, die Produktion wieder aufzunehmen: erst die Produktion, dann der Klassenkampf.

Von Herbst 1970 bis Anfang 1971 gehen die Kämpfe fast vollkommen zurück und von einer Initiative der Arbeiter, der Gruppen und der Gewerkschaften ist nichts mehr zu spüren; währenddessen entwickelt sich die »reformistische« Politik der neuen Regierung Colombo, die sich darauf beschränkt, ein bißchen die Steuer zu reformieren, ein bißchen die Agrargesetze zu verändern, ein bißchen das Scheidungsgesetz zu modernisieren; außerdem schlägt sie eine Verwaltungsreform vor.

Im Frühjahr 1971 kommt es zum letzten Mal zu einem Arbeitskampf. Er geht auf die Initiative des linken Gewerkschaftsflügels zurück, der eine umfangreiche in einigen Punkten sehr fortschrittliche, in anderen ziemlich mystifizierende Plattform ausgearbeitet hat. Um eine Vorstellung von der Art der Forderungen zu geben, seien hier die Hauptpunkte dieser Plattform aufgezählt:

I. Forderungen, die sich vor allem auf die Löhne beziehen:
   1. Abschaffung des Akkords insgesamt. Festsetzung von Höchststückzahlen für alle (133) und 50 Lire pro Stunde mehr für die Akkordarbeiter. Umwandlung der Akkordlöhne in Festlöhne, so daß der Unterschied zwischen Akkord- und Stundenlohn aufgehoben wird.

II. Forderungen, die sich auf die Löhne und betriebsinternen Vorschriften beziehen
   1. Verminderung der individuellen Beanspruchung durch:
   a. Erhöhung der Zahl der Springer
   b. Längere Pausen für physische Bedürfnisse
   c. Eine Viertelstunde mehr Zeit für das Mittagessen
   2. Veränderung der Organisation der Produktion mit dem Ziel, die dritte Lohnkategorie abzubauen.

III. Forderungen, die sich vor allem auf die betriebsinternen Vorschriften beziehen:
   1. Abschaffung der Einarbeitungs- und Probezeit und Kontrolle des Arbeitstempos durch die Arbeiter selbst
   2. Wahl und Anerkennung einer Zahl von Delegierten, die ausreicht, um die Arbeiter wirklich vertreten zu können
   3. Befugnis der Delegierten, Arbeitszeiten und -bedingungen zu kontrollieren

Offensichtlich handelt es ich um wichtige Themen, die allerdings so kompliziert dargestellt werden, daß sie von den Arbeitern in der Form nicht verstanden werden. Außerdem stand nur wenig Zeit zur Verfügung, das Papier vorzubereiten; zum Teil deshalb, weil der Kampf zunächst nur eine Reaktion auf angedrohte Unterdrückungsmaßnahmen des Unternehmers war.

Die nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die den außerparlamentarischen Gruppen angehören, schließen sich in einer Assemblea operaia unitaria zusammen und erarbeiten eine Alternativ-Plattform, die ähnliche Lohnforderungen enthält, ebenso die Forderung nach Abschaffung der dritten Lohnkategorie; hinsichtlich der Delegierten enthält sie keine Forderungen, weil sie diese ablehnt.

Im Vergleich zu 1969 und 1970 hat sich das allgemeine politische Klima jedoch verändert. Der Prozentsatz der Streikenden ist zwar hoch, aber nicht mehr so hoch wie in den Jahren zuvor. Es beginnt sich eine Spaltung zwischen Facharbeitern und spezialisierten Arbeitern einerseits und denen der dritten Kategorie andererseits abzuzeichnen. Die drei Jahre, in denen egalitäre Forderungen gestellt worden waren oder auch Forderungen nach Lohnerhöhungen, die im umgekehrten Verhältnis zur bisherigen Lohnhöhe standen, machen sich bemerkbar. Die Facharbeiter formieren sich zwar nicht direkt zu einer Rechtsfront, auch weisen sie die Plattform nicht ausdrücklich zurück, aber sie sind sehr zurückhaltend in ihrer Unterstützung der Plattform; und der Unternehmer versucht die Kluft noch zu verbreitern. Die in den Gruppen organisierten Arbeiter schaffen es noch einmal, die Arbeitermassen zu mobilisieren, Demonstrationen zu organisieren und die Arbeiter der verschiedenen Betriebsbereiche auf einer einheitlichen Kundgebung zu sammeln. Aber durch das Sektierertum in den Gruppen sind sie bereits geschwächt. Sehr bald schon löst sich die Assemblea operaia unitaria auf und es beginnen hitzige Debatten in den Gruppen darüber, ob man sich weiter mit aller Kraft in den Betrieben einsetzen oder ob man in den Stadtteilen arbeiten soll.

Die Verhandlungen mit der Unternehmensspitze gehen schleppend voran, und die Streikenden werden immer weniger. Im Juni, nach etwa dreimonatigen Kämpfen, wird der Vertrag unterzeichnet. Er ist günstiger, als man es nach Einschätzung des bestehenden Kräfteverhältnisses hätte vermuten können. Aber das ist eher einer taktischen Entscheidung des Unternehmers zu verdanken als einem Sieg der Arbeiter.

Die Zugeständnisse verschärfen noch den Widerspruch zwischen den Arbeitern. Es gibt eine Lohnerhöhung (35 Lire); Zugeständnisse hinsichtlich der Betriebsvorschriften; die Mittagszeit wird verlängert; die Delegierten von Mirafiori werden anerkannt (180 000 freie Stunden pro Jahr werden den Arbeiterdelegierten für ihre Arbeit allein bei Mirafiori zugestanden).

Aber die dritte Lohnkategorie wird nicht abgeschafft, sondern einige 1000 Arbeiter der dritten Kategorie werden in die zweite eingestuft, und über diese Neueinstufungen können die Delegierten mitbestimmen. Dadurch, daß die Delegierten an der Entscheidung über die Neueinstufungen beteiligt werden, entsteht die Gefahr, daß sie sich gegenüber den Arbeitern zu einer Autorität im Sinne des Unternehmers entwickeln. Dennoch könnten die Delegierten eine ganz gute Ausgangsbasis für eine neue Arbeiterorganisation sein. Aber das allgemeine Klima und die Politik der Gewerkschaften haben sich in den letzten zwei Jahren sehr verändert. Damals waren die Arbeiter in der Offensive und die Gewerkschaften waren entschlossen, über den Vertrag hinauszugehen; sie wählten eine viel größere Anzahl an Delegierten aus und statteten diese mit viel weitreichenderen Funktionen aus als vorgesehen. Heute besteht dagegen die Tendenz, die für die Delegierten vorgesehenen Stunden auf eine beschränkte Anzahl von Arbeitern zu konzentrieren und dadurch aus ihnen »Funktionäre« zu machen: von 180 000 Stunden erhalten die 120 »offiziellen« Delegierten 120 000 Stunden; diese Mitglieder der Komitees haben etwa 4 Stunden pro Tag zur Verfügung, während die übrigen 60 000 Stunden auf etwa 600 Delegierte verteilt werden, was heißt, daß nicht einmal jede Abteilung einen arbeitsfähigen Delegierten hat. Trotzdem muß man sehen, daß es bei Fiat noch nie eine so breite Arbeitervertretung gegeben hat.

Schlußfolgerungen

In den Kämpfen der vergangenen zwei Jahre waren die Arbeiter die Protagonisten der Bewegung und nicht irgendeine Gruppe oder eine Partei. Den Gruppen kommt das Verdienst zu, daß sie den Kampf der Arbeiter ständig vorangetrieben haben; andererseits haben sie sie aber auch in sektiererische Diskussionen verwickelt. Später haben dann die Gewerkschaften den Vorstoß der Arbeiter aufgenommen und auch geführt, auch wenn sie im ganzen gesehen eine eher gemäßigte Politik verfolgt haben und auch in Zukunft verfolgen werden. Zumindest ist jedoch die Metallarbeiter-Gewerkschaft zu einer politischen Kraft geworden, die ganz entschieden links von der KPI steht.
Außer den Gewerkschaften hatte niemand, weder die Arbeiter noch die Mitglieder der Gruppen, ein strategisches Programm oder auch nur eine Taktik, die geeignet gewesen wäre, die Kämpfe geplant auszuweiten und zu organisieren. Es fehlten die Verbindungen zwischen den einzelnen Gruppen in Italien und auch zum Ausland, was allein die Kämpfe in den Betrieben in allgemeine politische Kämpfe hätte überführen können. Und nicht nur den außerparlamentarischen Gruppen fehlten die internationa-

len Kontakte, sondern noch mehr den Gewerkschaften, und das, obwohl die großen Unternehmen und ganz besonders Fiat immer mehr zu multinationalen Konzernen werden. Fiat z. B. hat zahlreiche Betriebe im Ausland aufgebaut und arbeitet zusammen mit anderen Fabriken, auch in Polen und Jugoslawien; in Zukunft wird es dem Konzern also leichter gelingen, eine Offensive der Arbeiter abzuwehren, die sich auf eine einzelne Stadt beschränkt.

Das große positive Ergebnis dieser Jahre sind die Delegierten und eine neue Generation von Arbeiterkadern, die politisch links stehen und im allgemeinen nicht an die Parteien gebunden sind; falls es ihnen gelingt, mit den außerhalb der Betriebe arbeitenden Genossen und mit Arbeitern anderer Betriebe dauerhafte Kontakte aufzubauen, werden sie zu einer weiteren politischen Entwicklung fähig sein.

Insgesamt wird der Aufbau einer Organisation immer dringlicher: die Voraussetzungen dafür sind besser als anderswo, durch das Bestehen der Delegiertenbewegung und die Öffnung der Gewerkschaften. Daher kann man nach zwei Jahren sagen, daß die außerparlamentarischen Gruppen einen schweren Fehler gemacht haben, als sie die Mitarbeit im Delegiertenrat verweigerten.

Auch wenn die Möglichkeiten, politisch zu arbeiten, keineswegs erschöpft sind, ist es doch klar, daß allein die Gewerkschaft fähig ist, die Arbeiter in naher Zukunft zu koordinieren. Das ist allerdings keine sehr beglükkende Aussicht; obwohl sich die Gewerkschaftler inzwischen mehr mit den Betriebsproblemen befassen und obwohl sich innerhalb der Gewerkschaften ein starker linker Flügel gebildet hat, beschränken sich die Beschlüsse der Gewerkschaften im nationalen Rahmen auf Verteidigung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen: die Gewerkschaften werden niemals die Gesellschaft als ganzes angreifen.

LOTTA CONTINUA

IL PADRONE MORDE, COLPIAMOLO SUBITO!

Il padrone non solo
ci scarica addosso la sua
crisi, vuole anche toglierci
LA LIBERTÀ DI ORGANIZZARCI
E DI LOTTARE con i licenziamenti
delle avanguardie, le serrate,
il fascismo di fabbrica,
i bidoni sindacali, la polizia,
le denunce e gli arresti.

Difendiamo la nostra libertà
di organizzarci e di lottare.
Prendiamoci le fabbriche e la città.

SABATO 29 MAGGIO
GIORNATA NAZIONALE
DI MOBILITAZIONE.

Der Unternehmer beißt.
Schlagen wir sofort zurück!

Verteidigen wir die Freiheit uns zu organisieren und zu kämpfen.
Nehmen wir uns die Fabrik und die ganze Stadt. (Mai 1971)

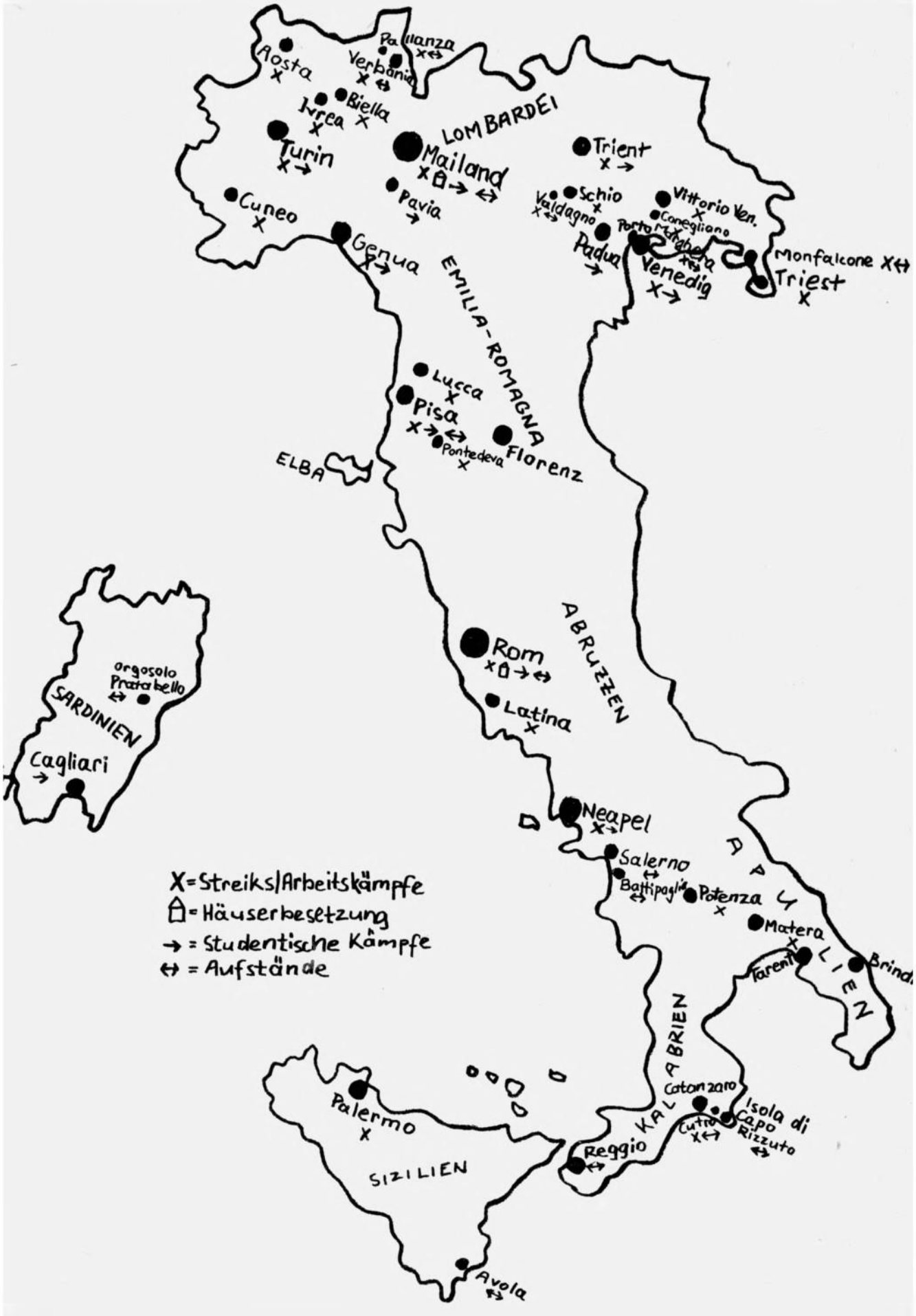
Dossier 2:
Chronologie der Kämpfe in Italien (1967-1970)

Herbst 1967

Schon die Kämpfe im Herbst 1967 lassen eine neue Qualität in den Klassenauseinandersetzungen erkennen. Die Widersprüche, die sich in den folgenden Jahren entfalten werden, sind bereits in den Angriffszielen dieses Jahres sichtbar. Bei Olivetti in Ivrea (Piemont) beginnt im September der exemplarische Kampf von 3000 Facharbeitern (Werkzeugmacher); Anfang Oktober wird Triest und das ganze Industriegebiet von Monfalcone durch einen Generalstreik lahmgelegt; in diesem Gebiet brodelt es schon seit langem, da viele Arbeitsplätze von der kapitalistischen Rationalisierung bedroht sind. Schon 1966 hatte es hier einen wahren Volksaufstand gegeben.

Im November 1967 bricht im Motorenwerk von Alfa Romeo in Mailand ein spontaner Streik aus; zur gleichen Zeit beginnt mit der Besetzung der soziologischen Fakultät in Trient die Studentenrevolte in Italien, und auch die kalabresischen Proletariermassen treten in diesen ersten Novembertagen mit einer heftigen und zornigen Revolte in Isola di Capo Rizzuto und Cutro auf den Plan.

Die Unruhe der unterdrückten Bevölkerung Süditaliens ist zurückzuführen auf eine Verschärfung der Widersprüche, die sich niederschlägt in ständigen Krisen des Bauwesens, in Arbeitslosigkeit (die durch die Stagnation des Arbeitskräftebedarfs in Europa verstärkt wird), in dramatischen Krisen der Landwirtschaft, durch den Wegfall der staatlichen Subventionen, und im Sinken der Kornpreise. In Isola bricht der Kampf anläßlich eines Korruptionsfalles bei der Verteilung der Staatsgüter aus. Arbeitslose, Landarbeiter und kleine Bauern besetzen das Land. Wie immer greift die Polizei brutal in diese Kämpfe ein, aber die Massen setzen sich zur Wehr: die Auseinandersetzungen dauern sieben Tage. In Cutro stellen die Massen einen genauen Forderungskatalog auf: Angleichung der Getreidepreise (an die EWG), Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und allgemeine Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Gebiet. Die Reaktion der Regierung ist die militärische Besetzung des Ortes. Aber auch hier bringen die Proletarier die Polizei in Schwierigkeiten: am 7. November zünden sie das Rathaus an. Es gibt eine Reihe von Verhaftungen, viele können sich der Verfolgung entziehen. Die KPI diffamiert diese Kämpfe und bezeichnet sie als eine verantwortungs-



73 *Chronologie der Kämpfe in Italien (1967–1970)*

lose Aktion, die von einer kleinen Gruppe von Provokateuren angezettelt worden sei. In Wirklichkeit kommt in diesen Kämpfen ein Organisationsbedürfnis zum Vorschein, das mit der Tradition, die Politik den Korruptionsgeschäften der reichen und »angesehenen« Bürger des Südens zu überlassen, Schluß machen will. Die Massen fordern für Isola eine Organisation, die aus Delegierten der Familien und einem Ortskomitee bestehen soll.

Gleichzeitig beginnt am anderen Ende von Italien, weit entfernt vom sozialen Elend in Kalabrien und unter den völlig anderen sozialen Bedingungen eines hochentwickelten kapitalistischen Betriebes der entschlossene Kampf der 3000 relativ gut bezahlten Facharbeiter (Werkzeugmacher). Dieser Kampf bei Olivetti in Ivrea (insgesamt 16 000 Arbeitnehmer) dauert zehn Wochen, vom 23. September bis zum 9. Dezember; es lohnt sich, ihn genauer zu betrachten, weil er zeigt, wie auch die Facharbeiter durch die kapitalistische Rationalisierung getroffen werden. Die Kämpfe gewinnen einen politischen Charakter und das korporative Denken wird durchbrochen; sogar die durch die Rationalisierung lahmgelegte Intelligenz taucht als gefährliche Kraft im Dienst des Klassenkampfes auf.

Die Arbeiter von Olivetti in Ivrea sind auf fünf Werke verteilt, die zum Teil weit auseinander liegen. Besonders die Werkzeugmacher sind sehr zersplittert, da sie in kleinen Arbeitsgruppen in den verschiedenen Abteilungen und Werken arbeiten. Unter solchen Bedingungen kann man »Schachbrettstreiks«, rollende Streiks oder eine Produktionsverlangsamung nur organisieren, wenn man neue Organisationsformen schafft, die die Demokratie an der Basis und die Selbstbestimmung der Kämpfe gewährleisten. Dadurch stellt sich ein dialektisches und gespanntes Verhältnis zu den Gewerkschaften her, die trotz allem die Führung in den Kämpfen behalten. Der Forderungskatalog der Arbeiter ist widersprüchlich: er enthält immer noch korporative Elemente wie »abgestufte Lohnerhöhung und vertragliche Sicherung der Qualifikationen«, aber auch neuartige Forderungen wie »Schluß mit der Diskriminierung der Jugendlichen« und »Verminderung der Qualifikationsstufen«. Dieser Forderungskatalog ist mit den Rationalisierungsplänen des Unternehmens nicht zu vereinbaren, die darauf hinauslaufen, die Facharbeiter zu dequalifizieren durch die Einführung von Arbeitsplatzbewertungssystemen, Zeitkontrollen und Akkordlohnsystemen. Solche Rationalisierungsmaßnahmen sind Voraussetzung für die Einführung von vollautomatischen elektronischen Maschinen zur Herstellung von kleinen und mittleren Serienproduktionen. Die noch bestehende Einheit von »Kopf- und Handarbeit« im Beruf des Werkzeugmachers wird dadurch zerstört. Eine kleine Zahl von hochqualifizierten Facharbeitern (Techniker) arbeitet den Plan für den Arbeitsgang aus, alle anderen haben fast nur noch eine Handlangerfunktion,

ihre Aufgaben beschränken sich auf Tätigkeiten wie Musterlochstreifen oder Maschinenteile auswechseln.
Der Machtkampf bei Olivetti um die Kontrolle über den Rationalisierungsprozeß wird immer erbitterter. Nach einem 24stündigen Streik folgen Schachbrett-Streiks. Während dieser Arbeitsniederlegungen in den verschiedenen Abteilungen für jeweils eine Stunde finden Versammlungen statt, auf denen erstmals und spontan Delegierte auftreten. Sie versammeln sich jeden Montag, um die Kampfformen und die Zeiten für die Streiks dieser Woche festzulegen. Auch während der Woche sind sie in ständigem Kontakt: sie benützen das Telefon des Unternehmens, um sich über die Lage in den verschiedenen Abteilungen zu informieren (spontane Streiks oder auch Streikabbrüche) und um Entscheidungen zu übermitteln. Nach einigen Tagen Schachbrett-Streiks wird zusätzlich die Produktion verlangsamt. In der gespannten Situation nach der vierten Streikwoche wird dann bekannt, daß das Unternehmen Teile der Produktion außerhalb der Fabrik herstellen läßt. Einige Abteilungen wollen jetzt nachgeben, andere wollen den Streik unbefristet fortsetzen. Schließlich wird beschlossen, den Streik nach außen zu tragen. So findet am 17. Oktober eine nicht genehmigte Demonstration von etwa 1000 Arbeitern statt. Sie werden von der Polizei angegriffen. Daraufhin tritt die ganze Belegschaft von Olivetti in einen Solidaritätsstreik. Am 23. Oktober gibt es wieder eine Demonstration, am 27. wird zum rollenden Streik übergegangen: eine Abteilung legt die Arbeit nieder, wenn diese die Arbeit wieder aufnimmt, hört die nächste auf und so weiter. Die Direktion erklärt diesen Kampf für illegal und sperrt 120 Arbeiter aus. Am folgenden Tag wird Ivrea von einer Demonstration von über 2000 Arbeitern überflutet, die mit ihrem Protest vor das Rathaus ziehen. Am 31. Oktober feiern die Spitzen des Unternehmens eine Party: die Arbeiter unterbrechen dieses Cocktailstündchen und zwingen die Chefs, durch eine Gasse von Arbeitern, die ihre Chefs beschimpfen und verhöhnen, Spießruten zu laufen. Wer den Betrieb bei Olivetti kennt, diese fortschrittlich-patriarchalische Unternehmensführung, den unbedingten Respekt, den die Arbeiter dem »sozialistischen« Unternehmer Adriano Olivetti bezeugen mußten, der wird in dieser Aktion eine wahrhafte Kulturrevolution sehen.
Anfang Dezember macht die Unternehmensleitung einen Einigungsvorschlag. Sie bietet eine Lohnerhöhung an, die den Arbeitern, deren Mittel durch den langen Kampf erschöpft sind, eigentlich sehr willkommen sein müßte. Die Arbeiterversammlung weist jedoch diesen Vorschlag zurück, beschließt allerdings gleichzeitig, den Streik zu unterbrechen. Diese Entscheidung macht den politischen Charakter dieser Auseinandersetzung deutlich. Sie zeigt, daß die Arbeiter sich die Initiative vom Unternehmer

nicht wegnehmen lassen wollen. Solange die Werkzeugmacher sich mit dem Unternehmer nicht einigen, kann das Unternehmen die geplante Rationalisierung nicht durchführen. Die Arbeiter wollen sich die Perspektive des permanenten Konflikts offenhalten.
Noch bleibt dieser Kampf bei Olivetti mehr oder weniger isoliert. Am meisten Aufsehen ruft in dieser Periode die Entwicklung der Studentenbewegung hervor. Der Kampf der Studenten gegen die Repressionen an der Universität, ihre Auseinandersetzungen mit der Polizei sind der Anfang einer Spirale, die später immer häufiger entsteht: Unterdrückung – Radikalisierung – Politisierung der Massen. Am 18. November wird die Katholische Universität in Mailand besetzt. Am 27. November geht die Bewegung in Turin los, binnen kurzer Zeit bildet sich hier die Avantgarde der italienischen Studentenbewegung. Am 19. November ist Genua an der Reihe, am 1. Dezember Pavia und Cagliari, vom 4. bis 11. Dezember Neapel, am 15. Dezember Padua. Bis zu den Weihnachtsferien sind die meisten Universitäten besetzt. Am 8. Januar treffen in Turin die Agitationskomitees der wichtigsten Gruppen der Studentenbewegung zusammen. In Pisa und Trient, kleinen Städten mit überfüllten Universitäten, drängt die Studentenbewegung zu dieser Zeit schon nach außen. Heftige, militante Demonstrationen gegen Denunziationen und Verhaftungen durchziehen diese Städte.

Frühjahr 1968

Im Februar 1968 gibt es drei wichtige politische Ereignisse: den Abschluß der Tarifverträge in der Gummiindustrie, die Verbesserung der Altersversorgung und heftige Auseinandersetzungen zwischen den Studenten und der Polizei in Valle Giulia (Rom).
Es gibt in Italien etwa 50 000 Gummiarbeiter. Sie sind in großen, technisch hochentwickelten Betrieben konzentriert: bei Pirelli (9000 Arbeiter allein in Mailand, 2500 in Turin), bei Michelin in Trient – der »Wiege der Studentenbewegung« –, in Cuneo, und bei CEAT in Turin. Gefesselt durch den schändlichen Vertrag von 1965 (die Gewerkschaften hatten zugestimmt, auf das Streikrecht zu verzichten – als Preis für eine garantierte jährliche Lohnerhöhung) war den Gummiarbeitern jede legale Aktionsmöglichkeit genommen, und das in einer Periode, in der die Ausbeutung durch die fortschreitende Rationalisierung der Arbeit unmäßig erhöht wurde. Die Kampfbereitschaft der Arbeiter zeigt sich in der Geschlossenheit des dreitägigen Streiks der Gummiarbeiter vom 1. bis 3. Februar. Nach diesem Warnstreik treten die Gewerkschaften in Verhandlungen ein, ohne die Arbeiter zu konsultieren; sie gehen mit den Unternehmern

einen Kompromiß ein, bei dem nur 50% des ohnehin unzureichenden Forderungskatalogs erfüllt werden. Die Arbeiter sind wütend; sie wollen die Vereinbarungen nicht akzeptieren und auch das Vorgehen der Gewerkschaften nicht länger hinnehmen. Die Arbeiter von CEAT und Michelin in Turin zerreißen die Verträge, sie kämpfen weiter und erreichen für ihre Betriebe einige Verbesserungen. Bei Michelin in Trient wird der Kampf noch entschlossener geführt: die Arbeiter bilden ein Komitee und setzen die durch die Rationalisierung geschaffenen Arbeitsbedingungen auf die Tagesordnung. Zusammen mit den Studenten halten sie Versammlungen in der Universität ab. Die Rückständigkeit des Tarifvertrages und sein bürokratisches Zustandekommen einerseits und die Erfolge der Kämpfe bei CEAT und Michelin andererseits lösen auch bei Pirelli Diskussionen und Unruhe aus und werden zum Ursprung eines der bedeutendsten Kämpfe in diesem Konzern.

Valle Giulia ist der Pariser Mai für die italienische Studentenbewegung. Erbarmungslos zeigt sich die widerwärtige und repressive Kehrseite des demokratischen Staates. Am Tag nach der brutalen Räumung der Universität durch die Polizei versammeln sich die Studenten auf der Piazza di Spagna. Sie beschließen, die einsam im Villa Borghese-Park liegende Architekturfakultät zu erobern, obwohl sie von der Polizei bewacht wird. Unvorsichtigerweise verfolgen die Polizeitruppen die Studenten durch Gebüsch und Rabatten. Die Polizei prügelt, aber diesmal wird auch sie verprügelt: 46 Polizisten kommen ins Krankenhaus. Polizeifahrzeuge und andere Autos werden angezündet. Es entsteht ein regelrechter Straßenkampf. Die Polizei rächt sich an den wenigen, die sie schnappen kann: Studenten, deren aufgeregte Tanten und Verwandten, sowie Journalisten. In den Polizeiwagen und selbst noch auf dem Präsidium werden sie geohrfeigt und verprügelt. Die Studentenbewegung aber lernt, daß auch Polizisten verprügelt werden können.

Durch die Studentenbewegung entsteht in Italien ein neues politisches Klima, das die Massen – insbesondere die fortschrittlichen gewerkschaftlichen Jugendgruppen – ansteckt. In Pisa, Trient und auch in Turin kommt es zu ersten wirklichen Kontakten zwischen Studenten und Gewerkschaftlern.

In diesem Zusammenhang muß auch der gewerkschaftliche Kampf um die Verbesserung der Altersversorgung genannt werden, der eine neue Periode in der Gewerkschaftsbewegung einleitet. Schon seit Monaten hatte sich ihre Auseinandersetzung mit der Regierung über die Erhöhung der Altersbezüge hingezogen; alles in der üblichen Weise: ab und zu ein Generalstreik, dann wieder langwierige Verhandlungen. Kaum gab die Regierung zu erkennen, daß sie die Gespräche wieder aufnehmen wollte, wurden die Generalstreiks auch schon abgebrochen. Am 27. Februar stimmen die Spit-

zen der drei Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Rentner einer äußerst rückständigen Vereinbarung zu. Sie ließen sich dabei auf das Regierungsargument ein, die Haushaltsmittel seien wegen der Neuordnung der Gehälter im Öffentlichen Dienst und wegen der notwendigen Investitionen zur Ankurbelung der Wirtschaft sehr beschränkt. Die CGIL stimmt der Vereinbarung unter dem Vorbehalt zu, daß erst noch die unteren Gewerkschaftsgremien konsultiert werden müßten. Fast alle Gewerkschaftszentralen und -sektionen sagen »nein« zu den Vereinbarungen. Dadurch wird die gemeinsame Linie der Gewerkschaften, die sich an der Spitze anbahnte, verhindert; die Gewerkschaftsbasis setzt ihren Willen gegen die Spitze durch. Die CGIL unterzeichnet die Vereinbarung nicht und ruft allein zum Generalstreik für die Rentenerhöhung am 7. März auf. Dabei wird sie von den Metallern aller Gewerkschaften unterstützt. Der Streik wird zu einem großartigen Erfolg und den anderen Gewerkschaften bleibt nichts übrig, als sich dieser fortschrittlichen Kampfstrategie anzuschließen.

Dieser Generalstreik vom 7. März löst auch einen verstärkten Erfahrungsaustausch zwischen den Massen der Studenten und Arbeiter aus. Die Arbeiter übernehmen bestimmte Momente der antiautoritären Bewegung; sie sind sich einig über die Notwendigkeit der Demokratie von unten und lernen aus der Erfahrung der direkten Aktion in der Studentenbewegung.

Im März nimmt die natürliche Avantgarde des italienischen Proletariats den Kampf auf: die 160 000 Fiat-Arbeiter, die fast alle in Turin konzentriert sind – allein 60 000 im Zweigwerk Mirafiori. Von den Gewerkschaften ist dieser Kampf auf eine neuartige Weise vorbereitet worden und zwar durch ein breit angelegtes, einen Monat lang durchgeführtes Referendum über die Forderungen der Arbeiter. Die Ergebnisse sind erstaunlich. Es gab 20 000 schriftliche Antworten, in denen sich die aufgestaute Wut der Arbeiter Luft machte: »Wir müssen Agnelli in die Knie zwingen!«, »Wir haben uns schon zu lange von den Unternehmern versklaven lassen«, »Das Blut wird uns ausgesaugt« usw. Der auf diesen Ergebnissen aufbauende Forderungskatalog ist zwar nicht besonders fortschrittlich, er berührt aber immerhin einige empfindliche Punkte des Unternehmens, wie z. B. die Länge des Arbeitstages. Durch die saisonbedingten Schwankungen in der Automobilproduktion wird die 40-Stunden-Woche im Winter zwar eingehalten, im Frühjahr und Sommer steigt die Arbeitszeit jedoch auf 48 und mehr Stunden; die Arbeiter sind also gezwungen, Überstunden zu machen. Die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit, nach freien Samstagen und nach einer festgesetzten, für das ganze Jahr geltenden Arbeitszeit bedeutet objektiv, die Bedürfnisse der Arbeiter vor die Erfordernisse der Produktion und des Marktes stellen.

Für den 20. März wird der Streik erklärt. Durch die Vermittlung der UIL

79 *Chronologie der Kämpfe in Italien (1967–1970)*

kommt es jedoch zu Verhandlungen, die zur Unterbrechung des Streiks führen. Unzufriedenheit, Zorn und Mißtrauen unter den Arbeitern wachsen. Am 30. März schließlich beginnen die Fiat-Arbeiter den Kampf: die Fabrik wird von außen von Arbeitern und Studenten abgesperrt. Starke Polizeikräfte marschieren auf. Die Auseinandersetzung ist unvermeidlich: Polizeieingriff, Steinhagel, Prügeleien. Es gibt Verletzte und Verhaftungen. Die KPI spricht von Provokateuren. FIM und PSIUP aber verteidigen das Recht auf die proletarische Gewalt. »Die Gewalt in den Kämpfen bei Fiat ist eine natürliche und unvermeidliche Sache, denn das Fabriksystem selbst ist auf Gewalt gegründet «, heißt es in einem Flugblatt.
Am zweiten Kampftag in der Woche darauf: erneute Absperrung der Fabrik, erneute Angriffe der Polizei, eine Gruppe der Techniker beginnt ebenfalls zu streiken. Am dritten Streiktag, wieder eine Woche später: geringer Rückgang der Streikbereitschaft. In der Universität findet noch eine große Versammlung von Arbeitern und Studenten statt. Dann wird der für den 21. April geplante Streik abgeblasen mit der Begründung, die Verhandlungen hätten bereits begonnen. Verwirrung unter den Arbeitern, die nicht einsehen wollen, warum man denn während der Verhandlungen nicht streiken soll. Sie sind unzufrieden und zornig, weil der Prozeß der Mobilisierung und der Vereinheitlichung des Proletariats plötzlich abgebrochen wird. Die latente Kraft, die sich in diesem Kampf zeigte, wird sich erst einige Monate später entfalten.
Inzwischen hat ein anderer aufsehenerregender Kampf der Arbeiterklasse begonnen: der Aufstand der 9000 Arbeiter der Textilfabrik Marzotto in Valdagno. Die Firma Marzotto und diese Stadt galten jahrelang als ein Beispiel sozialer Harmonie. Marzottos Unternehmeridylle konnte sich in dieser Gegend auf den starken Einfluß eines reaktionären Katholizismus stützen, der seit jeher die Massen zu fleißiger Ergebenheit, politischer Passivität und zur Dankbarkeit gegenüber allem, was von oben kommt, erzogen hat. Sichtbares Symbol für die Allgegenwärtigkeit Marzottos in dieser Gegend, in der das gesamte individuelle und gemeinschaftliche Leben durch die Industrie geprägt wird, ist das riesige Bronzedenkmal, das er sich in Valdagno selbst gesetzt hat. Rücksichtslose Rationalisierung, verschärfte Ausbeutung der Arbeitskraft, Entlassungen und drohende Krisen in der Textilindustrie dieses Gebietes, in dem alle Einkommensquellen von einem einzigen Unternehmen abhängig sind, sowie die seit Jahren nicht erhöhten Hungerlöhne: das sind die Ursachen dieser heftigen und spontanen Revolte.
Als erstes haben die Arbeiter am 19. April die riesige Bronzestatue von Gaetano Marzotto umgestürzt, die den Hauptplatz der Stadt beherrschte. Das wesentliche politische Element aber ist der Lernprozeß dieser Arbeiter, die sich bei ihrem Kampf nicht nur einem einzelnen Unternehmer

gegenübersehen, sondern der Bourgeoisie insgesamt mit allen ihren Machtinstrumenten: von der Presse bis hin zum gesamten Staatsapparat, von den konservativen politischen Kräften bis zu den gemäßigten Gewerkschaften. Sobald aber die Arbeiter von Marzotto ihren Kampf über die Fabrik hinaustragen, finden sie Arbeiter aus anderen Fabriken, Studenten, kleine Handwerker und Angestellte an ihrer Seite, die alle an einer wirklichen Veränderung der Gesellschaft interessiert sind. Dadurch, daß die Kämpfe über die Fabrik hinaus ausgedehnt werden und sich stufenweise radikalisieren, wird eine neue Qualität in den Klassenkämpfen erreicht. Am 11. Mai kommt es schließlich zu einer gewerkschaftlichen Vereinbarung bei Marzotto; die CGIL unterzeichnet als einzige nicht, weil in dieser Vereinbarung die Gewerkschaften ihr Bedauern über die Gewalttätigkeiten vom 19. April erklären.

Aber der Klassenkampf bei Marzotto hat unwiderruflich begonnen: im Juli 1968 gibt es neue Kämpfe, in den ersten Novembertagen fängt dann die große Auseinandersetzung an, die fast vier Monate dauert und erst am 23. Februar 1969, nach der einmonatigen Fabrikbesetzung, endet. Der Aufstand von Valdagno wird zu einer der exemplarischen Aktionen, die gleichzeitig Ausdruck und Motor des wachsenden sozialen Aufbegehrens sind. Valdagno ist für die italienischen Arbeiter, was Valle Giulia für die Studentenbewegung ist; auf den Fabrikmauern erscheinen Parolen wie: »Machen wir hier Valdagno!«

Die Fähigkeit dieser Kämpfe, sich fortzupflanzen und immer breitere Schichten zu ergreifen, führt zu einem Zustand der permanenten Mobilisierung, der in starkem Maße unabhängig von den Gewerkschaften wird. Der Präsident des italienischen Unternehmerverbandes, Costa, wendet sich wegen der Gewalttätigkeiten in Turin und Valdagno mit einem empörten Protestbrief an den Ministerpräsidenten und fordert Ordnung und eine starke Hand. Wie der Unternehmerverband vorausgesehen und befürchtet hatte, wurde die außertarifliche Vereinbarung bei Fiat zu einem Fanal für die anderen Arbeiter. Überall werden die Kämpfe auf Betriebsebene wieder aufgenommen, um außertarifliche Vereinbarungen zu erreichen und um die Präambeln über den sozialen Frieden außer Kraft zu setzen. Von Februar bis Juli werden in der Provinz Turin allein in der Metallbranche 120 Unternehmen (150 000 Arbeiter) von diesen Kämpfen und außertariflichen Vereinbarungen betroffen. Es sind allerdings keine besonders harten und fortschrittlichen Kämpfe, auch deshalb, weil die Unternehmer sofort nachgeben.

Bei Innocenti (6000 Arbeiter), Magneto Marelli (6000) und Autobianchi (2000) in Mailand sind die Auseinandersetzungen härter. Aber im Unterschied zu Turin, wo die Gewerkschaft gegen große Widerstände versucht, eine Kontrolle über die Arbeitsbedingungen (Akkordsätze, Arbeits-

tempo, Qualifikationen) zu erkämpfen, geht es bei den Kämpfen in Mailand nur um Lohnforderungen.
In dieser Zeit bricht die Mairevolte in Paris aus: in allen italienischen Fabriken und Universitäten kommt es zu gewaltigen Unruhen. Noch einmal scheint die Realität den Studenten und Arbeitern zu sagen: alles ist möglich. Überall in Italien finden Solidaritätsdemonstrationen statt. Zum Beispiel organisieren PSIUP und Studentenbewegung gemeinsam am 1. Juni eine Demonstration in Turin, auf der die Gewerkschaftler Vittorio Foa und Serge Mallet sprechen. Diese Demonstration endet in heftigen und blutigen Auseinandersetzungen mit der Polizei.
In diesem Klima der wachsenden sozialen Zusammenstöße und immer zahlreicheren Revolten finden am 18. Mai die italienischen Wahlen statt. Der Stimmenzuwachs der »Roten« ist beträchtlich: KPI und PSIUP gewinnen, während das Centro Sinistra und vor allem die Sozialdemokraten eine Niederlage erleiden. Nach den Wahlen beschließen die Sozialdemokraten, der Regierungskoalition nicht beizutreten. So konstituiert sich wieder einmal eine schwache und unsichere provisorische Regierung mit einem wieder einmal nicht durchführbaren Regierungsprogramm; diesmal besteht sie – unter dem Vorsitz von Leone – nur aus Christdemokraten und wird von außen von den Parteien des Centro Sinistra unterstützt.
Im Frühjahr 1968, als die Studentenbewegung sich ausbreitete und offensivere Formen annahm, dehnten sich die Kämpfe der Arbeiter auch auf einen weiteren Zweig der italienischen Industrie aus: die Elektroindustrie. Die dynamische Entwicklung in der Elektroproduktion zog schon Anfang der 60er Jahre ungeheure spekulative Investitionen an. 1957 wurden in Italien 370 000 Kühlschränke (Frankreich 580 000, Deutschland 900 000), 73 000 Waschmaschinen (Frankreich 580 000, Deutschland 700 000) produziert. Zehn Jahre später, 1967, produzierte Italien bereits 3 200 000 Kühlschränke (Frankreich 800 000, Deutschland 1 770 000) und 2 100 000 Waschmaschinen und stand damit an erster Stelle in Europa. Dieser Industriebereich war praktisch aus dem Nichts aufgebaut worden; 1957 waren hier nur einige tausend Arbeiter beschäftigt, 1967 waren es bereits 35 000. Diese Arbeiter sind in einigen großen Unternehmen konzentriert: Zanussi (10 000), Ignis (9000), Indesit (7000), Zoppas (7500), Castor (1200), Candy (2000). Die rasche Expansion dieser Industrie und ihre außergewöhnliche Konkurrenzfähigkeit auf dem ausländischen Markt ist zu vergleichen mit der Entwicklung der japanischen Industrie: die gleiche vorteilhafte Kombination von niedrigsten Löhnen, unbegrenzter Ausbeutung der Arbeitskraft und fortschrittlichster Technologie. Der größte Teil dieser Betriebe hat sich in ländlichen Gebieten niedergelassen und deren Arbeitskräftepotential aufgesaugt, ein Potential, das unter dem

Einfluß eines reaktionären Katholizismus stand und keinerlei Erfahrung im gewerkschaftlichen Klassenkampf besaß. Nach diesem Rezept hat Zanussi die gehorsamen, fleißigen christlichen Landarbeitermassen in Venetien ausgebeutet, Marzotto und Montecatini-Edison die des Entwicklungsgebietes Porto Marghera. Oft handelt es sich um Familienunternehmen, deren zur Schau getragener Paternalismus in krassem Gegensatz zu der unbarmherzigen Ausbeutung steht. In kaum einem dieser Betriebe sind die Gewerkschaften vertreten oder aber sie richten sich völlig nach den Interessen des Unternehmers.
Angesteckt von Valdagno bricht ein spontaner Kampf bei Zanussi in Conegliano aus. Auch hier heftig, gewalttätig und naiv, wie es für die ersten Kämpfe eines Industrievolks ohne gewerkschaftliche und linkspolitische Tradition charakteristisch ist. Außer Zanussi werden auch Indesit, Candy, Styce und einige kleinere Fabriken in den Kampf gerissen. Gerade weil die gewerkschaftlichen Strukturen fehlen und die autoritären Unternehmer unnachgiebig bleiben, entwickeln sich hier neue autonome Organisationsformen: Studenten/Arbeiter-Komitees, Basiskomitees, später Abteilungsdelegierte und Räte.

Sommer 1968

Im Juni und Juli werden weitere wichtige Erfahrungen gemacht; es entstehen drei neue ständige Unruheherde: Pirelli in Mailand (9000 Arbeiter), Rhodiatoce in Pallanza (4500) und Montedison in Porto Marghera (15 000). Auch hier werden die Gewerkschaften von der Initiative der Arbeiter überrollt.
Wir haben schon berichtet, daß der Abschluß des Gummitarifvertrags und die erfolgreichen spontanen Kämpfe bei CEAT und Michelin Unruhen bei Pirelli in Mailand hervorgerufen haben. Hier nun der Ablauf der Kämpfe bei Pirelli: sie beginnen am 29. Mai, zunächst mit dem Streik einer Abteilung. Nachdem dieser Streik bereits im Gange ist, wird er von der CGIL unterstützt. In den ersten Julitagen streiken die Abteilungen 23 und 85 und von da aus greift der Kampf auf immer mehr Abteilungen über. In der Kantine finden ständig Versammlungen statt; das Comitato Unitario di Base (CUB) wird gegründet, in dem auch einige Studenten mitarbeiten.
Diese erste Kampfphase bei Pirelli dauert bis zum 22. Dezember: im September finden vor allem stundenweise, kurzfristig beschlossene Streiks in den einzelnen Abteilungen statt; am 1. Oktober sperrt das Unternehmen die Arbeiter aus fünf Abteilungen aus, unter dem Vorwand, sie hätten den Produktionsablauf gestört; daraufhin kommt es am 2. Oktober

zum Generalstreik. Jetzt wird eine weitere Kampfform angewendet, die schon vorher bei Pirelli in Turin erprobt worden war: die Einschränkung der Produktion. Die Arbeiter verringern die Produktion um 10%, wobei sie eine Lohneinbuße von etwa 3% haben. Dazu kommen spontane Streiks in den Abteilungen und spontane Generalstreiks, die mit Demonstrationen durch die ganze Fabrik beginnen und in großen Versammlungen der Arbeiter enden. Mit der Demonstration am 3. Dezember zum Sitz der Rundfunk- und Fernsehanstalten (RAI-TV) wird der Kampf über die Fabrik hinausgetragen. Anschließend belagern die 6000 Arbeiter den Direktionssitz von Pirelli, ein riesiger Wolkenkratzer, Symbol der neokapitalistischen Macht. Von nun an ist Pirelli praktisch dauernd im Kampf: vom 29. Mai bis 22. Dezember 1968, vom 15. Januar bis 10. März 1969, vom 4. Mai bis 19. November 1969, vom September 1970 bis Januar 1971.

Nun zu Rhodiatoce in Pallanza. Vorweg ist zu sagen, daß die Kunstfaserindustrie – kontrolliert von großen Oligopolen – zu den dynamischsten Zweigen der italienischen Industrie überhaupt gehört und sich daher auch in einem ständigen Rationalisierungsprozeß befindet. So ist von 1963 bis 1966 die Produktion um 43,4% gestiegen, während die Zahl der Arbeiter unverändert blieb (38 000). Das war die erste Phase der Rationalisierung, nach einer vorangehenden konjunkturellen Krise. 1967/68 soll nun der nächste Rationalisierungsplan durchgeführt werden. Die Gewerkschaften haben ihn akzeptiert, um »die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu vermeiden«, allerdings unter der Bedingung, daß die Produktivitätssteigerung durch entsprechende Lohnerhöhungen kompensiert wird. Durch diesen Plan werden nicht nur die Arbeiter bei Rhodiatoce, sondern auch bei Châtillon, Snia und Rumianca, überhaupt in dem ganzen Gebiet (Verbania) mobilisiert. Dadurch hat der Kampf bei Rhodiatoce von Anfang an eine große Publizität bei der Bevölkerung und kann sich schnell ausbreiten.

Am 6. Juni 1968 finden die Arbeiter bei Arbeitsbeginn einen Anschlag, der den Beginn des Rationalisierungsprogramms für den folgenden Tag ankündigt. Als die Arbeiter der Spinnerei am nächsten Morgen feststellen, daß ihr täglicher Arbeitsplan geändert worden ist, stoppen sie die Maschinen und berufen eine Versammlung ein. Von nun an gibt es wechselweise Vollversammlungen in den Abteilungen und Streiks. Den Gewerkschaften sind die Hände gebunden, nicht aber den Arbeitern. Die Direktion erklärt, der Streik in einer so großen Abteilung wie der Spinnerei unterbreche den gesamten Produktionsablauf, sie sperrt praktisch alle Arbeiter aus und schließt die Fabrik. Erst die Peitsche, dann das Zuckerbrot: das Unternehmen erklärt sich bereit, Lohnerhöhungen zu gewähren, wenn die Arbeiter den Rationalisierungsplan akzeptieren. Das lehnt die Arbeiterversammlung ab, denn gerade auf die Änderung der Arbeits-

bedingungen kommt es ihnen an. Geführt von der Vollversammlung und dem neu gebildeten Initiativkomitee geht der Kampf weiter: stundenweise Streiks in den Abteilungen, Einschränkung der Produktion. Unmittelbar nach den Ferien verschärft ein neues Ereignis die Situation: die in der Nähe liegende Unione Manifatture entläßt 190 Arbeiter. Am 2. August besetzen die Arbeiter die Fabrik. Nun richtet der »linke« Stadtrat von Verbania, in dem die Kommunisten die Mehrheit haben, einen ständigen »Ausschuß zur Erhaltung der Arbeitsplätze« ein; eine typische Initiative von oben, die wie immer verspricht, »die Regierung unter Druck zu setzen«. An der Basis entsteht ein Arbeiter/Studenten-Komitee, das sich bald mit dem Initiativkomitee bei Rhodiatoce vereinigt. Ihre gemeinsamen Parolen sind: »Gegen Vermittlung von oben«, »Gegen den Kampf innerhalb der Institutionen«, »Organisieren wir die Demokratie an der Basis und die direkte Aktion!«. Durch die Arbeit dieses Komitees radikalisiert sich die Situation innerhalb wie auch außerhalb der Fabrik, bis schließlich die CGIL am 1. Oktober allein zum Generalstreik in dem ganzen Gebiet aufruft. Diese erste Phase der Kämpfe bei Rhodiatoce dauert bis zum 17. Dezember. Der Unruheherd aber schwelt weiter: im ganzen Februar 1969 neue Kämpfe in den Abteilungen, eine 12tägige Besetzung der Fabrik, Generalstreik in ganz Verbania; im Januar und Februar 1970 Tarifkämpfe in der Kunstfaserindustrie. Der September 1970 wird zu einem Monat erbitterter Kämpfe mit heftigen Demonstrationen, Generalstreiks, Verkehrsblockaden in Pallanza und der Besetzung der Stadt durch die Arbeiter.

Zurück zum Sommer 1968, zu einem anderen wichtigen Ereignis: dem Aufstand der Arbeiter in dem großen Industriezentrum von Porto Marghera. Die Geschichte dieses riesigen Industriegebiets (40 000 Arbeiter) in der Nähe von Venedig ist eng verknüpft mit dem Entstehen des mächtigen Chemie-Kolosses Montedison. Montedison fand dort alles, was er brauchte: eine äußerst günstige Lage für seine Öllager, Arbeitskräfte vom Land im Überfluß sowie gute Verbindungsmöglichkeiten nach Mailand im Westen und nach Deutschland im Norden. Die Gewerkschaften sind hier äußerst schwach, vor allem die CGIL: ein gemäßigter, bürokratischer und autoritärer Syndikalismus herrscht vor. Die Verknöcherung der lokalen CGIL war soweit gediehen, daß sich die Zentrale der CGIL – unter dem Druck der Ereignisse – schließlich gezwungen sah, in die Politik der lokalen Gewerkschaftsvertreter einzugreifen und drastische Änderungen in der Personalstruktur der Sektion Venetien vorzunehmen. Stark vertreten ist in Porto Marghera dagegen die Gruppe Potere operaio, die eine Politik starker Lohnforderungen betreibt und die Selbstbestimmung des Kampfes durch die Arbeiter propagiert. »Brecht die Chemieverträge von 1966«, »5000 Lire mehr für alle« sind ihre Kampfparolen.

Am 23. Juni beginnt bei Montedison der Kampf für die Erhöhung der Prämien für insgesamt 15 000 Arbeiter. Viele Studenten erscheinen vor der Fabrik: die Arbeiter betrachten sie mißtrauisch, die Gewerkschaften bezeichnen sie als Provokateure. Auf der Arbeiterversammlung während des zweiten Streiks am 27. Juni aber werden die Studenten zugelassen. Man entscheidet sich für die wirksamen Formen des spontanen »rollenden« Streiks. Die Unternehmensleitung bezeichnet diese Formen als illegal und droht mit harten Gegenmaßnahmen. Auf der Arbeiterversammlung am 2. Juli schlagen die Gewerkschaftler gemäßigtere Kampfformen vor, die von der Versammlung abgelehnt werden. Aber die Abstimmungsergebnisse werden manipuliert und die Gewerkschaftler verkünden »verantwortungsvollere« Kampfformen. Die Arbeiter sind empört und verlagern die Versammlung zusammen mit den Studenten in die Universität. Die Gewerkschaften brechen die Kämpfe jedoch noch im Juli ab, obwohl nur 50% der Forderungen erfüllt worden sind. Die Empörung der Arbeiter über das Vorgehen der Gewerkschaften ist groß. Die Erfahrung der Selbstbestimmung des Kampfes durch die Versammlung, die großen Demonstrationen und Kundgebungen, die Zusammenarbeit mit den Studenten, die Unterdrückung durch den Staatsapparat – 106 Arbeiter und Studenten werden verhaftet – haben jedoch in Porto Marghera eine Flamme entfacht, die kaum zu ersticken ist. Nach den Ferien wird es zu neuen Explosionen kommen.

Herbst 1968

Nach den Ferien, also im Herbst 1968, geht es überall wieder los. Die Kämpfe werden noch härter und noch radikaler als vorher und schließlich kommen neue wichtige Momente hinzu, neue Inhalte in der Entwicklung dieser Massenkämpfe: die Streiks gegen die »Lohnzonen«, der Kampf der Tagelöhner und der Ausbruch der Fach- und Oberschülerbewegung. Diese drei Faktoren tragen zu einer weitgehenden Verallgemeinerung dieser sozialen Bewegung bei, die jetzt auch abseits liegende gesellschaftliche Bereiche und die unterentwickeltsten Gebiete Italiens mit einbezieht.
Der Kampf gegen die »Lohnzonen« beinhaltet die Forderung der breiten Massen nach Lohngleichheit. Italien ist in sechs Lohnzonen aufgeteilt: je nachdem in welcher Provinz man arbeitet, bekommt man – bei gleicher Leistung, gleicher Qualifikation, gleichen Arbeitsbedingungen – mehr oder weniger Lohn. Die höchsten Löhne werden in den Industriezentren des Nordens (Turin, Mailand, Genua) gezahlt, die niedrigsten in den unterentwickelten Gebieten, das heißt fast im gesamten Süden und auf

den Inseln. Durch diese Lohnzonen sollte auf Kosten der Arbeiter die industrielle Entwicklung der zurückgebliebenen Gebiete angekurbelt werden. Tatsächlich ist dadurch auch eine Industrialisierung des Südens in Gang gesetzt worden. Hier einige Beispiele: in Tarent gab es 1952 8200 Industriearbeiter, dann hat die IRI ein großartiges modernes Eisenwerk aufgebaut, das 6000 Arbeiter beschäftigte. Das verblüffende Ergebnis der »Industrialisierung«: 1965 gab es immer noch 8200 Industriearbeiter in Tarent. Ähnlich war es auch in Brindisi, wo es 1952 9300 Industriearbeiter gab. Hier baute Montedison einen Chemiekonzern auf, der 5000 Leute beschäftigte. Das Ergebnis war, daß 1965 die Zahl der Industriearbeiter in Brindisi auf 8000 gefallen war. Diese Zahlen beweisen, daß der Aufbau einer neuen Industrie den Untergang der alten Industrie- und Handwerksstruktur nicht ausgleichen kann. Dazu kommt noch, daß ein Arbeiter, der in einer hochmodernen Fabrik von Philips in Caserta arbeitet, 20% weniger verdient als ein Arbeiter – unter gleichen Arbeitsbedingungen – bei Philips in Mailand. So hat die italienische Unternehmerschaft die Widersprüche, die aus der unterschiedlichen Entwicklung der Produktivkräfte entstanden sind, auf die Arbeiterklasse abgewälzt. Die Forderung nach Angleichung der Löhne, das heißt Abschaffung der Lohnzonen, muß daher zu einer Verschärfung der Widersprüche innerhalb der Kapitalistenklasse führen; der fortgeschrittenere Teil der Kapitalisten wird von diesem Kampf nur am Rande berührt, während der rückschrittlichere Teil in ihm eine ernsthafte Bedrohung sehen muß.

Der Kampf gegen die Lohnzonen beginnt am 1. Oktober mit einem Generalstreik in Latina, geht dann weiter mit nationalen und regionalen Generalstreiks, die besonders erbittert im Süden durchgeführt werden, und endet am 18. März 1969 mit einem entscheidenden Sieg der Gewerkschaften (zumindest formal wurden die Lohnzonen abgeschafft).

Neu ist in der zweiten Hälfte des Jahres 1968 auch der Aufstand der Tagelöhner, die vor allem im Süden konzentriert sind. Die Orginalität dieses Kampfes besteht nicht so sehr in der Kampfbereitschaft des italienischen Landproletariats, das eine heroische und tragische Geschichte von Klassenauseinandersetzungen hinter sich hat, sie besteht vielmehr in den Kampfzielen dieser anderthalb Millionen Landarbeiter: es geht nicht nur um Lohnforderungen, sondern um eine Veränderung der ganzen Organisation der Arbeit.

Am meisten leiden die Tagelöhner unter dem »Arbeitsmarkt« und der geringen Zahl von Arbeitstagen pro Jahr. »Mercato di Piazza«, das heißt: die Arbeiter versammeln sich auf dem Marktplatz, wo dann von den Gutsverwaltern – diesen schurkigen Dienern der Grundbesitzer – diejenigen ausgesucht werden, die für einen Tag oder eine Woche Arbeit bekommen. Natürlich sind das vor allem die jüngsten, kräftigsten und unterwür-

figsten. Der Tagelöhner hat also keinerlei Sicherheit: er ist eine »freie Ware« auf dem Markt. Außerdem verliert der Tagelöhner eine Reihe von sozialen Rechten (Krankenversicherung, Sozialversicherung usw.), wenn er nicht über hundert Arbeitstage im Jahr hinauskommt. Ziel der Tagelöhner ist daher die Kontrolle über die Arbeitsbedingungen: sie fordern lokale Kontrollkommissionen, zusammengesetzt aus Vertretern der Tagelöhner, die Betrieb für Betrieb die Verteilung der Arbeitskräfte des Bezirks festsetzen. Bei zunehmender Arbeitslosigkeit sollen diese Kommissionen die Produktionsbedingungen in den Landwirtschaftsbetrieben untersuchen und Verwaltungs- bzw. Investitionsmaßnahmen fordern, die eine Erhöhung der Beschäftigungszahlen garantieren. Wer die Verhältnisse auf den Landgütern des Südens kennt, wo der Großgrundbesitzer eine absolute und brutale Herrschaft ausübt und noch nicht einmal die Gesetze anerkennt, sondern soziale Konflikte oft mit den Mitteln der Mafia, das heißt durch die Flinte regelt, der wird verstehen, welche politische Bedeutung ein Kampf dieser Art hat.

Diese heftige und politische Massenbewegung beginnt in der Gegend von Salerno und wird mit sehr harten Kämpfen auf Sizilien fortgesetzt: Straßenkämpfe und Barrikaden, Verkehrsblockaden und Besetzung der Äcker. Auf dem Höhepunkt dieser dramatischen Auseinandersetzungen geschehen die Morde von Avola: mehrere Tagelöhner werden an diesem 3. Dezember von der Polizei getötet, es gibt zahlreiche Verletzte. Das gesamte italienische Proletariat antwortet darauf mit dem Generalstreik.

Die Bewegung der Universitätsstudenten war inzwischen in eine Krise geraten. Vom 2. bis 7. September findet in Venedig ein nationaler Kongreß der Studentenbewegung statt. Wie kann man die antiautoritäre Phase überwinden? Wie löst man das Problem innen-außen, das heißt, wie verbindet man den Kampf innerhalb der Universität mit dem Kampf in den Betrieben? Wie kann man eine nationale Vereinheitlichung erreichen? Wie kann man die Organisationsform der Vollversammlung ersetzen, bei der die Festlegung der Linie doch immer wieder den charismatischen Führern überlassen wird? Das sind die unbeantworteten Fragen und erst die Bewegung der Fach- und Oberschüler bringt neue Impulse. Durch ihren Kampf wird der aristokratische und großstädtische Charakter der Studentenbewegung überwunden; sie »vermassen« den Kampf – in Turin erreichen die Demonstrationen der Studenten, an denen früher 2000 bis 4000 teilnahmen, eine Teilnehmerzahl von 15 000 bis 20 000. Sie tragen die Erhebung der Jugend an den Stadtrand und in die kleinen Städte, wo es keine Universitäten, aber Lyzeen und Fachschulen gibt. Damit schaffen sie die Voraussetzung für bessere Kontakte zwischen den Studenten- und Arbeitermassen.

Es ist unmöglich, die Entwicklung der Kämpfe im Herbst im einzelnen zu

verfolgen. Extreme Höhepunkte gibt es in Verbania, Pisa, Trient, Porto Marghera, Venedig und Monfalcone. Am 14. November ist der nationale Generalstreik wegen der Altersversorgung, der zu einem Moment der Vereinigung der großen Massen der Arbeiter, Tagelöhne, Landarbeiter und Studenten wird. Kurz darauf, am 19. November, erklärt Leone die Regierungskrise: vor einer solchen Situation muß die provisorische Regierung abdanken.

Einige Kämpfe dieser Zeit verdienen besondere Aufmerksamkeit: die Kämpfe bei Snam-Progetti in Mailand, bei Italcantieri in Monfalcone und die Weiterentwicklung der Kämpfe bei Marzotto.

Snam-Progetti hat ungefähr 6000 Beschäftigte, die auf Planungsbüros, Anlagen für Chemie- und Montageanlagen verteilt sind. 1968 war die Snam die dynamischste Gesellschaft innerhalb der ENI-Gruppe, die ihrerseits an der Spitze der Planungsunternehmen in Europa steht. Im Mailänder Raum gibt es 1400 Techniker und 1000 Arbeiter. Diese treten am 10. Oktober in den Streik: in einer permanenten Versammlung wird nach Diskussionen und einer kritischen Analyse der Arbeitsbedingungen ein Forderungskatalog erarbeitet, der die gegenwärtige Organisation der Arbeit grundlegend in Frage stellt und die Machtinstrumente für einen permanenten Kampf benennt. »Die Techniker sind zu Handlangern geworden, sie können ihre intellektuellen Fähigkeiten nicht mehr anwenden. Durch eine übermäßige Bürokratisierung, eine Arbeitsteilung, die jede menschliche Aktivität abtötet, durch Arbeitsbewertungssysteme werden die Techniker zu bloßen Objekten, die keinerlei subjektive Fähigkeiten mehr haben. Gegen diese unmenschlichen Bedingungen wird die Vollversammlung einen permanenten Kampf führen, der gleichzeitig gewerkschaftlich *und* politisch sein muß, denn er soll die Verhältnisse umwälzen.« Das Ziel ist: »Statt die Arbeiter an die ›Notwendigkeiten‹ des Unternehmens, das Unternehmen an die Bedürfnisse der Arbeiter anpassen!«

Der Kampf der Techniker gleicht in seiner Heftigkeit dem der Tagelöhner im Süden: Kundgebungen, Belagerung der Direktionsbüros, Versuch, diese zu besetzen, und Straßenblockaden. Der Kampf bei Snam-Progetti ist kein Einzelfall: von Mai bis Juli hatten die Techniker bei Pirelli gekämpft, inzwischen haben auch die Techniker bei Borletti, Siemens-Elettra und Breda den Kampf aufgenommen. – Den Höhepunkt dieser Bewegung bildet eine Demonstration von 4000 Technikern, die am 5. Februar in ihren weißen Kitteln durch die Straßen von Mailand ziehen.

Nun zum Kampf bei Italcantieri in Monfalcone (3500 Beschäftigte). Mit der Übernahme dieses Werks durch die IRI 1967 setzte eine stürmische Rationalisierungsphase ein, deren Konsequenzen die Facharbeiter wie z. B. die 500 Schweißer als erste tragen mußten. Die Einführung von Arbeitsbewertungssystemen, eine noch stärkere Zerstückelung der Arbeits-

vorgänge, rigide Leistungskontrollen, Dequalifizierung, Verlust der Selbständigkeit und erhöhte Beanspruchung sind die Hauptmerkmale dieser Neuorganisation. Davon sind die Schweißer am meisten betroffen, aber durch allgemeine Erhöhung des Arbeitstempos und die Zunahme der gesundheitsschädlichen Faktoren am Arbeitsplatz macht sie sich auch für alle anderen Arbeiter bemerkbar.

Der Streik beginnt am 23. Oktober und wird durch die Vollversammlung der Arbeiter und ein Agitationskomitee geleitet. Die Streikformen wechseln: einmal streiken alle 500 Schweißer auf einmal, dann wieder finden Stotterstreiks statt, die durch ausgemachte Zeichen wie Hammerschläge auf die Schiffswände von Kolonne zu Kolonne weitergegeben werden. Zwischen den Streiks gibt es improvisierte Kundgebungen, die durch rhythmisches Schlagen auf große Tonnen zusammengerufen werden. Im Verlauf des Kampfes tritt eine Radikalisierung ein. Nach einem Monat Streik machen die Arbeiter einen Tag vor Weihnachten eine militante Demonstration durch die Straßen von Monfalcone. Die Bevölkerung solidarisiert sich mit den Streikenden. Im Januar treten alle 3500 Arbeiter der Werft in den Streik. Am 6. Februar ist ein Generalstreik in der ganzen Stadt, und eine riesige Versammlung auf dem Marktplatz beschließt, das Rathaus zu besetzen. Das besetzte Rathaus wird nun zur Zentrale, von wo aus die Streiks in den Fabriken und Schulen, die Kundgebungen der Arbeiter und Studenten organisiert werden.

Nach einer Zusammenkunft zwischen Gewerkschaftlern und dem Arbeitsminister fordern die Gewerkschaftler die Arbeiter auf, die Besetzung zu beenden. Die Arbeiter kehren zwar in die Fabrik zurück, aber sie setzen den Kampf fort. Immer wenn jetzt gestreikt wird, versucht die Direktion, Schweißer aus Privatunternehmen einzusetzen. Die Arbeiter reagieren wütend: sie werfen die Streikbrecher raus. Die Direktion antwortet mit der Aussperrung von drei Arbeitern, darunter ein Mitglied der Commissione interna. Jetzt beschließen die Schweißer, die Werft zu besetzen. Die Direktion verkündet die Schließung des Betriebs. Die Studenten bzw. Schüler besetzen alle Schulen von Monfalcone und die Universität von Triest. Schließlich ist die Lage so explosiv, daß die Direktion am 27. Februar (1969) einem Abkommen zustimmen muß.

Zurück zu Marzotto. Im November führen die Gewerkschaften eine Befragung der Arbeiter durch, um einen neuen Forderungskatalog zu erarbeiten. Die Hauptpunkte sind: Erhöhung der Leistungsprämien und Versammlungsrecht innerhalb der Fabrik. Ende November beginnen die Schachbrettstreiks. Regelmäßig berufen die Gewerkschaftler große Versammlungen ein, auf denen die genauen Formen und Zeiten für die Streiks festgelegt werden. Da der Unternehmer nicht daran denkt, auf die Forderungen einzugehen, entscheidet sich die Arbeiterversammlung

Lied der Marzotto–Arbeiter

(Das Lied entstand während der Besetzung der Fabrik im Februar 1969 und wandelt einen bekannten italienischen Schlager ab.)

Arbeiter: Und du, du ganz Schlauer, was hast du zu sagen?

Padron: Ich bin der Marzotto und mach den Padron
Ich geb keine Unterschrift, erhöht sich der Lohn
Und weißt du, was die dann machen?
Sie nehmen mir meine Fabrik weg
Und bleiben drin und machen Dreck.

Arbeiter: Ja wir streuen Blumen vor dem Tor
Und schaufeln noch ein Grab davor
Und weiß du, was der dann macht?
Dann macht es einen Klaps
Und er kriegt den Herzkollaps.

Wir stecken jetzt die Chefs in unsre Kanonen
Dann brauchen sie uns nicht mehr zu entlohnen
Und weißt du, was wir dann machen?
Wir lassen sie ein bißchen fliegen
So werden wir den Frieden kriegen, Frieden kriegen.

Marzotto züchtet Parasiten im Garten
Die auf den Lohn nie vergeblich warten
Und weißt du, was er nicht macht?
Einen bessren Lohn für den Arbeiter
Denn das verbietet des Grafen Ehr.

Marzotto und Basso die beiden Kumpane
Vereinen sich unter der Ausbeuter-Fahne
Und weißt du, was sie nicht wissen?
Jeden Tag der vergeht
Ihr uns wachsen seht.

schließlich für die Besetzung der Fabrik; sie beginnt am 24. Januar. Zunächst ist es eine rein demonstrative Besetzung, die die Produktion nicht antastet: es werden Schichten für die Besetzung organisiert, die Fabrik wird von außen abgesperrt und auch Gewerkschaftler kommen nicht hinein. Bei dieser passiven Besetzung bleiben die Arbeiter isoliert. Nach einigen Tagen werden sie sich der Gefahren dieser gemäßigten Kampfhaltung bewußt; denn inzwischen hat Marzotto seine ganze Stadt mobilisiert: er hat »seinen« Bürgermeistern verboten, den Streikenden irgendwelche Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen, den Präfekten veranlaßt, die Räumung der Fabrik anzudrohen, und eine verleumderische Zeitungskampagne gestartet. Angesichts dieser massiven Gegenmaßnahmen dürfen die Arbeiter sich nicht länger in der Fabrik einschließen, sondern müssen den Kampf nach außen tragen. Sie organisieren Kundgebungen in Valdagno, Straßenblockaden, Demonstrationen zu der Villa von Marzotto und Protestmärsche zum Sitz des Unternehmerverbandes in Vicenza.
Marzotto lenkt daraufhin erst einmal ein und macht Vorschläge. Die Arbeiterversammlung weist diese gegen den Willen der Gewerkschaft zurück. Arbeiterdelegationen werden zu allen Marzotto-Niederlassungen geschickt, selbst zu den entferntesten, sie fordern die Arbeiter auf, den Kampf auszudehnen. Auf den Vorschlag der PSIUP und der Studenten hin wird das Rathaus von Valdagno besetzt. Es entstehen mehrere Solidaritätskomitees und Arbeiter/Studenten-Komitees, die die Agitation im ganzen Gebiet übernehmen, Kampfmaßnahmen vorschlagen, Unterschriftensammlungen durchführen und dazu aufrufen, die Produkte von Marzotto zu boykottieren. In dieser Zeit kursiert die Parole »Das Lamm ist zum Löwen geworden«, das heißt, daß die Arbeiterklasse aus dem Tal des Lammes (Valdagno = Valle dell'agno), aus dumpfer Passivität aufgewacht ist; sie ist sich ihrer Kraft bewußt und damit zu einem Machtfaktor geworden. Die Unione Industriale übt jetzt Druck auf Marzotto aus, um die Gefahr neuer antikapitalistischer Volkserhebungen abzuwenden. Am 23. Februar wird ein Abkommen geschlossen, in dem die wichtigsten Forderungen der Arbeiter erfüllt werden, vor allem die Forderung nach Versammlungsrecht in der Fabrik und nach Abteilungsdelegierten; diesem Abkommen stimmt auch die Arbeiterversammlung zu.
Man hat das Jahr 1968 als das »Jahr der Studenten« bezeichnet, und sicherlich ist die politische Massenbewegung der Studenten die neue gesellschaftliche Kraft gewesen, die eine auslösende Funktion für die Kämpfe auch anderer Teile der Bevölkerung gehabt hat. Gleichzeitig findet in diesem Jahr aber auch das wichtige Vorspiel zu der gewaltigen proletarischen Erhebung statt; schon 1968 zwingt die Spontaneität und Kraft dieser Arbeitererhebung die Gewerkschaften zur schleunigen Anpassung und zur Veränderung. Abgesehen von General- und Regionalstreiks wurde der

innerbetriebliche Kampf von fast 2 Millionen Industriearbeitern geführt; das Ergebnis waren 3870 Einzelabkommen in den Betrieben. Dazu kamen die Aufstände und Kämpfe des Landproletariats.

Frühjahr und Sommer 1969

So kündigt sich das Jahr 1969 an, das Jahr der Verträge – gut 36 Tarifverträge sollen erneuert werden; die italienischen Unternehmer haben allen Grund, beunruhigt zu sein. Ein Symptom dafür ist die Kapitalflucht ins Ausland, die in dieser Zeit von Tag zu Tag größere Ausmaße annimmt.
Was sind die wichtigsten Ereignisse im ersten Halbjahr 1969? Abgesehen davon, daß sich die Kämpfe bei Pirelli und Rhodiatoce in Triest und Porto Marghera zuspitzen, gibt es neue, sehr fortschrittliche Kämpfe in der Textil- und Metallindustrie, bei Cucirin & Cantoni in Lucca, Pettinatura italiana in Biella, Cogne in Aosta, im Montagewerk von Olivetti und bei Piaggio in Pontedera.
Bei Pirelli geht es hauptsächlich um zwei Punkte: die schändlichen Arbeitsbedingungen und die Lohngruppen. Auch hier wieder eine neue Qualität in den Forderungen. Neben der Versammlung und dem Basiskomitee (CUB) entstehen nun auch Abteilungskomitees, die sich zum Teil unter dem Einfluß der Gewerkschaften vom CUB abgrenzen. Die Kampfmittel sind: spontane Arbeitsniederlegungen in den Abteilungen, Einschränkung der Produktion und Verweigerung der Überstunden. Der Unternehmer versucht die Initiative mit dem berühmt gewordenen Pirelli-Dekret an sich zu reißen: 5-Tagewoche, Neueinstellungen, Freistunden für die Werkstudenten, Organisierung von Schichten, damit die Produktion voll ausgenutzt wird. Die Antwort darauf ist »nein«; der Kampf geht weiter. Am 7. März schließt Pirelli die Fabrik. Heftige Reaktionen der Arbeiter: sie versammeln sich in der Kantine und drohen die Besetzung der Fabrik an. Daraufhin wird die Schließung rückgängig gemacht und die Arbeit wie auch die Streiks werden wieder aufgenommen. Am 31. März sperrt die Direktion zwei Gewerkschaftler aus: 24stündiger Generalstreik der gesamten Fabrikbelegschaft ist die Antwort. Am 10. April schließlich wird mit der Zustimmung der Arbeiterversammlung ein Abkommen geschlossen.
Auch der Kampf bei Rhodiatoce ist weitergegangen, ist erbitterter geworden. Am 25. Februar sperrt die Direktion drei Arbeiter aus, denen sie Gewalttätigkeiten vorwirft. Am 26. Februar findet deswegen eine große Arbeiterversammlung statt und es wird ein 24stündiger Streik für den nächsten Tag beschlossen. Am Streiktag versammeln sich die Arbeiter von

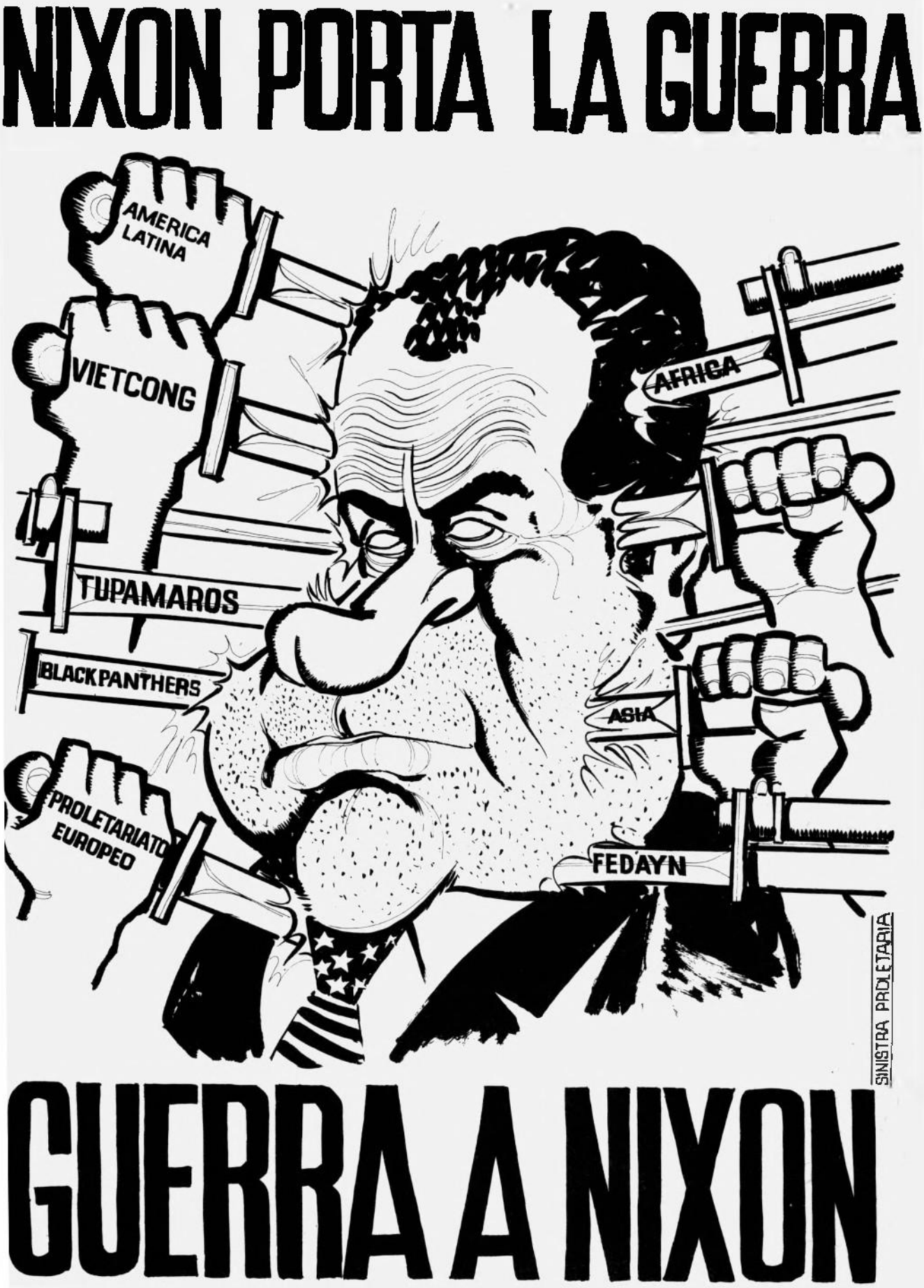
neuem: die Aufhebung der Aussperrung wird gefordert, außerdem wird ein Forderungskatalog entwickelt, der den defensiven Kampf in einen offensiven umwandelt. Seine wesentlichen Punkte sind: Arbeitermacht in der Fabrik, Versammlungsrecht während der Arbeitszeit, Abschaffung der Disziplinarordnung. Vor allem soll unter der Kontrolle der Arbeiter die allgemeine Arbeitsbelastung vermindert und die Laufzeit der Maschinen verkürzt werden. Oberstes Beschlußorgan bei diesem Kampf ist die Vollversammlung; außerdem tauchen nun auch Abteilungsdelegierte auf, die allerdings nur für bestimmte Funktionen gewählt werden und dann wieder zurücktreten. Am 5. März beschließt die Versammlung die Besetzung der Fabrik. Es ist eine aktive Besetzung: die Fabrik wird zum Organisationszentrum, von dem alle Initiativen zu Aktionen außerhalb der Fabrik und zur Herstellung von Kontakten mit den Arbeitern anderer Fabriken ausgehen.

In dieser allgemeinen Spannung findet am 13. März ein Generalstreik im ganzen Gebiet von Verbania statt; gleichzeitig beginnt der Streik der 40 000 Arbeiter in der Kunstfaserindustrie. Unter diesen bedrohlichen Bedingungen ist die Direktion bereit, am 16. März auf ein Abkommen einzugehen.

Von entscheidender politischer und gesellschaftlicher Bedeutung sind in diesem Frühjahr vor allem der wütende Empfang, der Nixon im Februar bei seinem Besuch in Rom bereitet wird, der Aufstand von Battipaglia im April und der Ausbruch des entscheidenden Kampfes bei Fiat im Mai.

Der Nixon-Besuch in Rom soll am 27. Februar stattfinden. Die Universität von Rom ist schon seit zehn Tagen besetzt. Einen Tag vor dem Nixon-Besuch erklärt der Rektor die Schließung der Universität, aber die Studenten werden nicht aus der Universität vertrieben, sondern die Polizei belagert die Gebäude von außen. Dadurch soll die Universität zum Gefängnis für die »Hitzköpfe« während der Anwesenheit Nixons werden. Obwohl dieser Trick gelingt, finden auf allen Straßen und Plätzen so viele und heftige Protestkundgebungen statt, daß die Zustände in Rom an einen Bürgerkrieg erinnern. Nixon konnte keinen Fuß auf italienischen Boden setzen; die Straßenkämpfe in Rom und das brutale Vorgehen der Polizei konnte er nur vom Hubschrauber aus beobachten. So wird ihn dieser Besuch wohl kaum von der Stabilität der Lage in Italien überzeugt haben.

Hier ist nicht der Platz für eine umfassende Analyse der politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen, die zu den Ereignissen von Battipaglia geführt haben. Es sollen lediglich drei wichtige Aspekte dieses Aufstandes genannt werden: 1. Battipaglia ist ein zusätzlicher Beweis für den radikalen gegen den Staat gerichteten Charakter der direkten Massenaktionen im Süden, und es hieße diese Massen der sicheren Niederlage ausliefern, wenn man die Kämpfe nicht auf dieser Ebene, sondern im


NIXON PORTA LA GUERRA
AMERICA LATINA
VIETCONG
TUPAMAROS
BLACKPANTHERS
PROLETARIATO EUROPEO
AFRICA
ASIA
FEDAYN
SINISTRA PROLETARIA
GUERRA A NIXON

Namen einer reformistischen und legalistischen Politik führte. 2. stellt sich hier deutlich heraus, daß diese Kämpfe in den Städten des Südens durchaus verschiedene Richtungen einschlagen können. Durch den Einfluß eines starken Kleinbürgertums, das aus Angestellten und bürokratischen Parasiten besteht, kann das verzweifelte Subproletariat des Südens auch konservativen Kräften in die Hände fallen. So denunziert die KPI auch schon die Ereignisse von Battipaglia als faschistische Ausbrüche und trennt dadurch diese Volkserhebungen von den Kämpfen der Arbeiter im Norden. Dagegen beziehen die Gewerkschaften diese Volkserhebungen in die einheitliche Klassenbewegung ein, sie rufen zum Generalstreik gegen die Repression in Battipaglia auf (bei Reggio Calabria gilt das nicht mehr). 3. enthüllen die Verhältnisse in Battipaglia die unlösbaren Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung im Süden. Battipaglia ist kein verlassenes Randgebiet, sondern eines der industriellen und wirtschaftlichen Entwicklungszentren. Die Herausbildung von einzelnen Industriezentren führt jedoch zu erheblichen Konflikten, da die bestehende wirtschaftliche Struktur durch die industriellen Neuanlagen zerstört wird. Dazu kommt, daß die Entwicklungszentren von großen unterentwickelten Gebieten umgeben sind, und schon die geringste Aussicht auf Arbeitsplätze lockt ungeheure Massen von Arbeitssuchenden vom Land in die Städte. Da die Hoffnung auf Arbeitsplätze aber in keiner Weise erfüllt wird – diese hochtechnisierten Betriebe schaffen keine neuen Arbeitsplätze, sie konzentrieren die vorhandenen vielmehr in wenigen Fabriken –, werden diese Entwicklungszentren paradoxerweise zu Zentren der Arbeitslosigkeit und tiefer sozialer Gegensätze. So konnte die Schließung einer staatlichen Tabakfabrik in diesem Klima zum Funken werden, der den Aufstand auslöste.

Die Ereignisse bei Battipaglia wiederum lösen einen Generalstreik bei Fiat aus, der die schärfsten und fortgeschrittensten Klassenkämpfe der letzten Jahre in Italien, ja sogar in Europa, einleitet: die Kämpfe bei Fiat in Turin.

Hier die Chronik der Ereignisse (nach der Betriebszeitung):

Freitag, 11. April. »Der Erfolg des Streiks wegen Battipaglia war in der ersten Schicht größer als vorhergesehen, aber noch nicht befriedigend. Es gab viel Verwirrung beim Beginn des Streiks: die Unentschiedenen rührten sich nicht von der Stelle, diejenigen, die die Arbeit niedergelegt hatten, diskutierten erregt. Während der zweiten Schicht aber geschah etwas völlig Neues und Außergewöhnliches. In der Kantine, während die anderen wie gewöhnlich essen, steht einer unserer Kollegen auf und fängt an, über Battipaglia und die Bedeutung dieses Streiks zu sprechen. Ohne daß jemand dazu auffordert, herrscht sofort Ruhe und keiner kommt auf die Idee, ihn verrückt zu nennen; im Gegenteil, alle begrüßen seine Rede mit Beifall.« – Dienstag, 15. April: Druck von Seiten des Unternehmers. Der

Unternehmer hat begriffen, wie gefährlich es für die ungestörte Ausbeutung ist, wenn die Arbeiter sich angewöhnen, Versammlungen in der Fabrik abzuhalten. Am Freitag ging es bloß um Battipaglia, am nächsten Tag können es schon die Arbeitszeiten und die Löhne sein. So wird der Kollege, der als erster in der Kantine geredet hat, so weit weg wie nur möglich versetzt. Mittwoch, 16. April: die Nachricht von der Versetzung des Kollegen verbreitet sich. Alle werden sich in den Diskussionen einig, daß es ein gewaltiger Schritt rückwärts wäre, wenn sie jetzt nichts unternähmen. Die meisten sind dafür, sich das Recht auf Versammlungen in der Fabrik auf jeden Fall zu nehmen, auch wenn man es ihnen nicht gibt. Donnerstag, 17. April: Während Direktion und Meister noch überrascht und verwirrt sind, weil sie eine so prompte Reaktion nicht erwartet hatten, halten die Arbeiter eine neue Versammlung ab, auf der sie die sofortige Rückversetzung des Kollegen fordern. Gleichzeitig stellen sie konkrete Forderungen für das Zweigwerk Mirafiori. Die kämpferische Solidarität, die unter den Arbeitern entstanden ist, ist eindrucksvoll. Donnerstag nachmittag: die erschrockene Direktion schickt den versetzten Arbeiter auf seinen alten Arbeitsplatz zurück. Die Meister und Klassenverräter erschrecken furchtbar, als sie ihn zurückkommen sehen. Die uneingeschränkte Verfügungsgewalt des Unternehmers über die Arbeiter ist in Frage gestellt. In den einzelnen Kolonnen werden kurzfristig Versammlungen abgehalten, auf denen die Kampfformen diskutiert werden.

Am 13. März beginnt die »Schachbrett«-Aktion der 8000 Werkzeugmacher des Zweigwerks mit stundenweisen Streiks und Versammlungen der Kolonnen. Die Arbeiter der Reparaturwerkstätten, deren Arbeit es mit sich bringt, daß sie viel im Betrieb herumkommen, tragen den Kampf in andere Abteilungen. Am 26. Mai tritt die Werkstatt 13 in den Kampf ein: es gibt große Versammlungen, die ersten Delegierten bilden sich, eine Demonstration von 5000 Arbeitern blockiert ganz Mirafiori. Mehrere Mechanikerwerkstätten haben den Kampf inzwischen ebenfalls aufgenommen; Anfang Juni greift er auch auf die Montagebänder in der Karosseriewerkstatt über, wo insgesamt etwa 20 000 Arbeiter beschäftigt sind. Von da an ist es praktisch unmöglich, die Ausbreitung des Kampfes im einzelnen zu verfolgen; er wird in allen Abteilungen und in tausend verschiedenen Formen geführt; alle Mittel werden nach und nach eingesetzt: Stotterstreik und unbefristeter Streik, Schachbrettstreik und Produktionseinschränkung, massenhafte Demonstrationen und riesige Versammlungen. Bis zum 27. Juni bleibt das ganze Zweigwerk Mirafiori blockiert. Fiat kann nicht mehr produzieren und muß die Arbeiter trotzdem bezahlen. Der Schaden für den Unternehmer ist gewaltig, für die Arbeiter ist er gering.

Vorwärts zur Errichtung der revolutionären Regierung der Arbeiter, Angestellten und Bauern!

Schluß mit der Repression in der Fabrik!

Intensivieren wir den Kampf,
verringern wir die Profite!

Fiat Mirafiori, Karrosseriewerkstadt

Der Kampf im Zweigwerk Mirafiori erschüttert die ganze soziale Struktur in Turin. Da es in Italien keine Streikkassen gibt, flammt jetzt der Protest vor allem gegen die hohen Mieten in allen Stadtteilen auf. Als die Gewerkschaften am 30. Juni ein Abkommen mit Fiat schließen, ist der Kampf nicht abgeschlossen, denn sie verkünden gleichzeitig den Generalstreik gegen die Mieterhöhungen für den 3. Juli, an dem die Fiatarbeiter sich massenhaft beteiligen.

So hat das Proletariat von Fiat, wie schon 1920/21 und dann wieder 1943–45, seine historische Rolle als Avantgarde in den Phasen direkter sozialer und politischer Auseinandersetzungen wieder übernommen. Die Originalität der Kämpfe von 1969 besteht darin, daß sich hier, und zwar auf Betriebsebene und nicht durch die Vermittlung ihrer nationalen Organisationen, die Arbeiter als Klasse formieren und verhalten. Ihre Originalität besteht weiter darin, daß sich die Avantgarden der Massen nicht mehr die zufällige und instabile Form der Vollversammlung und der Basiskomitees geben, wie etwa bei Pirelli. Stattdessen werden organische Grundstrukturen geschaffen, die die Arbeiter nicht auf der relativ abstrakten Basis beruflicher Qualifikationen vereinheitlichen, sondern auf der konkreten Basis des tatsächlichen Arbeitszusammenhangs. Der elementare Ausdruck dieser neuen Organisationsstrukturen sind die Band- und Abteilungsdelegierten, die vereinheitlichenden Instrumente sind das Delegiertenkomitee und der Fabrikrat.

Ein Fiat-Arbeiter über die Schachbrettstreiks: Wir haben, ungefähr 1969, Kampfformen angefangen, die wir *Schachbrettstreik* nannten, d. h., wenn eine Werkstatt anhielt, standen folglich auch die anderen still. Das verstanden wir unter Schachbrettstreik. Praktisch genügte auch eine Werkstatt, die nicht gerade eine Schlüsselstellung hatte, trotzdem erschöpften so die Streiks auf lange Sicht das ganze Reservematerial auf Lager. Es genügte also ein Minimum von 8 Stunden Streik, das blockierte auch die anderen Werkstätten. Das hatten die Gewerkschaften sehr wohl kapiert. Also sagten sie uns: es ist gerechtfertigt, Schachbrettstreiks zu machen, auch sie machten welche, sie seien nicht dagegen, nur sie nannten es »artikulierten Streik« – und sie ließen uns Gruppe für Gruppe in einer Werkstatt streiken, 2 oder 4 Stunden –, die aber nicht im geringsten die Produktion attackierten.

In den 4 Stunden, wo gearbeitet wird, wird produziert, in den 4 Stunden, wo nicht gearbeitet wird, produziert man nicht. Aber jedenfalls stoppte das nie die Arbeit von anderen Werkstätten. Solange wir die wirklich autonomen Kämpfe machten, die wir auch spontane Kämpfe nannten, – z. B. wenn die Pressen stillstanden, kam auch kein Material mehr an für die Fahrgestelle, also standen auch wir still. Und umgekehrt, wenn die Lackiererei ganz stillstand, hielt sie auch die anderen Verarbeitungswerkstätten an. Das verstanden wir unter Schachbrettstreik. Dagegen sagten die Gewerkschaften uns, der Schachbrettstreik geht in Ordnung, aber sie machten ihn mit andersartigen Formen, d. h. mit der Form, die nicht im geringsten die Produktion angriff, d. h. die neuralgischen Punkte.

Ein anderes wichtiges Ergebnis des Kampfes bei Fiat ist, daß die Gewerkschaften zur Kompromißlosigkeit beim Abschluß der Verträge gezwungen

werden. Es war klar, daß der Tarifkampf nicht in der gewohnten Form geführt werden konnte – Warnstreik und dann Verhandlungen –, sondern daß der Druck von seiten der Arbeiter so stark sein würde, daß die Gewerkschaften ihm entweder nachgeben mußten oder ausgeschaltet werden würden. Die Forderungskataloge konnten von jetzt an nicht mehr außerhalb der Betriebe von den Gewerkschaftsfunktionären aufgestellt, sondern sie mußten gemeinsam mit den Arbeitern entwickelt werden. Die Gewerkschaften mußten auf den fahrenden Zug aufspringen.
Wie schon gesagt, mangelt es in diesem Sommer 1969 nicht an Kämpfen. Hier noch einige Beispiele: im Mai und Juni werden die Werften von San Marco in Triest besetzt; am 29. Mai mündet der Kampf auf den Werften von Palermo in den Generalstreik; bei Piaggio in Pontedera werden Delegierte gewählt und auch bei Pettinatura Italiana in Biella bilden sich im Verlauf eines sehr harten und politischen Kampfes auf natürliche Weise Abteilungsdelegierte. In Pulien radikalisiert sich die Tagelöhner-Bewegung: landwirtschaftliche Betriebe werden besetzt; man fordert die direkte Demokratie, ganze Ortschaften werden durch die Kämpfe paralysiert. Die Arbeiter sind nicht mehr durch Lohnzugeständnisse zu besänftigen, sie fordern: Arbeitermacht.
Im Juli findet in Turin das »Nationale Treffen der Arbeiteravantgarden« statt. Auf diesem Treffen wird deutlich, in welcher Verwirrung und in welch ohnmächtigem Zustand sich die außerparlamentarischen linken Gruppen befinden. Zwar sind sie durch ihre radikale Konfliktstrategie oft in der Lage, einen Kampf auf den Höhepunkt zu treiben, aber dann sind sie absolut unfähig, ihm eine langfristige Perspektive zu geben und sich als eine Avantgarde zu organisieren, die für die Massen ein Minimum an Glaubwürdigkeit besitzt. Auf der anderen Seite verstärkt sich die defensive und reformistische Tendenz der Politik der KPI. So scheint es, daß das politische Potential dieser Kämpfe am ehesten in dem riesigen Sammelbecken der Gewerkschaften aufgefangen wird, denn diese machen – vor allem an der Basis, aber nicht nur dort – einen tiefen Umwälzungsprozeß durch, in dem Keime eines revolutionären Syndikalismus stecken.
Die linken Gruppen aber, die Anfang 1968, als die Gewerkschaften noch bürokratisch und gemäßigt waren, nichts gegen Kontakte oder die Zusammenarbeit mit ihnen hatten, stellen heute die Gewerkschaften als einen Hauptfeind der Arbeiterklasse dar und nennen sie in einem Atem mit den Unternehmern und der Polizei.

Herbst 1969

Durch die Spaltung der PSI im Juli war die Centro-Sinistra Regierung unter Rumor zu Fall gebracht worden. So geht man nun mit einer zweiten provisorischen Regierung in den »heißen Herbst«, an der sich nur die Christdemokraten beteiligen und die wieder von Rumor geführt wird. Eine schwache Regierung in einer Zeit sich verschärfender Klassenkämpfe.

Die Erneuerung von 36 Tarifverträgen für 4½ Millionen Arbeiter steht auf der Tagesordnung. Die wichtigsten Gruppen sind: die Bauarbeiter (900 000), die Chemiearbeiter (250 000) und die Metallarbeiter (1 300 000).

Die Streiks der Bauarbeiter verlaufen in der Form von nationalen Generalstreiks der Branche; die Streikformen der Metallarbeiter sind vielfältiger: abgesehen von nationalen und regionalen Generalstreiks werden stundenweise Streiks auf Betriebsebene organisiert. Die erfolgreichen betrieblichen Kämpfe werden außerdem von heftigen Auseinandersetzungen außerhalb der Fabrik begleitet: 20 000 Metallarbeiter demonstrieren in Mirafiori, 100 000 in Rom.

Der Forderungskatalog der Metallarbeiter ist hart und eindeutig: Erhöhung des Stundenlohns um 75 Lire, 40-Stundenwoche, soziale Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, Versammlungsrecht in der Fabrik.

Das größte Problem für die Unternehmer ist die Verhinderung von Schachbrett-Streiks. Sie sind bereit, Lohnzugeständnisse zu machen, aber nach Abschluß des Vertrages muß der soziale Frieden wiederhergestellt werden. Um sich eine starke Position zu verschaffen, geht die Fiat-Spitze zum Angriff über und sperrt nach dem Streik der 800 Arbeiter der Werkstatt 32 am 3. September 27 000 Arbeiter aus. Diese Provokation wird für die Arbeiter zu einer Prinzipienfrage. Lohnforderungen sind zwar notwendig, reichen aber nicht aus; entscheidend ist, daß die Arbeiter im Betrieb mehr Macht bekommen, damit die Unternehmer sich den höheren Lohn nicht durch verschärfte Ausbeutung wieder zurückholen. Also muß der Tarifkampf mit Schachbrettstreiks, Delegiertenversammlungen, Einschränkungen der Produktion und Verweigerung von Überstunden geführt werden. Die Metallgewerkschaften verlegen den Tarifkampf vor und rufen Anfang September den ersten Generalstreik der Metallarbeiter aus. Bereits am 25. September gibt es einen weiteren Generalstreik, dessen Höhepunkt eine Demonstration von 600 000 Metallarbeitern in Turin bildet. Anfang Oktober wird der Schachbrettstreik verstärkt, worauf Agnelli mit der Schließung droht. Schließlich kommt es sogar zu Polizeieingriffen innerhalb der Fabrik, aber die Streikposten sind unerbittlich; man versucht jetzt auch, die Angestellten in den Streik einzubeziehen;

die Umzüge in der Fabrik werden militanter. Das Unternehmen fährt fort, Arbeiter auszusperren, und erstattet Anzeige, etwa 200 Arbeiter sind davon betroffen. Die Gewerkschaften erklären, daß sie nicht bereit sind, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, wenn Fiat nicht sofort die Aussperrungen zurücknimmt. Agnelli muß nachgeben.

In dieser Zeit – während auch die Chemiearbeiter, die Eisenbahner, das Krankenhauspersonal und die Bauarbeiter streiken – werden mehrere Regional- und Generalstreiks gegen die Erhöhung der Lebenshaltungskosten durchgeführt. Hier einige Daten: am 17. Oktober Generalstreik und Demonstration von über 20 000 Arbeitern in Neapel; am 18. Oktober nationaler Generalstreik der Metall- und Bauarbeiter und Generalstreik gegen die Erhöhung der Lebenshaltungskosten in Genua; am 28. November schließlich die gewaltige Demonstration von 100 000 Metallarbeitern in Rom.

Der Kampf bei Fiat ist erbittert und schwierig geworden; nur der Delegiertenrat, der regelmäßig jeden Samstag tagt, behält die Kontrolle in der verwirrenden Situation. Die größte Krise entsteht durch die Auseinandersetzung über den Aufruf der Gewerkschaften, den Schachbrettstreik einzuschränken, um weitere Aussperrungen zu verhindern. Dem steht die Entschlossenheit vieler Arbeiter zum unbefristeten Streik entgegen, der seinerseits die Gefahr in sich birgt, die Arbeiter so auszulaugen, daß sie schließlich irgendeinem ungünstigen Abkommen zustimmen. (Der Lohn der Metallarbeiter ist innerhalb von drei Monaten um 40% gefallen, sie bringen kaum mehr als 60 000 Lire pro Monat nach Hause.) Am 29. November findet eine sehr wichtige und politisch fortschrittliche Sitzung der Delegiertenräte von Fiat-Mirafiori statt. Mehrheitlich wird die Fortsetzung des Schachbrettstreiks in den Werkstätten beschlossen: »Wenn Fiat hart reagiert, werden wir entsprechend antworten.«

Während im Dezember der Kampf der Arbeiter in ganz Italien immer entschiedener und härter wird, passieren die Bombenanschläge in Mailand und Rom (am 12. Dezember); die Jagd auf die Anarchisten beginnt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß hinter den Morden in Mailand die Pläne zu einer Gegenoffensive bestimmter Kräfte in der Wirtschaft und bei den Carabinieri stehen; auf diese Weise soll der Widerstand einer »schweigenden Mehrheit« gegen die kämpfenden Arbeiter angestachelt werden. Rumor ruft sofort die Parteien des Centro sinistra zusammen und droht mit der Regierungskrise, wenn die frühere Koalitionsregierung nicht wieder hergestellt wird.

In diesem Klima werden die Kämpfe der Metallarbeiter kurz vor Weihnachten durch einen neuen Vertrag vorläufig abgeschlossen.

Schließlich soll noch auf einige Kämpfe im Süden hingewiesen werden, in denen sich gezeigt hat, daß die proletarische Revolte in den unterentwik-

kelten Gebieten nicht auf plötzlich aufflackernde Ausbrüche beschränkt bleibt und daß sie nicht notwendigerweise zu einer Bewegung werden muß, die von reaktionären Kräften gesteuert wird. Zwei Beispiele sollen genannt werden: die Bewegung in Luciana, einem der rückständigsten Randgebiete Italiens, und der Kampf in Orgosolo im Herzen Sardiniens.
Luciana besteht aus zwei Provinzen; die Hauptstädte, Potenza und Matera, sind zwei Kleinstädte (jeweils 50 000 Einwohner), deren Bevölkerung sich aus Bauarbeitern, Beamten, Bürokraten und aus vielen Arbeitslosen zusammensetzt. Insgesamt gibt es in Luciana 50 000 Arbeitslose – bei 600 000 Einwohnern und 200 000 Auswanderern in den letzten zehn Jahren. Hier liegt das feudale Herrschaftsgebiet und auch der Wahlbezirk des tüchtigen Technokraten Colombo; seine Macht stützt sich auf die Stimmen dieser verzweifelten Massen, die ihnen durch Demagogie und Korruption abgepreßt werden.
Am 24. Oktober 1969 gibt es einen regionalen Generalstreik wegen der Arbeitslosigkeit, am 19. November einen wegen der Wohnungsbaureform und gegen die hohen Mieten. Es kommt zu ersten Unruhen in den Schulen, bei denen sich Basiskomitees herausbilden. Der Slogan der protestierenden Schüler heißt: »Lernen wir für ein Arbeitslosendiplom?« In Matera kommt es zu gewaltigen Massendemonstrationen. Und in den ländlichen Bezirken werden Versammlungen abgehalten, auf denen über Kanalisation, Straßenbau, Fruchtbarmachung des Bodens und die Schaffung von Arbeitsplätzen diskutiert wird.
Auf einer Versammlung von Arbeitern, Landarbeitern, Bauern und Schülern am 24. Februar 1970 bildet sich ein ständiges Kampfkomitee. Es ruft für den folgenden Tag zu Versammlungen in den Schulen, auf dem Land, in den Fabriken und auch in den Bürohäusern auf. Folgende Forderungen sollen diskutiert werden: direkte Demokratie gegen die Korruption und die Abhängigkeit von den Unternehmern; Schaffung von neuen Arbeitsplätzen; Kontrolle des Arbeitsmarktes durch Arbeiter- und Bauernkomitees. Aus dieser Volksversammlungs-Bewegung entwickelt sich ein neuer Generalstreik, der am 27. Februar die ganze Provinz Potenza lahmlegt, und an dem sich mehr als 6000 aktiv beteiligen. Das inzwischen gebildete Kampfkomitee vergrößert sich ständig, weil immer neue Delegationen von Schülern, Arbeitern und Landarbeitern aus den entfernteren Randgebieten und den benachbarten Städten dazukommen.
Diese politische Massenbewegung, deren Struktur bestimmt ist durch die Versammlungen und Komitees, die Arbeiter, Landarbeiter und Schüler in einer antikapitalistischen Front vereinigen, breitet sich innerhalb weniger Monate auf die ganze Region aus. Aber die Angst der KPI vor einer Verschärfung der Kämpfe und ihr erfolgreicher Versuch, eine »Lösung von oben« duchzusetzen, würgen diese Ansätze schnell wieder ab.

Noch ein kurzer Bericht über die Kämpfe in Orgosolo:
Am Morgen des 11. November findet, gründlich vorbereitet durch Flugblätter und Wandzeitungen, eine Versammlung der ganzen Bevölkerung auf dem Dorfplatz statt; die Versammelten beschließen, das Rathaus zu besetzen und in »Casa del Popolo« umzubenennen. Die Arbeiter und Hirten lassen sich im Sitzungssaal nieder und ernennen sich zur ständigen Volksversammlung (Assemblea popolare). Ihre Hauptparole ist: »Wir kämpfen für die Sicherheit der Arbeitsplätze, gegen die hohe Mieten und Steuern. Wir werden den Boden den Besitzern entreißen, die ihn nicht bearbeiten, und die Schule der Herrschenden abschaffen. Schließlich werden wir der bürgerlichen Klasse die ganze Macht entreißen, um eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen. Dieser Kampf muß von den Arbeitern, Hirten und Studenten selbst geführt werden.«
Was hat diesen radikalen Kampf der Bevölkerung von Orgosolo ausgelöst? Unter dem Vorwand, das Banditentum zu bekämpfen, versuchen die Herrschenden, die ganze Barbagia zu entvölkern, die Hirten und Landarbeiter zu verjagen und dieses Land in ein Naturschutzgebiet bzw. ein militärisches Übungsgebiet umzuwandeln. Schon seit längerer Zeit befand sich Orgosolo dadurch in einem quasi-militärischen Belagerungszustand.
Dieser erste Kampf, in dem sich eine enge Verbindung zwischen der Avantgarde der intellektuellen Jugend Orgosolos und der übrigen Bevölkerung herstellte, ist der Beginn einer Reihe von Auseinandersetzungen.
Als die Weiden von Pratabello in ein militärisches Übungsgebiet umgewandelt werden sollen, erreicht der Kampf mit der Besetzung dieser Weiden seinen Höhepunkt. Armee-Einheiten mit Panzern und Kanonen rükken am 27. Mai 1969 an und fordern die Hirten auf, das Gebiet zu verlassen. Die Assemblea popolare tritt zusammen und ruft zu einer Kampfdemonstration zum Truppenlagerplatz am 9. Juni auf. Tausende setzen sich mit allen möglichen Fahrzeugen in Bewegung und besetzen schließlich den Übungsplatz der Truppen. Sie fordern: »Freie Weiden, frei von Herren und Kanonen«, »Düngemittel statt Kanonen«. Hirten, Arbeiter, Studenten und Frauen werden von der Polizei gejagt. Aber die äußerst flexible Besetzung, der aktive Widerstand, hält tagelang an. Zerstreute bewegliche Gruppen, über etwa 8000 Hektar Land verteilt, halten das Militär in Schach, das auf der Jagd nach den Demonstranten mit Hubschraubern und Geländefahrzeugen operiert. Der Kampf bleibt jedoch isoliert; die Öffentlichkeit erregt sich über diesen »Angriff auf das Militär«. Schließlich versuchen politische und gewerkschaftliche Kräfte zu vermitteln. Ihr Vorschlag läuft darauf hinaus, denjenigen Hirten, die ihre Weiden dem Militär zur Verfügung stellen, eine hohe Entschädigung zu zahlen. Diese Lösung zerstört die Einheit der Bevölkerung von Orgosolo; die politischen Inhalte ihres Kampfes sind dadurch verspielt.

1970 gibt die KPI die Parole aus: »Vom Kampf in den Betrieben zum Kampf für die Reformen«. Auch die Unternehmer hoffen, nach zwei für sie so verlustreichen Jahren mit einem Jahr des Waffenstillstands rechnen zu können. Aber der »soziale Frieden« findet nicht statt; die direkte Aktion der Massen hat eine Dynamik entwickelt, die nicht mehr zu bremsen ist.

Abgesehen von großen Tarifkämpfen in der Textilindustrie (650 000 Arbeiter), in der Holz- und Kunstfaserindustrie gibt es auch wieder wichtige Kämpfe bei Fiat: die Produktion erreicht den früheren Stand nicht wieder, sondern bleibt weiter rückläufig. Vier Monate ziehen sich die Kämpfe der Metallarbeiter bei Piaggio und Italsider hin.

In dieser Situation scheint sich nun die Kapitalistenklasse auf reaktionäre Positionen zu einigen. Am Vorabend des Generalstreiks für die Reformen am 7. Juli erklärt Rumor seinen Rücktritt. Die Gewerkschaften setzen den Streik aus und die KPI erklärt sich am 8. Juli bereit, unter bestimmten Bedingungen die Wiederaufnahme der Produktion zu unterstützen. So wird bei Fiat ein Abkommen geschlossen, das im Austausch gegen Lohnerhöhungen die geforderte Arbeitszeitverkürzung aufschiebt. Der kampflose Rückzug der linken Parteien, die im Parlament friedlich gegen die Regierung opponieren, gibt der Regierung Colombo freie Hand, die Massen brutal zu unterdrücken. Es häufen sich die Dekrete und Polizeimaßnahmen, die faschistischen Provokationen nehmen zu, es gibt zahlreiche Schließungen und Entlassungen in den Fabriken. Dennoch werden die Kämpfe fortgeführt; sie zersplittern sich, bleiben aber weiterhin hart, wie der Herbst 1970 zeigen wird: in den erbitterten Auseinandersetzungen um einen neuen Gummitarifvertrag, den heftigen Tarifkämpfen in der Schuhindustrie, der Wiederaufnahme der Kämpfe bei Piaggio und Italsider und bei den großen Industrieunternehmen von Mailand (Alfa Romeo, Candy, Borletti, Philips, Falk, Autobianchi). Auch in Porto Marghera dauern die Unruhen an: am 2. Oktober wird Châtillon geschlossen, am 22. Oktober ist Generalstreik in ganz Venetien. Die Gewerkschaften rufen den Generalstreik für die Reformen aus: es geht um die Wohnungs- und Steuerreform und um Reformen im Gesundheitswesen.

In dieser Situation päppelt die herrschende Klasse die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit zum Gespenst auf, das einzige Mittel – glauben sie –, um den italienischen Arbeitern »die Freude an der Arbeit« wieder beizubringen.

Quarthefte & -platten

Kurt Bartsch
Die Lachmaschine
Gedichte, Songs, ein Prosafragment
Quartheft 50. 72 Seiten. DM 5.80

Hartmut Lange
Die Ermordung des Aias oder Ein Diskurs über das Holzhacken
Stück in drei Akten
Quartheft 51. 72 Seiten. DM 5.80

Benno Meyer-Wehlack
Modderkrebse
Stück über einen Bau
Quartheft 52. 72 Seiten. DM 5.80

Floh de Cologne
Profitgeier u. a. Vögel
Agitationstexte, Lieder, Berichte
Quartheft 53. 84 Seiten. DM 5.80

Ernst Jandl
hosi + anna
Sprechgedichte. Mit Textplakat
Quartplatte 6. 17 cm ø. DM 8.–

ist die Banane krumm?
Schallplatte für Kinder
Mit Texten und Liedern von Bichsel, Biermann, Floh de Cologne, Fuchs, Jandl, Lettau, Reinig, Rühmkorf, Herburger
Mit Textplakat
Quartplatte 7. 30 cm ø. DM 12.–

Verlag Klaus Wagenbach **Berlin**

Dossier 3:
Die Häuserbesetzung in der Via Tibaldi (Mailand)

Vorbemerkung

Die Häuserbesetzung in der Via Tibaldi ist in vieler Hinsicht ein Lehrstück für den nicht-reformistischen Kampf in den großen Städten. Verlauf und Ergebnis dieses Kampfes zeigen, wie aus der Aktion von vierzig, zum Kampf um die Wohnung entschlossenen Familien ein richtiger Volkskampf wird, in den Schritt für Schritt alle Kräfte der Klassengesellschaft verwickelt werden. Am Anfang steht die Besetzung zweier Appartementhäuser durch 40 obdachlose Familien, am Ende die größte Demonstration dieser Jahre in Mailand, die erste, die alle Kräfte und Gruppierungen der nicht-reformistischen Linken außerhalb und innerhalb der Gewerkschaften und Parteien vereinheitlicht. Die einzelnen Stufen, die Vorwärts- und Rückwärtssprünge dieses Prozesses machen sichtbar, an welchen Punkten welche gesellschaftlichen Kräfte mit welchen Bedürfnissen und Zielen in den Kampf gerissen werden. Arbeiter, Studenten, Gewerkschaften, Parteien, Bürgermeister, Polizei – jeder spielt seine Rolle bis zu Ende durch und verändert sich, indem er sie spielt. Schließlich ist die Stadt in zwei feindliche Heerlager gespalten, die, wenn auch nur für einen kurzen Augenblick, das Gesamtpotential der Kräfte vorführen, über das sie in der gegenwärtigen Phase verfügen.

Der italienische Klassenkampf produziert immer neue Schauplätze, auf denen er den Massen anhand alltäglicher Anlässe den Grundwiderspruch der Gesellschaft zeigt. Ist der Widerspruch deutlich geworden, sind seine Darsteller erschöpft, richtet sich der Scheinwerfer schon auf eine andere Stelle, und ein neues Lehrstück beginnt. Wie war es möglich, daß die heftigen und grundsätzlichen Streitgespräche, die die Häuserbesetzung in der Via Tibaldi zunächst nur bei den Nachbarn auslöste und aus Spaziergängern politische Parteien machte, sich im gesellschaftlichen Maßstab wiederholten? Was kam alles zusammen, daß die Parolen der vierzig Familien die versteinerten Klassenstrukturen einer riesigen Stadt zum Tanzen brachten?

Das Subjekt des Kampfes ist nicht eine politische Gruppe oder Partei, die »im Namen« der vierzig Familien handelt. Die Entscheidung für die Besetzung und über den weiteren Kampfverlauf trifft die Versammlung der Familiendelegierten, die bis zum Schluß autonomes Entscheidungsorgan bleibt. Selbstverständlich ist die Besetzung nicht der spontane Ein-

fall einiger verzweifelter Familien, wie es später die *Unità* hinstellt. Die meisten Familien arbeiten in den großen Betrieben Mailands. In den betrieblichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre und durch die Arbeit der linken Gruppen in den Wohnvierteln, hauptsächlich durch Lotta continua, sind sie politisiert worden. Aber sie machen die Besetzung nicht als Militante von Lotta continua oder einer anderen Gruppe. Umgekehrt: die neue Linke garantiert die Autonomie des Kampfes der vierzig Familien und führt ihn, insofern sie diese Autonomie gegen die Angriffe der offiziellen Parteien verteidigt. Nicht die neue Linke vereinheitlicht den Kampf der Proletarier, sondern der autonome Kampf der vierzig Familien vereinheitlicht die neue Linke. Daß die Betroffenen in erster Person handeln, ist der eigentliche Skandal für die bürgerlichen Parteien und für die kommunistische Partei, es ist gleichzeitig der Grund für die begeisterte Zustimmung des Mailänder Proletariats. Die KPI hatte, solange die 40 Familien noch isoliert waren, die Besetzung als eine unverantwortliche und unpolitische Aktion bezeichnet. Was soll das, hatte sie argumentiert, einfach leerstehende Häuser zu besetzen! Wenn das alle machen würden! In dem Moment aber, da sich Millionen in dem Kampf der vierzig Familien wiedererkennen, ist die KPI die erste, die außerplanmäßige Beschaffung von 200 Wohnungen für die Obdachlosen zu billigen. Beidesmal tritt sie den Familien als Schranke entgegen. Erst verurteilt sie im Namen der politischen Bedürfnisse des Proletariats die Artikulation eines ganz rohen, praktischen Bedürfnisses, dann sucht sie im Namen dieses ganz praktischen Bedürfnisses zu verhindern, daß es sich und die Massen politisiert. Beidesmal wendet sich die reformistische Politik gegen die eigentliche Produktivkraft dieses Kampfes: seine Autonomie.

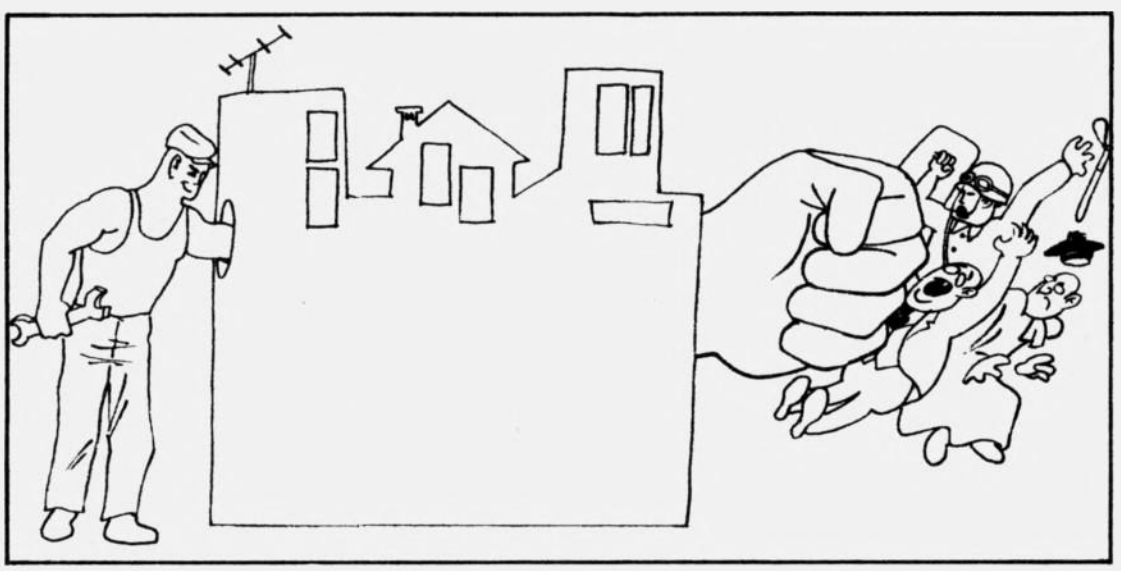
Die vierzig Familien wollen Wohnungen und sie wollen nicht mehr warten. Mehr wollen sie zunächst gar nicht. Sie wollen mit ihrer Aktion nicht beweisen, was auf den Wandzeitungen vor den besetzten Häusern steht: daß alle zusammen, die Unternehmer, die Spekulanten, die parlamentarischen Parteien und die Gewerkschaften den Proletariern die anständigen Wohnungen verweigern. Sie wollen aber auch nicht das Gegenteil beweisen. Was sie zeigen wollen, ist genau das, was sie tun: sie haben ein Recht auf Wohnung, und wenn sie keine Wohnungen bekommen, dann nehmen sie sie.

Der wichtigste Beitrag der linken Gruppen besteht in dieser Anfangsphase darin, die materiellen Bedingungen für den Kampf der Familien zu sichern: Essen, Kleider, Decken, Licht beschaffen. Schon nach wenigen Tagen lernen die Familien, daß es unmöglich ist, einfach zwei Häuser zu besetzen, und nichts weiter als Wohnungen zu fordern. Der Bürgermeister läßt die Familien aus dem Rathaus werfen, die KPI spricht von den sek-

tiererischen Gruppeninteressen der Familien, 2000 Polizisten werden gegen vierzig Familien losgelassen. Ob sie wollen oder nicht, die Familien müssen ihr Bedürfnis nach anständigen Wohnungen weiterentwickeln und es gegen den Bürgermeister, die KPI, die Polizei wenden.

Die Strategie für diesen Kampf können die Familien unmöglich allein entwerfen und durchführen. Die politischen Avantgarden, die den Kampf um die Wohnung unterstützen und das Vertrauen der Familien gewonnen haben, erweitern und politisieren den Kampf. Freilich darf man nicht allein die Parolen, die die linken Gruppen in den Kampf der Familien tragen, als Beweis dafür nehmen, daß es sich tatsächlich um einen politischen Kampf handelt. Man kann jahrelang mit Parolen für die Diktatur des Proletariats und gegen den Reformismus herumlaufen, ohne eine einzige Wohnung zu erobern. Revolutionär ist der Kampf durch die unbedingte Konkretheit seines Zieles und die Konkretheit seines Kampfmittels. Nicht weil sie gegen den kapitalistischen Staat und den Revisionsismus kämpfen wollen, besetzen die Familien die Häuser in der Via Tibaldi, sondern: um ihr Recht auf anständige Wohnungen durchzusetzen, müssen sie, wie sich herausstellt, auch den Kampf gegen den kapitalistischen Staat und den Revisionismus aufnehmen. Die Unaufschiebbarkeit dieses Bedürfnisses und nicht eine plötzliche theoretische Klärung einigt die Linke. Am Ende haben beide, die proletarischen Familien und die linken Gruppen etwas gelernt, was sie vorher vielleicht vorhersehen, aber nicht wissen konnten: die Familien, daß man die Wohnungen nicht wollen kann, ohne gleichzeitig den Sturz der Bourgeoisie und aller Kräfte, die sie stützen, zu wollen; die linken Gruppen, daß man die Revolution nicht wollen kann, ohne sich mit den unmittelbaren Forderungen der Massen zu identifizieren und ihnen bei ihrer Durchsetzung zu helfen.

Peter Schneider



Proletarische Wohnungspolitik

40 Familien besetzen in Mailand Luxuswohnungen

Gestern früh um 5.45 Uhr haben 40 Arbeiterfamilien ein Haus des neuen Wohnblocks des Istituto Autonomo Case Popolari in der via Tibaldi besetzt.
Diese Familien haben vorher in alten baufälligen Häusern, in Baracken oder in viel zu teuren Wohnungen in den Vorstädten gewohnt. Mit der Häuserbesetzung wollen sie ihr Recht auf eine angemessene und bezahlbare Wohnung mit entsprechenden sanitären Anlagen durchsetzen. Sie sind entschlossen, sich kollektiv zu organisieren, um ihre Probleme zu lösen; sie wollen nicht länger auf irgendwelchen Wartelisten stehen, sondern aus ihrer neu gewonnenen Machtposition mit IACP verhandeln.
Diese Familien sind schon seit langem von den Genossen, vor allem von Lotta continua, mobilisiert worden. Auch in den Betrieben und den benachbarten Schulen haben sie Solidarität und Hilfe gefunden.

(*Il Manifesto*, 2. 6. 1971)

40 Familien haben mit einer Besetzung auf die reformistische Wohnungspolitik geantwortet

Die 40 Arbeiterfamilien, die gestern früh das Haus in der via Tibaldi besetzt haben, kommen in ihrer Aktion voran. Das besetzte Haus ist ein neues noch unfertiges Gebäude; Bauherr ist das Istituto Autonomo Case Popolari, das die Wohnungen zum Verkauf anbietet (es sind Luxuswohnungen, jede kostet 20 Millionen Lire).
Dazu die Arbeiterfamilien: »Das IACP baut mit dem Geld der Proletarier Luxuswohnungen, in denen Proletarier niemals wohnen können.« Jetzt wehen rote Fahnen auf dem besetzten Haus, und ein Plakat am Eingang verkündet: »Die KPI ruht sich aus bei der Wohnungsreform – die Proletarier kämpfen.«
Die Familien (insgesamt 200 Personen) sind Arbeiter von Pirelli, Brion Varga und aus anderen Fabriken; die meisten sind vor nicht allzu langer Zeit aus dem Süden zugezogen. Einige von ihnen hatten vor der Besetzung zwar schon eine anständige Wohnung, aber sie konnten die hohen Mieten nicht bezahlen und mußten sie deshalb räumen; deshalb haben auch sie sich der Besetzung gestern angeschlossen.
»Wir wollen nicht hier bleiben, denn das Haus ist noch nicht fertig; Wasser, Licht, sanitäre Anlagen – alles fehlt noch. Selbst wenn die Polizei nicht sofort eingreift und uns rausschmeißt, können wir hier nicht länger bleiben. Wir brauchen Wohnungen, und die müssen sie uns geben. Immer wieder haben wir Wohnungen gefordert; einige von uns haben schon vor mehr als vier Jahren Anträge an das IACP gestellt. Aber dann haben wir gesehen, daß nicht nur wir dieses Problem haben, es betrifft viele von uns.

Deshalb haben wir uns organisiert, zuerst innerhalb eines Häuserblocks. Wir haben Versammlungen gemacht und Verantwortliche gewählt. Dann haben wir uns mit weiteren Familien zusammengeschlossen, um eine gemeinsame Aktion zu machen. Um uns zu spalten, hat man einigen von uns eine Wohnung angeboten; aber wir haben uns geweigert, das Problem individuell zu lösen: alle müssen eine Wohnung bekommen.
So haben wir alle gemeinsam diese Besetzung beschlossen: wir haben es satt, noch länger zu warten; was sie uns nicht geben, das nehmen wir uns.«
Inzwischen versuchen alle, das Haus ein bißchen wohnlicher zu machen und die notwendigsten Dinge zu besorgen. Im ersten Stock sind eine Kantine und ein technischer Versorgungsraum eingerichtet worden. Außerdem ist ein Solidaritätsfonds eingerichtet worden.
Vor dem Haus stehen ständig einige Genossen von Lotta continua und anderen linken Gruppen Wache. Sie organisieren auch die Mobilisierung und Propaganda in den Stadtteilen. Die traditionellen politischen Kräfte reagieren kalt und zynisch. Die *Unità* von heute wirft den Besetzern vor, ihre Aktion sei »unfruchtbar« und werde von sektiererischen Gruppen manipuliert; die Zeitung der KPI schreibt: »Die Mechanismen, die den Arbeitern das Recht auf eine anständige Wohnung verweigern, sind viel zu kompliziert und mächtig, als daß man sie mit einer simplen Besetzung außer Kraft setzen könnte, einer Besetzung von unfertigen Wohnungen, die dazu noch Volkseigentum sind. Die Millionen italienischen (und Mailänder) Arbeiter, die eine wirkliche Kraft sind, machen keine Häuserbesetzungen, sondern sie kämpfen geduldig für eine neue Wohnungspolitik, damit das Problem nicht nur für ein paar Familien, sondern für alle gelöst werden kann.«
Hat die KPI etwa in den vergangenen Jahren eine »fruchtbarere« Kampfform vorgeschlagen? Hat sie denn wirklich gekämpft, um diese »komplizierten Mechanismen« zu zerschlagen? Das ewige und erfolglose Hin und Her um das Reformgesetz belehrt uns vom Gegenteil.

(Sandro Bianchi, in: *Il Manifesto*, 3. 6. 1971)

Der Kampf dehnt sich aus. Immer mehr Proletarier beteiligen sich an der Besetzung

Die Nachricht von der Besetzung hat sich wie ein Lauffeuer in den proletarischen Stadtteilen verbreitet. Weitere Familien haben ihre Baracken, in denen sie bisher gehaust haben, aufgegeben und sich der Besetzung angeschlossen.
Jetzt halten schon 53 Familien das Haus des IACP besetzt. Das IACP aber hüllt sich in Schweigen und teilt nur mit, es habe das Problem dem

Bürgermeister und der Gemeindeversammlung überantwortet, die heute nachmittag um 17.00 Uhr tagt, um die Sache zu prüfen. Die Delegierten der Familien haben härtere Kampfformen angedroht, falls die Gemeindeverwaltung ihre Sache verschleppt. Gestern haben sie eine Demonstration gemacht: »Wohnungen sofort!«, »Die Miete zahlt man nicht, die Wohnung nimmt man sich«, »Nein zu den Kündigungen, ja zu den Besetzungen: die Kapitalisten sollen die Krise bezahlen!« – mit diesen Parolen sind Hunderte von Demonstranten durch die umliegenden Straßen gezogen. Inzwischen hat eine Familie ganz allein ein anderes, altes Haus in der via Tibaldi besetzt.

(Il Manifesto, 4. 6. 1971)

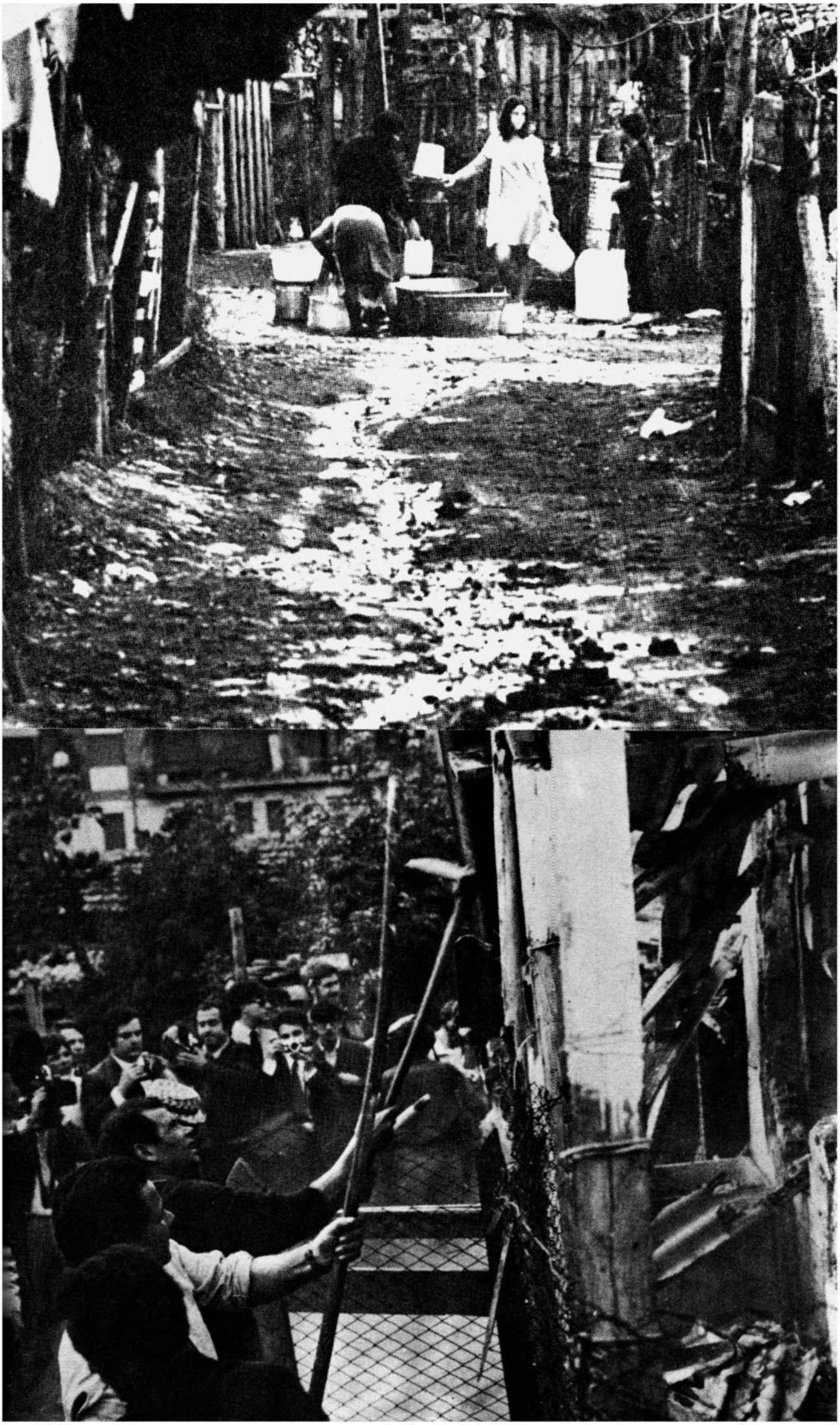
Die Familien aus dem besetzten Haus in der via Tibaldi demonstrieren vor dem Rathaus

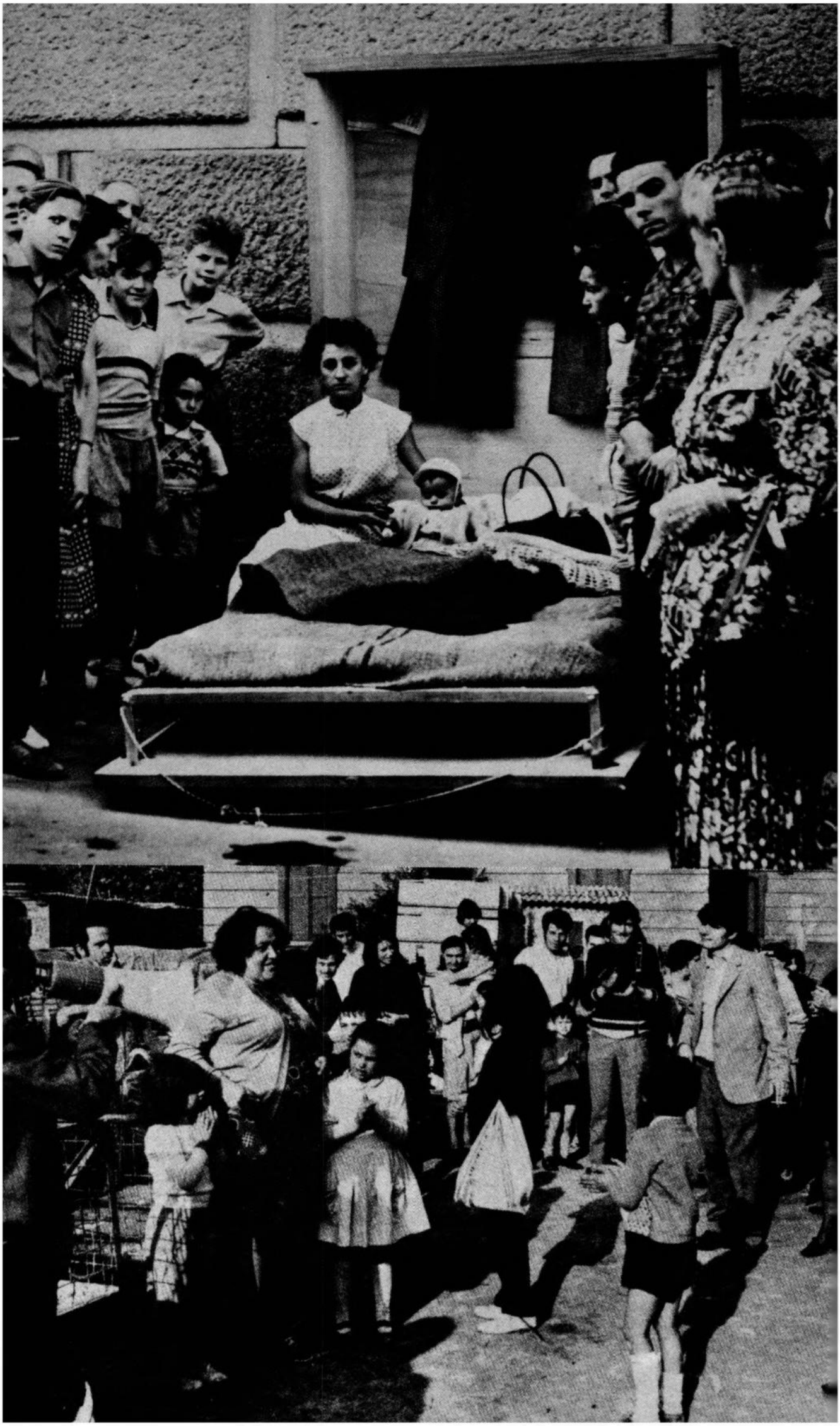
Am Donnerstag haben die Familien, die das Haus in der via Tibaldi besetzt halten, ein Go-in im Palazzo Marino, dem Sitz der Gemeindeverwaltung, gemacht. Der Bürgermeister Aniasi hat es nicht für nötig befunden, die Proletarier zu empfangen – vielleicht war er beleidigt, weil seit einigen Tagen vor dem Eingang des besetzten Hauses ein Hampelmann baumelt, mit einem Schild um den Hals: »Aniasi, du kriechst den Kapitalisten in den Arsch«. Im Gegenteil, da die Proletarier schließlich die heilige Ordnung des Palazzo Marino empfindlich störten, wurden sie von den Stadtwachen auf die Straße geworfen; auf dem Platz gegenüber machten Polizisten und Carabinieri sich einsatzbereit.

Durch die Besetzung in der via Tibaldi ist das Wohnungsproblem wieder zum Thema Nummer 1 geworden und die politischen Kräfte werden gezwungen, sich in aller Öffentlichkeit zu kompromittieren.

Die KPI wirft den Besetzern permanent vor, sie hätten sich in ihrer Verzweiflung von bestimmten Individuen benutzen lassen, die nur ihr eigenes Süppchen kochen wollten; sie stellt aber auch fest, daß es bereits die dritte Besetzung innerhalb weniger Monate ist. Daher fordert sie die Verwaltung auf, zwei Aufgaben in Angriff zu nehmen: erstens soll jeder Polizeieinsatz vermieden werden; zweitens soll die Gemeinde für die zahlreichen Einwanderer aus dem Süden, die kein Dach über dem Kopf haben, leere Wohnungen beschaffen. Auch die PSI hat sich in diesem Sinn geäußert und hat vorgeschlagen, man soll die 700 leeren Wohnungen im Bezirk Pieve Emanuele dazu benutzen. Die PSIUP hat die Spekulationen des Istituto Autonomo Case Popolari (IACP) angeprangert; es lasse die alten Häuser abreißen und neue luxuriöse Häuser bauen, die wegen der hohen Kosten nur für die Mittelschichten in Frage kämen und nicht für die Arbeiterfamilien.

Wie auch immer. Bisher ist noch keine praktische Entscheidung gefallen





40 proletarische Familien haben dieses Haus besetzt. – Die Reform machen wir so: nicht bezahlen . . .

Die Häuser gehören uns. Die ganze Stadt gehört uns.

und die Familien leben weiter in dem besetzten Haus und verstärken ihren Kampf. Am Donnerstag Nachmittag haben sie die Straßen blokkiert, um die Öffentlichkeit über ihre Aktion aufzuklären und Solidarität zu fordern. Durch die Blockaden hat es starke Verkehrstauungen gegeben, aber die Bevölkerung war ganz und gar nicht verärgert, wie die bürgerliche Presse uns weismachen will. Abgesehen von einigen Dauerhupern haben die meisten Geld für die Familien gespendet.

(Sandro Bianchi, in: *Il Manifesto*, 5. 6. 1971)

JEDER HAT DAS RECHT AUF EINE WOHNUNG; IM NAMEN DIESES RECHTS MÜSSEN WIR GEGEN DIE GESETZE UND INSTITUTIONEN DER BOURGEOISIE REBELLIEREN. DER KAMPF UM DIESES RECHT MUSS ZU EINER MASSENBEWEGUNG WERDEN.

2000 Polizisten gegen 40 Familien. Aber inzwischen haben schon 30 000 Mailänder Mieter ihre Mieten selber gesenkt.

Alles hat ganz früh am Sonntag Morgen begonnen. Etwa 2000 Polizisten waren unerwartet in das besetzte Haus in der via Tibaldi eingedrungen und hatten die Räumung angeordnet. Schlaftrunken haben die Leute keinen Widerstand geleistet. Die Familienväter sind auf Anordnung des Oberstaatsanwalts in grünen Minnas zum Polizeipräsidium abtransportiert worden. Die Frauen und Kinder weigerten sich, in die anderen Polizeiwagen zu steigen; statt dessen haben sie zwei öffentliche Autobusse besetzt; sie wollten zum Rathaus fahren und dort gegen den Polizeieinsatz protestieren.

Die beiden Autobusse fahren los, eskortiert von zwei Funkstreifenwagen. Aber statt zum Rathaus leiten die Bullen die Autobusse zu zwei Obdachlosenasylen; sie versuchen den Frauen diese jämmerlichen Unterkünfte aufzuschwätzen, aber die Frauen weigern sich. Da fragt die Polizei sie nach ihren Adressen und will sie in die Baracken zurücktransportieren, aus denen sie erst vor wenigen Tagen ausgezogen waren, um endlich eine anständige Wohnung zu bekommen. Die weiblichen Polizisten versuchen, Panik zu verbreiten: sie behaupten, es drohe eine Masern-Epedemie, die Kinder müßten unbedingt voneinander getrennt werden; jeder solle in seine alte Wohnung zurückkehren oder eine Unterkunft im Obdachlosenasyl suchen. Aber die Frauen bleiben hart: sie steigen nicht aus und erreichen schließlich, daß sie zur Piazza XXIV Maggio gebracht und dort abgesetzt werden. Nur wenige Schritte davon entfernt ist das Mailänder Büro des *Manifesto*, und genau da wollen sie hin. In der Zwischenzeit haben sich hier alle Genossen der Linken versammelt, um über die nächsten Schritte zu beraten.

Über 170 Personen, Frauen und Kinder, werden, so gut es geht, in dem

großen Zimmer untergebracht. Die Genossen vom Manifesto und von Lotta continua versuchen Geld, Essen und Trinken herbeizuschaffen.
Inzwischen ist es Abend geworden. Für die vielen Kinder muß eine Schlafgelegenheit gefunden werden. In den Räumen des Manifesto können sie unmöglich bleiben, der Platz reicht nicht aus. Also beschließt man, sie zur Architekturfakultät zu bringen, die schon seit Wochen von den Studenten besetzt gehalten wird. Die Familien richten sich in den Hörsälen des obersten Stockwerkes ein; ein Krankensaal wird provisorisch hergerichtet. Endlich können sich alle ausruhen. Am anderen Morgen wird man schon sehen, wie es weitergeht.
Um sieben Uhr abends taucht der Vizepräsident der Polizei auf und erklärt, er wolle in der Fakultät nach dem Rechten sehen. Die Genossen sind einverstanden: soll er ruhig nachsehen, daß alles in Ordnung ist. Aber es kommen immer mehr Polizisten und nach kurzer Zeit sind es 2000. Sie umstellen die Fakultät und brechen nach einer kurzen Warnung in das Gebäude ein, obwohl der Dekan selbst sie daran zu hindern versucht. Die Studenten versuchen, die große Eingangstür zu verbarrikadieren, damit die Frauen und Kinder, die nicht wissen wohin, nicht mitten in der Nacht auf die Straße geworfen werden. Aber es ist schon zu spät. Die Polizisten fangen an zu prügeln, die Verfolgungsjagden beginnen, allgemeines Durcheinander und die Luft ist voll von dem vielen Tränengas.

Die Auseinandersetzungen dauern Stunden, denn inzwischen sind die Leute aus dem ganzen Viertel zusammengelaufen und blockieren zusammen mit den Studenten die Straße. Aber schließlich haben es die Polizisten geschafft: sie schleppen Frauen und Kinder auf die Straße; zahlreiche Studenten werden verhaftet.

Der Plan der Polizei ist klar: den Sonntag ausnutzen, um eine breite Mobilisierung der Bevölkerung zu verhindern. Als die Familien aber in die Architekturfakultät umziehen, gibt es für Polizei und Rektor kein Zögern: um jeden Preis verhindern, daß es zwischen den 40 Familien und den Tausenden Studenten des Polytechnikums zu einem praktischen Bündnis kommt.
Die Stellungnahme der KPI zu diesen Ereignissen ist einigermaßen merkwürdig. Die *Unità* spricht von »einer abenteuerlichen Aktion, bei der die Sicherheit von 40 Familien aufs Spiel gesetzt worden ist«. Nicht ein Wort zu den unglaublichen Angriffen der Polizei; nicht eine Andeutung, daß sie auf der Seite der Familien steht. Sie reagiert mit dem Unverständnis einer Partei, die zu solchen Kämpfen keine Verbindung mehr hat. Sie kann nicht begreifen, welche Bedeutung eine Ausdehnung dieses Kampfes haben könnte: in Mailand gibt es schon mehr als 30 000 Familien, die ihre Mieten nicht mehr bezahlen. Und diese Bewegung breitet sich noch aus. Die Familien der via Tibaldi sind nur eine Avantgarde, sie bilden die kämpferische Vorhut von Tausenden, die nur wenig Verbindung miteinander haben und noch nicht organisiert sind.

Trincale verläßt die KPI

Zu der Versammlung der Studenten und der 40 Familien in der Architekturfakultät ist der berühmte sizilianische Sänger Franco Trincale gekommen und hat erklärt: er sei schon viele Jahre in der Partei, aber angesichts der Stellungnahme der Partei zur Wohnungsreform und der Kommentare der *Unità* zu den Angriffen der Polizei lege er seine Mitgliedschaft in der KPI jetzt nieder, und zwar nicht vor der Partei selbst, sondern mitten im Kampf vor den versammelten Linken.

(Sandro Bianchi, in: *Il Manifesto*, 8. 6. 1971)

Ein Kind der vertriebenen Familien ist gestorben. Der Zorn und die Mobilisierung nehmen zu. Fiom und Fim solidarisieren sich.
Am Samstag findet eine gemeinsame Demonstration aller Gruppen der revolutionären Linken statt.

Heute Morgen – Begräbnis des kleinen Ferretti. Der Widerstand in der Architekturfakultät hält an.
Massimiliano Ferretti, der sieben Monate alte Sohn einer der Obdachlosenfamilien, ist in der Kinderklinik der Universität an einem Lungenödem gestorben; er hatte es sich zugezogen, als die Polizei die Familien aus dem besetzten Haus in der via Tibaldi vertrieb. Der Tod trat am Sonntag Abend um 6 Uhr ein, aber der Vater wurde erst am Dienstag

um 10 Uhr davon unterrichtet. Massimiliano war der Sohn von Ugo Ferretti und Silvana Salice; sie kommen aus Foggia und haben zusammen mit den anderen Familien das Haus in der via Tibaldi besetzt.
Die Familie hatte früher in einer elenden feuchten Behausung zu ebener Erde gewohnt. Die Wohnung bestand aus einem Raum, einer Küche und hatte eine Außentoilette, sie kostete 22 000 Lire im Monat. Da die Familie die Miete nicht mehr aufbringen konnte, hatte sie einen Räumungsbefehl erhalten, der übermorgen in Kraft treten sollte. Das ist die Geschichte der Ferrettis. Massimiliano hatte von Geburt an einen Herzfehler und war bereits zweimal wegen eines Lungenödems im Kinderkrankenhaus. Jedesmal ist er gerettet worden.
Die Ärzte hatten wegen Massimilianos Herzfehler von der Teilnahme an der Besetzung abgeraten. Aber die Eltern bestanden darauf, weil sie davon überzeugt waren, das Kind könne in einer trockenen Wohnung wieder gesund werden. Die Ärzte hatten früher schon mal ein Attest ausgeschrieben: »Das Kind muß normale Lebensbedingungen erhalten; es darf sich nicht in einer Umgebung aufhalten, die gesundheitsschädlich ist, sonst zieht es sich Infektionen zu.«
Am Sonntag Morgen um 5 Uhr war die Polizei in der via Tibaldi erschienen. Von da an saß Massimiliano zusammen mit den andern 3 Stunden auf der Straße, im strömenden Regen und in der Kälte: mit seinem Fieber war er diesen Anstrengungen nicht gewachsen.
Massimiliano ist ein Opfer der Kämpfe gegen das alte Unrecht, das die Proletarier von allen Seiten bedrängt. Die wirklichen Verantwortlichen, die Mörder, sind die Kapitalisten und ihre Lakaien. Und gerade die – so unglaublich es ist – versuchen die Schuld den Proletariern anzuhängen. Es gibt ein Gerücht, daß der Vater tatsächlich verklagt werden soll, weil er sein Kind in die via Tibaldi gebracht hat.
Das Begräbnis soll heute Morgen stattfinden. Die vertriebenen Familien, die Mitglieder der revolutionären Linken und Tausende Studenten des Polytechnikums werden vom Platz vor der Architekturfakultät losgehen: »Mein Sohn wird unter roten Fahnen beerdigt werden«, hat der Vater heute Morgen gesagt.
Gestern haben sich die vertriebenen Familien wieder in der Architekturfakultät versammelt. Der Rat der Fakultät hat am Nachmittag ein Kommunique herausgegeben, worin die Entlassung des Rektors gefordert wird (er trug die Verantwortung für den Polizeieinsatz und die nächtliche Deportation der Familien); außerdem wurde beschlossen, ein ständiges Seminar über Wohnungsprobleme einzurichten, an dem alle politischen Kräfte der Stadt und die betroffenen Familien teilnehmen sollen, damit den 70 obdachlosen Familien endlich geholfen wird. Bis zur Lösung des Wohnungsrpoblems sollen sie Gäste der Architekturfakultät sein.

Am Abend hat das Seminar begonnen. Hunderte von Genossen der revolutionären linken Gruppen aus Mailand haben daran teilgenommen. Inzwischen haben sich auch FIM und FIOM getroffen; sie begrüßen in ihrem Kommunique die Initiative des Rats der Architekturfakultät und versprechen ihre volle politische und organisatorische Unterstützung.
Auf einer Pressekonferenz in der Architekturfakultät haben die vertriebenen Familien unter anderem gesagt: »Wir wissen, daß Tausende von Arbeitern denselben Kampf gegen die Unterdrückung der Bourgeoisie führen müssen. Die bürgerlichen Zeitungen verbreiten weiterhin falsche Nachrichten über die Arbeiter und die Obdachlosen. Die Presse hat sich auf die Seite der Bourgeoisie geschlagen. Ihr seht Leute vor euch, die nur das genommen haben, was ihnen längst gehört. Der Kampf aller Unterdrückten ist unser Kampf, wir werden ihn weiterführen und ihn mit dem Kampf aller Proletarier verbinden.« *(Il Manifesto*, 9. 6. 1971)

5000 Polizisten vertreiben die Obdachlosen aus der Architekturfakultät. Am Samstag Massenprotest.

Das Universitätsviertel ist militärisch besetzt. Gestern Morgen haben 5000 Polizisten die Architekturfakultät endgültig geräumt und sämtliche Gebäude umstellt. Die Gemeinde hat die Stadtpolizei zur Verfügung gestellt, um den Verkehr nötigenfalls umzuleiten. Die Mailänder Christdemokraten haben in einem Kommunique die Schließung der Architekturfakultät gefordert; der Rektor der Fakultät hat die sofortige Einstellung der Lehrbetriebs bis Montag verfügt. Mehr als 1000 Studenten haben gestern Morgen vor dem Rektorat des Polytechnikums gegen die Räumung der Fakultät protestiert.
Die Räumung der Fakultät begann gestern morgen um 5 Uhr. Das Seminar über Wohnungsprobleme war noch in vollem Gang. Die Polizisten hatten buchstäblich das gesamte Gebiet besetzt, alle Zufahrtsstraßen waren gesperrt. Die Polizei drang ein, als gerade ein Dozent eine Vorlesung vor Hunderten von Studenten, Arbeitern und Mitgliedern der linken Gruppen hielt. Die Polizisten brüllten, unterbrachen den Professor und hinderten ihn daran weiterzusprechen. Dann befahlen sie die Räumung und fingen gleich an, einige Studenten aus dem Saal zu stoßen. Obwohl die Beamten offensichtlich Zusammenstöße provozieren wollten, verließen alle ruhig und mit erhobenen Händen den Saal. Ein Polizeihauptmann soll gerufen haben: »Seid froh, daß es so gelaufen ist, sonst wäre heute mein großer Tag gewesen . . .«
Die Studenten und Arbeiter müssen sich mit dem Rücken an die Wand stellen und dort einige Zeit mit erhobenen Händen stehenbleiben. Dann werden sie in grüne Minnas geladen und zum Polizeirevier gebracht.

Kommentar: Damit der Kreis sich nicht schließt

Die Wohnungsbesetzung in Mailand nehmen eine geradezu beispielhafte Wendung. Nach der ersten Verwirrung haben die herrschenden politischen Kreise sich krampfhaft bemüht, das Gleichgewicht wieder herzustellen, das die 70 Proletarierfamilien mit ihrem verzweifelten Protest ins Wanken gebracht haben.

Ein jeder übernimmt seine Rolle und versucht sie auszufüllen: Die Polizei räumt und besetzt die Architekturfakultät und versucht den Studenten, die den Kampf für bessere Wohnungen unterstützen und weitertreiben, den politischen und materiellen Boden zu entziehen; die Gemeinde und die KPI bemühen sich um ein Notstandsprogramm, um den Besetzern und weiteren 200 obdachlosen Familien Wohnungen zu beschaffen. Die Gewerkschaften und die ACLI kümmern sich zum einen um die unmittelbaren Bedürfnisse der betroffenen Familien, zum andern beschränken sie sich auf einen ganz allgemeinen Protest gegen die Wohnungsmisere in Mailand; die Studentenbewegung von Capanna, die ständig gegen den Revisionismus tönt und stets zu allen Demonstrationen der KPI hinmarschiert, will sich nicht an der Demonstration der linken Gruppen für die Lösung des Wohnungsproblems und gegen die Unterdrückung der Polizei beteiligen.

Die Gründe sind verschieden, aber alle wollen dasselbe: das Wohnungsproblem der Familien aus der via Tibaldi muß schleunigst gelöst werden, damit der Fall abgeschlossen wird. Ihre Aktion soll auf keinen Fall einen allgemeinen Kampf breiterer Massen für die Lösung des Wohnungsproblems in Mailand und anderswo auslösen.

Wir halten das Ziel, den 70 Familien eine Wohnung zu beschaffen, keineswegs für zweitrangig. Gerade sie haben ein Recht darauf, weil sie hart gekämpft und teuer dafür bezahlt haben; und ihr Sieg kann weitere Aktionen und eine breitere Bewegung auslösen. Soll die Gemeinde, sollen die reformistischen Parteien und Gewerkschaften sich dafür verwenden, wir werden nicht so dumm und sektiererisch sein, uns darüber zu beklagen. Aber das *politische* Problem ist damit nicht gelöst.

In Mailand gibt es zweihundert obdachlose Familien. Und es gibt zehntausende Familien, die in elenden Wohnungen hausen oder die Miete nicht aufbringen können. Die KPI, die Gewerkschaften, die ACLI müssen uns erklären, was sie für richtig halten. Sollen diese Familien heute kämpfen, Häuser besetzen, die skandalöserweise leerstehen, die Mieten selbst senken oder gar nicht bezahlen; oder sollen sie auf die Auswirkungen eines Gesetzes warten, das die Reformisten selbst für völlig unangemessen halten und das die Christdemokraten im Senat dazu noch blockieren und verschlechtern werden.

Für uns und für alle revolutionären Gruppen ist das Problem sehr einfach: der Kreis darf sich um diesen Kampf nicht schließen, wir müssen ihn über den Fall der 70 Familien hinaus ausweiten. Das aber hängt von zwei Bedingungen ab: von der Form der Einheit und der politischen Mobilisierung für die kommende Demonstration am Sonnabend; und von der Fähigkeit, die Propaganda und die Organisation in den proletarischen Vierteln über die Demonstration hinaus zu entwickeln und das Wohnungsproblem und den Kampf der Obdachlosen mit dem allgemeinen Kampf aller Arbeiter zu verbinden.

(Sandro Bianchi, in: *Il Manifesto*, 10. 6. 1971)

POLIZEI UND ERZBISCHOF IN NIEDERTRÄCHTIGEM KOMPLOTT ERPRESSEN DIE OBDACHLOSEN. BEGRÄBNIS DES KLEINEN FERRETTI VERSCHOBEN.

Schon seit einigen Tagen kursieren in Mailand Gerüchte über irgendwelche Vorstrafen von Ugo Ferretti, dem Vater des am vergangenen Sonntag verstorbenen Kindes; er soll aus einer Strafanstalt nahe Venedig entflohen sein. Diese Nachricht erschien zunächst ganz klein in den Sonntagsausgaben der Mailänder Zeitungen. Am Donnerstag Abend haben die Zeitungsredaktionen eine schriftliche Erklärung von Ugo Ferretti gebracht; darin spricht er von »allen möglichen Spekulationen« über den Tod seines Sohnes und gibt seine Entscheidung bekannt, das Begräbnis seines Sohnes »ganz einfach und nicht mit roten Fahnen, sondern nach religiösem Brauch« ablaufen zu lassen. Ugo Ferretti distanziert sich in seiner Erklärung von der ganzen Bewegung und klagt sie des politischen Mißbrauchs an. Die Glaubwürdigkeit dieser Erklärung, die in allen Zeitungen veröffentlicht worden ist, wird nur von einem Redakteur der Katholischen Nachrichtenagentur, und zwar von einem gewissen Tagliabue, bestätigt.

Kaum ist die Nachricht bekannt, machen sich zwei Genossen auf die Suche nach dem Priester, »der seine Hand hilfreich ausgestreckt hat«, und stellen sich in der Wohnung des Don Fernando Tagliabue um 8 Uhr abends vor. Sie treten in den Arbeitsraum des Priesters; hinter dem Schreibtisch hängt ein Plakat: »Der Herr hat mich belohnt, weil ich gehorsam gewesen bin«. Die Genossen erklären dem Priester: »Wir kennen Ugo gut. Er ist ein Proletarier, der an den Kampf glaubt; er kann diesen Brief nicht geschrieben haben. Heute Morgen hat er uns angerufen und über den Brief gesprochen und gesagt, daß er so etwas nie unterzeichnen würde. Jetzt wollen wir Ugo persönlich sehen, lassen Sie uns mit ihm sprechen. Wir müssen diese Sache klären.« Der Priester will nichts davon wissen und leugnet, Ferretti irgendwie beeinflußt zu haben. Aber die Genossen bestehen weiter auf ihrer Forderung und erreichen schließlich, daß Ugo geholt wird.

Endlich kommt der Priester mit Ugo und seiner Frau zurück. Einer der Genossen steht auf und geht ihm entgegen, sie begrüßen sich. Die Genossen wollen allein mit Ugo und seiner Frau sprechen. Der Priester willigt ein und geht hinaus. Ugo zischt seine Frau an, sie solle schweigen, er wolle reden: »Ich bin noch ein Genosse, aber jetzt kann ich es euch nicht erklären; heute Abend kann ich diesen Brief nicht widerrufen. Wartet noch, ich kann euch noch nicht alles sagen, sie drohen mir mit zwei Jahren Zuchthaus; wenn ich schweige, wollen sie sie mir erlassen. Ich war arbeitslos, ich habe zwei oder drei Autos geklaut.« »Es war das erste mal, daß wir schwach wurden«, sagte die Frau dazwischen, »Ugo ist ein braver Kerl«. »Aber das gibt dir kein Recht, so zu handeln«, antworten die Genossen, »die Proletarier sind oft gezwungen, zu stehlen, deswegen darfst du nicht den Kampf aufgeben und uns in den Rücken fallen. Du weißt genau, daß alle Sachen, die du unterschrieben hast, nicht wahr sind. Du mußt uns sagen, wie das geschehen konnte.«

Ugo Ferretti sagt jetzt die Wahrheit: »Sie haben mir Straferlaß versprochen. Sie haben mich mit einem Beamten des Bischofs sprechen lassen, der sich dafür verbürgt hat. Und dann noch mit einem Journalisten des *Avvenire;* und ein Monsignore hat mir 50 000 Lire gegeben. Sie haben mir sofort eine Wohnung versprochen und auch eine Arbeit.« – Dann senkt er die Stimme: »Ich bin noch ein Genosse, ich glaube, daß dieser Kampf richtig ist, aber heute Abend kann ich nicht widerrufen. Ein Polizeibeamter ist wegen meines Sohnes in meiner Wohnung und einer auch hier unten. Morgen müßt ihr aber kommen und mich mit einem Wagen abholen.« Und er schreibt schnell die Adresse auf ein Stückchen Papier.

Da schrillt das Telephon. Der eine Genosse nimmt den Hörer ab, aber der Priester ist schon da und reißt ihm den Hörer aus der Hand. Er spricht ziemlich lange und dann beginnt eine Komödie. In Gegenwart des Priesters spielt Ugo Ferretti seine aufgezwungene pathetische Rolle weiter. »Das Geld, das ihr mir gegeben habt, könnt ihr zurückhaben; ich will nichts mehr mit euch zu tun haben.« Die Genossen gehen auf das Spiel ein; sie wissen jetzt genug.

Was bedeutet das ganze? Ugo Ferretti ist erpreßt worden; er sitzt praktisch fest bei diesen Leuten, die »im Namen Gottes« heimtückisch den Kampf der Obdachlosen sabotieren. Aber es ist klar, daß der Priester nur das letzte und schwächste Glied einer Kette ist, die von der Polizei (die alles gewußt hat, sie hat ihn zwei Tage lang im Polizeipräsidium festgehalten, sie wußte, daß er gesucht wurde, und so konnte sie ihn erpressen und jede seiner Bewegungen beobachten) über hohe Persönlichkeiten der Kirche bis hin zu den Gerichten in Mailand und zur Mailänder Christdemokratischen Partei und ihren Zeitungen reicht.

Das Ziel ist klar: nicht nur ein Mann und Proletarier soll vernichtet wer-

den, sie wollen den Kampf seiner Genossen sabotieren, die politischen Avantgarden (Lotta continua, Manifesto, usw.), die diesen Kampf unterstützt und verteidigt haben, wollen sie diffamieren. Die neue kämpferische Einheit der Arbeiterklasse, die sich durch den Kampf der Obdachlosen in Mailand entwickelt hat, und vor allem die ACLI und die FIM-CISL wollen sie zerschlagen.

(Sandro Bianchi, in: *Il Manifesto*, 12. 6. 1971)

Die »heimliche« Pressekonferenz von Ugo Ferretti auf Tonband

Wir geben im folgenden Teile des Tonbands wieder, das Ugo Ferretti während der Pressekonferenz im Sitz der ACLI in Mailand besprochen hat.

»Ich bin der Vater Massimiliano Ferrettis. Ich muß etwas richtigstellen. Ich habe weder den Priestern noch der Presse irgendeine Erklärung gegeben. Nachdem die Polizei die Architekturfakultät geräumt hatte, bin ich nach Hause gegangen, aber da war schon die Polizei. Ich wußte nicht wohin. In der via Tibaldi hatte mich einmal ein Priester besucht und mir seine Adresse gegeben. Er hatte mir gesagt, falls ich wollte, könnte ich zu ihm kommen. Ich hatte keine Ahnung, wo ich die Genossen von Lotta continua oder Manifesto erreichen konnte, deshalb bin ich zu dem Priester gegangen.

In diesem Augenblick war mir die Wohnung gleichgültig geworden, weil mein Sohn tot war. Ich bat den Priester nur, er solle in Erfahrung bringen, ob es meinem anderen Sohn Fabio gut ginge. Der Priester brachte meine Frau und das Kind zu mir. Und ich muß sagen, der Priester war sehr freundlich. Im Gespräch mit ihm rutschte mir raus, daß ich polizeilich gesucht wurde. Er ließ Journalisten kommen und informierte sie darüber. Sie stellten mir furchtbar viel Fragen und sagten, ich solle meine Erklärungen zu dem Begräbnis mit roten Fahnen zurücknehmen, es gäbe Leute, die mir dann helfen würden. Ich habe gefragt, warum sie, statt uns schon früher zu helfen, 3000 oder 4000 Polizisten geschickt hätten, als wären wir Verbrecher.

Der Priester verhörte mich nach allen Regeln der Kunst und riet mir, ein Gnadengesuch zu stellen. Verkauft habe ich mich nicht. Ich wollte die Genossen von Manifesto und von Lotta continua sehen, aber ich konnte das Zimmer nicht verlassen, weil draußen Polizei war. Immer wieder sind sie gekommen und haben mir Geld angeboten, erst 20 000 Lire, dann 10 000 und noch einmal 10 000. Ich will nicht sagen, daß ich es ausgeschlagen hätte. Ich habe es angenommen, weil ich es brauchte. Ich habe nicht geglaubt, daß sie es so gegen meine Kampfgenossen benutzen würden. Es ist wahr, ich habe den Brief leider wirklich unterschrieben, vielleicht aus

Ahnungslosigkeit. Ein Vertreter des Bischofs ist gekommen und sie haben mir gesagt, daß sie mir alles geben und mir auch die Strafe erlassen würden, wenn ich den Brief unterschriebe. Ich habe nicht nein gesagt, ich habe eingewilligt, aber ich habe nicht geglaubt, daß sie das daraus machen würden, was dann kam. Sie haben den Brief geschrieben, und schon als ich ihn sah, überlief es mich kalt. Von dem, was da stand, war kein Wort wahr. Als wir in der via Tibaldi das Haus gemeinsam besetzten, habe ich das erste mal in meinem Leben Menschlichkeit gefunden, vom ersten Tag an.

Dem Kind, das später gestorben ist, schien es in der via Tibaldi zunächst besser zu gehen. Dann ist es krank geworden, wegen der Kälte und der Feuchtigkeit, weil wir auf die Tragbahre warten mußten. Ich bleibe dabei, das Kind ist gestorben, weil die Polizei solch ein Durcheinander angerichtet hat. Ich verlange, daß das Begräbnis so gemacht wird, wie ich es will, und niemand kann mich daran hindern. Es muß von der ACLI ausgehen. Ich kann leider nicht mitgehen, weil die Polizei mich sonst verhaftet, und wenn sie mich fangen, kann ich nicht mehr für meine Frau und für meinen anderen Sohn arbeiten. Ich will keinen Priester dabei haben, nicht weil ich Priester nicht mag, sondern weil ich nicht zum Schluß das Elend meines Sohnes beschönigen will. Ich will das Begräbnis mit den Genossen, mit den Obdachlosen, mit allen, die mit mir gekämpft haben; und alle sollen rote Fahnen tragen, weil mein Sohn im Kampf gestorben ist. Ich will den Barackenbewohnern sagen, daß ich sie nicht verraten werde. Und wenn ich es getan habe, dann nur, weil ich auf Versprechungen reingefallen bin. Der Leichnam meines Sohnes gehört mir. Mut, Genossen, laßt uns weiterkämpfen, auch wenn ich bei eurem Kampf nicht dabeisein kann, weil ich wie ein Hund gehetzt werde.«

(*Il Manifesto*, 13. 6. 1971)

DIE EINHEIT DER LINKEN WÄCHST IM KAMPF UM DAS WOHNUNGSPROBLEM. DIE REFORMISTEN WERDEN ZUNEHMEND ISOLIERT.

Eine breite Einheitsfront entwickelt sich für die Demonstration am Samstag Nachmittag. Ein Mitglied der proletarischen Familien und ein von allen beteiligten Gruppen delegierter Genosse werden eine Rede halten. Die Demonstration ist bis jetzt noch erlaubt; aber falls sie noch verboten oder von der Polizei angegriffen werden sollte, sind die verantwortlichen Gruppen entschlossen, sie wie geplant durchzuführen. Inzwischen sind in Mailand starke Truppenverbände der Polizei zusammengezogen worden.

Das neue Bündnis der linken Kräfte gründet sich auf zwei politische Entscheidungen: die entschiedene Gegenposition zum Reformismus und die

Entschlossenheit, die Massen und nicht nur kleine Avantgardegruppen zu mobilisieren. Der harte Kampf der 70 proletarischen Familien um Wohnungen hat einen starken Einfluß auf die politischen Kräfte ausgeübt und einen qualitativen Sprung bewirkt. Die revolutionäre Linke hat sich zu einer neuen, höheren Einheit zusammengefunden, und im Lager der traditionellen Linken haben sich die inneren Widersprüche bedeutend verschärft.

Die Gruppe um *Contropotere*, die Zeitung der Linken in der PSIUP, beteiligt sich an der Demonstration. Einige Gruppen der ACLI werden ebenfalls teilnehmen; die gesamte Organisation hat inzwischen eine andere Position zum Kampf der proletarischen Familien eingenommen als die KPI. Außerdem werden noch einige Genossen der FIM-CISL am Samstag mitziehen. Das Movimento Studentesco der Staatsuniversität weiß noch nicht so recht, wie es sich verhalten soll. Zunächst hatte es eine eigene Demonstration geplant, aber viele Genossen haben erklärt, sie wollten an der großen Einheitsdemonstration teilnehmen. Deshalb haben sie gestern die revolutionären politischen Gruppen aufgefordert, sich mit ihnen zu treffen, um eine Übereinkunft zu erzielen.

Durch diese Bewegungen im reformistischen Lager wird die KPI mehr und mehr isoliert; und auch dadurch, daß sie die Angriffe auf die verschiedenen Gruppen noch verschärft hat: »Sie mobilisieren gegen die Reformen und spalten mit ihrer verwirrten Agitation die Arbeiterbewegung; sie nehmen die Verantwortung auf sich, Unterdrückungsmaßnahmen zu provozieren.« Für Montag hat die KPI eine eigene Mieterdemonstration für ihr Reformgesetz angekündigt.

Am besten kann man die außerordentliche politische Situation, die sich in Mailand entwickelt hat, an der Versammlung und der Diskussion im Sitz der ACLI ablesen. Anwesend bei der Versammlung waren die ACLI, die PSIUP, die FIM (die FIOM war eingeladen, ist aber nicht erschienen), die KPI (sie hat sich selbst eingeladen) und die DC (sie ist von der KPI eingeladen worden). Die KPI hat zunächst ihren alten Vorschlag unterbreitet, wie sie sich die Lösung der Wohnungsprobleme denkt. Dann hat sie die Demonstration vom Samstag hart verurteilt und wütend gegen ihre Inhalte polemisiert; schließlich hat sie ausdrücklich erklärt, daß diese Demonstration nicht durchgeführt werden dürfe, weil sie eine Gefahr im Hinblick auf die Wahlen darstelle. Die offizielle PSIUP hat sich sofort auf die Seite der KPI geschlagen, und zwar gegen die eigene Linke.

Der Sekretär der FIM hat folgendes gesagt: Wer es zuläßt, daß die Polizei am Samstag die Demonstration angreift, der ist auch verantwortlich, wenn die Repression in den Betrieben zunimmt. Dann hat er den Abzug der Polizei aus dem Polytechnikum gefordert. Dieser Forderung haben sich die Delegierten aller anwesenden Gruppen außer der DC angeschlos-

sen. Auch zwei Stadträte von der PSI und von der DC nahmen an der Versammlung teil. Der von der PSI sagte, die Proletarierfamilien, die das Haus in der via Tibaldi besetzt haben, seien gar keine Obdachlosen, sondern politische Berufsagitatoren. Daraufhin haben FIM und ACLI die Proletarierfamilien geholt. Einige Mitglieder dieser Familien sind in den Saal getreten (während der PSI-Mann schnell verschwand) und haben die Versammlung im Nu in ein echtes politisches Volksgericht über die anwesenden politischen und gewerkschaftlichen Gruppen und Parteien verwandelt. Die Familienväter haben die Verleumdungen des PSI-Mannes hart zurückgewiesen und haben die untragbaren Wohnungsbedingungen, unter denen sie vor der Besetzung gelebt haben, aufgezählt. In diesem Augenblick betrat ein hoher Beamter aus dem Rathaus den Raum und gab bekannt, daß 200 Wohnungen zur Verfügung stünden.
Aber die Proletarier haben daraufhin den Saal nicht verlassen, sondern geantwortet: »Wir sind nicht die einzigen, die obdachlos sind, und wir wollen, daß jeder eine Wohnung bekommt und nicht nur einige wenige; wir wissen zu gut, daß Tausende von Proletarierfamilien in Mailand unter denselben Bedingungen leben wie wir. Wir, die versammelten Proletarier, fordern, daß *wir* über die Prioritäten bei der Zuweisung von Wohnungen entscheiden. Wir fordern von der Gemeinde eine Aufstellung der Wohnungen, mit dem genauen Datum, wann sie bezugsfertig sind.«

(Sandro Bianchi, in: *Il Manifesto*, 11. 6. 1971)

Die ausgewiesenen Familien fragen: wer ist der Verbrecher? Der eine Wohnung besetzt oder der 40 000 Lire für drei kleine Zimmer nimmt?
Frauen, Kinder, Jugendliche und alte Leute mit Säuglingen auf dem Arm sind schon in dem großen Versammlungsraum der ACLI. Sie wechseln sich vor dem Mikrophon auf dem Tisch ab, wo sonst der Vorstand die Sitzung führt, und jeder erzählt seine Geschichte; dann singt irgendeiner Kampflieder zur Guitarre. Alle skandieren den Refrain: »Die Miete zahlt man nicht, die Wohnung nimmt man sich«. In den oberen Stockwerken sind Betten aufgebaut und die Büros sind als Krankenzimmer eingerichtet. Die Genossinnen passen auf die vielen Kinder auf, die durch das ganze Haus rennen. Draußen stehen Genossen Wache, damit keine ungebetenen Eindringlinge in das Haus kommen.
Jede Entscheidung, jede Mitteilung wird von der Versammlung der Familiendelegierten kontrolliert, der Kampf wird wirklich kollektiv geführt. Es ist ein politischer Organismus, der die Bedeutung dieser Bewegung sehr gut einschätzen kann; von dem einfachen Protest einer isolierten Gruppe von Obdachlosen ist das weit entfernt.
Die Familien werden heute alle an der Demonstration teilnehmen und den Zug anführen. Sie wollen allen zeigen, daß ihr Kampf um Wohnun-

gen eng mit dem Kampf der Genossen bei Fiat, der Arbeiter in allen Betrieben und der Studenten verbunden ist. »Wir wollen Wohnungen für alle«, sagen sie. »Wir lassen uns nicht mit allgemeinen Versprechungen abspeisen, und auch nicht mit irgendwelchen Zugeständnissen.«

Die Obdachlosen, die diesen Kampf führen, sind keine arbeitslosen Lumpenproletarier oder besonders elende Familien aus den Randschichten: sie arbeiten in den großer Mailänder Betrieben, in den modernen privaten und staatlichen Unternehmen, Alfa Romeo, Innocenti, Pirelli, Brown Boveri etc. Es sind Arbeiter, die ihre Wohnungen entweder nicht bezahlen können oder gar keine haben.

»Ich arbeite bei Innocenti«, erzählt G. B. (sie haben beschlossen, die Namen lieber nicht zu nennen, um den Kampf nicht zu personalisieren, damit er geschlossen und einheitlich bleibt); »ich bin vor einem Jahr und vier Monaten von Salerno nach Mailand gekommen, auf einem Lastwagen, hinten drauf die Möbel und die Familie, die Frau und drei Söhne. Sieben Tage lang haben wir alle auf dem Lastwagen geschlafen, weil uns niemand eine Wohnung geben wollte: weil wir aus dem Süden kamen, weil ich zu viele Kinder habe. Aber in Mailand mußte ich bleiben, weil ich nicht mehr nach Salerno zurückkehren konnte. Ich arbeitete tageweise und mußte irgendwie auskommen. Nach einer Woche hat uns ein Verwandter aufgenommen. Dann hat mir schließlich eine Frau eine Bürgschaft gegeben, und so konnte ich eine Wohnung für 33 000 Lire im Monat mieten. In der Zwischenzeit hatte ich Arbeit in einem metallverarbeitenden Betrieb gefunden, bei Clemen. Dann bin ich zu Innocenti gegangen, da habe ich 100 000 Lire brutto verdient. Netto bleiben mir 67 000 Lire, davon mußten fünf Personen leben; deshalb konnte ich nach sechs bis sieben Monaten die Miete einfach nicht mehr bezahlen. Ich hatte keine andere Wahl.«

G. D. erzählt folgende Geschichte: »Ich bin mit meiner Frau und zwei Kindern vor vier Jahren aus Torre Annunziata gekommen. Am Anfang habe ich bei einer Verwandten gewohnt; sie hatte neun Kinder und so haben in der Wohnung etwa fünfzehn Personen gelebt. Es war nicht auszuhalten. Nach einem Monat habe ich eine Zweizimmerwohnung gemietet, die 18 km von Mailand entfernt war und 30 000 Lire kostete. Um bei Tecnomasio Brown Boveri zu arbeiten, mußte ich monatlich über 10 000 Lire allein für den Autobus ausgeben, und das bei einem Monatslohn von 95 000 Lire.«

P. G. ist vor zwei Jahren mit seiner Frau aus Enna gekommen. »Vorher war ich in England, in einer Wollfabrik; aber da habe ich es nur ein Jahr ausgehalten und habe dann gehofft, in Mailand wirds was. Zuerst habe ich Akkord gearbeitet, ohne Arbeitserlaubnis. Sie haben mich wie ein Tier ausgebeutet. Als ich Krach geschlagen habe, haben sie mich rausgeworfen.

Drei Monate arbeitslos; meine Frau schwanger. Als sie ins Krankenhaus kam, mußten wir Schmuck und Trauringe verkaufen. Jetzt arbeite ich bei Montecatini in der dritten Kategorie und bekomme 100 000 Lire im Monat, weil ich auch noch nachts arbeite. Für ein Zimmer von 12 qm mit Außentoilette bezahle ich 30 000 Lire. Das Haus besteht aus winzigen Zimmerchen, in denen bis zu sechs Personen leben; dann verlangt die Hausbesitzerin Frau Bianca Maria Invernizzi sogar 46 000 Lire im Monat, weil es zu viel Leute sind, wie sie sagt. Eine Zeitlang habe ich es geschafft, jetzt bezahle ich schon seit sieben Monaten nichts mehr.«
V. G. ist von Neapel nach Mailand gekommen. Um überhaupt eine Wohnung mieten zu können, mußte er für sechs Monate im voraus bezahlen, 300 000 Lire auf einmal. »Ich arbeite bei Sepra, einem metallverarbeitenden Betrieb und bekomme im Monat 92 000 Lire. Ich habe Frau und drei Kinder. Acht Monate lang habe ich mich unter großen Opfern durchgeschlagen: Überstunden, Schwarzarbeit nach Schichtende. Dann habe ich gemerkt: es hat keinen Zweck, immerzu zu kämpfen, nur um alles bezahlen zu können; es ist besser darum zu kämpfen, nicht mehr zu bezahlen.«

(Luciana Castellina, in: *Il Manifesto*, 12. 6. 1971)

30 000 IN MAILAND FOLGEN DEM AUFRUF DER NEUEN LINKEN.

Es ist also möglich, einen politischen Massenkampf zu führen und diese Klassengesellschaft erfolgreich zu bekämpfen.
Wir waren mehr als 30 000, als sich der große Demonstrationszug von der Piazza Leonardo da Vinci aus in Bewegung setzte. Überall rote Fahnen. Die vielfältigsten Kräfte sind hier zusammengeströmt; die Avantgardegruppen haben sich mit der wirklichen Bewegung an der Basis vereint, wo ihr eigentliches Wirkungsfeld liegt und wo sie sich allzu oft – aber nicht heute – zerstreiten. Nach und nach sind wir immer mehr geworden: wir, die »Grüppchen«, zusammen mit den obdachlosen Arbeitern.
Der Demonstrationszug ist den Corso Buenos Aires entlanggezogen, dann über die Piazza del Duomo und hat schließlich die Piazza Castello erreicht. Dort hat ein Vertreter der Versammlung der obdachlosen Proletarier eine Rede gehalten, und im Namen der verschiednen Gruppen hat Stefano Levi von Lotta continua gesprochen.
An der Spitze ziehen die obdachlosen Familien: sie sind alle da, Männer, Frauen und Kinder, auch die kleinsten. Sie haben bereits einen Sieg in ihrem Kampf errungen: allen wurde eine Wohnung zugesagt.
Dann folgen die Blöcke der verschiedenen Gruppen und anderer Organisationen, die sich im Laufe des vergangenen Tages noch angeschlossen haben: die interne Kommission der Rinascente, die Gruppe der Angestellten

und das Comitato unitario di Base (CUB) der SIP, die Schulungsgruppe der Arbeiter bei Marelli, das CUB Borletti, das CUB Atm, die Arbeiterschulungsgruppe bei Philips, das CUB von Pirelli und von Crouzet, die IV. Internationale. Hunderte von Plakaten mit Tagesparolen für den Wohnungskampf, für den Kampf der Arbeiter, für den Kampf der Studenten. Die Genossen des Manifesto tragen ein großes Spruchband vor sich her: »Jeder hat das Recht auf eine Wohnung. Deswegen ist es gerechtfertigt, gegen die Gesetze und die bürgerlichen Institutionen zu rebellieren.« Die Gruppe Potere operaio marschiert unter der Parole, die die Fiat-Arbeiter bei den Barrikadenkämpfen in Turin im Juli 1969 erfanden: »Was sagen wir: Schluß jetzt! Was wollen wir: Alles!«
Die Gruppe Lotta continua rief mit diesem Plakat zur Demonstration auf: »Die Proletarier haben das Recht, sich Wohnungen zu nehmen, denn sie haben sie gebaut. 70 proletarische Familien haben Widerstand geleistet gegen die Gewalttaten der Polizei, gegen die Lügen der Presse, gegen die Erpressungen der Unternehmer. Sie haben sich nicht auf die falschen Versprechungen und die falschen Reformen verlassen. Sie haben ein Beispiel für wahre proletarische Solidarität gegeben und die Arbeiter und Studenten von ganz Mailand um sich vereint. Das ist der richtige Weg: kämpfen vor und in der Fabrik, damit beginnen, sich als Proletarier zu verhalten und zu leben, also als Menschen, die sich nicht mehr ducken und ausbeuten lassen.
Nehmen wir uns Häuser, Verkehrsmittel, Schulen, die Möglichkeit, kollektiv zu leben. Organisieren wir uns gegen den Unternehmerstaat in der ganzen Stadt, für den Kommunismus.«
An den Seiten ein Ordnungsdienst, den die Gruppen gemeinsam organisiert haben. Auch die Genossen von der ACLI sind dabei. Dann folgen Tausende von Personen aus anderen politischen und gewerkschaftlichen Gruppen, aus der PSIUP und aus der FIM; die FIM hatte sich nicht offiziell angeschlossen, aber selbst ihr Sekretär Antoniazzi ist da. In einem am Freitag veröffentlichten Kommunique der FIM heißt es: »Wir begrüßen alle Initiativen – auch die von den Studenten und verschiedenen politischen Gruppen angekündigten Demonstrationen –, die die wirklichen Probleme der Barackenbewohner, der Obdachlosen, der Einwanderer aus dem Süden und überhaupt das Wohnungsproblem der Arbeiter in Angriff nehmen.« 23 Sektionen der PSIUP in Mailand sind der Aufforderung von *Contrepotere,* dem Zeitungsorgan der linken Fraktion in der Partei, gefolgt und haben sich der Demonstration angeschlossen. Auf die telegraphische Warnung der lächerlichen Parteibürokraten haben sie gepfiffen. Außerdem ist noch eine Gruppe von Mitgliedern der Partito Socialista da, die am Freitag ihre Teilnahme an der Demonstration erklärt hatten.

(*Il Manifesto,* 13. 6. 1971)

Die obdachlosen Familien verteilen die Wohnungen, die sie von der Gemeinde erkämpft haben. Die in der Architekturfakultät verhafteten Jugendlichen sind aus dem Gefängnis entlassen.

Am Montag werden die obdachlosen Proletarier die ersten Wohnungen beziehen können. Weitere Wohnungen werden in den folgenden Wochen von dem gewählten Komitee der Versammlung der Familien nach einer sorgfältig erarbeiteen Prioritätsliste verteilt. Bis zum 31. Juli 1971 werden jedenfalls alle eine Wohnung bezogen haben. Auch die 200 Familien, die in den »provisorischen Unterkünften« wohnen. So lautet das Abkommen, das Bürgermeister und Stadträte am Freitag Abend unterzeichnen mußten. Damit haben sie einen Vertrag anerkannt, der ohne Beispiel ist und einen ersten großen Sieg der Proletarier bedeutet. Vier Delegierte des Komitees haben die Verantwortung für die genaue Zuweisung der Wohnungen übernommen.

Die obdachlosen Familien müssen eine Aufstellung machen über die Schulden der Gekündigten und über alle Ausgaben, die nötig sein werden und die von den Familien nicht aufgebracht werden können; außerdem sollen die Unternehmer die Kündigungen zurücknehmen, die sie gegen 24 Arbeiter, die am Wohnungskampf teilnahmen, ausgesprochen haben.

Über diesen Punkt wird bereits verhandelt: die Delegierten wissen zu gut, daß Unterschriften auf einem Stück Papier nichts wert sind, daß die einzige Garantie für ihren Erfolg eine weitergehende Mobilisierung ist. Deshalb hat die Versammlung der 53 Familien beschlossen, sich auch in Zukunft zweimal in der Woche zu treffen, am Donnerstag Abend und am Sonntag Morgen. Die vier Delegierten des Komitees werden die Koordinierung übernehmen, damit der Kampf weitergehen kann, auch wenn die Familien in den neuen Wohnungen zerstreut sein werden. Außerdem haben sie beschlossen, in den entsprechenden Wohngebieten Mietstreiks zu organisieren, um die Kampffront zu verbreitern.

Am späten Freitagabend sind 20 Genossen wieder freigelassen worden, die bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei Sonntag Nacht in der Architekturfakultät verhaftet worden waren. Der Oberstaatsanwalt hat sie vorläufig freigelassen, weil »die Indizien nicht ausreichen, um eine Untersuchungshaft zu rechtfertigen«.

(Sandro Bianchi, in: *Il Manifesto*, 13. 6. 1971)

Peter Schneider
Die Massen, die Gewerkschaften und die politischen Avantgarden

1.

Im Herbst 1967 hat in Italien ein Prozeß von Klassenauseinandersetzungen begonnen, der im Herbst 1969 seinen Höhepunkt erreichte. 1969 stieg die Zahl der »verlorenen« Arbeitsstunden auf 303 Millionen, die höchste Quote seit Kriegsende.

1970 wurden noch 155 Millionen Stunden gestreikt, und auch das Jahr 1971 zeigt keinen wesentlichen Rückgang der Streikbereitschaft. In den ersten vier Monaten dieses Jahres haben Italiens Autohersteller 2,5% weniger Autos produziert als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Die äußeren Anlässe für die ausbrechenden Klassenkämpfe in den italienischen Betrieben und in den Wohnghettos sind ziemlich alltäglich und erklären wenig: Bei Marzotto wird eine Umfrage über die Arbeitsbedingungen zum Auslöser, bei Rhodiathoce in Verbania ist es ein Anschlag der Betriebsleitung über die Einführung eines neuen Bewertungssystems, bei Fiat geht es los wegen der Versetzung eines militanten Arbeiters in eine andere Abteilung, in Bologna wegen der Entlassung eines kommunistischen Gewerkschaftlers. Ähnliche Anlässe hat es auch in früheren Jahren gegeben – bei Fiat z. B. wurden in den fünfziger Jahren sämtliche kommunistischen Gewerkschaftler entlassen, ohne eine nennenswerte Reaktion der Arbeiter. Warum werden solche Anlässe jetzt zum Signal für Klassenkämpfe, die vom Betrieb aufs Wohnghetto übergreifen, vom Wohnghetto in die Hauptstraßen, in Rathäuser und Regierungspaläste getragen werden, Parteien spalten, Regierungen stürzen? Die Arbeiter von Marzotto werfen die Bronzestatue vom Sockel, die Marzotto von sich hat gießen lassen, in Turin liefern die Fiatarbeiter zusammen mit ihren Frauen und Kindern und den Studenten der Polizei tagelange Straßenschlachten, ihr Kampfruf: »Was sagen wir: Schluß jetzt! Was wollen wir: alles!« Die Pirelliarbeiter stürmen das Pirellihochhaus in Mailand, setzen ihre widerspenstigen Direktoren auf die obersten Fensterbretter, und drohen ihnen »das Fliegen beizubringen«. Zug- und Straßenbahntarife, Mieten werden von Tausenden streikender Arbeiter nicht mehr bezahlt – woher kommt diese kollektive Wut, wogegen richtet sie sich, wie ist das alles verabredet worden, wer hat das organisiert?

Im Frühjahr 1968 starten einige studentische Genossen eine Enquete unter den jungen Fiatarbeitern. Die Fragen heißen: was hältst du von deiner

Arbeit? wie sehen deine Forderungen aus? welche Form des Kampfes vertrittst du und welche Organisation hältst du für die wirksamste? welche Hilfe können die Arbeiter von der Studentenbewegung erwarten? Die Antworten sind unerwartet, sowohl durch ihre Zahl, wie durch die Wut, die sich in ihnen ausdrückt. Später werden die Gewerkschaften und die kommunistische Partei dieses Befragungsverfahren übernehmen, weil es in der explosiven Situation von 1968/69 als das einzige geeignete Instrument erscheint, die neuen Massenbedürfnisse zu begreifen. Soviel ich weiß, haben wir in Deutschland zwar genügend theoretische Exegesen über das Klassenbewußtsein des Proletariats (nicht des deutschen oder italienischen, sondern des Proletariats ganz allgemein) aber keine gründliche, von Genossen veranstaltete Untersuchung über die Wünsche und Forderungen der deutschen Arbeiter! Die Antworten der jungen Fiatarbeiter zeigen in aller Schärfe die Dialektik zwischen den traditionellen ökonomischen Forderungen und den neuen politischen Bedürfnissen, die sich später in den Kämpfen voll entwickeln wird. Wichtig ist, daß die Forderungen: »15% mehr Lohn«, »150 000 Lire im Monat, ohne daß sich damit gleich die Lebenshaltungskosten verteuern« nicht mehr als bloße Lohnforderungen gestellt werden. Sie sind jeweils verbunden mit einem Angriff auf die durch die technologische Transformation geschaffenen Arbeitsbedingungen und mit einer Weigerung, die Lohnforderung vom Produktivitätszuwachs abhängig zu machen. »Meine Meinung ist, daß 1969 der Arbeiter viel weniger arbeiten sollte, und das um so mehr, weil alles automatisiert ist. Aber die Automation kommt nur den Unternehmern zugute und nicht den Arbeitern. Deshalb ist es nötig, die Gesellschaft zu verändern.« In vielen Antworten erscheint die Lohnforderung als Ersatz für einen Traum, der jetzt noch nicht zu verwirklichen ist: »Daß die Fabrik in die Hände der Arbeiter übergeht, daß die Ausbeutung abgeschafft wird, und daß Agnelli & Co ins Zuchthaus kommen und sich vom ersten Päderasten, dem sie dort begegnen, ficken lassen, das habe ich heute nacht geträumt. Aber weil das noch für einige Jahre ein Traum bleiben wird, wäre ich zufrieden mit einer Lohnerhöhung.« In fast allen Antworten schlagen sich Bedürfnisse nieder, die die deutschen Theoretiker längst als kleinbürgerlich und antiautoritär liquidiert haben. Während diese schon dabei sind, sich der alten »proletarischen Disziplin« zu unterwerfen und mehr und mehr in der deutschen Post das Vorbild für eine sozialistische Organisation erkennen, fangen die Fiatarbeiter gerade erst an, sich von der Disziplin im Betrieb zu befreien: »Die Arbeit macht einen zum Automaten, raubt einem die Persönlichkeit, blockiert jede Initiative.« »Ich war Kriegsgefangener von 1942 bis 1947: vielleicht ging es mir damals besser.« »Verdammt beschissen, wenn das so weitergeht, heißt das Revolution.«

Viele Antworten der Fiatarbeiter holen die Formulierungen des jungen Marx über die entfremdete Arbeit aus der Philosophie in die Fabrik: »Meine Arbeit macht einen Menschen zum Tier.« »Ich muß sagen, daß die Arbeit hier keine Arbeit für Menschen ist, sondern in Wirklichkeit eine Diktatur. Fehlt nur die Bleikugel am Fuß, Wachen sind schon eingeführt worden.« Hat das etwas mit Politik zu tun? Was für Forderungen lassen sich daraus ableiten, daß einer nicht mehr Sklave oder Tier sein will? »Solche Antworten«, näselt Wolfgang Rieland dazwischen, »artikulieren nur ein Sich-Fremdfühlen des entfremdeten Bewußtseins, nicht das Bewußtsein der eigenen Entfremdung.«

In Wirklichkeit sind es weder reine Lohnforderungen, die zum Motor der italienischen Klassenkämpfe werden, noch – per deutschem Salto mortale – plötzlich politische Forderungen nach der Diktatur des Proletariats und der Zerschlagung des Staatsapparats und seiner revisionistischen Lakaien.

Das massenhaft sich artikulierende Bedürfnis nach der Emanzipation von der entfremdeten Arbeit konkretisiert sich in drei Forderungen, die genau den Punkt bezeichnen, bis zu dem hin die theoretischen Bedürfnisse praktische Massenbedürfnisse geworden sind: Selbstbestimmung des Arbeitstempos und der Bandgeschwindigkeiten, Abschaffung des Akkords, Überwindung der verschiedenen Lohngruppen und des Unterschiedes zwischen Arbeitern und Angestellten.

Die Formen, die der Kampf um diese Forderungen produziert, drücken ihren gemeinsamen Inhalt organisatorisch aus: das Bedürfnis nach Autonomie des Arbeiterkampfes. Die wichtigsten Organe der Arbeiterautonomie sind die Delegierten, die Fabrikräte und die Vollversammlung in der Fabrik. Alles, was die italienische Linke später über das politische Potential dieser Forderungen, über den revolutionären oder opportunistischen Charakter der Delegierten gesagt hat, muß an der Tatsache gemessen werden, daß diese Forderungen und diese ihre organisatorische Ausdrucksform den qualitativen Sprung der Kämpfe von 68/69 ausmachen. Der rote Faden, dem die kämpfenden Massen folgen, wenn sie erst auf eigene Faust losbrechen, dann den Parolen der Linken folgen, dann in den Schoß der Gewerkschaft zurückkehren, dann wieder unschlüssig zwischen der Gewerkschaft und den linken Gruppen hin- und herrennen, plötzlich allem den Rücken kehren und zu keiner Aktion mehr bereit sind, – der rote Faden ist die Frage: wer, welche gesellschaftliche und politische Kraft bringt uns der Verwirklichung dieser unaufschiebbaren Forderungen am nächsten? Wer ist am kämpferischsten, wer ist am realistischsten? Mag man diese Feststellung des Opportunismus, des Mißtrauens in die Massen oder sonst eines verabscheuungswürdigen Verbrechens verdächtigen: die Arbeitermassen von Pirelli oder Fiat haben, als sie

in einer bestimmten Kampfphase die Kampfformen und Parolen von Lotta continua übernahmen, damit noch lange nicht den Gewerkschaften und der KPI ein für allemal den Rücken gekehrt und sie als »Handlanger des Unternehmers entlarvt«. Sie haben sich ungeachtet dieser Interpretationen an Lotta continua orientiert. Und als die Arbeiter und vor allem auch die neuen Arbeiteravantgarden in die Gewerkschaft strömten, haben sie damit noch lange nicht der KPI recht gegeben und »dem Extremismus und den Gewalttätigkeiten der linken Gruppen eine entschiedene Abfuhr erteilt«. Sie haben den Extremismus oder den Revisionismus nicht als solchen, als ideologisches Substrat, abgelehnt oder sich zu eigen gemacht, sondern nur soweit, als er sich ihren Bedürfnissen gegenüber als hemmend oder vorantreibend erwies. In beiden Fällen ist die Grenze, bis zu der hin die Forderungen der revolutionären Theorie Forderungen der Massen werden, durch die Schubkraft ihrer neuen praktischen Bedüfnisse bestimmt.

Die Explosion der Massenkämpfe von 68/69 ist durch die Initiative der außerparlamentarischen Gruppen, durch die Verspätung und Ratlosigkeit der Gewerkschaften entscheidend beeinflußt worden. Sie ist von keiner Partei, keiner Gruppe, keiner Gewerkschaft wirklich ausgelöst und geführt worden. Am schärfsten treten die neuen Inhalte des Klassenkampfes gerade dort in Erscheinung, wo die durch die technologische Transformation geschaffenen Arbeitsbedingungen am krassesten wirken: in den modernen Riesenfabriken des industriellen Nordens, Fiat Montedison, Pirelli. Und als Protagonisten dieser Kämpfe erweisen sich gerade diejenigen Schichten, die ein Produkt dieser noch jungen technologischen Entwicklung sind und von den Gewerkschaften am stärksten vernachlässigt wurden: die Masse der jungen, meist aus dem Süden eingewanderten Hilfsarbeiter und die Techniker. Die Gewerkschaften und die linken Gruppen haben die neuen Bedürfnisse in verschiedener Weise auf den Begriff gebracht und weiterentwickelt, aufgestaut und gebildet haben sie sich in den Jahren zwischen 1963 und 1968, in denen die technologische Entwicklung die Arbeit und die Arbeitsplätze radikal veränderte. War während des Krieges der Kampf gegen den Faschismus das vereinheitlichende Moment des Arbeiterkampfes, war es nach dem Krieg und bis Anfang der sechziger Jahre der gesellschaftliche Kampf um Sicherheit der Arbeitsplätze, um Renten, Mieten, der Kampf gegen die NATO, so wird 1968 der Betrieb und das System der Arbeit, wie es sich im Betrieb darstellt, zum Ausgangspunkt des Arbeiterkampfes. In einer von den drei Gewerkschaften herausgegebenen Dokumentation über die Gewerkschaftsbewegung in Italien weisen die Autoren darauf hin, daß die nationalen Tarifauseinandersetzungen, die in den Nachkriegsjahren den Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Aktivität bildeten, mehr und mehr

zu einer Fessel des gewerkschaftlichen Kampfes geworden sind, während die erneuernden Elemente sich mehr und mehr in den betrieblichen Kämpfen und Vereinbarungen niederschlagen:

»Die betriebliche Vereinbarung gewinnt an Bedeutung, da sie sich den konkreten Bedingungen des Betriebes anpassen kann (Arbeitszeit, Lohnstufen, Arbeitstempo, Akkord, Arbeitsorganisation) ... und heute ist es vor allem der Unternehmerverband, der sich auf die nationalen Verträge beruft, um den konkreten Forderungen und den neuen Spannungen im Betrieb aus dem Weg zu gehen.«

In den Fiatkämpfen war denn auch die Entscheidung der Gewerkschaften, die betrieblichen Forderungen der Arbeiter zugunsten der nationalen Tarifrunde der Metallarbeiter zurückzustellen, das auslösende Moment für eine Kette von antigewerkschaftlichen Streiks. Der erste Blick, der immer noch in der klassischen Unterscheidung zwischen ökonomischem und politischem Kampf befangen ist, wird in dieser Entwicklung nur schwer einen qualitativen Sprung erkennen. Muß es sich da nicht um einen Rückschritt handeln, kann ein betrieblicher Kampf überhaupt politisch sein? In der Tat haben wir etwas historisch Neues vor uns. Der kapitalistische Betrieb ist in Italien zum Schauplatz eines Politisierungsprozesses geworden, wie er sich so radikal bisher in keinem industriell entwickelten Land vollzogen hat. Das politische Bewußtsein bleibt nicht mehr in Gestalt einer externen Avantgarde auf der Schwelle zum Werkstor stehen und es bezieht sich nicht mehr nur auf Verhältnisse außerhalb des Betriebes. Das System der Arbeit, wie es sich im kapitalistischen Betrieb darstellt, ist die Reibefläche geworden, an der sich das politische Bewußtsein der Massen entzündet. Und im Namen dieser von den Massen selbst kontrollierten und kontrollierbaren Umgestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse werden die Auseinandersetzungen mit der Polizei, mit den Massenmedien, mit dem Staatsapparat geführt. Lenins Satz, daß die Arbeiter im Betrieb nicht mehr als ein tradeunionistisches Bewußtsein hervorbringen können, ist von den italienischen Arbeitern in seinen historischen Zusammenhang zurückgestellt worden. Nicht, als ob sich in den gleichen Arbeitsverhältnissen wie durch ein Wunder ein neues Bewußtsein entwickelt hätte. Einerseits haben sich die Mittel zur Erzeugung und Aneignung sozialistischen Wissens vervielfacht. Andererseits haben sich die Arbeitsverhältnisse selbst, auf die das Massenbewußtsein reagiert, so verändert, daß darin der politische Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit anschaulich geworden ist.

2.

Das italienische Wirtschaftswunder ist wie das deutsche auf dem Rücken der Arbeiterklasse errichtet worden. Nur die wichtigsten Daten: während sich in dem Jahrzehnt zwischen 1951 und 1961 das industrielle Bruttoprodukt mehr als verdoppelt, beträgt die effektive Erhöhung der Löhne

im gleichen Zeitraum nicht mehr als 18%, also 1,8% pro Jahr. Die Arbeitskämpfe dieser Periode sind ungleich heftiger als in der BRD – zwischen 1951 und 1961 sind in Italien rund 15mal mehr Arbeitsstunden durch Streiks und Aussperrungen betroffen –, das gemeinsame Ziel ist aber wie in Deutschland die Erhöhung des Lohnanteils am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum. Ihren Höhepunkt findet diese Kampfbewegung um die Erhöhung des Lohnanteils in den Jahren 1961-1963, die gleichzeitig das Ende des italienischen Wirtschaftswunders markieren. Zum ersten Mal gelingt es der italienischen Arbeiterklasse, den ständig sich verschärfenden Widerspruch zwischen relativ sinkenden Löhnen und wachsendem Industrieprodukt zu ihren Gunsten zu entscheiden. In den Jahren 1961-1963 erreichen die italienischen Arbeiter in rund 44 000 gestreikten Arbeitstagen (BRD: rund 2400) eine Erhöhung des Lohns um 26,4% – während das Industrieprodukt in diesen Jahren nur um 17,5% steigt. Unternehmer und Staat weichen in eine geplante Krise aus: die Investitionen werden gesenkt, die Zahl der Arbeitsplätze wird verringert, der Export gesteigert. Im Schutz der Rezession von 1963/64 leiten die Unternehmer einen technologischen Transformationsprozeß ein, der darauf abzielt, die Produktion von dem immer unberechenbareren Kostenfaktor »menschliche Arbeitskraft« möglichst unabhängig zu machen. Zwei Mittel stehen dem Unternehmer zur Verfügung: 1. Erneuerung der Produktionsanlagen, 2. Neuorganisation des Arbeitsablaufs. Der Logik des Profits entsprechend kommt es darauf an, das zweite, weniger kostspielige Mittel dem ersten solange wie irgend möglich vorzuziehen. Die Hauptstoßkraft der technologischen Transformation richtet sich also auf eine Neuorganisation des Arbeitsablaufs. Das bedeutet: Einführung neuer Arbeitsbewertungssysteme, Vereinfachung und Dequalifizierung der Arbeit, Erhöhung der Anzahl der zu bedienenden Maschinen pro Arbeiter, Erhöhung des Arbeitstempos, Verlängerung der Arbeitszeit durch Überstunden und Einführung zusätzlicher Schichten. Die zahlreichen Befragungen der italienischen Arbeiter, vor allem aber die Kämpfe von 1968 bis 1971 beweisen, daß diese Veränderungen nicht nur stattgefunden haben, sondern auch wahrgenommen werden. Selbstverständlich genügt es nicht, vor allem nicht in der BRD, die neuen Ausbeutungsmethoden zu analysieren. Ebenso wichtig ist es, zu untersuchen, was von ihnen wahrgenommen wird. Wenn die deutschen Arbeiter auf diesen Transformationsprozeß vorwiegend noch mit traditionellen Lohnforderungen antworten, so ist nichts damit getan, wenn die Analyse ihnen nachweist, daß mit ihren Lohnforderungen eigentlich politische Forderungen gemeint sind. Es kommt dann gerade darauf an, die Widerstände zu untersuchen, die das Arbeiterbewußtsein daran hindern, die neuen Bedingungen wahrzunehmen und zu bekämpfen.

Wir können diesen technologischen Transformationsprozeß hier nicht im einzelnen beschreiben, es genügt, seine Auswirkung auf die Lage der Arbeiterklasse zu charakterisieren. Die wichtigsten Merkmale sind:

1. Krise der alten beruflichen Klassifizierungssysteme. Die neuen Arbeitssysteme gleichen die Arbeiten der relativ spezialisierten und qualifizierten Arbeiter, die den wirtschaftlichen Wiederaufbau getragen hatten, denen der jungen Hilfsarbeiterschicht an und umgekehrt. Die tatsächliche Angleichung der Arbeiten tritt in immer schärferen Widerspruch zu den künstlich aufrechterhaltenen Lohnunterschieden.
2. Entstehen neuer Berufe und das zunehmende Gewicht der Techniker. Diese qualitative Veränderung in der Struktur der Arbeiterklasse läßt neue Arbeitskonflikte entstehen, die nicht mehr auf den Lohnaspekt beschränkt sind. Die traditionellen Vorrechte der Techniker, die eine gewisse Entscheidungsautonomie einschließen, werden durch die Rationalisierung weitgehend abgeschafft. Die Techniker werden so gezwungen, das Prinzip der kapitalistischen Unternehmensführung und der Betriebshierarchie in Frage zu stellen.
3. Verlängerung der Arbeitszeit durch Überstunden und Einführung neuer Schichten. Durch die Steigerung der Arbeitsintensität bei der gleichzeitig sichtbaren Steigerung der Produktivität wird die Arbeitsdauer immer unerträglicher.
4. Immer genauere Vorbestimmung des Arbeitstempos und des Arbeitsrhythmus, die den an der individuellen Leistung orientierten Akkordlohn immer absurder erscheinen läßt.

Auf diese neuen Ausbeutungsformen antworten die italienischen Arbeiter mit qualitativ neuen Forderungen und Kampfformen. Von nun an zielen ihre Kämpfe nicht mehr bloß auf eine Erhöhung des Lohnanteils, sie greifen, nach einer »Schrecksekunde« von vier Jahren, das kapitalistische System der Arbeit an und stellen die Entscheidungsgewalt des Unternehmers in dem Bereich in Frage, wo sie der traditionelle Syndikalismus noch nie bestritten hatte. Der qualitative Sprung des Arbeiterbewußtseins besteht in der Erkenntnis, daß die relativ sinkenden Löhne nicht zu trennen sind von der Veränderung der Arbeitsbedingungen. Es lohnt sich nicht mehr, einfach Lohnforderungen zu stellen, wenn der Unternehmer sie durch die neuen Ausbeutungsformen sofort wieder rückgängig machen kann. Die neuen Kämpfe verknüpfen die Lohnforderung mit dem Angriff auf die Arbeitsbedingungen. Die neuen Forderungen folgen Schritt für Schritt den Veränderungen des Arbeitsplatzes.

1. Krise der beruflichen Klassifizierungssysteme. Ein Fiatarbeiter antwortet auf die Frage ›was hältst du von deiner Arbeit?‹: »Ich bin einer, der seit seinem 12. Lebensjahr arbeitet, und ich habe es hier oft normal gefunden, was andere zu schwer fanden, aber auch ich habe

gefunden, daß die Fließbänder in Lingotto für mich eine aufreibende und unmenschliche Arbeit sind; also täte die Fiat keinem Unrecht, wenn sie alle gleich oder fast gleich bezahlen würde.« Die entsprechende Forderung heißt: Abschaffung der Lohnstufen, Abschaffung des Unterschiedes zwischen Arbeitern und Angestellten.

2. Krise der traditionellen Rolle der Techniker, Problem der Betriebshierarchie. Ein Techniker bei Fiat: »Meine Arbeit ist ekelhaft. In dem Büro, wo ich arbeite ... übe ich eine Kontrollfunktion aus ... Die Kontrolleure werden ihrerseits kontrolliert von den Chefs und leitenden Angestellten und dann zwischen Chefs und Angestellten untereinander. Also ist das Ergebnis, daß die Chefs ihre Arbeit vor den leitenden Angestellten machen. Jedesmal, wenn ich eine Beobachtung mache, um die Arbeit zu verbessern, suchen die Chefs nach einer anderen Lösung, um sich die erste Stelle vor den leitenden Angestellten zu sichern.« Die entsprechende Forderung heißt: Abschaffung der betrieblichen Hierarchie. Kontrolle über die neuen Produktionstechniken.
3. Verlängerung der Arbeitszeit, Einführung zusätzlicher Schichten. Die entsprechende Forderung heißt: 40- bzw. 36-Stundenwoche. Weniger Arbeit, mehr Lohn.
4. Steigerung des Arbeitstempos. Ein Fiatarbeiter: »Ich arbeite an den Fließbändern, und es ist ekelhaft, weil die Arbeit ständig zunimmt und unsere Gesundheit aushöhlt und was noch wichtiger ist, daß der Lohn immer gleich bleibt oder auch sinkt, wenn man an die geleistete Arbeit denkt.« Die entsprechende Forderung heißt: Abschaffung des Akkords, Kontrolle der Bandgeschwindigkeiten.

Die neuen Ausbeutungsmethoden werden natürlich nicht nur im Betrieb wahrgenommen. Die Gesundheitsbedingungen der Arbeiter innerhalb und außerhalb der Fabrik, die Kosten und der Zeitaufwand für die Anfahrtswege, die sozialen Dienstleistungen, das alles wird in dem Maße Gegenstand der kollektiven Kritik wie die Verhältnisse im Betrieb. Nimmt man hinzu, daß die Hilfsarbeitermassen, die aus dem Süden an die Fließbänder der großen Betriebe strömen, das Wohnungselend in den Arbeiterghettos vervielfachen, daß das Fehlen von Streikkassen jeden größeren Betriebsstreik zum Funken werden läßt, der die Empörung gegen die Mieten entfacht und in den Wohnghettos eine neue Front aus Kindern, Frauen, Großeltern formiert, so haben wir die soziale Kulisse deutlich gemacht, in der sich die Explosion von 68/69 vorbereitet.

Aber nicht nur die Kampfinhalte, auch die Kampfformen reagieren auf die neuen Arbeitsbedingungen. Gegen die Arbeitsbewertungssysteme, die den Arbeitsablauf nach zehntel Sekunden kalkulieren, setzen die Arbeiter ihren eigenen Rhythmus durch den Pfiff-Streik: ein Pfiff zwischen zwei Fingern – das bedeutet fünf Minuten Streik, ein neuer Pfiff – eine viertel

Stunde Arbeit, Pfiff – wieder fünf Minuten Streik, usw. Dieselbe Streikform benützen die Verkäuferinnen in den großen Kaufhäusern: Pfiff – alle Arbeitsbewegungen erstarren, Waren bleiben unverpackt liegen, der Kunde wartet mit offener Hand an der Kasse, Pfiff – die politische Agitation der Kunden durch die Verkäuferinnen hört auf, die Arbeit wird wieder aufgenommen.

Gegen die Neuorganisation der Arbeit, die den ganzen Produktionsablauf in immer kleinere und stumpfsinnigere Teiloperationen gliedert, setzen die Arbeiter den Schachbrettstreik. Die einzelnen Abteilungen, in denen die Arbeiter bisher nur hilflose Läufer, Bauern, Springer des Unternehmers sind, werden durch den Schachbrettstreik zum Operationsgebiet einer Fabrikguerilla. Der Kampf der einzelnen Abteilungen wird so aufeinander abgestimmt, daß der Streik einer Schlüsselabteilung die Produktion in möglichst vielen abhängigen Abteilungen blockiert. Der Vorteil dieser Streikform ist, daß der Produktionsausfall relativ groß, der Lohnausfall relativ gering ist. Da *eine* streikende Abteilung die Arbeiter aller abhängigen Abteilungen am Arbeiten »hindert«, muß der Unternehmer den Lohn der »verhinderten« Arbeiter weiterbezahlen. Fiat wurde so für Monate zu einem riesigen Autofriedhof. An den jeweils fehlenden Autoteilen der Fiats auf den Abstellplätzen konnte man den Verlauf des Schachbrettstreiks rekonstruieren: fehlten in der einen Woche die Türen der Fiats, weil die Karosserie gestreikt hatte, so in der nächsten die Plastikverkleidungen der Schlußlichter und in der übernächsten die Reifen, weil Pirelli nicht liefern konnte. Im großen und ganzen werden diese Streikformen spontan erfunden und erst in einer späteren Phase auf Wandzeitungen festgelegt. Die spontanen innerbetrieblichen Kampfformen treten in Wechselwirkung mit den großen gesellschaftlichen Bewegungen dieser Jahre, mit dem Kampf der Studentenbewegung und der französischen Arbeiter. »Machen wir es wie in Frankreich«, antworten die Marzotto-Arbeiter auf eine gewerkschaftliche Umfrage, ob der Streik fortgesetzt werden solle und stürzen am 19. April Marzotto vom Sockel. »Machen wir es wie bei Marzotto, machen wir hier Valdagno«, kommt wenige Tage später das Echo aus ganz Italien zurück. »Es lebe der Kampf der Studenten, es lebe der Kampf der französischen Arbeiter« – das sind die Parolen, an denen sich die Kampfbereitschaft in der ersten Phase der Kämpfe orientiert. Durch die Zeitung und über das Fernsehen, durch die Post, schneller und zuverlässiger durch revolutionäre Boten, die in Autos, Zügen, auf Fahrrädern die Nachrichten hin und her tragen, durch eine das ganze Land erfassende Flüsterpropaganda werden die beispielhaften Kämpfe rasch vergesellschaftet und ebenso rasch entstehen lokale Helden und Mythen. Mehr noch als die Kampfinhalte sprengen die neuen Kampfformen die Grenzen der traditionellen gewerkschaftlichen Strategie und

in ihnen hauptsächlich verschaffen sich die politischen Bedürfnisse der Massen Geltung.

3.
Verfolgt man den Verlauf einiger exemplarischer Kämpfe, so wird eine gesetzmäßige Arbeitsteilung zwischen den entscheidenden Kräften des Kampfes sichtbar, zwischen den neuen Arbeiteravantgarden, den Gruppen der neuen Linken und den Gewerkschaften. Dabei kann es sein, daß in den weniger entwickelten Kampfzonen die gewerkschaftliche Linke die Rolle der außerparlamentarischen Gruppen übernimmt, oder daß umgekehrt in den entwickelten Kampfzonen, wo die Gewerkschaft gleichzeitig schwach ist, die linken Gruppen eine Zeitlang in die Rolle einer vierten Gewerkschaft gedrängt werden. Das ändert aber nichts an den Bewegungsgesetzen des Kampfprozesses. Bevor wir einen beispielhaften Kampfprozeß untersuchen, wollen wir kurz die wichtigsten Protagonisten vorstellen.
Die traditionellen *Arbeiterparteien* gehören nicht dazu. *Ein* wichtiges Ergebnis der Klassenauseinandersetzungen 68-71 besteht darin, daß »das wachsende Klassenbewußtsein und die neuen Kämpfe nicht mehr wie nach dem Krieg die Frucht der praktischen organisatorischen Arbeit der Kommunistischen Partei Italiens sind« (Pino Ferraris in einer Untersuchung über die Rolle der KPI und der Gruppen bei den Fiatkämpfen). In L. Magris Artikel über die KPI werden die Gründe für die wachsende Entfernung der KPI von den gesellschaftlichen Avantgarden untersucht. Ich beschränke mich darauf, das politische Ergebnis festzuhalten:

Die KPI »hat gewerkschaftlichen Kampf und die Auseinandersetzungen um die Tarifverträge unterstützt, aber alle Gewaltanwendungen und Kämpfe *nach* den Vertragsabschlüssen scharf verurteilt. Statt die politischen Konsequenzen aus den Kämpfen zu ziehen, und die Reaktion der politischen Rechten und der Mittelschichten auf die Arbeiteroffensive zu kontern, hat sie für die Wiederaufnahme der Produktion plädiert und von rechts Druck auf die Gewerkschaften ausgeübt.« (Fr. Ciafaloni in dem hier veröffentlichten Artikel, S. 55 f.)

Zunächst die *Gruppen*: Die Kämpfe in Italien sind soweit fortgeschritten, daß jede Gruppe oder Partei zur Verifikation ihrer Strategie innerhalb eines ziemlich kurzen Zeitraums gezwungen wird. Jedenfalls ist es in Italien unvorstellbar, daß eine politische Avantgarde fünf Jahre oder länger einfach nur existiert, fünf Jahre nichts weiter hat als die »richtige Linie«, ohne daß ihre Strategie auf die Probe gestellt wird. Dies ist der eine wesentliche Unterschied zur politischen Arbeit in Deutschland. Der andere besteht in der politischen Präsenz einer gewaltigen kommunistischen Partei. Die meisten führenden Genossen der neuen Linken haben ihre ersten politischen Erfahrungen in der KPI gemacht. Aus ihr und im Kampf mit ihr haben sich die neuen Avantgarden entwickelt. Die un-

glaubliche Verachtung und Wut, mit der die außerparlamentarischen Gruppen die KPI bekämpfen, entspricht der realen Gefahr, von diesem Koloß gefressen zu werden, sobald man ein gutes Haar an ihm läßt. So entsteht eine Dynamik zwischen den Gruppen und der KPI, die nur auf den ersten Blick merkwürdig ist: in der ersten Phase der Kämpfe, in der die neuen Avantgarden von der Massenbewegung emporgetragen werden, wird der Revisionismus ganz direkt an seinem Verhältnis zum Kampf der Massen kritisiert und entlarvt. Wenn die Kämpfe abfallen und die Massen sich von den Gruppen abwenden, rücken die Gruppen weiter nach links und erklären KPI und Gewerkschaften zum Hauptfeind der Massen.

Die Explosion des Arbeiterkampfes hat die antireformistischen Gruppen in Italien endgültig in zwei Lager geteilt: auf der einen Seite die marxistisch-leninistischen Gruppen und Parteien, die von Anfang an den Aufbau einer Kaderpartei in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellten; auf der anderen Seite die sogenannten »Spontaneisten«, die von Anfang an die These vertraten, daß die revolutionäre Partei nur das Ergebnis eines langen Kampfprozesses der Massen sein könne. Nach drei Jahren heftiger Klassenkämpfe ist der Streit zwischen den beiden Lagern zwar nicht theoretisch entschieden. Feststeht aber, daß nur die spontaneistischen Gruppen, die theoretisch und praktisch an die Autonomie des Arbeiterkampfes und die direkte Massenaktion angeknüpft haben, einen wirklichen Einfluß auf die Arbeiterkämpfe gehabt haben. Die marxistisch-leninistischen Gruppen, die schon seit Jahren grimmig blickende Proletarier mit Hämmern und Schraubschlüsseln in den Fäusten malten, sind gar nicht bis zur Fabrik vorgedrungen, oder sie sind dort verspätet aufgetaucht und haben den streikenden Arbeitern mit chinesischen Schriftzeichen und roten Fahnen nachgewinkt. Wo sich ihr abstrakter, von keinem lebendigen Bedürfnis geleiteter Antirevisionismus konkretisierte und sie die Gewerkschaftler als Faschisten und Handlanger der Polizei beschimpft haben, sind sie von den Arbeitern verprügelt worden. Von den revoltierenden Arbeitern verschmäht, ungeliebt vom Volk, dem sie ihre ganze Liebe versicherten, haben sich die marxistisch-leninistischen Gruppen und Parteien wieder an die Universität zurückgezogen oder Selbstkritik geleistet und sich der KPI angenähert. Es scheint, daß die Unione der Marxisten-Leninisten, die größte und zunächst erfolgreichste von diesen Gruppen und Parteien, eher die Krise der Intellektuellen im Spätkapitalismus zum Ausdruck gebracht und organisiert hat als die Bedürfnisse des Proletariats. Der Aufstieg und Fall der Unione ist nicht zu trennen von ihrer Klassenbasis im Bürger- und Kleinbürgermilieu: reiche Bürgersöhne und -töchter, Künstler, Intellektuelle und als Massenbasis Studenten und Schüler. Auch wenn sie standhaft das Gegenteil behauptet: die Unione hat niemals mehr

als höchstens 10% Arbeiter und Bauern unter ihren organisierten Mitgliedern gehabt. Heute, wo die Unione auf einen Rest von etwa 500 Aktiven zusammengeschmolzen ist, hat sich an diesem Verhältnis nichts geändert, aber das Bild hat sich in bezeichnender Weise verschoben: die Masse der Studenten und Schüler ist ausgetreten, übriggeblieben sind die Unionegenossen mit bürgerlicher Herkunft unter Führung des großen Vorsitzenden Brandirali. Inzwischen hat die Unione ihr Verhältnis zur KPI und zu den Gewerkschaften korrigiert, aber nicht das Verhältnis zu den Massen. Die Kehrtwendung der Unione, die bis zum Herbst 69 eine neue revolutionäre Gewerkschaft aufbauen wollte und heute nur noch die politische Arbeit in den bestehenden Gewerkschaften gelten läßt, verpaßt damals wie heute das treibende Moment des Arbeiterkampfes. Damals wie heute gründet sich ihre Politik nicht auf das praktische Bündnis mit den neuen Massenbedürfnissen, sondern folgt einem reaktiven bürokratischen Schema, setzt nicht im Betrieb an, sondern jeweils in der Institution. Natürlich ist es kein Zufall, daß gerade die Unione, die den »Dienst am Volk« und den Aufbau der »ruhmreichen und korrekten« Partei des Proletariats am stärksten ideologisierte und die Bedürfnisse der eigenen Mitglieder am energischsten unterdrückte, dann auch am wenigsten mit den neuen proletarischen Bedürfnissen anfangen konnte. Und wenn die Arbeitermassen bei ihrem ersten Atemzug die fertigen »revolutionären« Parteien abgeschüttelt haben, so haben sie damit nicht den Marxismus-Leninismus und die Frage des Parteiaufbaus liquidiert. Sie haben die falschen Befreier zurückgewiesen, die ihre eigenen verdrängten Klassenkonflikte durch die Partei wegorganisieren und nun dem Proletariat sein Bedürfnis nach Autonomie ausreden wollten.

Die spontaneistischen Gruppen haben den emanzipatorischen Aspekt der Studentenbewegung nicht einfach liquidiert, sondern für den Arbeiterkampf produktiv gemacht. Die materielle Bedingung für die Führerrolle, die sie in der ersten Kampfphase spielen sollten, besteht darin, daß sie die revolutionären Momente des Studentenkampfes in den Arbeiterkampf zurückgetragen haben: die direkte Aktion, die Bejahung der proletarischen Gewalt, die autonome Führung des Kampfes. Die Klassenkämpfe in Italien liefern den Beweis dafür, daß die emanzipatorischen Bedürfnisse, die die Studentenbewegung artikulierte, nicht einfach auf ein Klassenprivileg reduzierbar sind. Sie sind, zusammen mit anderen Klasseninhalten, von den Arbeitern aufgenommen und weiterentwickelt worden.

Die außerparlamentarischen Gruppen haben zwischen 1966 und 1968 mit der Arbeit vor dem Betrieb begonnen. Die Arbeit studentischer Genossen im Betrieb wird von der italienischen Linken abgelehnt: sie ist wegen des Mangels an Arbeitsplätzen politisch nicht zu vertreten, wegen der außer-

ordentlich genauen schwarzen Listen nicht möglich und wegen der politischen Tradition der italienischen Arbeiterklasse auch überflüssig.
Die studentischen Genossen erscheinen regelmäßig vor und nach Schichtende vor den Werkstoren, verteilen ihre Flugblätter und Zeitungen und diskutieren mit den Arbeitern. Aus solchen informellen Kontakten entstehen je nach Lage des Kampfes stabilere Formen, gemeinsame Versammlungen in Kinosälen, Kneipen, schließlich sogenannte CUB (Comitato unitario di base). Zu Beginn der Kämpfe einigen sich die spontaneistischen Gruppen auf eine Aktionseinheit, deren kleinster gemeinsamer Nenner in folgenden drei Punkten besteht:

1. Kampf gegen alle historischen Formen der Arbeiterbewegung (KPI und Gewerkschaften). Nein zu den Delegierten, denn sie sind ein neues Instrument der Unternehmerkontrolle über die Arbeiter.
2. Unterstützung eines Forderungskataloges mit folgenden Schwerpunkten: Starke und gleiche Lohnerhöhung für alle. Die betriebliche Lohnforderung darf nicht in die nationalen Tarifauseinandersetzungen übernehmbar sein. Sofortige Aufhebung der Lohnunterschiede für alle Arbeiter. Ablehnung der Bandgeschwindigkeiten und der Arbeitsrhythmen. Das alles auf den Begriff gebracht in der Parole: Mehr Lohn, weniger Arbeit.
3. Die Arbeiterversammlung (unter Führung der Gruppen) ist oberstes Entscheidungsorgan.

Die italienischen *Gewerkschaften* sind nach dem Krieg von den drei antifaschistischen Parteien als Einheitsgewerkschaft geschaffen worden. Aus dieser Entstehungsbedingung resultiert eine Reihe von Merkmalen, die die gewerkschaftliche Strategie bis Ende der sechziger Jahre bestimmt hat. Die italienischen Gewerkschaften sind bis zum Ausbruch der Kämpfe sehr stark zentralisiert und wenig organisiert im Betrieb. Gezeugt als das uneheliche Geschöpf der drei antifaschistischen Parteien wurden sie bald in drei Stücke zerrissen. Die KPI, die zusammen mit den Sozialisten die Masse der Arbeiter kontrolliert, hat die Gewerkschaft hauptsächlich als Transmissionsriemen benützt, der ihre Politik des Bündnisses mit der Bourgeoisie und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus von oben nach unten vermitteln sollte. Es bildete sich eine strenge Arbeitsteilung heraus: die Gewerkschaft ist zuständig für die unmittelbaren (Lohn-)Forderungen der Arbeiter, die Partei ist zuständig für die Politik. In der gewerkschaftlichen Strategie dominiert folglich das zentralistische Moment über das lokale und betriebliche. Die Macht der Gewerkschaften gründet sich mehr auf die nationalen Verträge als auf die Streiks. Ihre wichtigsten Ziele entsprechen der KPI-Politik und sind defensiver Natur: Stop der Entlassungen, Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten, Erhaltung und Erweiterung der Arbeitsplätze, Verteidigung des kleinen Kapitals gegen

das Monopolkapital etc. Das Schwergewicht des gewerkschaftlichen Kampfes liegt außerhalb des Betriebes. Entsprechend erfüllen die betrieblichen Organe der Gewerkschaft hauptsächlich die Funktion der Koordinierung mit den Plattformen und Streiks, die außerhalb des Betriebes, in den Regionalorganisationen der Gewerkschaft, ausgearbeitet werden. Sie haben keine Möglichkeit, eine am Betrieb orientierte Forderungspolitik zu entwickeln. Die wichtigste Basisorganisation der italienischen Gewerkschaften, die Commissione interna (entspricht in etwa dem Vertrauensleutekörper), ist eher ein Anhängsel als eine bestimmende Kraft der gewerkschaftlichen Politik. Die Commissione interna wird von allen Arbeitern einer Fabrik, gewerkschaftlich organisierten und nicht organisierten, alle zwei Jahre gewählt. Jeweils 250 Arbeiter werden durch ein Mitglied der Kommission vertreten, das nicht in der Gewerkschaft eingeschrieben sein muß. Zwar treten in der Regel die meisten Mitglieder der Kommission in die Gewerkschaft ein. Aber schon das zahlenmäßige Verhältnis zwischen ihnen und den Arbeitern zeigt, daß die Commissione interna nicht zum Instrument der neuen Massenbedürfnisse werden kann.

4.

Die ersten autonomen Kämpfe der Arbeiter haben sich zunächst zögernd und in einer langwierigen Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften entwickelt. Bevor die Arbeiteravantgarden die neuen Bedürfnisse artikulieren konnten, mußten sie sich erst von der alten gewerkschaftlichen Autorität lösen. Die Opposition der Arbeiter richtet sich hauptsächlich gegen zwei Punkte der traditionellen gewerkschaftlichen Strategie: gegen die Verpflichtung auf das kapitalistische Produktivitätsprinzip, das die Gewerkschaften hindert, den politischen, nicht-neutralen Charakter der technologischen Transformation zu verstehen; gegen die gewerkschaftlichen Kampfformen, in der Regel symbolische Streiks, die in keiner Weise die Produktion angreifen und vor allem dem Zweck dienen, Druck auf die Verhandlungen auszuüben, kurz die Arbeiter opponieren gegen das gestörte Verhältnis der Gewerkschaften zur proletarischen Gewalt.

Der Kampf bei Montedison in Porto Marghera, der uns hier als Modell dienen soll, hat sich ungefähr so entwickelt:

1. Phase: Der Unternehmer schließt mit den Gewerkschaften einen Vertrag, in dem er den Gewerkschaften gegen eine Lohnerhöhung das Recht abhandelt, den Betrieb nach seinen Zwecken zu »modernisieren«, d. h. »wissenschaftliche Formen« der Ausbeutung einzuführen. Die Kritik der Basis an diesem Vertrag ist so stark, daß die gewerkschaftliche Linke zunächst die Position der außerparlamentarischen Gruppe Potere operaio übernimmt, die seit 1966 politisch in dem Betrieb arbeitet. Potere operaio schlägt in dieser Phase eine Aktionseinheit mit den Metallern vor, um die

Isolierung der Branchen voneinander zu durchbrechen und das ganze Gewicht der Arbeiterklasse in den Tarifkampf zu werfen. Der Vorschlag wird von der Gewerkschaftsspitze abgelehnt, und von nun an entwickelt sich die Kritik der Basis an den Gewerkschaften immer ausdrücklicher. Diese Kritik vollzieht sich vorerst noch hauptsächlich im Namen einer neuen Gewerkschaftskonzeption; die Arbeitermassen selbst sollen die Linie in der Gewerkschaft bestimmen. Aber von Anfang an ist zu sehen, daß die außerparlamentarische Kritik den Akzent mehr auf eine Überwindung der Gewerkschaft setzt, während die Arbeiteravantgarden mehr für eine Erneuerung der Gewerkschaften kämpfen, und im Laufe des Kampfes werden diese beiden Momente immer weiter auseinandertreten. Die Arbeiter vertreten die Parole »Kontrolle der Arbeiter über die Gewerkschaften.« Die außerparlamentarische Linke propagiert zunächst die Parole »Die Gewerkschaft politisch benutzen«, um sie dann durch die Parole zu ersetzen: »Autonome, von den Arbeitern in erster Person geführte Betriebskomitees aufbauen«. Diese Parole zielt bereits auf einen antagonistischen Widerspruch zwischen den neuen Betriebskomitees und den Gewerkschaften, aber in dieser Phase hat sie eine vorantreibende Funktion. Die Initiative von Potere operaio trifft genau in die Lücke, die die traditionelle gewerkschaftliche Strategie offen läßt: Lohnerhöhungen, die nicht mehr an die Produktivität gebunden sind, Ablehnung der durch die Technologie geschaffenen Arbeitsbedingungen, Entwicklung autonomer Kampf- und Organisationsformen.

Die Masse der Arbeiter, vor allem der Jungarbeiter, sieht in diesen Forderungen ihre Bedürfnisse auf den Begriff gebracht und so wird Potere operaio mehr als die Gewerkschaft zu der Kraft, die die Explosion von 1968 vorbereitet. Anläßlich einer Verhandlung über die Produktionsprämien lanciert Potere operaio die Parole »5000 Lire für alle«, eine Forderung, die weit über den gewerkschaftlichen Vorschlag hinausgeht. Damit verfolgt Potere operaio schon bewußt die Strategie, das kapitalistische System durch unerfüllbare Lohnforderungen in die Krise zu stürzen: »Das Ziel beschreibt eine Form und einen Inhalt des Kampfes, der nicht einmal im partiellen Sinn vom kapitalistischen System verkraftet werden kann.« Hier wird bereits einer der politischen Grundirrtümer von Potere operaio sichtbar, aber sei es wegen der Kühnheit und Neuartigkeit der Forderung, sei es wegen der höhnischen Reaktion des Unternehmers, die Arbeiter erkennen in der überhöhten Lohnforderung so etwas wie einen Ersatz für ihre neuen, von der Gewerkschaft nicht aufgenommenen Bedürfnisse und machen sich die Forderung zu eigen. Die Gewerkschaften, überrascht und ratlos angesichts des breiten Echos bei den Arbeitern, zögern erst und übernehmen dann hals über kopf die Forderung der außerparlamentarischen Linken, so daß diese, ihrerseits überrascht und

wütend, schreibt: »Sagen wir es in klaren Worten! Keine Mätzchen! Die Gewerkschaft soll sich keine Illusionen machen. Wir machen nur mit, wenn sie wirklich unsere Interessen vertritt und die Kämpfe vorantreibt. Wir werden jeden Schritt und jedes Wort genau überwachen und wir werden es bei dieser Forderung nicht bewenden lassen.« Die Gewerkschaft, die erst mit einer Flucht nach vorn ihre Verspätung gegenüber den Massenbedürfnissen aufzuholen versuchte, tritt jetzt die Flucht zurück in traditionelle bürokratische Manöver an. Sie widerruft einen ausgerufenen Streik, verändert eigenmächtig Beschlüsse, die auf Vollversammlungen getroffen wurden, und versucht, den Kampf in legale und symbolische Formen zurückzulenken. Das Mißtrauen der Arbeitermassen gegen die Gewerkschaften erreicht jetzt seinen Höhepunkt und die Gewerkschaften müssen das Feld den in Bewegung geratenen Massen überlassen.

2. Phase: Es ist dieser notwendige Moment der Niederlage der Gewerkschaften, in dem sich die neuen Bedürfnisse und die neuen Kampfformen am breitesten entfalten. Die Bewegung folgt einer Spirale, die ihren Ausgang meist von einem artikulierten Streik nimmt. Der Unternehmer, noch unerfahren, antwortet durch Aussperrung und Entlassung. Die Arbeiter kontern mit einem Solidaritätsstreik, in den mehr und mehr Abteilungen hineingezogen werden, die Studenten werden von den Arbeitern in die Fabrik hineingelassen, die Arbeiter kommen in die Universität. Der Verkehr, erst vor dem Betrieb, dann in den Hauptstraßen der Stadt, wird blockiert. Die Polizei greift an, Straßenschlachten, Barrikaden, Rathausbesetzungen, Solidaritätsstreiks anderer Betriebe, der Schulen und Universitäten sind die Folge. Dieser Höhepunkt, in dem sich die seit Jahren aufgestauten Bedürfnisse der Massen sammeln und über die Grenzen des Betriebes hinausdrängen, bezeichnet gleichzeitig den Umschlagpunkt in dem Verhältnis der politischen Avantgarden zu den Massen. Einerseits nämlich haben die spontaneistischen Gruppen jetzt ihre historische Funktion als Lokomotive der Arbeiterautonomie und des Kampfes gegen das System der Arbeit erfüllt. Andererseits lernt die Gewerkschaft, daß es sich bei den neuen Kampfformen und Forderungen nicht um bloße Temperamentsausbrüche handelt. Nicht Extremisten und Provokateuere, wie die KPI aus sicherem Abstand meint, haben diese Kämpfe inszeniert, die Massen selber sind »extremistisch« geworden. An der Basis der Gewerkschaften setzt ein Erneuerungsprozeß ein, der darauf abzielt, ein qualitativ neues Verhältnis zu den Arbeitermassen herzustellen, und die neuen Kampfformen und Forderungen in die gewerkschaftliche Strategie einzubeziehen.

3. Phase: Von diesem Augenblick an verselbständigen sich die theoretischen Positionen der außerparlamentarischen Gruppen gegenüber den konkreten Inhalten des Arbeiterkampfes. Die Arbeiteravantgarden hat-

ten mit ihrer Kritik an den Gewerkschaften von Anfang an mehr auf einen neuen Syndikalismus gezielt, die linken Gruppen von Anfang an mehr auf eine prinzipielle Entlarvung der Gewerkschaften, in denen sie nur den verlängerten Arm des Unternehmers sehen: jetzt, da die Gewerkschaften durchlässig für die Kritik der Basis werden, verschärfen die Gruppen das antigewerkschaftliche Moment der Kritik. Die Arbeiter hatten mit der Parole »Autonomie des Arbeiterkampfes« vor allem den autonomen Kampf gegen das kapitalistische System der Arbeit gemeint, die Gruppen hatten von Anfang an mehr auf den autonomen Kampf gegen Gewerkschaften und Parteien gezielt; jetzt, da die Kämpfe zurückfließen, reden die Gruppen nicht mehr von Forderungen, sondern nur noch von Autonomie. Es bildet sich eine Schere zwischen dem immer inhaltsleereren revolutionären Gestus der Gruppen und der wirklichen Bewegung des Kampfes. Die revolutionären Wünsche der Gruppen klettern desto höher, je mehr die Gewerkschaft praktisch den Boden zurückgewinnt. Die neue Linie der Gewerkschaften folgt diesen Grundsätzen: Selbstkritik der Gewerkschaftsfunktionäre in der Vollversammlung, Anerkennung der Vollversammlung als Entscheidungsorgan, Anerkennung des Rechts der Delegierten, die Kampfformen und Kampfforderungen selbst zu bestimmen. In der Regel setzt sich die kommunistische Gewerkschaft, in bestimmten Gebieten auch die katholische Gewerkschaft, an die Spitze diseer Erneuerungsbewegung. Den Auslöser bildet zum Beispiel eine Weigerung der kommunistischen Gewerkschaft, einen Vertrag zu unterschreiben, der eine Distanzierung von gewaltsamen proletarischen Aktionen enthält. Sie ruft allein zu einem neuen Streik auf und erreicht eine fast hundertprozentige Beteiligung. Zusammen mit den Arbeitern, durch Befragungsaktionen und in Vollversammlungen werden die Forderungen und Kampfformen bestimmt. Der Druck der Basis zwingt die anderen Gewerkschaften, sich mit den neuen Tatsachen abzufinden und auf die Strategie der jeweils fortschrittlichsten Gewerkschaft einzuschwenken. Auf einer qualitativ neuen Ebene stellt sich so die Einheit der Arbeiter und Gewerkschaften im Betrieb wieder her. Im selben Maße, wie die Arbeiter Vertrauen zur Gewerkschaft zurückgewinnen, aus dem einfachen Grund, weil sie den neuen Forderungen und Kampfformen nicht mehr feindlich gegenübersteht, konzentrieren die außerparlamentarischen Gruppen ihre Kraft darauf, der Gewerkschaft jede Möglichkeit zur Erneuerung zu bestreiten. Mit einem merkwürdigen politischen Besitzanspruch versteifen sie sich darauf, daß die Gewerkschaft, die die Kämpfe nicht ausgelöst hat, auch auf gar keinen Fall aus ihnen lernen kann. Potere operaio schreibt: »Die Gewerkschaft kann und darf niemals etwas anderes sein als ein völlig gebändigter Organismus, funktional nur für die reformistische Politik und Strategie des Kompromisses mit dem

Unternehmer.« So geraten ausgerechnet diejenigen Organisationsformen, die die Arbeiter sich neu erkämpft haben, ins Schußfeld der linken Kritik. Die Delegierten werden definiert als ein Organismus, »der nur zu dem Zweck erfunden wurde, die Arbeiter besser zu kontrollieren«. Und die strategisch richtige Analyse, »daß sich aus den Delegierten niemals von selbst eine politische Massenorganisation entwickeln kann«, reicht aus, sie abzulehnen. Den Arbeitern muß diese Position angesichts einer Gewerkschaft, die sich auf Betriebsebene erneuert und vereinheitlicht und die neuen organisatorischen Instrumente und Forderungen gegen die eigene Bürokratie durchboxen muß, minoritär und spalterisch erscheinen. Während der den Kampf treibende Widerspruch sich in Wirklichkeit ständig weiterbewegt – nämlich zunächst aus einem Widerspruch zwischen den Arbeitermassen und den Gewerkschaften zu einem Widerspruch zwischen der gewerkschaftlichen Linken und der Rechten wird, dann die Gewerkschaften auf Betriebsebene vereinheitlicht und insgesamt der nationalen Gewerkschaftsbürokratie gegenüberstellt, schließlich erschöpft über die erkletterten Stufen zurückfällt –, verschanzen sich die linken Gruppen auf der ersten Stufe; sie errichten hier eine Leiter ohne Sprossen, die frei in den Himmel der »direkten Massenaktion gegen Staatsapparat und Unternehmer« ragt, eine Aktion, »die den Unternehmer völlig überrascht und weder von den Gewerkschaften noch von den Parteien kontrolliert wird«. Im selben Maße, wie sie an politischem Einfluß verlieren, beginnt in den Gruppen gesetzmäßig die Diskussion über die aufzubauende revolutionäre Partei. Da aber die nun einsetzenden Organisationsversuche nicht Ausdruck eines politischen Wachstumsprozesses sind, sondern Ausdruck einer beginnenden Isolierung, organisieren sie nur die Isolierung der Gruppen voneinander und von den Massen. Sie bringen nicht mehr die Bedürfnisse der Arbeiter auf einen organisatorischen Begriff, sondern das gekränkte revolutionäre Bewußtsein der Avantgarden. Es werden ständig neue Organisationsvorschläge gemacht, deren Scheitern dann immer gleich nachgewiesen wird, bevor sie wirklich geworden sind. Und für ihr Scheitern wird dann natürlich nicht die wachsende Entfernung von den Massen verantwortlich gemacht, sondern die immer noch zu schüchterne Bekämpfung der Gewerkschaften und linken Parteien. So geraten am Ende die eigentlichen Produkitvkräfte der Explosion von 1968/69, die Autonomie des Arbeiterkampfes, der Angriff auf die Arbeitsorganisation, überall dort, wo sie konkret und sichtbar werden als Anerkennung der Delegierten, als (wenn auch nur stufenweiser) Abbau des Akkords, als Verminderung der Lohnunterschiede, in den Sog eines alles erfassenden Mißtrauens. Im Frühjahr 1971 entwirft die linke Gewerkschaftsfraktion bei Fiat eine Plattform, die unter dem Druck der Basis von allen drei Gewerkschaften angenommen wird. Diese Plattform faßt, mit einigen Einschränkungen,

die wesentlichen Inhalte der Kämpfe 1968/69 zusammen. Tatsächlich wird dann nur ein kleiner Teil der gewerkschaftlichen Forderungen erfüllt. (Dazu der weiter oben veröffentlichte Artikel von Fr. Ciafaloni, S. 67 ff.) Die AOU (Assemblea operaia unitaria – Versammlung der Arbeiteravantgarden und der linken Gruppen) lehnt die gesamte gewerkschaftliche Plattform ab und entwirft eine alternative Plattform, in der die strategischen Ziele des Arbeiterkampfes unvermittelt in betriebliche Forderungen übersetzt sind. Der gewerkschaftlichen Forderung, die vierte und fünfte Lohnstufe ganz abzuschaffen und die dritte stufenweise in die zweite aufzulösen, stellt sie die Forderung nach der sofortigen Abschaffung aller Lohnstufen unterhalb der zweiten entgegen: »Wir wollen die zweite für alle, weil wir nicht das mystifizierende Ziel verfolgen, uns zu qualifizieren, sondern weil wir einig sein und alle mehr verdienen wollen.« Der gewerkschaftlichen Forderung, den Akkord stufenweise abzuschaffen, indem er auf einer festen Stückzahl eingefroren und der Akkordlohn in einen Festlohn, erhöht um 35 Lire, umgewandelt wird, hält die AOU entgegen: der Akkord muß ganz und sofort abgeschafft werden, und nicht nur der Akkord, sondern alle Formen von Zuschlägen zum Grundlohn, um »ihre Funktion der Spaltung der Arbeiterklasse und der Intensivierung der Ausbeutung auszuschalten«. Die gewerkschaftliche Forderung, die Mittagspause um eine viertel Stunde zu erhöhen, lehnt sie ab, »weil die Gewerkschaften zwar in der Akkordfrage undurchsichtige Kompromisse mit dem Unternehmer schließen können«, nicht aber in der konkreten Forderung nach einer halben Stunde. Die Forderung der Gewerkschaften, alle, also nicht nur die gewerkschaftlichen Delegierten anzuerkennen, wird abgelehnt, denn »die AOU *muß* die Versammlung aller Arbeiter sein (sie ist es nicht – d. Verf.) und alle *sollen* in ihr in erster Person ihre Forderung vertreten (sie können es nicht – d. Verf.)«.

Es tut weh, solche wünschenswerten und strategisch richtigen Ziele zu verurteilen. Es wird aber gezeigt werden, daß solche Forderungen, die nicht erhoben werden, um erfüllt zu werden, sondern nur noch, um politisches Bewußtsein auszudrücken, in eine Destruktivkraft des Arbeiterkampfes umschlagen. Der Akkord soll nicht abgeschafft werden, weil er unerträglich ist, sondern nur noch, weil er die Vereinheitlichung des Arbeiterklasse verhindert. Die Mittagspause soll nicht mehr hauptsächlich deswegen verlängert werden, um mehr Zeit zum Essen zu haben, sondern nur noch, um die gewerkschaftlichen Kompromisse zu durchkreuzen. In jedem Fall ist die materielle Forderung nur noch Vehikel für etwas Immaterielles, Geistiges, und ihr materielles Moment, das überhaupt die Dialektik zu den Massenbedürfnissen herstellt, ist abgeschnitten. Die Verkürzung der Arbeitszeit wird nicht gefordert, um die Arbeitszeit zu verkürzen. Die einzig zugelassene Erfüllung besteht in dem Bewußtsein, »daß jede Minu-

te in der Fabrik zuviel ist«. Selbst wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt würde, und das ist nicht erreicht worden, könnte sie vor dem Bewußtsein, daß jede Minute in der Fabrik zuviel ist, nur noch als lächerlicher Kompromiß erscheinen. Dieselben Forderungen, die zu Beginn der Kämpfe eine emanzipatorische Funktion hatten, weil sie die neuen Massenbedürfnisse beschleunigten und auf den Begriff brachten, werden jetzt, verselbständigt, zum Mittel der Verhinderung ihrer Befriedigung. So überlassen es die linken Gruppen den Gewerkschaften allein, die Bilanz aus den Kämpfen zu ziehen. »Wir wollen«, schreibt Potere operaio in revolutionärer Verzweiflung, »gar nicht an den Verträgen teilnehmen, sollen die Gewerkschaften nur die Verträge machen, getrennt voneinander oder vereinigt, das macht keinen großen Unterschied. Für das Comitato Operaio Autonomo zählen nur die Ziele der Arbeiter, zählt nur die Organisation einer permanenten Führung des Kampfes durch die Arbeiter selbst.« Kein Wunder, daß die Arbeitermassen, oft zähneknirschend, in den Schoß der Gewerkschaft zurückkehren. Wurden sie vorher von den Gewerkschaften und der KPI als Opfer von Extremisten und Provokateuren hingestellt, so werden sie jetzt, wo es um die Ernte der Kämpfe geht, von den linken Gruppen als Opfer der gewerkschaftlichen Verräter hingestellt. Der Haß gegen das kapitalistische System der Arbeit ist zum Haß gegen die Arbeit überhaupt geworden. Die Kritik an gewerkschaftlichen Verträgen, die die Arbeitsbedingungen ausspart, hat sich zur Ablehnung jeder vertraglichen Vereinbarung verselbständigt. Die Kampfformen und -Forderungen, die der historische Ausdruck genau bestimmbarer konkreter Massenbedürfnisse waren, sollen nun nichts mehr mit diesen Bedürfnissen zu tun haben und linear ins Unendliche verlängert werden. Und das Bedürfnis nach der Revolution soll das einzige legitime Massenbedürfnis sein.

Während die Gruppen in immer rasenderem Leerlauf ihr eigenes Tempo, ihre eigene Dynamik, auf die Massen zu projizieren suchen, fließen die Kämpfe unter dem Druck der sich vorbereitenden Gegenoffensive der Unternehmer und der rechten Teile der Mittelschichten, aber auch unter dem Gesetz ihrer eigenen Erschöpfung zurück. Ein Fiatarbeiter, der zu Lotta continua gehört, beschreibt das, was nach drei Jahren erreicht wurde, so:

»Die Fabrik haben wir in diesen Jahren verändert. Jetzt gehört sie bis zu einem gewissen Grade uns. Wir haben Machtpositionen erobert, an die man vor ein paar Jahren nicht einmal denken konnte. Wir werden sie uns nicht wieder nehmen lassen. Das ist das wichtigste Ergebnis des Kampfes: von hier aus geht man nicht mehr zurück.

Es sind jetzt 12 Jahre, daß ich bei Fiat arbeite, zuerst bei Lingotto, dann in den Karosseriewerkstätten von Mirafiori. Ich erinnere mich gut: früher, wenn sich nur drei Arbeiter zusammentaten und tuschelten, war sofort der Aufpasser da, der ständig mit seinem Fahrrad durch die Werkstätten raste und spionierte. Jetzt stehen wir in Gruppen herum und machen Vollversammlungen, wenn wir es für nötig halten. Damals durftest du

155 *Die Massen, die Gewerkschaften und die politischen Avantgarden*

nicht den weißen Strich übertreten, der deinen Arbeitsplatz abgrenzte. Du wurdest buchstäblich gefangen gehalten. Wenn du auch nur einen Fuß über den Strich gesetzt hast, war sofort der Meister da und schrieb deine Nummer auf, um dich zu bestrafen. Heute laufen wir ganze Kilometer durch die Abteilungen, hin und zurück, hin und zurück. Wenn wir mit der Arbeit fertig sind, ziehen wir uns um und bleiben oft noch da, ohne daß wir gleich die Karte stempeln müssen. Früher stand der Meister unter der Stoppuhr und paßte auf, daß du sofort abhaust. Und wehe, wenn du von Politik gesprochen hast: alle Kader der FIOM haben sie deswegen rausgeschmissen. Heute wäre sowas einfach nicht drin. Früher war der Meister tatsächlich ein Diktator. Ein Blick genügte und der Arbeiter kuschte. Wie in der Kaserne! Du konntest nicht mal eine Zigarette rauchen. Wenn du Hunger hattest, mußtest du das Brot unterm Kittel verstecken, und dir heimlich Bröckchen in den Mund stecken. Jetzt frühstücken wir, wann wir wollen und wir setzen uns auf die Maschinen. Wenn du willst, machst du auch ein kleines Nickerchen, die Genossen passen auf. Ich erinnere mich, daß die Meister früher dazwischen fuhren, wenn du eine Flasche Wein mitgebracht hast, um deinen Geburtstag mit den Genossen zu feiern. Heute ist das anders. Zu Weihnachten haben wir hier Tische gedeckt, mit Tischtüchern, Nüssen und Champagner. Auch das ist Macht, es sind die Dinge, die dir Kraft geben.

Aber am wichtigsten ist, wie wir hier die Arbeit selbst verändert haben. Wenn früher mal das Band stillstand und du eine halbe Stunde verloren hast, bis es repariert war, mußtest du hinterher dableiben, um aufzuholen. Heute würde kein Meister mehr davon träumen, sowas zu verlangen. Und nicht nur das: Früher kanntest du die Arbeitsrhythmen nicht und deswegen hast du oft mehr gearbeitet als vorgesehen. Damit ist Schluß: die Geschwindigkeiten werden gemeinsam festgelegt und die Zeitkarte hängt an der Stempeluhr. Das bedeutet natürlich nicht, daß sie nicht ständig weiterversuchen, dich zu bescheißen. Zum Beispiel ändern sie die Zeiten auf Deiner Karte, und wenn du nicht aufpaßt, merkst du's nicht einmal. Viele werden heute durch diesen Trick beschissen.

Aber vor allem: wenn du protestierst, gehst du nicht erst zum Vizemeister, dann zum Meister usw. Entweder hältst du direkt das Band an oder du gehst gleich zum Direktor, ohne durch die ganze Hierarchie durchzusteigen. Die Hierarchie, die ist es, die hier bei Agnelli kaputt gegangen ist. Natürlich gibt es diese Freiheiten nicht überall. Aber die Tatsache, daß wir sie gerade hier in den Karosseriewerkstätten durchgesetzt haben, beweist: wenn du stark bist, kannst du dir diese Freiheiten nehmen, du darfst nicht warten, bis jemand sie dir freiwillig gibt. In den Karosseriewerkstätten vereinheitlichen uns die Montagebänder: du kannst mit den anderen diskutieren, organisierst Versammlungen in der Fabrik, kannst mit den anderen kommunizieren, denn alle arbeiten zusammen. In den Mechanikerwerkstätten z. B. gibt es weniger Bänder. Das ist jedenfalls ein Grund, daß der Kampf dort mehr Schwierigkeiten macht und die Avantgarden weniger Einfluß haben.

Wenn ich sage, daß wir uns einige Machtpositionen erobert haben, dann heißt das nicht, daß der Boß nicht ständig auf der Lauer liegt, jede Schwäche ausnützt, geduldig und verbissen wie ein Hund aufpaßt, wo er dir ein Stück herausreißen kann. Der Betrieb ist immer die Hölle. Und es ist ein permanenter Krieg, den du mit dem Boß und mit seinen Meistern führen mußt.

Was nun die Aussichten für eine wirkliche Alternative angeht: die AOU (Assamblea operaia unitaria) war ein wichtiges Instrument. Wir haben einheitliche Flugblätter herausgegeben, statt daß jede Organisation ihre eigenen machte, und das hat den Arbeitern Vertrauen gegeben. Dann, jeden Samstag, haben wir alle zusammen die Versammlung gemacht. Aber nach einer Zeit wurde die Versammlung zu einem Ort, wo man nur

noch über Ideologien stritt, statt über eine Organisation. Man redete und redete und dann, wenn man rausging, wußte man überhaupt nicht, wer eigentlich die Beschlüsse ausführen sollte und was überhaupt beschlossen worden war. Wir müssen eine einheitliche Organisation der Avantgarden aufbauen. Wir von den Karosseriewerkstätten brauchen einen Bezugspunkt, ein autonomes politisches Komitee. Die Assemblea könnte wieder funktionieren, wenn man keinen mehr reden läßt, der nicht Arbeiter ist. Früher durften hier für jede externe Gruppe nur zwei Militante sprechen. Und solange ging es gut. Dann aber haben alle angefangen zu reden und die Versammlung wurde zu einem Parlamentchen.«

Während die Kämpfe von der Straße in die Betriebe zurückfließen, ziehen die Gewerkschaften den Profit aus Kämpfen, die sie selbst nicht ausgelöst und erst in einer späten Phase wirklich geführt haben. Einige Zahlen: von 1963 bis 1968 erreichen die italienischen Metallgewerkschaften einen Zuwachs, der nie 20-30 000 pro Jahr übersteigt. Im Verhältnis zur wachsenden Beschäftigtenzahl in der Metallbranche ist die gewerkschaftliche Organisierung in dieser Zeit sogar rückläufig. Sie fällt von 27,5% im Jahr 1963 auf 24,9% im Jahr 1966. Zwischen 1968 und 1971 kehrt sich diese Entwicklung um. 1968 schreiben sich 100 000 neue Mitglieder in den Metallgewerkschaften ein, 1969 150 000, der Grad der Organisiertheit steigt von 24,9% im Jahr 1966 auf 34,6% im Jahr 1970. Dabei ist der Zuwachs bei der größten und im Ganzen genommen kämpferischsten Gewerkschaft, nämlich der kommunistischen FIOM am stärksten, am schwächsten bei der rückschrittlichen und kleinen sozialdemokratischen Gewerkschaft UIL. Wichtiger aber noch als die Stärkung der Gewerkschaften durch die Masse der neuen Mitglieder ist die qualitative Stärkung ihrer Position im Betrieb. Zum ersten Mal seit dem Krieg besitzt die Gewerkschaft durch den neuen Organismus der Delegierten eine Basisorganisation, die wirklich die Kampfforderungen und Kampfformen der Basis transportieren kann. Kürzlich wurde in der Mailänder Gewerkschaftszeitung der katholischen Metallgewerkschaft eine Untersuchung über die Entwicklung der Delegierten und der Räte im Kreis Mailand veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß die Bewegung der Delegierten und der Räte im Kreis Mailand nur 5% aller Metallbetriebe betrifft, daß aber in diesen Betrieben 33% der Metallarbeiter konzentriert sind, die gleichzeitig 40% der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter repräsentieren. Die Delegierten- und Rätebewegung erweist sich also als eine neue Arbeiterorganisation in den großen Fabriken, in denen gleichzeitig die Gewerkschaften am stärksten sind. Jeder Delegierte repräsentiert etwa 80 Arbeiter, während ein Mitglied der Commissione interna im Raum Mailand etwa 480 Arbeiter vertrat. Die Delegierten, die 1968 spontan entstanden und nur zum geringeren Teil gewerkschaftlich organisiert waren, sind heute zu 95% in die Gewerkschaft eingetreten. Zumindest in den großen Betrieben sind also die Delegierten und die Fabrikräte zur eigentlichen Basisorganisation der Gewerk-

schaften geworden. Die 5% der Delegierten, die sich nicht in der Gewerkschaft eingeschrieben haben, sind nun allerdings gerade die Arbeiteravantgarden. Die Untersuchung zeigt, daß diese Minorität aus politischen Gründen den Eintritt in die Gewerkschaft verweigert: sie klagt die Gewerkschaft an, nicht kämpferisch genug zu sein. Diese 5% sind also wahrscheinlich der proletarische Teil der externen linken Gruppen, die jede Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ablehnen.

Aus all dem den Schluß zu ziehen, die Gewerkschaften seien die neue revolutionäre Kraft in Italien, hieße, den Gewerkschaften eine Rolle zuzuschreiben, die sie nie in der Geschichte gehabt haben. Die Gewerkschaften sind nie die politische Avantgarde des Proletariats gewesen, sie haben immer nur die unmittelbaren Interessen des Proletariats vertreten, die allerdings heute nicht mehr nur ökonomische Interessen, sondern unmittelbar politische Interessen geworden sind. Genausowenig kann man aber auch den Schluß ziehen, den Lotta continua noch im Juli 1971 auf dem nationalen Kongreß in Bologna zieht:

»Die Arbeiter haben in den Kämpfen ihre totale Nicht-Übereinstimmung und oft auch ihren totalen Antagonismus gegenüber den offiziellen Arbeiterorganisationen (Gewerkschaften und KPI) bewiesen. Die neuen Avantgarden, die die Kämpfe geführt haben, haben sich gegen diese Organisationen und außerhalb von ihnen gebildet. Gerade wo der Arbeiterkampf am reifesten und fortgeschrittensten war, hat er sich mit Gewalt gegen die revisionistische Strategie gerichtet, und dort, wo diese Autonomie sich nicht voll hat entfalten können, hat die Masse der Arbeiter zumindest eine Haltung der Gleichgültigkeit und Nicht-Übereinstimmung eingenommen.«

Die antigewerkschaftliche Position von Lotta continua und Potere operaio reduziert sich letztlich auf die Anklage, daß die Gewerkschaften nicht die Aufgaben einer revolutionären Partei übernehmen. Die gewerkschaftliche Linke, hauptsächlich die Metallgewerkschaften, hat aus den Kämpfen gelernt und ist gestärkt daraus hervorgegangen. Auf Betriebsebene hat sich die Gewerkschaft vereinheitlicht und erneuert. Die strategische Antwort der Gewerkschaft auf die Kämpfe von 68-71 kann nicht weniger widersprüchlich sein als ihre gesellschaftliche Rolle in der Klassengesellschaft. Einerseits bezieht sie ihre neue Stärke aus der neuen Kampfbereitschaft und aus dem Vertrauen der Arbeiter. Andererseits ist sie nach wie vor deswegen stark, weil Staat und Unternehmer mit ihr und nicht mit den Gruppen verhandeln.

Das bedeutet auf der betrieblichen Ebene eine stärkere Aktivierung und Mobilisierung der Massen, auf der politischen Ebene die ständige Kanalisierung in die Politik der Reformen. Die Delegiertenbewegung hat nur dort ihre politische Stoßkraft bewahrt, wo die Kontakte zu den politischen Avantgarden nicht abgerissen sind: Die Delegiertenbewegung, hervorgebracht und getragen von den neuen Massenbedürfnissen, folgt deren Auf- und Abwärtsbewegung und kann nur durch die beharrliche Arbeit der

politischen Avantgarden aus einem neuen Sinnesorgan des Arbeiterkampfes zu dessen Kopf werden.
Das Problem der revolutionären Organisation, das die Kämpfe von 68-71 aufgeworfen haben, bleibt offen. Die Gewerkschaften haben das politische Potential dieser Kämpfe weder ausgelöst, noch können sie es heute ausschöpfen. Trotzdem sind viele Arbeiter, und auch die militanten, in die Gewerkschaften geströmt, weil die Gewerkschaften die einzige Organisation sind, die ein Minimum an politischer Kontinuität des Arbeiterkampfes und eine partielle Befriedigung der neuen Bedürfnisse garantieren. Die fertigen revolutionären Parteien sind an der ersten Welle des Arbeiterkampfes zerschellt. Die spontaneistischen Gruppen aber haben die Arbeitermassen vor eine organisatorische Alternative gestellt, die keine war. Sie haben die neue Qualität der Kampfformen und Kampfziele wirklich beeinflußt und vorangetrieben, aber sie haben sich darauf beschränkt, den Höhepunkt der Kämpfe auszudrücken, und sich dann beleidigt abgewandt, als die Kämpfe zurückgingen und Teilerfolge zu verantworten und zu feiern waren.

5.
Die Jahre 1968/69 sind die Jahre der Arbeiteroffensive, die Jahre 1970/71 sind die Jahre der beginnenden Erschöpfung des Arbeiterkampfes und der Offensive der Reaktion. Während die Kräfte, die den Kampf im Betrieb angetrieben und über den Betrieb hinausgetragen haben, die Widersprüche in den darüberliegenden gesellschaftlichen Schichten anstoßen, während sich, kaum daß die proletarische Explosion verhallt ist, die Mittelschichten, Angestellte, Lehrer, Ärzte, auf die politische Bühne stürzen, sich teils mit dem Kampf der Arbeiter solidarisieren, teils die Wiederherstellung des eben verringerten sozialen Abstands verlangen, erholen sich die Unternehmer vom Schreck des heißen Herbstes und reorganisieren ihre Herrschaft.
In den Betrieben setzt eine neue Welle der Reorganisation der Arbeit ein. Die Produktion soll durch die Umstellung unverwundbar gegenüber den neuen Kampfformen der Arbeiter gemacht werden. Die großen Unternehmen verlegen sich jetzt darauf, möglichst autonome Produktionseinheiten zu schaffen, damit die Produktion nicht mehr durch den Streik einer Schlüsselabteilung lahmgelegt werden kann. Sie kaufen ruinierte Kleinbetriebe auf oder errichten kleine Zweigwerke in den unterentwikkelten ländlichen Gebieten, wo die Arbeitslosigkeit und das Fehlen politischer Strukturen die Arbeiter zum Gehorsam zwingt. Gleichzeitig betreiben sie in den Mutterbetrieben mit allen Mitteln die Disziplinierung der rebellischen Arbeiter: Pirelli bedroht seine 15 000 im Raum Mailand beschäftigten mit Entlassung, falls nicht mindestens 6000 freiwillig von sei-

nem Angebot Gebrauch machen, gegen eine Entschädigung ihre Kündigung einzureichen. Bei Montedison in Porto Marghera wurden innerhalb eines Jahres 1400 Arbeiter entlassen, und bei Fiat flog kürzlich eine Machenschaft des heimlichen ›Bürgermeisters‹ Agnelli auf: er hatte 200 Polizisten und Beamte der Sicherheitsorgane seit Jahren dafür bezahlt, ihn über die politischen Aktivitäten der Fiat-Arbeiter und der politischen Gruppen zu informieren. Einige Polizisten wurden sogar, als Arbeiter verkleidet, im Betrieb eingestellt, um die Arbeiteravantgarden auszuspionieren. Die ganze Sache kam heraus, weil ein Arbeiter-Polizist aus Zorn darüber, daß er nicht zum Angestellten aufstieg, einen Prozeß gegen das Unternehmen anstrengte. Konzentrierte sich in der ersten Phase der Kämpfe die Diffamierungskampagne der Unternehmerpresse noch auf die außerparlamentarischen Gruppen und auf die Arbeiteravantgarden, so lassen es die Unternehmer inzwischen auch auf einen frontalen Zusammenstoß mit den Gewerkschaften ankommen, die sie für die »Zerstörung der Wirtschaft« verantwortlich machen.

Im Mittelbau der Gesellschaft organisiert sich das parasitäre Kleinbürgertum. Die Wirtschaftskrise, die seine mehr eingebildeten als realen Privilegien bedroht, schiebt es, unterstützt von den Massenmedien, auf die Kämpfe und Forderungen der Arbeiter. Der römische Mittelstand, der den kolossalen Überbau der Hauptstadt in Gang hält, hatte 1969 noch sprachlos am Bürgersteig gestanden und auf die geballten Fäuste von 100 000 demonstrierenden Metallarbeitern gestarrt. 1971 sicherte er den Wahlerfolg der Faschisten. In Turin, Mailand und Rom, vor allem aber im Süden, wo das verzweifelte und führungslose Landproletariat einen Ausweg aus seinem Elend sucht, entstehen unter Führung der Faschisten sogenannte »demokratische Clubs« und »Bürgerinitiativen«.

Für die außerparlamentarischen Gruppen folgt auf den heißen Herbst der Herbst der Gerichtsurteile. Tausende von militanten Arbeitern und Studenten stehen jetzt wegen Aufruhr, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beteiligung an ›illegalen Streiks‹ usw. vor Gericht.

Unter dem Druck der Repression werden die ersten einheitlichen Demonstrationen der linken Gruppen gegen Faschismus und Repression organisiert. Zum ersten Mal werden auch die Delegierten und Fabrikräte zum gemeinsamen Kampf gegen die Repression aufgerufen.

Die neuen Bedürfnisse, die die Kämpfe von 1968/69 angetrieben haben, haben die Betriebe verändert und eine breite klassenbewußte Arbeiteravantgarde geschaffen. Sie haben eine Erneuerung der Gewerkschaften auf Betriebesebene bewirkt und die Widersprüche in den benachbarten gesellschaftlichen Schichten angestoßen: die Verkäuferinnen, die Krankenschwestern, die Schüler, die Lehrer die katholische Massenorganisation ACLI sind in revolutionäre Gärung geraten. Der Schub von 68/69 hat

den Grund der italienischen Gesellschaft aufgewühlt, er hat aber nicht zu einer Erneuerung der linken Parteien geführt. Alle politischen Institutionen oberhalb der Gewerkschaften sind durch die Arbeiteroffensive und durch die Bewegung in den Massenorganisationen der Parteien eher nach rechts gedrückt worden. Schon gar nicht kann die Rede sein von einer direkten Massenaktion gegen Bourgeoisie und Staatsapparat. Auch die kühnsten Genossen träumen heute nicht mehr davon, die italienische Revolution, würde in wenigen Jahren ihr Ziel erreichen.

Vergleicht man die italienischen Klassenkämpfe von 1968/69 mit der großen »Generalprobe« von 1905 in Rußland, so lassen sich – ohne damit dem Anspruch einer marxistischen Analyse zu genügen – einige wichtige Unterschiede beobachten. Die den Kampf treibenden Bedürfnisse sind in einem genau bestimmbaren Sinn politischer als die des russischen Proletariats von 1905; gleichzeitig ist ihre Durchschlagskraft geringer. Der Staatsapparat ist nicht mehr dieses leicht lokalisierbare, durch Bürokratie und Militär definierte Gebilde, deswegen ist er auch nicht durch einen spontanen revolutionären Stoß kenntlich zu machen und zu erschüttern. Die herrschende Klasse hat zwischen sich und die ausgebeuteten Massen ein System von sozialen Puffern errichtet, das die revolutionären Impulse der Basis abfängt, bevor sie den Überbau erreichen.

Entscheidend ist, daß die Bewegungen an der Basis in den Widersprüchen zwischen linken und rechten Parteien nicht mehr ihren Ausdruck finden. Diese Widersprüche existieren zwar und sind durch den Stoß von 1968/69 reaktiviert worden. Aber sie transportieren und übersetzen viel eher die Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie und die eigensüchtigen Interessengegensätze der Parteien als den Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit. Keine der parlamentarischen Parteien wird von den rebellierenden Massen als Organisator und Propagandist der neuen Bedürfnisse anerkannt. Andererseits ist aus den Kämpfen auch keine neue revolutionäre Massenpartei entstanden, die die Rolle der Bolschewiki in der russischen Revolution spielen könnte.

Vereinfachend kann man sagen, daß der gesellschaftliche Antagonismus in Italien heute nicht mehr in dem Widerspruch zwischen Arbeiterparteien und bürgerlichen Parteien sichtbar wird (wie noch in den fünfziger Jahren), sondern in dem Widerspruch zwischen den nun führungslosen proletarischen und fortschrittlichen kleinbürgerlichen Massen und den Parteien insgesamt. Die einzige organisierte Kraft, die in dieser Übergangssituation den Druck der Basis bis zu einem gewissen Grad übersetzt, sind die Gewerkschaften, die freilich das politische Potential der neuen Bedürfnisse nach wie vor an die traditionellen Arbeiterparteien delegieren und damit entkräften. Aus den Kämpfen von 1968/69 den Schluß zu ziehen, die neuen autonomen Massenkämpfe würden den Aufbau einer revolutionä-

ren Massenpartei überflüssig machen, scheint mir ebenso voreilig, wie die Flucht nach vorn in den Aufbau einer Kaderpartei außerhalb der Massenkämpfe, die nichts weiter verwirklicht als die richtige aber abstrakte Einsicht in die Notwendigkeit einer solchen Partei. Wer kann denn nach den vielen mißglückten Parteiversuchen in Italien noch glauben, die fretigen Parteien seien lediglich an ihrer falschen Linie gescheitert! In der Weigerung der Massen, diesen Parteien zu folgen, spricht natürlich auch ein Bedürfnis, und zwar ein durchaus produktives: die Autonomie der Massenkämpfe hat nicht nur den negativen Aspekt, daß den Massen eine politische Führung fehlt. Sie drückt nicht nur eine Schranke aus, sondern auch den neuen Anspruch der Massen, die Kampfforderungen und Kampfziele selbst zu entwickeln und in erster Person zu kämpfen. Zwar können die politischen Avantgarden, die sich überall, in den Betrieben, den Schulen, den Krankenhäusern, den Verwaltungsapparaten bilden, niemals aus eigener Kraft den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen und die kommunistische Gesellschaft aufbauen. Aber aus ihnen, aus militanten Arbeitern, Gewerkschaftlern, Krankenschwestern, Lehrern und nicht aus den selbsternannten studentischen Berufsrevolutionären wird sich die neue revolutionäre Massenpartei bilden.

Scuola di Barbiana

Die Schülerschule

Brief an eine Lehrerin

Vorwort Peter Bichsel

Wagenbach

Das Gegenmodell zu Neills Summerhill: nicht »antiautoritäre Erziehung« von oben, sondern außerautoritäres Lernen. Nicht eine Lehrerschule, sondern eine Schülerschule.
Der Bericht von acht Bauernjungen, Sitzenbleibern und Durchgefallenen, die selbst Schule machten: eine Schule ohne Klassenbuch, ohne Zensuren, ohne Prüfungen.
Hier berichten diejenigen, die für dumm und faul erklärt wurden: Sie berichten auch darüber, warum unser Bildungssystem so eingerichtet wurde, daß es nur einem Bruchteil zugänglich ist.

Rotbuch 21
156 Seiten DM 6.50

Rotbücher

Im Abonnement jeder Band DM 1,- billiger.

Alex Schubert:
Stadtguerilla –Tupamaros in Uruguay
Rotbuch 26. 132 Seiten. DM 4,50 (3,50)

Kollektiv RAF
Über die Bewaffneten Kampf in Westeuropa
beschlagnahmt
Rotbuch 29. 84 Seiten. DM 3,5[illegible]

Kollektiv Hispano-Suiza:
Arbeiter und Apparate
Bericht französischer Arbeiter über ihre Praxis 1945-70
Rotbuch 30. 160 Seiten DM 6,50 (5,50)

Berni Kelb
Betriebsfibel
Ratschläge für die Taktik am Arbeitsplatz
Rotbuch 31. 72 Seiten DM 3,50 (2,50)

Bernard Lambert
Bauern im Klassenkampf
Anregungen für die vergessene Analyse einer Ausbeutung
Rotbuch 32. 160 Seiten DM 6,50 (5,50)

Sozialistische Jahrbücher

2 Gegen Dogmatismus in der Arbeiterbewegung.
Rotbuch 23. 244 Seiten. DM 8,50 (7,50)
Aus dem Inhalt: Korsch: Warum ich Marxist bin/ Sweezy / Magdoff: Anmerkungen über multinationale Konzerne / Gorz: Weder Gewerkschaftler noch Bolschewiki / Krasso: TrotzkisMarxismus – eine Gegenkritik / u. a.

3 Intellektuelle: Konterrevolutionäre oder Proleten?
Rotbuch 28. 220 Seiten. DM 8,50 (7,50)
Aus dem Inhalt: Amerikanische Stiftungen / Gorz: Zerstört die Universitäten / II Manifesto: Arbeitsteilung und Herrschaftstechnik / Collettivo: Sozialer Kampf und Organisation in den Metropolen / u. a.

Wagenbach
Berlin 31. Jenaer Straße 6

U. Schmidt/T. Fichter

Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-48

Eine Geschichte der ersten drei Nachkriegsjahre, wie sie nicht in den Entschuldigungsritualen der SPD und der Gewerkschaften steht: Anhand von Partei- und Gewerkschaftsprotokollen, Berichten, historischen Fakten und Militärreports wird dargestellt, wie die ›Entpolitisierung‹ 1945–48 nicht naturwüchsiges Ergebnis des Faschismus war, sondern durch Verbote, Außerkraftsetzung von Volksentscheidungen, den Einsatz von Panzern und die Verhängung des Standrechts erzwungen wurde.
Rotbuch 27. 180 Seiten.
DM 6.50 (Abonnement 5.50)
Wagenbach Verlag · Berlin

Massimo Serafini
Die Einheit der revolutionären Linken herstellen

Dieser Text wurde von Massimo Serafini unter Mitarbeit von Lucio Magri und Luigi Pintor verfaßt, als einleitender Bericht zu der Nationalen Arbeiterkonferenz, an der am 30. und 31. Januar 1971 in Mailand 1500 Arbeitermilitante teilnahmen, die vorwiegend zur Manifesto-Gruppe und Potere operaio gehörten.

Genossen, wir stehen heute mit allen Avantgarden, die an den Kämpfen teilgenommen haben, vor einem schwierigen und äußerst bedeutenden Problem, das vielleicht sogar unsere Kräfte übersteigt. Grob gesprochen geht es um folgendes: wie ist es möglich, das Niveau und den offensiven Charakter des Kampfes dieser letzten Jahre zu erhalten und sogar zu steigern angesichts der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation, der Gegenoffensive der Bourgeoisie, des Fehlens einer echten politischen Perspektive auf der Linken, und angesichts der Krise und oppurtunistischen Manöver der großen Arbeiterorganisationen?
Gewiß haben diese Kämpfe nicht immer einen befriedigenden Ausgang gezeigt. Es ist sogar nur selten gelungen, die fortgeschrittensten Forderungen, aus denen die Kämpfe entstanden waren, in konkrete Ziele und dauerhafte Vereinbarungen umzusetzen. Dennoch ist es unbestreitbar, daß die Gegenoffensive der Unternehmer insgesamt gescheitert ist, und daß es ihnen weder gelungen ist, ihre Macht, noch die für eine neue Phase der kapitalistischen Entwicklung notwendigen Gewinnspannen wiederherzustellen. Trotz des stark verbreiteten Überstundensystems ist die Arbeitszeit erheblich verkürzt worden, hat sich die Schichtarbeit nicht weiter verbreitet, und die Unternehmer mußten einen Produktionsrückgang verzeichnen, obwohl sie neue Arbeitskräfte eingestellt hatten. Zwar hat der neue Angriff der Arbeiter gegen Akkord und Qualifizierungen keinen Erfolg gehabt, dennoch gelang es den Unternehmern, im Gegensatz zu 1964, nicht, eine allgemeine Gegenoffensive im Bereich der Reorganisation der Arbeit, der Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten und der Dequalifizierung zu starten.
Aus dieser Situation ergibt sich eine ungeheure politische Implikation; sie enthält ein Potential des Bruchs, das noch größer als das der Kämpfe von 1969 ist, denn sie zeigt in vollem Licht, welches Niveau die Ablehnung der Einkommenspolitik und der Logik der Produktivität durch die Arbeiter erreicht hat, und sie zeigt den Grad der Autonomie und die Fähigkeit

zur Selbstverwaltung, über die die Arbeiteravantgarden, zumindest in den großen Betrieben, verfügen. Wir haben es also mit einem neuen objektiven und subjektiven Kräfteverhältnis zu tun, das aus einem Jahrzehnt Kampferfahrungen resultiert, denen das System lange nichts wird entgegensetzen können und mit denen die KP Italiens und die Gewerkschaften rechnen müssen.

Dies ist die Situation, in der wir mit unserer Arbeit ansetzen müssen. Es ist nicht unsere Aufgabe, Arbeiterkämpfe zu erfinden, sondern wir müssen lediglich in der Lage sein, ihnen Geschlossenheit, Organisation und Perspektiven zu geben.

In dieser Hinsicht hat sich seit dem Winter 1969 viel geändert. Der Rahmen, in dem sich die Arbeiterkämpfe abspielen, hat sich grundlegend geändert: und nicht im positiven Sinne. Zwei neue Elemente charakterisieren die gegenwärtige Situation und bestimmen entscheidend die Entwicklung der Kämpfe: die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des Landes und die rapide Rechtsentwicklung der KPI und der Gewerkschaft. Diese Phänome haben wir seit langem vorausgesehen; aber der Wandel hat sich viel schneller und heftiger vollzogen, als wir dachten. Die Krise der italienischen Wirtschaft ist nicht nur ein Schreckgespenst, mit dem die Kapitalisten und die Regierenden die Arbeiter zur Vernunft bringen sollen. Unserer Meinung nach ist die Wirtschaftskrise auch in struktureller Hinsicht viel ernster als die Unternehmer selbst glauben oder eingestehen. Sie übertreiben die konjunkturellen Schwierigkeiten, die gar nicht so schwer sind: die konjunkturelle Situation der italienischen Industrie hat sich nicht so sehr verschlechtert, denn die Gewinnspannen, die Produktivitätssteigerungen zwischen 1963 und 1968 sowie die Preissteigerungen der letzten Monate ermöglichen es den Kapitalisten, zu produzieren und Geld zu verdienen; und durch das wirtschaftspolitische Instrumentarium, über das die Herrschenden verfügen, kann eine abrupte Blockierung des Produktionsmechanismus verhindert werden. Aber sie unterschätzen wahrscheinlich die langfristige Entwicklung der Krise, die uns in erster Linie interessiert.

Die Schwierigkeiten der italienischen Wirtschaft sind nicht neu. Sie ist 1964 in eine Phase der latenten Krise eingetreten, und diese Krise hat sich inzwischen verschärft. Ihr liegt der Klassenkampf der Arbeiter zugrunde und deren Weigerung, für die Kosten der Entwicklung aufzukommen. Diese Weigerung beruht nicht nur auf einem fortgeschrittenen Stand der Klassenorganisation und des Klassenbewußtseins und noch weniger auf dem Einfluß und der Agitation radikaler Gruppen. Sie beruht vor allem auf der Tatsache, daß es dem italienischen Kapitalismus nicht möglich war, den Konsequenzen der Insubordination der Arbeiter mit geeigneten Instrumenten entgegenzutreten. Die Kapitalisten machen sich heute Illusionen, wenn sie glauben, diese schwierige Kraftprobe vermeiden zu

können, indem sie die Macht, aber nur in geringem Umfang, mit der kommunistischen Partei teilen, wie sie sich gestern Illusionen gemacht hatten, als sie auf das Zusammengehen mit den Sozialisten setzten, und vorgestern, als sie mit dem Block von Scelba und Tambroni[1] zusammengingen.

Man kann heute sagen, daß in den kommenden Jahren die Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Kapital auf dem Terrain einer kranken Wirtschaft ausgetragen wird, die nicht nur auf eine Konjunkturkrise hinausläuft, sondern auch auf eine wachsende Spannung, auf immer kürzer werdende Abstände zwischen expansiven und rezessiven Phasen, und das alles innerhalb einer allgemeinen ökonomischen Abwärtsbewegung.

Unter diesen ökonomischen Voraussetzungen muten die Illusionen einer reformistischen Politik und des gewerkschaftlichen Gradualismus überholt an. Aber es ist klar, daß dadurch auch Schwierigkeiten für die revolutionären Kräfte entstehen. Sie werden immer weniger mit erfolgreichen und spontanen Kampfformen, mit dem Zögern eines nachgiebigen Gegners und einem Klima allgemeiner Solidarität rechnen können. Die Inhalte eines nicht-defensiven Arbeiterkampfes, seine Formen und organisatorischen Instrumente in einer ökonomischen Krisen-Periode müssen noch bestimmt und geschaffen werden.

Das andere neue entscheidende Faktum der gegenwärtigen Situation ist der endgültige Standortwechsel der KPI und der Gewerkschaften, zumindest in ihrer institutionellen Gesamtrealität. Die kommunistische Partei ist heute nicht mehr nur eine Partei, deren strategische Linie unfähig ist, eine revolutionäre Krise zu provozieren und zu lösen. Sie ist heute vielmehr eine große Kraft, die sich bemüht, diese Krise zu verhindern, die subversiven Ausbrüche des Klassenkampfs unter ihre Kontrolle zu bringen und den für den erneuten Aufschwung der kapitalistischen Entwicklung notwendigen ökonomischen Raum und politischen Rahmen zu finden, in der Hoffnung, dadurch an der Macht zu partizipieren und einige Reformmaßnahmen zu erreichen.

Wenn unsere Gruppeninteressen oder das Entstehen einer neuen politischen Kraft links von der KPI unsere einzigen Sorgen wären, könnten wir uns über diesen Tatbestand nur freuen. Aber nur wenn wir uns auf den Standpunkt der Arbeiterklasse, ihrer Interessen und ihrer revolutionären Sache stellen, können wir den gegenwärtigen Prozeß in der italienischen Arbeiterbewegung in seiner ganzen Tragweite erfassen. Die kommunistische Partei Italiens und die Einheitsgewerkschaft sind das Produkt von

1 Der Versuch einer Öffnung nach rechts, bis zu den Monarchisten und Faschisten, der seit langem von Scelba empfohlen und von Tambroni verwirklicht wurde, hatte am 20. Juli 1960 zu einem Volksaufstand geführt. Von diesem Zeitpunkt datiert die Öffnung nach links, die sich als einziger Ausweg anbot.

zehn Jahren italienischen und internationalen Klassenkampfes, der oft wenig ruhmreich verlief, aber mit dem sich die Arbeiterklasse identifizierte, indem sie ihr Bestes gegeben und einen in den übrigen kapitalistischen Ländern unbekannten Grad von Bewußtsein und Autonomie erreicht hat. Daß diese Organisationen heute ihren historischen Aufstieg mit einem endgültigen Rückzug abschließen, ohne daß sich aus ihnen eine genügend starke und radikale Opposition entwickelt, die sogleich eine »Alternative« bieten könnte, dies ist eine äußerst schwerwiegende Tatsache. Wir gehen einer Krise des Systems entgegen, ohne daß bereits Kräfte, Ideen und Organisationen existieren, die in der Lage sind, sich ihr revolutionär und glaubwürdig entgegenzustellen.

Dieser allgemeine ökonomische und politische Kontext lastet zwangsläufig auf den Kämpfen der Arbeiter. Immer seltener werden diejenigen, die den Kampf in der Hoffnung auf eine mögliche Politik der Reformen führen. Die zutiefst diskreditierte reformistische Perspektive würde einen erneuten Anstieg der Produktivität und soziale Ruhe voraussetzen. Immer weniger zahlreich werden diejenigen, die kämpfen, ohne nach dem Sinn und den allgemeinen Perspektiven ihres Kampfes, nach den Erfolgsaussichten und einer möglichen Neugruppierung zu fragen. Die segensreiche Zeit der Spontaneität und der »wilden« Kämpfe ist vorbei. Diese vermögen nicht mehr, wie in den Jahren 1968-69 einen umfassenderen Prozeß auszulösen. Das alles ist in den Kämpfen der letzten Monate deutlich geworden. Sie waren gekennzeichnet durch sehr fortgeschrittene Forderungen, eine sehr starke Kampfbereitschaft und sehr harte Kampfformen. Aber sie stießen auf die unnachgiebige Haltung der Unternehmer. Der Repressionsapparat hat die Unternehmer unterstützt. Die Gewerkschaft ist dem Konflikt aus dem Wege gegangen. Am Ende waren die Vereinbarungen weiter von den Ausgangsforderungen entfernt als 1969.

Wir glauben nicht – und das werden wir in der Folge noch weiter entwikkeln –, daß der Aufbau einer neuen revolutionären Partei mit der unmittelbaren Führung von autonomen Massenkämpfen unvereinbar ist, und daß man sich heute ausschließlich auf die erste Aufgabe konzentrieren muß, um die nächste in Angriff nehmen zu können. Aber wir glauben ebensowenig, daß die Klassenauseinandersetzung, der Kampf und die Organisation der Arbeiter ihren derzeitigen Stand aufrechterhalten können, wenn sie sich mit Lohnkämpfen und para-gewerkschaftlichen Organisationsformen begnügen. Nur wenn wir der Arbeiterklasse die konkrete Aussicht auf den Aufbau einer politischen Kraft vermitteln können, deren Dimensionen und Struktur die Koordinierung und Führung des Kampfes auf einer gesamtpolitischen Ebene gewährleisten, wird sie ihre Offensive in den Betrieben trotz der damit verbundenen Gefahren und Opfer fortsetzen.

An welchem Punkt befinden wir uns nun hinsichtlich dieser politischen Organisierung? Es ist unmöglich, eine präzise Antwort auf diese Frage zu geben, denn die Realität ist sehr widersprüchlich. Zweifellos hat die politische und soziale Entwicklung in den letzten Monaten alle Kräfte, die auf der Linken gegen die derzeitige Linie des modernen Unternehmertums und der kommunistischen Partei kämpfen, ein erhebliches Stück weitergebracht. Außerdem haben die großen Arbeiterkämpfe und die massive Reaktivierung der Studentenbewegung zu einer rapiden politischen Radikalisierung der in diesen Kämpfen engagierten Avantgarden geführt. In den meisten Betriebskämpfen (bei Rhodia, Chatillon, Ducati, Sacib, Alfa, Borlette, Siemens, etc.) hat sich eine Arbeiterlinke auf Massenbasis entwickelt, die der Gewerkschaftsführung offen kritisch gegenübersteht, und die zu einer Politisierung der Auseinandersetzung entschlossen ist. Die Studentenkämpfe, die sich anfangs auf den Bildungssektor zu beschränken schienen, haben sich sehr schnell mit allgemeinen politischen Inhalten gefüllt. In Rom, Mailand und vielen anderen Städten beginnt sich auf der Straße eine anti-reformistische Koalition herauszubilden, die insgesamt gesehen keine kleine Minderheit mehr darstellt.

Es zeugt von erheblicher bürokratischer Arroganz, wenn die KPI in diesem Zusammenhang von Randerscheinungen und isolierten Grüppchen spricht: wir hatten es mit Massendemonstrationen der Jugend zu tun, die trotz ihrer Heterogenität Tausende zu mobilisieren vermochten. Die traditionellen Organisationen wären, selbst wenn sie es wollten, dazu nicht mehr in der Lage.

Man kann jedoch nicht leugnen, daß das gesamte Potential sich zu zerstreuen droht, denn der Prozeß der organisatorischen Neugruppierung und der politischen Strategiebildung, der ein erstes Moment der »Alternative« zur traditionellen Linken darstellen sollte, macht entweder sehr wenige oder gar keine Fortschritte.

In dieser Hinsicht ist die Situation nicht günstig. Was die kommunistische Linke angeht, müssen wir sagen, daß wir zu stark auf sie gesetzt haben. Es hat von Seiten der führenden Funktionäre keinerlei ernsthaften Widerstand gegen den spektakulären Rechtsrutsch der Partei gegeben. Man verfiel allgemein in einen »qualunquistischen«[2] Pessimismus, der das stärkste und hartnäckigste Alibi für die progressive Kapitulation ist.

Die gewerkschaftliche Linke, CGIL und CISL, hat sich dieses Jahr alle Gelegenheit entgehen lassen, um die Politisierung der Massen voranzutreiben. Heute, da sie sich nicht mehr hinter der gesamtgewerkschaftlichen Illusion verstecken kann, klammert sie sich immer stärker an die Möglich-

2 Der »Qualunquismus« war eine gegen die Parteien gerichtete und anti-politische Protestbewegung des rechten Kleinbürgertums, – vergleichbar mit dem Poujadismus.

keit einer Neugruppierung links von der KPI, an die sie jedoch selbst nicht mehr glaubt.
Im Lager der außerparlamentarischen Gruppen weigert sich die immer mehr zerfallende marxistisch-leninistische Strömung, bis auf wenige Ausnahmen, eine ernsthafte Diskussion mit den anderen Kräften zu führen: bald verfängt sie sich in einem cirulus vitiosus ideologischer Subtilitäten, bald sucht sie eine illusorische Verbindung zu den Massen, indem sie in Theorie und Praxis die platteste Tradition der KPI aufwärmt. So wird ein bedeutendes Potential von Militanten, von Erfahrungen und Arbeitsmethoden vergeudet, obwohl diese Tendenz, trotz ihres Dogmatismus, ein nicht unwesentliches Element im Wiederaufbau einer revolutionären Kraft hätte sein können und immer noch ist.
Andere Gruppen, deren Realität man heute nicht mehr leugnen kann, und die gute politische Arbeit leisten, wie »Lotta Continua« und »Avanguardia Operaia«, verfallen in eine euphorische Gruppenhaltung. Das führt dazu, daß sie nicht nur das Problem der Einigung unterschätzen, sondern unserer Meinung nach auch den durch die Erfahrungen aufgeworfenen komplexeren Problemen aus dem Wege gehen, und die Schwierigkeiten einer revolutionären Strategie für die kapitalistische Welt ausklammern.
Was uns angeht, glauben wir, die Verpflichtung und die Möglichkeit zu haben, in dieser konkreten Situation etwas zu tun. Aber was? In erster Linie müssen wir vor den Massen einen zielstrebigeren und härteren politischen Kampf in der Frage der Einigung der revolutionären Linken einleiten. Wir haben es bisher vermieden, die gesamte Front unserer Gesprächspartner direkt anzugehen. Heute wissen wir, daß die Zeit drängt, daß die wirklichen Avantgarden in Betrieben und Universitäten die Balanceakte des linken Flügels, der KPI, der PSIUP und der Gewerkschaft Leid sind, ebenso wie das Sektierertum der Gruppen. Wir wollen eine Massendiskussion über das Problem der Einheit, der größtmöglichen Einheit, über die umfassendsten politischen Programme mit all denen einleiten, die sich der reformistischen Linie widersetzen wollen. Schon im kommenden Mai werden wir die Bilanz aus der Arbeit der letzten Monate ziehen und versuchen, das für eine politische Aktion notwendige Minimum an organisatorischer Struktur zu schaffen.
Genossen, diese Art von globaler politischer Antwort genügt aber nicht für die Probleme der Bewegung, wenn man die Grenzen dessen berücksichtigt, was wir unmittelbar erreichen können. Bis zum Aufbau einer wirklich revolutionären Massenpartei, die in der Lage ist, die Hegemonie der KPI anzugreifen, liegt noch viel Arbeit vor uns. Aber vor allen Dingen müssen wir auf eine konkrete Frage antworten: auf die Frage der unmittelbaren Führung des Arbeiterkampfes in der von mir beschriebenen wirtschaftlichen Situation. Von der Antwort auf diese Frage wird der Er-

folg unseres Kongresses und unserer Arbeit während der nächsten Monate abhängen.
Wir müssen zu drei Fragenkomplexen Stellung nehmen: der Katalog der Kampfforderungen, die Verbindung zwischen Arbeiterkämpfen und gesellschaftlichen Kämpfen, die notwendigen organisatorischen Mittel sowie das Spektrum der Kräfte, das wir glauben zusammenschließen zu müssen und zu können.

1. Der Katalog der Kampfforderungen

Was den Lohnkampf anbetrifft, konnte man während des letzten Jahres bei der Gewerkschaft und bis zu einem gewissen Grad bei den Gruppen der revolutionären Linken ein sinkendes Interesse im Vergleich zu früher feststellen. Beide haben, wenn auch aus gegensätzlichen Motivationen, spät und ungeschickt in die verschiedenen Konflikte eingegriffen, die im Frühling 1970 erneut ausbrachen. Die allgemeine Aufmerksamkeit hat sich tatsächlich auf das Problem der »Vergesellschaftung« der Kämpfe und auf ihre allgemeine politische Projektion verschoben. Diese Verlagerung spiegelte die Erkenntnis einer realen Tatsache wider: den zunehmenden politischen Charakter der Klassenauseinandersetzung. Für die Gewerkschaft bedeutete diese Verlagerung, daß sie sich von den Spannungen in den Betrieben distanzierte, und daß sie versuchte, die Regierung unter Druck zu setzen, um reformistische Konzessionen zu erlangen. Die Minderheitsgruppen ihrerseits, die sich in ihren überstürzten Verallgemeinerungen ergingen, hatten vergessen, daß nur eine ständige Ausweitung und Verschärfung des Kampfes innerhalb des Betriebes eine Vergesellschaftung des Kampfes ermögliche. Heute ist es angesichts der allgemeinen politischen Krise notwendig, die siegreiche Kampflinie des Jahres 1969 hartnäckig zu verteidigen und sie im Betrieb weiterzuentwickeln.
Aber diese Linie entwickeln, bedeutet im Jahre 1971 nicht, die Formen und Inhalte des Kampfes vom Frühling 1969, der auf den Betrieb, auf massive Lohnforderungen, »wilde« Streiks und den Protest gegen die Bandgeschwindigkeiten beschränkt war, mechanisch zu wiederholen. Es heißt nicht, die Erfahrung vom Herbst 1969 zu wiederholen, da dessen explosive Inhalte an die Vertragstermine gebunden waren und so nur die traditionellen Einrichtungen des Arbeitsverhältnisses optimal ausnutzen konnten. Die Situation erfordert heute einen anderen und höheren Typ des Betriebskampfes.
Einerseits muß sich der Kampf vertiefen und gliedern, um keinen Rückschlag zu erleiden: er darf nicht sein ganzes Pulver verschießen, indem er auf einen kurzen und definitiven Konflikt setzt, sondern muß sich lang-

fristig als Forderungs-Guerilla organisieren. Es besteht die Gefahr, daß der Kampf gegen Prämien, gegen Bandgeschwindigkeiten und Klassifikationen wenig wirkungsvoll bleibt und in einer maximalistischen Dynamik untergeht, wenn er sich nicht täglich an tausend Forderungen auf der Ebene der Abteilungen oder homogener Gruppen zu artikulieren vermag. Aber gerade diese Artikulation, diese Gliederung, erfordert ein Höchstmaß an Organisation und strategischer Einheit, wenn sie nicht, wie es schon der Fall war, auf Korporatismus und Spaltung, d. h. auf eine Niederlage hinauslaufen will. Wir befinden uns, kurz gesagt, nicht mehr in einer Situation, in der wir uns mit dem »Durcheinander« begnügen können, das zwar gelegentlich noch spektakuläre Explosionen auslösen kann, aber immer ein Vakuum zurückläßt, das dann einen erneuten Ansatz viel schwieriger macht, vor allem zu einem Zeitpunkt, wo die Repressalien der Unternehmer noch viel stärker sind als in der Vergangenheit. Forderungs-Guerilla, Artikulation, das bedeutet im Gegenteil, von der konkreten Situation im Betrieb mit allen seinen Abteilungen ausgehen, um erfolgreich eine allgemeine und einheitliche Kampfplattform wiederaufzubauen, die sich nicht in alle möglichen Arten von Forderungen verliert, sondern auf drei Ziele konzentriert, die unserer Meinung nach heute entscheidend sind: Abschaffung der Arbeit nach Stückzahl und der Klassifikation, die Zahl der Arbeitsstunden, die Arbeitsbedingungen, mit einem Wort, die Organisation der Arbeit.
Wir wollen diese drei Aspekte der Kampfplattform untersuchen, um die Auswirkungen und Grenzen der bisher errungenen Siege zu analysieren und um den Bereich abzustecken, in dem unsere Aktion entwickelt werden soll.

a. Die Überwindung des Leistungslohnes (des Akkords)
In den Kampfplattformen und Vereinbarungen der letzten Monate scheint das Aufgeben der Forderungen nach besserem Stücklohn allgemein vorherrschend zu sein. Man kann sogar feststellen, daß sich die neue Forderung verallgemeinert, die 1969 die fortgeschrittensten Kräfte der Bewegung formulierten und die auf »Überwindung des Leistungslohns« abzielt, was eigentlich eher auf eine »Wandlung« als auf eine »Überwindung« hinausläuft.
Hier handelt es sich um ein neues Phänomen, das sich daraus erklärt, daß die Arbeiter die Mechanismen und Funktion dieser Art von Entlohnung zu durchschauen beginnen, die den Arbeitenden an der Organisation der Arbeit »beteiligen« und nicht nur ihr »unterordnen«. Die »politische« Funktion der Arbeit nach Stückzahl zeigt sich erst in dem Augenblick, wo die Organisation der Arbeit angefochten und ihre produktivistische Logik

abgelehnt wird. Es ist offensichtlich, daß der Stücklohn untrennbar mit den Bandgeschwindigkeiten verbunden ist. Es kommt jedoch ein neues Element hinzu: die Arbeiterklasse lehnt die Festlegung der Bandgeschwindigkeiten und gleichzeitig die Logik der Produktivität aufgrund ihrer eigenen, menschlichen Bedürfnisse ab. Sie bekämpft den Leistungslohn, weil er, unter anderem, ein Faktor der inneren Spaltung der Klasse im Kampf gegen die derzeitige Organisation der Arbeit ist.

Je mehr eine, selbst partielle, Umwandlung des Stücklohns den Kampf für die Selbstbestimmung der Bandgeschwindigkeiten ermöglicht oder begünstigt, desto positiver ist sie. Sie ist dagegen nur ein negativer Kompromiß, wenn sie diese Dynamik behindert. Die Vereinbarungen, mit denen einige Kämpfe der letzten Monate beendet wurden (bei Innocenti, Alfa Romeo, Italsider), sehen eine Umwandlung des Akkordzuschlages in eine »einheitliche, feste und garantierte Quote« für den ganzen Betrieb oder eine ganze Abteilung vor, wobei die durchschnittliche Produktivität des Unternehmens als Berechnungsgrundlage dient. Es ist eine Verschleierung, wenn man solche Vereinbarungen als eine »Überwindung« des Leistungslohns hinstellen will.

Die Arbeiterklasse kennt seit langem die Gefahr der individuellen Prämien. Aber nicht nur sie werden angefochten. Es gibt ebenso schon seit langem kollektive Prämien (Akkord von Kolonnen, Produktionsschichten, etc.). Die Parzellierung der Arbeit selbst ist es, die die Funktion des kollektiven Arbeiters evident macht, d. h. einer Kolonne, die für eine einzige Produktionsphase verantwortlich ist und die deshalb den Kolonnen-Akkordlohn als einzig mögliche Form des »Anreizes« erforderlich macht.

Die Kampferfahrungen der letzten beiden Jahre, vor allem die autonome Aktion auf Abteilungsebene, haben eine der größten Schwächen des kapitalistischen Unternehmens hervortreten lassen: Es funktioniert nur aufgrund eines ständigen Flusses zwischen allen Produktionsphasen und allen Abteilungen. Arbeitsniederlegungen und Sinken der Produktivität in einer einzigen Abteilung führen zwangsläufig zu Engpässen, die sich auf den gesamten Betrieb auswirken. Wenn die Industriellen von der »Normalität« der Produktion sprechen, bezieht sich das auf jenen ständigen Fluß und auf die Harmonisierung der Produktivität der verschiedenen Abteilungen. Für sie ist das homogene Funktionieren entscheidend. Der Produktivitätsindex eines einzelnen Arbeiters oder einer Abteilung hat absolut keine Relevanz. Deshalb ist der kollektive Leistungslohn ein noch wirksameres Instrument der »Normalisierung«.

Es ist offensichtlich, daß unter diesen Bedingungen eine an der »durchschnittlichen Produktivität« ausgerichtete *kollektive Prämie* eine Arbeitsorganisation voraussetzt, die auf vorgeschriebenen Bandgeschwindig-

keiten beruht. Wie kann diese an die *Aufrechterhaltung* der durchschnittlichen Produktivität gebundene Prämie garantiert werden? Das heißt konkret, daß durch Ausfall einer einzigen Abteilung die durchschnittliche Produktivität sinkt, und die sogenannte ›Fixprämie‹, die nichts anderes als eine Kollektivprämie ist, für alle Arbeiter herabgesetzt wird. Das führt automatisch zur Isolierung der fortgeschrittensten Abteilung. Da die Prämie nicht von der Produktivität getrennt, sondern nur auf kollektive Durchschnittsindices bezogen wurde, wird sie zu einem Instrument der Beteiligung der Arbeiter an der Aufrechterhaltung der »Normalität« und zu einem Hindernis für den Kampf gegen die Organisation der Arbeit.
Ein Kampfprogramm, das tatsächlich auf eine »Überwindung« abzielt, muß nach und nach den Reallohn von der »durchschnittlichen Produktivität« trennen. Es geht im Wesentlichen darum, die progressive Umwandlung der Leistungsprämien in einen von der (individuellen oder kollektiven) Leistung unabhängigen Lohn zu erreichen, um so die Entwicklung zur Selbstbestimmung der Bandgeschwindigkeiten zu begünstigen.
Wir haben wenig Erfahrung in bezug auf eine solche Selbstbestimmung der Bandgeschwindigkeiten. In einigen Fällen, wie bei Ducati, waren die Ergebnisse negativ. Dennoch ist die Sabotage der Bandgeschwindigkeiten sehr verbreitet. Den Unternehmern ist es nicht gelungen, den Stand der Produktivität von vor 1969 wiederherzustellen. Die Selbstbestimmung der Bandgeschwindigkeiten, selbst wenn nicht explizit formuliert, ist also eine tief im Widerstand der Arbeiter verankerte Forderung.
In den Erfahrungen der letzten Jahre müssen wir jedoch zwei verschiedene Arten, die Selbstbestimmung der Bandgeschwindigkeiten zu realisieren, unterscheiden. Zum ersten ist sie nur eine schärfere und wirksamere Form des Kampfes als der Streik. In diesem Fall wird die Tendenz, die Produktion lahm zu legen, von allen Arbeitern verstanden: wir haben es mit einer Kampfform zu tun. Die Entscheidung muß bewußt und einmütig getroffen werden, denn sie hat eine erhebliche Verringerung des Lohns zur Folge. Als vorübergehende Kampfform kann die Selbstbestimmung der Bandgeschwindigkeiten leicht realisierbar sein und optimalen Erfolg bringen. Wenn sie eine permanente Form des Kampfes gegen die Organisation des Unternehmens wird und bleiben soll, darf sie nicht von der Forderung nach Umwandlung der Leistungsprämie in einen Fixlohn getrennt werden, d. h. von einer schlichten und einfachen Abschaffung der Leistungs»anreize«.
Man darf also nicht auf die Spontaneität zurückgreifen, um die Selbstbestimmung zu realisieren. Sie erfordert ein Maximum an Übereinstimmung und Bewußtsein, eine Kenntnis der Auswirkungen auf den Lohn und eine kontrollierte Selbstorganisation der Arbeitstempi und Bandgeschwindigkeiten. Eine Abteilung oder eine Gruppe von Arbeitern kön-

nen eine Festlegung der Bandgeschwindigkeiten beschließen, die den Verlust der Leistungsprämie zur Folge hat. Sie müssen wissen, wie die Unternehmer reagieren werden. Sie müssen wissen, daß die in der Lohntabelle vorgesehenen Mindestgeschwindigkeiten eingehalten werden müssen, wenn sie beim Verlust der Leistungsprämie nicht den Mindestlohn unterschreiten wollen. Sie müssen ihre Bandgeschwindigkeiten selbst organisieren, sie kennen und genau abschätzen.

b. Die Arbeitszeit

Die Durchsetzung der 40-Stunden-Woche, die in einer Reihe von Lohnverträgen festgelegt ist, bleibt meistens formell. Ihre Realisierung wird nicht nur hinausgeschoben, sondern sie wird meistens sogar durch Sonderbestimmungen umgangen. Die Gewerkschaft hat dem, trotz einiger verbaler Proteste, letzten Endes keinen ernsthaften Widerstand entgegengesetzt. Die tatsächliche Realisierung der 40-Stunden-Woche ist heute eins der Hauptangriffsziele gegen die derzeitige Organisation der Arbeit.

Ihre Bedeutung ist zweifacher Art:

– Zum einen kündigt sie eine tiefgreifende Veränderung der Lebensbedingungen des Arbeiters an: die Erhöhung der freien, der zum Leben bestimmten Zeit.

– Zum anderen setzt die 40-Stunden-Woche eine größere Zahl von Arbeitskräften, eine umfassende Reorganisation der Betriebe und eine modifizierte Nutzung der Produktionseinrichtungen voraus.

Regierung und Unternehmer haben oft auf die wirtschaftlichen Verluste hingewiesen, die aus einer zu geringen Ausnutzung der Industriekapazitäten resultieren würden. Diesen Erklärungen entspricht zweifellos auch der Wille, der Arbeiteroffensive entgegenzutreten durch die Einführung von zwei Tagesschichten und einer Nachtschicht und selbst der 7-Tage-Woche mit abwechselnden Ruhetagen. Solche Vorschläge stoßen auf einen spontanen Widerstand der Arbeiter; aber machen wir uns keine Illusionen, sie werden sich am Ende durchsetzen, wenn der spontane Widerstand nicht in eine vereinheitlichende Kampflinie mit präzisen Forderungen umgesetzt wird.

Im Augenblick existiert eine noch größere Gefahr: durch die allgemeine Nichtbeachtung der 40-Stunden-Woche und das Ansteigen der Überstunden hat man den Arbeitern diesen praktisch inhaltslos gewordenen Sieg für eine Scheibe Brot abgekauft. Die hartnäckige Verteidigung der 40-Stunden-Woche hat heute also einen strategischen Wert. Sie läßt nicht nur die Tür offen für weitere Verkürzung der Arbeitszeit, sondern stellt vor allem in einer Phase der in einigen Sektoren durch Entlassungen praktizierten Gegenoffensive der Unternehmer das entscheidende Instrument

zur Sicherung eines für die Arbeiterklasse günstigen Arbeitsmarktes dar. Es gibt sogar Sektoren, in denen die Forderung der 36-Stunden-Woche unmittelbar formuliert werden kann, Sektoren, in denen durchgehend produziert wird, Nachtschichten die Regel sind, oder gesundheitsschädigende Arbeit verrichtet wird.

c. Die Klassifikationen

In den jüngsten Unternehmens-, Abteilungs- oder Kategorieverträgen wurden zwei Punkte hervorgehoben:

1. Beseitigung der »job evaluation«, die Ende der 50er Jahre mit dem Niedergang der Gewerkschaften in einer Anzahl von Betrieben eingeführt wurde (Italsider, Eni, Anic, etc.);

2. Abschaffung der 4. und 5. Kategorie oder meistens der 4. und eines Teils der 3.

Dies sind bescheidene Ergebnisse: man hat sich darauf beschränkt, die niedrigsten Klassifikationen durch vage »Berufsprofile«, die auf der Einschätzung der individuellen Qualifikation des Arbeiters beruhen, zu ersetzen. Die hierarchische Struktur ist also praktisch unverändert geblieben. In den Unternehmen, in denen die »job evaluation« existierte, hat man sich damit begnügt, die Klassifikationen zu reduzieren, die bis dahin nicht nur zahlreich gewesen waren (8 bei Italsider, 10 bei Anic), sondern zusätzlich in Zwischenstufen unterteilt waren.

Außerdem konnte in vielen Fällen der gemeinsame Rahmen, Arbeiter-Angestellte, durchgesetzt werden, durch den bisweilen die letzte Kategorie der Angestellten und die erste Kategorie der Arbeiter auf denselben Index bezogen wurden, und der den Weg für die normative Parität geöffnet hat. Aber auch dieser Sieg bleibt ziemlich formal: natürlich hat es eine Abschwächung des sozialen Statusunterschiedes, der die beiden Gruppen von Arbeitenden trennte, gegeben, sowie eine Verallgemeinerung bestimmter Rechte, die früher den Angestellten vorbehalten waren (Urlaub, Kranken- und Überbrückungsgeld, monatliche Lohnzahlung). Aber im allgemeinen hat man nur zwei Klassifikationsstufen formell übereinander gesetzt. Die Schuld liegt bei der Gewerkschaft. Obwohl sie darauf verzichtet hat, in der Frage der Qualifikationen ein möglichst offenes Spektrum zu verteidigen, hat sie ihre grundlegende Position nicht geändert. Danach stellt die Qualifikation eine Anerkennung des Wertes der individuellen Arbeitskraft dar, eines Wertes, der von der angeblichen sozialen Nützlichkeit abhängt, obwohl es sich in Wirklichkeit nur um Fähigkeiten handelt, die von einem überholten Industriesystem und einem Klassen-Bildungssystem abgeleitet sind. Damit begibt sich die Gewerkschaft letztlich in den Rahmen der Gesetze des Marktes und der kapitalistischen Organisation

der Arbeit, ein Rahmen, der eben Gegenstand jenes Kampfes ist, welcher auf seine Überwindung hinzielt.
Wir lehnen dagegen die Wertskala ab, die sich auf alte und überholte Berufsinhalte gründet, die heute in den meisten Fällen nur noch einer Statusdifferenzierung seitens der Unternehmer entsprechen. Ebenso weisen wir die These von der Dequalifizierung der Arbeit durch den technologischen Fortschritt zurück.
Für uns stellt die Fähigkeit, sich ständig auf neue Maschinen umzustellen, eine Qualifikation neueren Typs dar. Diese aber ist nicht mehr individuell gesellschaftlich, weil sie die Lohnarbeit insgesamt charakterisiert; deshalb muß sie als das, was sie ist, anerkannt werden.
Das Kapital kann nur dann ein neues Stabilitäts- und Hierarchiemodell im Betrieb einführen, wenn es die Arbeit in eine Reihe von Einzelaufgaben parzelliert und von da aus eine Rangordnung von willkürlichen Klassifikationen errichtet. Der Kampf kann sich denn auch nicht mehr auf eine Aufwertung jeder Arbeitsparzelle, der individuellen Fähigkeit jedes Arbeiters, beziehen, wie es die Gewerkschaft glauben machen will; er muß sich auf die Anerkennung der neuen Qualität der Massen-Arbeit der Arbeiter im gesamten Arbeitsprozeß beziehen. Erst in diesem Rahmen wird der Kampf um die Überwindung der Hierarchie zum Kampf gegen die Organisation der Arbeit, zum politischen Kampf, der nicht nur für die Erhöhung des Lohns der einzelnen Kategorien geführt wird, die ihrerseits nur erneut ständige Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse zur Folge haben kann.
Diese Linie kann im Augenblick sogar zur Auseinandersetzung mit den korporativen Positionen kleiner Gruppen von hochqualifizierten Arbeitern führen. Das Risiko müssen wir auf uns nehmen. Es ist sogar notwendig, in einer Zeit, in der dieses Problem nicht mehr unüberwindbar ist, da ja nur eine kleine Minderheit zur Kategorie I oder I super gehört und es für die Mehrheit der Arbeiter kaum noch Aussichten auf beruflichen Aufstieg gibt. Im übrigen handelt es sich nicht nur um eine quantitative Entscheidung (die Mehrheit vor der Minderheit), sondern um eine qualitative und Klassen-Entscheidung: der Arbeiter am Fließband und der proletarisierte Techniker, beide einer Serienproduktion zugewiesen, sind die Eckpfeiler der neuen Arbeiterklasse, die tragende Kraft des revolutionären Prozesses. Sich auf ihren Standpunkt stellen, bedeutet in der Tat, eine Linie durchsetzen, die auf die Überwindung der vom Unternehmer geschaffenen Spaltungen hinausläuft.
Natürlich muß eine solche Entscheidung im Hinblick auf eine politische Einigung und Vereinheitlichung getroffen werden: man muß einen bestimmten Rhythmus bei der Überwindung der Qualifikationen akzeptieren und vor allem die qualifizierten Arbeiter in den egalitären Kampf

einbeziehen und sie somit dazu führen, die von der kapitalistischen Organisation der Arbeit und der Schule errichteten Barrieren, die sie von den Technikern trennen, einzureißen. Das ist in begrenztem Umfang, nach einigen positiven Erfahrungen von 1969, geschehen. Der Kampf gegen die Hierarchie der Klassifikationen betraf damals lediglich die untersten Kategorien. Das ist ein nicht unwesentliches Resultat des gewerkschaftlichen Engagements, das auf der Anerkennung des individuellen Werts der Arbeit beruht. Auch glauben wir, daß die Ausweitung und die Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Klassifikationen nur unter der Bedingung stattfinden kann, daß ständig erneut auf seine politische Kampf-Bedeutung, seine Einordnung in eine unzweideutige Strategie hingewiesen wird. Deshalb müssen wir auch die heutzutage praktizierte verschleiernde Lösung ablehnen, die in der Rotation der Arbeiter zwischen verschiedenen gleich untergeordneten Arbeitsstellen besteht. Diese Lösung dient lediglich dazu, die Gewinne zu steigern unter dem Vorwand, die individuelle Qualifikation des einzelnen zu verbessern.
Der rotierende Wechsel und die Umgestaltung der Arbeiten haben nur dann Sinn, wenn man sie verallgemeinert und so die fundamentale Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit infrage stellen kann. Der Kampf darf sich nicht auf den Betrieb beschränken, sondern muß auf die Schule übertragen und auf die Gesellschaft ausgedehnt werden, als Kampf für die allgemeine Gleichheit und somit gegen diese erste Quelle der Ungleichheit, die sich in einer Schule manifestiert, die den, der arbeitet, von dem, der lernt, trennt: ausgehend von der Parole »Niemand soll ausschließlich arbeiten und niemand ausschließlich studieren« muß eine permanente Rotation zwischen Schule und Produktion angestrebt werden. Es handelt sich dabei nicht um eine unmittelbare Forderung, um einen innerhalb dieses Systems möglichen Sieg, sondern um eine Parole, die eine innere (und nicht nur äußere und ideologische) Einheit zwischen Studenten und Arbeitern begründen kann, um die Schule als gesonderten Körper zu zerstören, jedwede gesellschaftliche Funktion der Reproduktion der hierarchischen Struktur zu beseitigen, den Bereich zu bestimmen, in dem ein Angriff auf die gesellschaftliche Arbeitsteilung möglich ist, und um dem Kampf der Arbeiter-Studenten jeden zwielichtigen Charakter eines Kampfes um sozialen Aufstieg zu nehmen.

2. Die gesellschaftlichen Kämpfe

Ein weiterer Bereich, in dem die Arbeiterklasse den Kampf aufnehmen muß, ist der Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen: Wohnungsbau, Gesundheitswesen, Öffentliche Transporte, Bildung. In

diesen Sektoren nämlich akkumulieren sich die Rückständigkeiten des Systems; wenn es gezwungen ist, sich zu modernisieren und zu rationalisieren, so geschieht dies im Hinblick auf unmittelbaren Profit, d. h. im Rahmen des Unternehmens. Außerdem versucht das Kapital über diese Sektoren zurückzubekommen, was es den Arbeitern im Betrieb zugestehen mußte. Der schwerste Fehler wäre also, den Reformisten diese brisanten Themen zu überlassen. Wir müssen daher für diesen Bereich unmittelbare Ziele festlegen, die vor der Eroberung der Macht realisiert werden können, um dem Kapital eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Massen abzuringen. Nur die gerissene Mentalität der Opportunisten und der infantilste Extremismus identifizieren die revolutionäre Linie mit der Parole: alles oder nichts. Ebenso wie wir die Arbeiterklasse zum Kampf für bessere Löhne aufrufen, obwohl unser Ziel die Abschaffung der Lohnarbeit ist, rufen wir zum Kampf für mehr Wohnungen und niedrige Mieten auf, obwohl wir wissen, daß nur ein kommunistisches Produktionssystem das Problem der gesellschaftlichen Konsumtion lösen kann.

Der reformistische Kampf erfordert das progressive Übergreifen der bürgerlichen Formen des Konsums auf alle: bürgerliches Wohnen, individualistische Stadt-Strukturen, Schule als Mittel für Karriere und Privilegien, Gesundheit als nachträglicher Kampf gegen Krankheit. Wie der Kampf für Reformen auch immer aussehen mag, er muß zwangsläufig darauf hinauslaufen, denn anderenfalls müßte er dieses Konsumtionsmodell an der Wurzel bekämpfen, d. h. auf der Ebene der Organisation der Produktion. Da die Reformisten nun die kapitalistischen Mechanismen respektieren, versuchen sie die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse zu gewährleisten, indem sie die Rente und das Parasitentum bekämpfen, nicht aber den Profit; sie wollen die nunmehr totale Verflechtung von Profit und Rente ignorieren. Auf diese Weise können sie immer nur Teilmaßnahmen erreichen, die vereinzelte Privilegien schaffen sollen und deren einzige Wirkung darin besteht, den Kern des Problems, seine ständige Verschärfung zu verschleiern und die Kräfte zu spalten, die für dessen Lösung kämpfen sollten. Man braucht nur an die Wohnungsbaupolitik während der letzten zwanzig Jahre zu denken.

Außerdem sind die Reformisten völlig unfähig, die Betriebskämpfe mit den gesellschaftlichen Kämpfen zu verbinden: Reformen erfordern Geld und Stabilität; wenn die Arbeiterkämpfe das eine absorbieren und das andere aufs Spiel setzen, kann man sie nicht mehr durchführen. Was uns betrifft, so glauben wir nicht nur, daß die Entwicklung der Betriebskämpfe das politische und soziale Kräfteverhältnis schaffen kann, um die Macht der Bourgeoisie auch auf anderen Gebieten anzugreifen; wir meinen vor allem, daß nur eine bestimmte Form des Betriebskampfes, der sich gegen die kapitalistische Organisation der Arbeit richtet, die sozialen Grund-

lagen und Träger einer wirklich neuen Lösung für das Problem der gesellschaftlichen Konsumtion schaffen kann. Wie soll die ganze willkürliche Einkommens- und Konsumtionsstruktur gesprengt werden, ohne egalitäre Kämpfe im Betrieb? Sollen wir ohne den Kampf gegen die Arbeitszeiten, die Produktionsrhythmen und gegen gesundheitsschädigende Arbeit warten bis – dank der Artikel des *Giorno* und des *Espresso* über die Ökologie – eine Kampfbewegung zur Verhütung von Krankheiten entsteht? Wie sollen wir ohne den Betriebskampf gegen die Hierarchie und ihre Mythen die Karrierefunktion der Schule zerstören?
Daraus ergibt sich ein letzter Aspekt: die Kampfformen und die organisatorischen Mittel. Für die Reformisten soll der Kampf im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und Einrichtungen einen massiven Druck auf das Parlament ausüben, um so neue Gesetze durchzusetzen. Aber das Parlament wird nicht viel unternehmen, und die Massen, die sich dessen bewußt sind, werden daher ohne Überzeugung kämpfen. Für uns soll der gesellschaftliche Kampf denselben außerinstitutionellen Charakter haben wie der Betriebskampf: unmittelbare Ziele, konkrete Gegner und Resultate, die zuerst erkämpft werden und die das Gesetz eines Tages vielleicht ratifiziert. Das heißt nicht: ein bißchen Stadtguerilla, die ausschließliche Mobilisierung von Verzweifelten, die zu jedem Einsatz bereit sind, um eine Wohnung zu bekommen; das heißt, wie im Betrieb, ein Programm formulieren, das mobilisierende und realisierbare Ziele, eine möglichst breite Bündnisfront und Kampfformen beinhaltet, die dem Gegner schaden und nicht denen, die den Kampf führen.
Wie sieht es nun mit der Organisation aus? Für die Reformisten existiert das Problem der Organisation des gesellschaftlichen Kampfes nicht. Die Gewerkschaft und die Partei genügen: die eine löst demonstrative Streiks aus, die andere hält Reden im Parlament. Vielleicht mit einer zusätzlichen Dekoration von flanierenden Studenten, die die Mao Tse-tung-Ideen auf die Steuerreform anzuwenden gedenken. Für uns setzt der gesellschaftliche Kampf eine Organisation an der Basis voraus, die sich auf Betriebs- und Stadtteilkomitees stützt, die sich progressiv auf eine Plattform einigt und die einen artikulierten und direkten Kampf führt, Etappen festlegt, Bündnisse schließt und sich mit der Bewegung entwickelt.

3. Die organisatorischen Mittel

Welche Instrumente benötigen wir heute, wenn diese neue Phase der Betriebskämpfe und der gesellschaftlichen Kämpfe ein Maximum an Organisation und Koordination erfordert? Wir müssen sie zum großen Teil selber herstellen, denn weder die Gewerkschaft noch die Delegiertenräte

wollen und können die Funktion haben. Das ist unsererseits kein sektiererisches Vorurteil und wir streiten nicht ab, daß es in der Gewerkschaft, in den Räten und zwischen Gewerkschaft und Räten Differenzierungen und innere Widersprüche gibt; ebensowenig, daß sie in Anspruch genommen und in die Führung der Bewegung einbezogen werden können und müssen. Wir sagen nur, daß die Gewerkschaft und die Räte insgesamt im Gegensatz zu 1960 kein wirkliches Instrument des Arbeiterkampfes sein können. Das steht fest. 1970 hat sich innerhalb der Gewerkschaften viel verändert. Der auf Verbandsebene dominierende rechte Flügel hat erneut die Führung übernommen, die ihm während des letzten Jahres entglitten war. Er hat die Programme und Organisationsformen der »Kämpfe für Reformen« bestimmt, die im klaren Gegensatz zu der Linie des heißen Herbstes stehen. Er hat die verallgemeinerte Wiederaufnahme des Kampfes in den Betrieben gebremst und den Einigungsprozeß verlangsamt und bürokratisiert. Der linke Flügel hat im wesentlichen darauf verzichtet, mit eindeutigen Positionen zu kämpfen, und in allen entscheidenden Punkten nur defensive Schlachten geführt.

In unserer Plattform »Notwendigkeit des Kommunismus« haben wir geschrieben, daß die Gewerkschaft heute in Italien eine Übergangsrealität ist: der alte ideologische Syndikalismus, Transmissionsriemen der Partei, stirbt langsam aus, ebenso wie der alte tradeunionistische und Berufs-Syndikalismus. Es bildet sich eine neue, autonome Einheitsgewerkschaft heraus, die im Betrieb auf Forderungen, die nicht mehr ausschließlich Lohnforderungen sind, und außerhalb des Betriebes auf den Kampf für die Erhaltung der Lebensbedingungen der Arbeiter ausgerichtet ist.

Dieser Wandel ist gleichsam durch die kapitalistische Entwicklung und die Entwicklung der Arbeiterbewegung gekennzeichnet. Durch die kapitalistische Entwicklung, weil das italienische Kapital in Zukunft einen starken und geschlossenen Gewerkschaftsapparat als glaubwürdigen Verhandlungspartner benötigt, der bereit ist, die Lohndynamik zu organisieren und zu steuern; durch die Entwicklung der Arbeiterbewegung, weil die Arbeiter die alten ideologischen Trennwände abschaffen müssen und eine einheitliche und demokratische Organisationsstruktur benötigen, wie es die Kämpfe der letzten Jahre aufweisen konnten. Diese Ambivalenz und dieser Widerspruch begründen unsere Weigerung, einen frontalen, liquidatorischen Kampf gegen die Gewerkschaften zu führen, wie es uns viele Gruppen nahelegten.

Die Gewerkschaft ist ihrem Wesen nach eine widersprüchliche Organisationsform der Arbeiterklasse. Sie setzt sich innerhalb des Systems für eine Klasse ein, deren wirkliches Interesse der Umsturz dieses Systems ist. Sie sieht sich ständig mit einer unlösbaren Alternative konfrontiert: entweder ist sie bereit, innerhalb der Logik der kapitalistischen Entwicklung zu

operieren, und erkauft die unmittelbaren Verbesserungen mit einer strategischen Verschlechterung des Kräfteverhältnisses zwischen Proletariat und Kapital; oder sie geht über diese Grenzen hinaus und sieht sich dann den Folgen ihrer Aktion gegenüber (Wirtschaftskrise, politische Kämpfe), denen sie nicht gewachsen ist, und die ihre Aktionsmöglichkeiten einschränken. Marx hat nicht zufällig gesagt, daß der eigentliche Wert eines gewerkschaftlichen Kampfes immer außerhalb seiner selbst liegt, im Anwachsen des antagonistischen Bewußtseins der Klasse. Das Leninsche Konzept des Transmissionsriemens wurde als Antwort auf dieses reale Problem formuliert, auf die Tendenz jedes Syndikalismus, ständig zwischen Opportunismus und Anarchismus zu schwanken. Die Antwort war jedoch für die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder nicht ausreichend. Sie führte zu einer ideologischen Spaltung, die schließlich den politischen Reifungsprozeß blockierte; sie bestätigte eine Spaltung zwischen ökonomischem und politischem Kampf, die im modernen Kapitalismus immer künstlicher wird. Die Überwindung des Transmissionsriemens war und ist also nach wie vor eine objektive Notwendigkeit des Klassenkampfes.

Wenn wir nicht in einen integrierten Syndikalismus verfallen wollen, können wir nur durch einen Kampf gegen die Gewerkschaft als Institution und deren, wenn auch nur schrittweise, Überwindung auf den Transmissionsriemen verzichten. Solange das kapitalistische System fortbesteht, wird die Arbeiterklasse immer auf Vereinbarungen, Verträge und somit auf eine gewerkschaftliche Artikulation angewiesen sein. Und solange eine Gesellschaft fortbesteht, die auf Ungleichheit beruht und in Klassen gespalten ist, wird es nicht möglich sein, eine Trennung zwischen Massen und Avantgarde, langfristigen und unmittelbaren Interessen, zwischen einem besonderen Bereich der Klasse und der Klasse in ihrer Gesamtheit zu vermeiden.

Es ist äußerst gefährlich, diese Dialektik ausschließlich zugunsten der Avantgarde und der Partei aufzuheben: die Massen müssen über organisatorische Orte und Mittel verfügen, um sich direkt und autonom artikulieren zu können. Das bedeutet nicht, daß man eine Dialektik perpetuieren muß zwischen einer stark zentralisierten Gewerkschaftsorganisation, die die »ökonomische« Vertretung der Klasse gewährleistet, und einer politischen Organisation, die im parlamentarischen Rahmen oder auf der Straße agiert. Die Überwindung der Gewerkschaft hängt von der Entwicklung autonomer und einheitlicher Organismen der Arbeiterklasse ab, die von unten nach oben verwaltet werden und sowohl politisch als auch gewerkschaftlich sind, d. h. den Räten, die sich nach Sektoren und Regionen im Hinblick auf ihre eigenen Kämpfe koordinieren. Diese Räte sind auch Verhandlungsinstrumente. Eine politische Avantgarde, die sich nicht auf den Betrieb beschränkt, bildet sich und operiert in ihrer Mitte.

Hier geht es nicht um ideologische Spekulationen, sondern um Ergebnisse der Erfahrungen. Die Kampferfahrung zerstört die Trennung zwischen Ökonomie und Politik und verbindet die Betriebskämpfe mit den allgemeinen Kämpfen. Wenn man eine Verkettung zwischen Spontaneität und Bewußtsein, zwischen Massen und Avantgarde aufrecht erhalten will, so ist dies nicht mehr mit zwei Organisationen möglich, die beide außerhalb der Bewegung stehen und zentralisiert sind, der traditionellen Partei und der Gewerkschaft. Die Dialektik Partei-Räte ist die einzig mögliche. Deshalb haben wir in den letzten Jahren dem Entstehen einer einheitlichen und direkten Vertretung der Klasse im Betrieb so große Bedeutung beigemessen und die Tendenz der Gewerkschaft, sie auf eine ephemere Realität zu reduzieren und als Basis-Organismus zu integrieren, bekämpft; und deshalb weigern wir uns heute auch, auf die Entwicklung der Gewerkschaft zu antworten, indem wir versuchen, einen linken Gewerkschaftsflügel zu initiieren. Unsere unmittelbare strategische Linie beinhaltet die Entwicklung autonomer Organisationen der Klasse, sowohl politischer als auch gewerkschaftlicher, die zwangsläufig neben der Gewerkschaft existieren, sie bekämpfen und sie zwingen werden, den richtigen Weg einzuschlagen, und deren militanteste Elemente für sich gewinnen werden. Das ist auch ein Mittel, um eine Dialektik innerhalb der Gewerkschaft zu initiieren und auf ihre Entscheidungen Einfluß zu nehmen. Das sind übrigens gar keine neuen Gedanken: Vom Thema der Räte ging 1919 – unter dem Druck der Massenkämpfe und des großen Experimentes der Sowjets – die Analyse Gramscis aus.

Daraus ergibt sich unmittelbar eine Frage. Können die neuen aus der Bewegung hervorgegangenen Strukturen, die Delegiertenräte, bereits in diese Richtung gehen und eine »Alternative« in der Organisation des Kampfes darstellen? Vor einem Jahr hatten wir gehofft, daß dies möglich sei, und wir forcierten ein wenig unsere Interpretation der Dinge, um ihre Entwicklung voranzutreiben. Heute wäre es absurd, noch weiter daran zu glauben. Die Delegiertenräte haben überwiegend die regenerierende Wirkung eingebüßt, über die sie ursprünglich in vielen Fällen verfügten.

Diese Entwicklung kommt nicht von ungefähr. Denn die Betriebsdelegiertenräte (wie im übrigen die Studentenbewegung als autonome Massenbewegung) haben sich außerhalb des Kampfes in den Betrieben nicht entwickelt, weil diese Entwicklung nur möglich ist, wenn innerhalb dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit eine organisierte Avantgarde besteht, für die das Rätekonzept den strategischen Angelpunkt darstellt, der wirksam und reif genug ist, die impliziten Ansprüche der Kämpfe zu interpretieren, den Rückfall in den Korporatismus zu bekämpfen und die verschiedenen Sektoren der Bewegung zu vereinheitlichen. Man muß die spon-

taneistische Illusion bekämpfen, die sich häufig hinter der Rätelinie abzeichnet, und im Gegenteil unterstreichen, daß die Rätestrategie ein Maximum an Organisation, Reife, Kadern und Antizipationsvermögen erfordert. Andernfalls wird der Aufschwung der Bewegung an dem permanenten Schwanken zwischen Anarchismus und Jakobinertum scheitern. Wenn wir das, was in den Räten noch lebendig ist, retten und ihren Autonomie-Anspruch aufrecht erhalten wollen, müssen wir außerhalb und unabhängig davon ein Instrument besitzen, einen organisatorischen Ort, mit dem sich die Avantgarden identifizieren, in dem sie sich organisieren und eine Linie ausarbeiten.

Damit sind wir bei der Konzeption, bei dem Organisationsvorschlag, den wir heute machen wollen, angelangt: den politischen Komitees.

Was verstehen wir unter politischem Komitee? Es ist ein Organ der permanenten Organisierung der Avantgarde in einem gegebenen Betrieb, in einem gegebenen Stadtteil und einer gegebenen Region, das so eine konkrete Situation des Kampfes ausdrückt und ihn auf der Grundlage einer Plattform und konkreter Perspektiven zu führen sucht. Es handelt sich also nicht um ein Basis-Komitee, weil es über den Rahmen der rein tradeunionistischen Forderungen im Betrieb hinausgeht und sich nicht nur als Organ der Spontaneität in einer verschärften Phase des Kampfes darstellt. Ebensowenig ist es das Basis-Organ der neu entstehenden Partei, weil es direkter Ausdruck eines gesellschaftlichen Protestes ist und weder die Festlegung auf eine strategische Linie voraussetzt, noch die Disziplin gegenüber einer nationalen Organisation; vollständige Übereinstimmung ist nur bei konkreten Kampfentscheidungen erforderlich. Solche Organismen entsprechen heute einem Massenbedürfnis. Wenn es uns gelingt, gemeinsam ein weit verzweigtes Netz von politischen Komitees zu spannen, dann haben wir den Ansatz einer organisatorischen Struktur, die für die permanente Führung des Kampfes und den Aufbau der Bewegung auf der Grundlage der festgelegten Etappen und Linien notwendig ist. Das ist unser vorrangiges Ziel in den Betrieben; dafür müssen wir jedes Sektierertum, jeden Gruppenpatriotismus und jede propagandistische Absicht aufgeben.

Das politische Komitee ist eine organisatorische Übergangsform, die einzig mögliche, solange es keine revolutionäre Partei und keine echte Rätestruktur gibt. In ihm sind zwei Perspektiven angelegt: einerseits ist es die praktische Präfiguration einer neuen Partei, und anderseits initiiert es den Aufbau von Einheitsorganismen unter Führung der Klasse.

Es gibt eine typische Form des Sektierertums, die darin besteht, ständig die Kampfeinheit mit den unpolitisierten, beeinflußbaren und unorganisierten Massen zu unterstreichen, jedoch auf hypothetischer Grundlage. Dieser Appell an die Massen reicht, vor allem in der gegenwärtigen poli-

tischen Situation, nicht aus, um die Front zu erweitern. Es muß uns gelingen, einen Teil der mittleren Kader und aktiven Mitglieder weniger der KPI als der Gewerkschaft zu beeinflussen, einzubeziehen oder zumindest zu polarisieren. Es muß also ganz deutlich sein, daß wir die Aktionseinheit über konkrete und zwingende Ziele anstreben, wobei wir die Militanten des reformistischen Lagers miteinbeziehen, ohne an sie andere Bedingungen zu stellen, als die in der Plattform und den Kampfformen enthaltenen. Ebenso wie wir jede Form von Entrismus verurteilen, dürfen wir nicht in die Logik des Sozialfaschismus verfallen, der die KPI und die Gewerkschaft zu Hauptfeinden erklärt.
Gibt es reale Möglichkeiten, auf einen Teil dieser Kräfte einzuwirken? Sicherlich nicht in der Spitze der großen Organisationen; ihre rapide Integration schränkt die Aktionsfreiheit ihrer Linksopposition immer stärker ein, die folglich auf derartig überholten Positionen verharren (wenn sie verharren), daß nunmehr jede reale Voraussetzung für eine Aktionseinheit fehlt, die ohnehin nur Verwirrung stiften und in gegenseitigen Manipulationen bestehen würde. Aber gerade diese Rechtsentwicklung führt auf der anderen Seite zu immer häufigeren Krisensituationen in diesem oder jenem Betrieb, dieser oder jener Region, in dieser oder jener Frage. Einige große Organisationen, wie z. B. die FIOM und die FIM, stecken in einer ziemlich ernsten Krise. Hier bietet sich uns ein Rahmen für die Analyse und die Aktion, der es uns ermöglicht, die reformistischen Organisationen zu stören, ihre Widersprüche und ihre Kurswechsel auszunutzen, und bei ihren Anhängern einen Konflikt über konkrete Probleme und konkrete Trennungspunkte zu verschärfen.

Ich komme zum Schluß. Ich glaube nicht, in diesem einleitenden Bericht unsere Schwierigkeiten und die der Arbeiterklasse verschleiert zu haben; auch wollte ich nicht – wie dies häufig der Fall ist – ein euphorisches Bild unserer Bewegung vermitteln und der Kräfte, die wir schnell mobilisieren können. Das Ziel, das wir uns setzen, das wir für historisch möglich halten, ist nicht darauf gerichtet, irgendeinen exemplarischen Kampf zu führen, oder für eine entfesselte Minderheit einzutreten, sondern darauf, die Hegemonie der Reformisten über die breiten Massen zu bekämpfen, eine revolutionäre Praxis des gesamten italienischen Proletariats, einen Block von Klassenbündnissen mit diesem als Kern und einen siegreichen Kampf aufzubauen.
Wir wissen, daß wir einen langen und schwierigen Weg vor uns haben, der viel Realismus, Hartnäckigkeit und nicht nur auflodernden Enthusiasmus erfordert. Aber dieser Realismus heißt für uns keineswegs, daß das Ziel der Revolution, der Umwälzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, nicht eine aktuelle Aufgabe für die Arbeiterklasse ist.

Hier liegt die eigentliche Kluft, die uns von der KPI und der gesamten traditionellen Linken trennt; hier ist der grundlegende Optimismus, der es uns ermöglicht, eine Verantwortung zu übernehmen, die in keinem Verhältnis zu unseren gegenwärtigen Kräften zu stehen scheint. In den Kämpfen der Arbeiter und Studenten hat sich eine grundlegende und massenhafte Verweigerung der kapitalistischen Weise, zu leben, zu arbeiten, zu konsumieren und die Gesellschaft zu organisieren, ausgedrückt und radikalisiert. Das System ist weder in der Lage, diese Kraft, dieses Massenbedürfnis gewaltsam zu zerschlagen, noch sie durch ein reformistisches Operieren zu absorbieten. Tausende von Jugendlichen haben in den letzten Demonstrationen ihre Stimme erhoben: »Sie nennen uns Extremisten, weil wir den Kommunismus wollen.« Was ist daran verwunderlich? Das Wort Kommunismus ist künftig und war schon immer das Alibi und der rituelle Vorwand derer, die mehr oder weniger korrekt ein Stück Macht in dieser Gesellschaft verwalten. Die Radikalität der kommunistischen Perspektive in das Leben der Menschen hineintragen, und in erster Linie dorthin, wo die Entscheidung zwischen Kapitalismus und Kommunismus fällt, in den Betrieb in die tägliche und prosaische Praxis der Arbeiterklasse, das ist unser Extremismus, das ist unser Ziel.

Dieser Optimismus, dieses Bewußtsein der historischen Möglichkeit, die es zu nutzen gilt, sind es, die unser Streben nach Einheit beinahe in Leidenschaft verwandeln. Und unsere gemeinsame Parole für diesen Kongreß lautet:

Einheit der revolutionären Linken, damit die kapitalistische Gegenoffensive und das reformistische Komplott zerschlagen werden.

EINHEIT DER REVOLUTIONÄREN LINKEN FÜR DEN KOMMUNISMUS

Roter Kalender

für Lehrlinge und Schüler 1972

Taschenkalender. 128 Seiten. Inhalt: Kalendarium mit brauchbaren oder lustvollen Hinweisen, Bildern, Comics. Alphabet für Freundesadressen. Lehrlingszentren, Rechtsanwälte, Pillen- und Drogeninformation. Ratgeber für Knast und Demonstrationen. Drucktechniken, Video, Super 8, Kapitalismus der BRD. Über Sozialismus. Literatur. In jeder Buchhandlung. (Oder schreibt uns: Wagenbach, Bln 31, Jenaer Str. 9.)

2.– Mark

Wagenbach

Zweite, durchschnüffelte Auflage

Christian Riechers: *Antonio Gramsci. Marxismus in Italien,* Europäische Verlagsanstalt Frankfurt, 1970
Partei und Klasse. Eine Diskussion zwischen J. P. Sartre und Il Manifesto mit der Einleitung »Von Marx zu Marx« von Rossana Rossanda, Merve Verlag, Berlin 1970
Lucio Magri: *Probleme der marxistischen Theorie der revolutionären Partei,* Merve Verlag, Berlin 1971
Giampiero Mughini: *Die PCI und die antireformistischen Gruppen,* Merve Verlag, Berlin 1971
Die Notwendigkeit des Kommunismus. Die Plattform von »Il Manifesto«, Merve Verlag, Berlin 1971
Lotta continua/Potere operaio/Avanguardia operaia/Andre Gorz/F. Ciafaloni/L. Colletti/u. a.: *Über »Il Manifesto«,* Merve Verlag, Berlin 1971
Adriano Sofri/Luciano Della Mea: *Zur Strategie und Organisation von »Lotta continua«,* Merve Verlag, Berlin 1971
Serafini/Magri/Pintor: *Die Einheit der Klassen-Linken herstellen.* Bericht zur Nationalen Arbeiterkonferenz von Il Manifesto, Mailand 30.–31. Januar 1971, Merve Verlag, Berlin 1971
Rossana Rossanda: *Der Marxismus von Mao Tse-tung,* Merve Verlag, Berlin 1971
Colletti/Libertini/Maitan/Magri: *Lenins »Staat und Revolution« – heute,* Merve Verlag, Berlin 1971
Lucio Colletti: *Zur Stalin-Frage,* Merve Verlag, Berlin 1971
Mario Tronti: *Reformismus und Extremismus,* Merve Verlag, Berlin 1971
Mario Tronti: *Kapital und Arbeiterklasse,* Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1971
Luciana Castellina: »Die Delegiertenbewegung. Delegierte über sich selbst«, in: *Politikon,* Nr. 32, Juli 1970
Detlev Albers/Werner Goldschmidt/Paul Oehlke: *Klassenkämpfe in Westeuropa. England, Frankreich, Italien,* rororo aktuell, Rowohlt Verlag, Reinbek/Hamburg 1971
Paolo Cinanni: *Emigration und Imperialismus. Zur Problematik der Arbeitsemigranten. Die Auswanderung und der italienische Süden,* Trikont Verlag, München 1971
Tragt den Klassenkampf in die Armee. Beiträge von Gauche Proletarienne und Lotta continua zum antimilitaristischen Kampf. Schriften zum Klassenkampf Nr. 11, Trikont Verlag, München 1971
Quaderni Rossi: *Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion,* Schriften zum Klassenkampf Nr. 24, Trikont Verlag, München 1971
Wolfgang Rieland: *Fiat-Streiks,* Schriften zum Klassenkampf Nr. 16, Trikont Verlag, München 1971
Klassenkämpfe in Italien, Arbeitsmaterialien des IMSF Bd. 3, Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt 1971
Luciana Castellina: »Bericht über Fiat«, in: *Sozialistisches Jahrbuch 2,* Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1970
Il Manifesto: »Arbeitsteilung und Herrschaftstechnik«, in: *Sozialistisches Jahrbuch 3,* Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1971
Dokumente des Collettivo: »Soziale Kämpfe und Organisation in der Metropole«, a.a.O.

Einige Zeitschriften der Neuen Linken in Italien

Lotta continua, I–20121 Milano, via San Prospero 4 / *Potere Operaio,* I–00186 Roma, via dell Umiltà 84 / *Il Manifesto,* I–00186 Roma, via Tomacelli 146 / *Giovane critica,* I–00186 Roma, via della Trinita dei Pellegrini 19 / *Classe,* I–20121 Milano, via Bigli 4 / *Quaderni piacentini,* I–29100 Piacenza, via Poggiali 41

Anmerkungen der Redaktion

Camillo Daneo ist Ökonom und hat bei Feltrinelli eine ausgezeichnete Analyse über die ökonomische Entwicklung in der italienischen Landwirtschaft veröffentlicht. Er war Mitglied der KPI und arbeitet heute mit Il Manifesto in Bologna zusammen. Sein Aufsatz in diesem Heft wurde für das Kursbuch geschrieben.

Dossier 1: Dieses Dossier stützt sich auf ein für den WDR verfaßtes Manuskript von K. Fr. Hauber, U. Hermann, M. Neugroda, H. Pfriem, R. Stiebitz und wurde von J. Agnoli für das Kursbuch bearbeitet.

Lucio Magri war bis zum November 1969 Mitglied des Zentralkomitees der KPI und wurde dann wegen »Fraktionismus« ausgeschlossen. Er gehört heute zur Führungsgruppe von Il Manifesto. *Filippo Maone* gehört ebenfalls zur Manifesto-Gruppe. Der hier veröffentlichte Artikel wurde geschrieben, als Magri noch Mitglied der KPI war; er ist zuerst erschienen in *Il Manifesto* Nr. 4, September 1969.

Francesco Ciafaloni arbeitete bis Mitte der sechziger Jahre in der kommunistischen Gewerkschaft CGIL. Heute ist er Lektor bei Einaudi in Turin. Er hat zahlreiche Artikel in *Quaderni piacentini* und in *Nuova sinistra* veröffentlicht; den hier abgedruckten Artikel hat er fürs Kursbuch geschrieben.

Dossier 2: Die Autoren dieses Dossiers gehören der PSIUP-Betriebsgruppe bei Fiat an. Das Material zu dem Artikel stammt aus eigenen Erfahrungen, Betriebszeitungen, Protokollen und mündlichen Berichten.

Dossier 3: Dieses Dossier wurde aus Artikeln der Tageszeitung *Manifesto* von Peter Schneider zusammengestellt.

Der Artikel von *Massimo Serafini* ist vollständig als Arbeitspapier Nr. 1 der Reihe »Internationale Marxistische Diskussion« im Merve Verlag Berlin (1971) erschienen. Die Übersetzung stammt von Brigitte Lamprecht und Hans-Jürgen Heckler. Wir danken den Genossen vom Merve Verlag für die Abdruckerlaubnis.

Die italienischen Beiträge wurden ins Deutsche übersetzt von:
Renate Genth, Gerlinde Giesner, Ingrid Karsunke, Maria Redaelli, Renate Sami, Peter Schneider.

Kursbuch 27 — Erscheint ca. März 1972
Planen, Bauen, Wohnen

Kursbuch 28 — Erscheint ca. Juni 1972
Das Elend der Psychoanalyse

Reihe Passagen

Theodor W. Adorno/Hanns Eisler
Komposition für den Film

Hugo Ball **Zur Kritik der Deutschen Intelligenz**

Frank Böckelmann **Befreiung des Alltags**

Hans Bunge
Fragen Sie mehr über Brecht
Hanns Eisler im Gespräch

Die Schriften zu J.G. Fichtes Atheismus-Streit

Gustave Flaubert **Wörterbuch der Gemeinplätze**

Gisèle Freund
Photographie und Bürgerliche Gesellschaft

Neuer Roter Katechismus

Edmond de Goncourt
Tagebuch der Belagerung von Paris 1870/1871

Brecht-Dialog 1968 Politik auf dem Theater

Alexander Herzen **Vom anderen Ufer**

Hugh Kenner **Von Pope zu Pop**

Alexandra Kollontai
Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin

Asja Lacis
Revolutionär im Beruf Berichte über proletarisches Theater, über Meyerhold, Brecht, Benjamin und Piscator

Lenin über den Film Dokumente und Materialien

W.I. Lenin **Hefte zu Hegels Dialektik**

Elisabeth Lenk **Der springende Narziß**
André Bretons poetischer Materialismus

Gert Mattenklott
Bilderdienst Ästhetische Opposition bei Beardsley und George

Jean Meynaud/Heiner Stück/Jutta Matzner/Robert Jungk **Spekulationen über die Zukunft**

Irmtraud Morgner
Gauklerlegende Eine Spielfraungeschichte

Paul Scheerbart **Glasarchitektur**
Und gesammelte architektonische Phantasien

Ulrich Sonnemann
Der bundesdeutsche Dreyfus-Skandal

J.Stalin
Marxismus und Fragen der Sprachwissenschaft
und N. Marr **Über die Entstehung der Sprache**

Hella Tiedemann-Bartels
Versuch über das Artistische Gedicht
Baudelaire, Mallarmé, George

Charlotte Wolff **Innenwelt und Außenwelt**
Autobiographie eines Bewußtseins

Rogner & Bernhard

OBERBAUMVERLAG

1 Berlin 21 , Bundesratufer 1

Proletarisch-revolutionäre Romane:

W. Bredel, Maschinenfabrik N & K

(1931) Mit Kommentar und Dokumenten zur Gewerkschaftspolitik der KPD.
228 S., DM 6,--

Chou Li-Po, Orkan

Revolution auf dem chinesischen Dorf. Der Kampf der armen und mittleren Bauern gegen die Großgrundbesitzer. Mit Dokumenten und Kommentar zur Politik der KP China während der Bodenreform und zu den Etappen der chinesischen Revolution.
1. Teil 288 S., DM 7,--
2. Teil 384 S., DM 9,50

A. Smedley, China kämpft

Unter Leitung der kommunistischen Partei entsteht die Volksbefreiungsarmee. Im Kampf gegen Großgrundbesitzer, Kapitalisten, die Söldnerarmeen der Kuomintang und ihre imperialistischen „Berater" entfaltet die VBA den Partisanenkampf, entwickelt die Strategie des Volkskriegs, organisiert die Massen der Bauern und Arbeiter.
ca. 320 S., ca. DM 9,-- (Nov. 71)

Materialistische Wissenschaft

Bd.1 Ökonomie, Politik u. Literatur

Grundlagen einer historisch-materialistischen Literaturwissenschaft
ca. 260 S., ca. DM 11,80 (Nov. 71)

Bd.2 Von der kritischen zur historisch-materialistischen Literaturwissenschaft. 4 Aufsätze.
(W. Girnus, H. Lethen, F. Rothe)
160 S., DM 7,50

Bd.3 Großbürgerliche Aufklärung als Klassenversöhnung: Voltaire
ca. 200 S., ca. DM 9,50 (Nov./Dez. 71)

SCHWERPUNKTE GERMANISTIK

METHODEN DER DEUTSCHEN LITERATURWISSENSCHAFT

Eine Dokumentation Herausgegeben von VIKTOR ZMEGAC
1971, 384 Seiten, kartoniert, 14,80 DM

RENE WELLEK / AUSTIN WARREN

THEORIE DER LITERATUR

Neu herausgegeben und übersetzt von EDGAR LOHNER
1971, 406 Seiten, kartoniert, 8,80 DM

SANDER L. GILMAN / CORNELIUS SCHNAUBER

NS - LITERATURTHEORIE

Eine Dokumentation 1971, 264 Seiten, kartoniert, 14,80 DM

DER WOHLTEMPERIERTE MORD

Zur Geschichte und Theorie des Detektiv-Romans
Herausgegeben von VIKTOR ZMEGAC
1971, 278 Seiten, kartoniert, 12,80 DM

SCHWERPUNKTE LINGUISTIK UND KOMMUNIKATIONSWISSENSCHAFT

WOLFGANG KLEIN / DIETER WUNDERLICH

ASPEKTE DER SOZIOLINGUISTIK

1971, 321 Seiten, kartoniert, 18,- DM

GEORG LAKOFF

LINGUISTIK UND NATÜRLICHE LOGIK

Mit einer Einleitung deutsch herausgegeben von WERNER ABRAHAM
etwa 180 Seiten, kartoniert, 14,80 DM

SCHWERPUNKTE ROMANISTIK

LEO POLLMANN

LITERATURWISSENSCHAFT UND METHODE

2 Bände, Band I, 164 Seiten, Band II, 154 Seiten,
kartoniert, je 12,80 DM

PETER BÜRGER

DER FRANZÖSISCHE SURREALISMUS

Zum Problem der avantgardistischen Literatur, 1971, 207 Seiten,
kartoniert, 12,80 DM

MORITZ TH. W. BROMME

LEBENSGESCHICHTE EINES MODERNEN FABRIKARBEITERS

Nachdruck der Ausgabe von 1905
Mit einem Nachwort herausgegeben von BERND NEUMANN Athenäum Paperbacks
Germanistik 1971, 368 Seiten, kartoniert, 24,- DM

ATHENÄUM VERLAG GMBH FRANKFURT/MAIN

pocket 17
BERLINER KINDERLÄDEN
Antiautoritäre Erziehung
im sozialistischen Kampf
Broschur DM 12,–

pocket 18
RAINER KIPPE / LOTHAR A. GOTHE
AUSSCHUSS
Protokolle und Berichte aus
der Arbeit mit entflohenen
Fürsorgezöglingen
Broschur DM 12,–

pocket 22
DAS SCHWEDISCHE MODELL DER AUSBEUTUNG
Herausgegeben von
Victor Pfaff und Mona Wikhäll
Texte zum Arbeiterleben und
zur Klassenstruktur im
Wohlfahrtsstaat
Broschur DM 14,–

pocket 27
KOMMUNE 2
VERSUCH DER REVOLUTIONIERUNG DES BÜRGERLICHEN INDIVIDUUMS
Kollektives Leben mit politischer
Arbeit verbinden!
DM 14,–

KIEPENHEUER & WITSCH

Die Weismänner machen Jugendbücher

E.A. Rauter:
wie eine Meinung in einem Kopf entsteht
Über das Herstellen von Untertanen
Ab 14 Jahre. DM 6.80

GÜNTER WALLRAFF
VON EINEM DER AUSZOG UND DAS FÜRCHTEN LERNTE
Ab 13 Jahre. DM 8.80

Ab 10 Jahre. DM 9.80
HERR BERTOLT BRECHT SAGT

Ab 12 J. DM 8.80
V. Brandes
Good bye Onkel Sam
AMERIKA ZWISCHEN COLA & REVOLTE
Ab 13 Jahre. DM 9.80

Martin Sperr:
Jagd auf Aussenseiter

Weismann Verlag
8 München 22
Liebigstr. 39

Quelle & Meyer Information

Egon Schütz
Autorität Ein Traktat
110 Seiten, Werkstoff DM 12,–
Erziehung ist nicht ohne freiwilligen Abbau der eigenen Autorität möglich. Dagegen drangt gesellschaftliche Autorität auf Selbsterhaltung Der Autor setzt sich vor allem mit Horkheimers Kritik des scheinautoritären Zwangscharakters ökonomischer Prozesse auseinander

Johannes Claßen
Bibliographie zur antiautoritären Erziehung
36 Seiten, kart DM 3,80
Die erste wissenschaftliche deutschsprachige Bibliographie zur antiautoritären Erziehung.

Quelle & Meyer Verlag
6900 Heidelberg 1, Postfach 1340

PROVINZ?

MACHT NICHTS!

wir versenden unser ganzes sortiment bis ins letzte dorf. ab dm 3o,oo sogar portofrei!

prospekte,neuerscheinungsankündigungen,versandlisten - unter besonderer berücksichtigung der nach- und eigendrucke sozialistischer gruppen,linker kleinverlage usw. - erscheinen laufend neu.

bitte anfordern!

POLITLADEN

BUCHHANDLUNG & VERLAG GMBH
852 ERLANGEN
Hindenburgstr. 17
tel.: 09131-25743

BÜCHER — ZEITSCHRIFTEN — AGITATIONSMATERIAL

Westberliner Buchladen Kollektive

KEINE PRIVATEN PROFITE

UNTERSTÜTZUNG DES ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPFES

Das Politische Buch
1Berlin 15, Lietzenburgerstr.99
Tel.:(0311) 883 25 53

Buchladenkollektiv an der TU
1 Berlin 12, Savignyplatz 5
Tel.: (0311) 313 99 83

Jürgens Buchladen
1Berlin 33, Königin-Luise-Str.40
Tel:(0311) 769 16 25

UF ANFORDERUNG SCHICKEN WIR UNSERE BUCHVERSANDLISTE

...alistische Büro

links

Sozialistische Zeitung

bringt monatlich auf etwa 24 Seiten Aktionsmodelle, Beiträge zur sozialistischen Theorie und Strategie, Berichte aus der Linken International.

„links" ist illusionslos, undogmatisch – eine Zeitung für Theorie der Praxis und für Praxis der Theorie.

Einzelpreis DM 1,20

Bezugspreis, jährlich, DM 15,–.

SOZIALISTISCHE BETRIEBS KORRESPONDENZ

Sprachrohr der Kollegen und Genossen, die sozialistische Betriebsarbeit machen. Informationen über die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Beiträge, die man nicht in den Gewerkschaftszeitungen findet.

INFORMATIONSDIENST des Sozialistischen Lehrerbundes

Der Informationsdienst soll dem Aufbau einer besseren Kommunikation unter den progressiven Lehrern in der Bundesrepublik dienen und erscheint sechs Mal im Jahr.

Bücher- & Papervertrieb

Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern. Erfahrungsberichte örtlicher und projektbezogener Aktivitäten etc.

Bücher- & Paperliste anfordern!

Informationen + Probehefte
Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

TRIKONT

8 München 8, Josephsburgstr. 16

Paolo Cinanni
Emigration und Imperialismus

Zur Problematik der Arbeitsemigranten/ Die Auswanderung und der italienische Süden DM 12,80

Schriften zum Klassenkampf Nr. 11

Tragt den Klassenkampf in die Armee

Beiträge von Gauche proletarienne und Lotta continua zum antimilitärischen Kampf DM 5,80

Schriften zum Klassenkampf Nr. 16

Wolfgang Rieland
Fiat-Streiks

Massenkampf und Organisationsfrage DM 7,80

Schriften zum Klassenkampf Nr. 23

Charles Bettelheim
Massenlinie und revolutionäre Partei

Zum Verhältnis von Avantgardeorganisation und Massen DM 4.–

Schriften zum Klassenkampf Nr. 24

Quaderni Rossi
Arbeiteruntersuchung und kapitalistische Organisation der Produktion

DM 8,50

Marxismus in Italien

Adriano Sofri / Luciano Della Mea: Zur Strategie und Organisation von "Lotta continua"	5,oo DM
Lucio Magri: Probleme der marxistischen Theorie der revolutionären Partei	3,oo DM
Partei und Klasse. Eine Diskussion zwischen Jean-Paul Sartre und Il Manifesto. Eingeleitet von Rossana Rossanda	3,oo DM
Die Notwendigkeit des Kommunismus. Die Plattform von "Il Manifesto"	5,oo DM
Serafini / Magri / Pintor: Die Einheit der Klassen-Linken herstellen. Bericht zur Nationalen Arbeiterkonferenz von Il Manifesto, Mailand 3o. - 31. Januar 1971	1,8o DM
Lotta Continua / Potere operaio / Avanguardia operaia / Andre Gorz / F. Ciafaloni / L. Colletti / u.a.: Über "Il Manifesto"	5,oo DM
Edoarda Masi: Der Marxismus von Mao und die europäische Linke	2,oo DM
Rossana Rossanda: Der Marxismus von Mao Tse-tung	2,oo DM
Colletti / Libertini / Maitan / Magri: Lenins "Staat und Revolution" - heute	5,oo DM
Giampiero Mughini: Die PCI und die antireformistischen Gruppen	2,8o DM
Lucio Colletti: Zur Stalin-Frage	2,oo DM
Mario Tronti: Reformismus und Extremismus.	4,oo DM

Internationale Marxistische Diskussion
Merve-Verlag 1 Berlin 15 Postfach 327

Merve Verlag

Rolf Hochhuth

»Man muß es Rolf Hochhuth lassen: an Sprachgewalt und Erfindungskraft mögen ihm einige seiner Zeitgenossen überlegen sein, an moralischem und intellektuellem Ernst und an Spürsinn für die zentralen wunden Punkte unserer Zeit übertrifft er sie alle.«
Sebastian Haffner, Konkret / Hamburg

Krieg und Klassenkrieg

Studien. Mit einem Vorwort von Fritz J. Raddatz. Bereits 30.000. rororo Band 1455. DM 4,80

»Dieses Buch ist Teil eines kritischen Kreuzzuges im Namen der Wahrheit, der Moral und der Freiheit.«
Times Literary Supplement

Die Hebamme

Komödie, Erzählungen, Gedichte, Essays. Sonderausgabe »Die Bücher der Neunzehn« Band 203. Startauflage 15.000. 496 Seiten. Geb. DM 16,80

Der repräsentative Sammelband! Rolf Hochhuths neues Stück »Die Hebamme« – erste mit Spannung erwartete Komödie des Autors. Dazu: Erzählungen, Prosastücke, zeitkritische Gedichte, Essays.

Guerillas

Tragödie in 5 Akten
Deutsche Gesamtauflage: 49.000. 224 Seiten. Br. DM 9,80. Inszenierungen in 16 Städten

»Das brisanteste Buch des Jahres, pures Dynamit.« Frankfurter Neue Presse

Soldaten

Nekrolog auf Genf. Tragödie
192 Seiten. Rowohlt Paperback Band 59. DM 8,80. Taschenbuch-Ausgabe: rororo 1323. DM 2,80. Deutsche Gesamtauflage: Bisher 110.000. 35 Inszenierungen in elf Ländern. Buchausgabe in zehn Sprachen

»Ich finde Hochhuths Fragestellung, seinen unerschütterlichen Glauben an das Moralische einfach großartig. Diese Dinge zu erörtern nach dem Gesichtspunkt, was man in der Bundesrepublik darüber quatscht, was man dort tut oder nicht tut, ist völlig unerheblich. Das ist ein Weltproblem, und wenn die Deutschen wieder ihre Dummheiten daraus ziehen, dann mögen sie das tun.« Karl Jaspers

Der Stellvertreter

Ein christliches Trauerspiel. Mit einem Essay von Karl Jaspers, Walter Muschg und Erwin Piscator.
Erweiterte Taschenbuch-Ausgabe mit einer Variante zum fünften Akt. rororo Band 997. DM 3,80. Deutsche Gesamtauflage bisher 400.000. Bereits 70 Inszenierungen in 26 Ländern. Buchausgabe in 17 Sprachen.

»Der wirkliche Geist unserer Zeit zeigt sich in Samuel Becketts Romanen; ihre wirkliche Geschichte wird in Rolf Hochhuths ›Der Stellvertreter‹ geschrieben.« Herbert Marcuse / Der eindimensionale Mensch

bei Rowohlt